FÜRST BISMARCK UNTER DREI KAISERN: 1884 - 1888

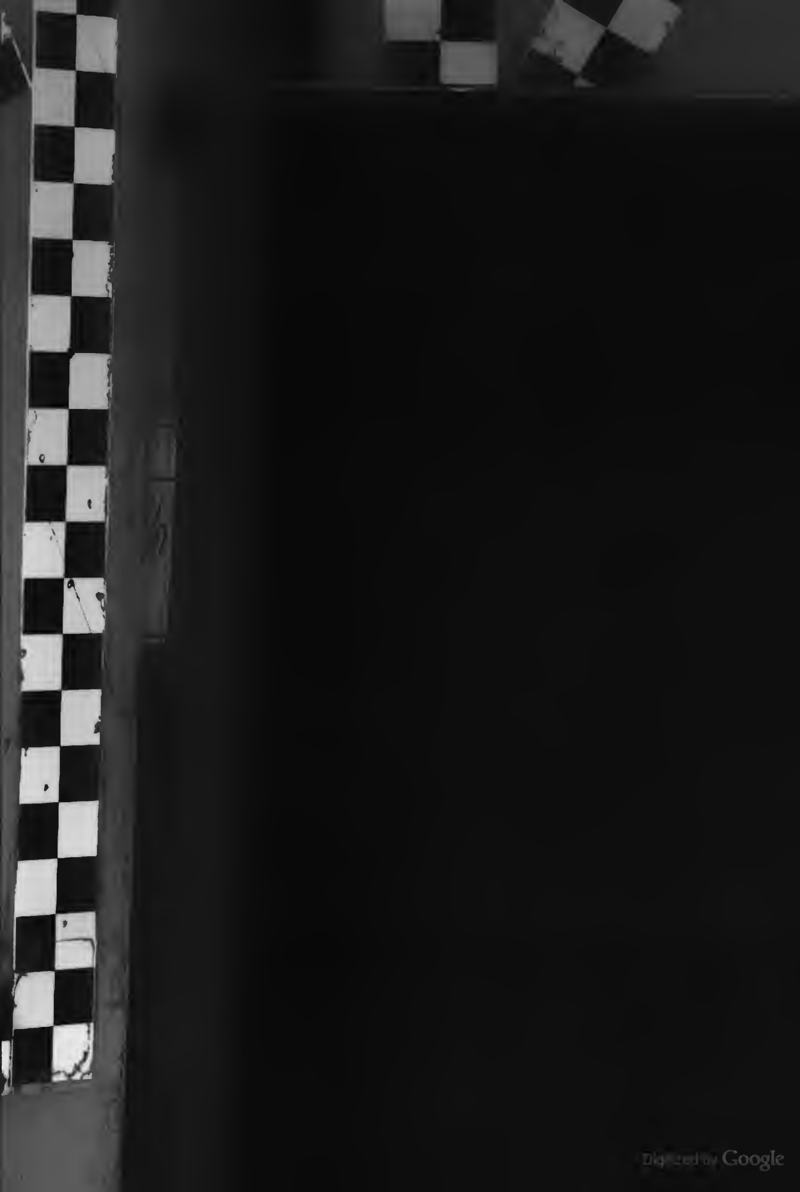
Hermann Robolsky




4486
40


4486
40









Fürst Bismarck

unter drei Kaisern.

1884—1888.

Von

* * *

(Fortsetzung von „Bismarck. 12 Jahre deutscher Politik".
1871—1883.) x)

[Von Herrn Robolsky.]

Prinz Wilhelm von Preußen in Petersburg. — Fürst Bismarck und Fürst Alexander. — Bismarck und die Revanche. — Der Zar in Berlin. — Bismarck und John Bull. — Die englischen Ideale in Berlin. — Ein englischer Diplomat. — Die Königin von England in Charlottenburg. — Ein Minister „blown up". — Kaiser Wilhelm II.



Leipzig, 1888.
Rengersche Buchhandlung.
Gebhardt & Wilisch.



Druck von August Pries in Leipzig.

Vorwort.

Das „Niemals“, mit dem Kaiser Wilhelm I. als achtzigjähriger Mann das Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck vom 27. März 1877 beantwortete, hat dieser selbst als seine Losung übernommen, als er im Februar 1881 erklärte: „J'y suis, j'y reste, ich gedenke so lange im Amte zu bleiben, wie Se. Majestät es für gut befindet. Sein Wille ist das einzige, was mich aus dem Sattel heben kann“. Er hat dabei schwerlich daran gedacht, daß das Wort, das er sich selbst gegeben, ihn über die Lebens- und Regierungszeit des Begründers des deutschen Reiches hinaus binden würde. Ein zweiter und ein dritter Kaiser ist gefolgt und ihr Wille für den deutschen Staatsmann so entscheidend gewesen, wie derjenige des ersten. In der Krise des Monats März 1877 sagte man in Paris: „Einem Bismarck ist es allenfalls erlaubt, zu sterben, aber nimmermehr sich bei Lebzeiten von der Regierung zurückzuziehen.“ Dieses Wort ist in einem damals nicht geahnten Sinne wahr geworden. „Unter drei Kaisern“, so wird sich das Bild des ersten deutschen Reichskanzlers künftig in der Geschichte darstellen, auch wenn unter dem ersten Kaiser sein Hauptwerk gethan ist.

Den Übergang von Wilhelm I. zu Wilhelm II., vom mehr als neunzigjährigen Greise zum kaum dreißigjährigen Jünglinge, darzustellen, ist ein Versuch, der bei der Neuheit der diese Zeit erfüllenden Ereignisse und bei der Unsicherheit der Umrisse, in denen namentlich die zwischen den beiden Regierungen liegende tragische Katastrophe uns entgegentritt, gewagt erscheinen könnte. Der Verfasser hat den Mut dazu aus der Beschränkung seiner Aufgabe

auf die kritische Sichtung und Verarbeitung des in den Zeitungen enthaltenen Materials geschöpft. Daß ihm hier und da auch andere Quellen zu Gebote standen, wird dem kundigen Leser nicht entgehen. Der Versuch wurde um so unbedenklicher übernommen, als es sich darum handelte, eine Serie von Schriften des Verfassers über den Fürsten Bismarck: „Bismarck nach dem Kriege", „Zwölf Jahre deutscher Politik", „Bismarck in Frankfurt", „Bismarck in Petersburg — Paris — Berlin", „Bismarck in Versailles", bis auf die Gegenwart auszudehnen und so für die Besitzer jener Bücher die Lücke auszufüllen, die durch den Fortgang der Ereignisse seit dem Jahre 1883 entstanden ist. Dem nachsichtigen Wohlwollen, mit dem jene früheren Schriften über den deutschen Staatsmann aufgenommen sind, seien auch die hier folgenden Seiten empfohlen, die vielleicht das Verdienst für sich in Anspruch nehmen dürfen, in dem Wirrwarr der Mitteilungen und Auffassungen über die erschütternden Vorgänge seit dem Sommer vorigen Jahres Übersichtlichkeit und Zusammenhang hergestellt zu haben.

Potsdam, am Sedantage 1888.

Prinz Wilhelm von Preußen in Petersburg.

Im Oktober des Jahres 1883 sagte der damalige Kronprinz des Deutschen Reiches Friedrich Wilhelm, als er von Wiesbaden aus eine Reise nach Oberitalien antrat, zu den Offizieren, die sich am Bahnhof von ihm verabschiedeten: „Wir haben eine große Gefahr hinter uns, der Krieg stand nahe bevor."

Als diese Worte bekannt wurden, fragte man sich in Deutschland, was eigentlich damals hinter den Kulissen, in dem direkten Verkehr der Regierungen von Berlin und Paris vorgegangen sei, das wie im Juli 1870 die Dinge bis zur Schärfe des Krieges hätte treiben können. Die militärischen Vorbereitungen an der französischen Ostgrenze konnten wohl als Symptom einer drohenden Gefahr gelten. Der Kriegsminister Thibaudin bereiste im Monat August die von Longwy und Malmedy, an der belgischen Grenze, über Verdun, Toul, Epinal bis Belfort sich hinziehende Linie von Festungen und Forts und gab der chauvinistischen Presse Gelegenheit, ihren Rachegedanken in lärmenden Ausfällen Luft zu machen. Überdies war in Frankreich von dem Plane die Rede, ein Armeekorps zur Probe zu mobilisieren. Dies sollte gerade an der Ostgrenze geschehen, was ohne Zweifel die Gegenmobilisierung auf deutscher Seite hervorgerufen und die Eröffnung des Krieges sehr nahe gerückt hätte. Die „Feuille de M. de Bismarck", wie die Franzosen die „Nordd. Allg. Ztg." nennen, brachte eine mit vollem Rechte allseits als hochoffiziöse Kundgebung aufgenommene Apostrophe an die chauvinistische Presse Frankreichs, die einen langen Zeitungskrieg inaugurierte. Davon ausgehend, daß die Schmähungen und Hetzereien, welche in der Presse sämtlicher Parteien Frankreichs gegen Deutschland sich kundgaben, bei der nüchternen Weltanschauung des Deutschen und bei dem bisher geringen Grade seiner nationalen

Empfindlichkeit weniger Beachtung fänden, fuhr die „Nordd. Allg. Ztg." fort: „Von Zeit zu Zeit möchte es aber als ein Gebot der eigenen Friedensliebe erscheinen, den Eindruck zusammen zu fassen, welchen diese Angriffe in ihrer stetig zunehmenden Lebhaftigkeit hervorzubringen geeignet sind, und der bei allen ruhigen Beobachtern, selbst bei solchen, die etwa noch in Frankreich selbst zu finden wären, nur darin gipfeln kann, daß Frankreich durch die maßlose Heftigkeit seiner Revancheprediger und durch das Echo, welches dieselben beim eigenen Volke und darüber hinaus bis in die Kreise gesinnungsverwandter Agitatoren in Elsaß-Lothringen finden, als der einzige Staat sich darstellt, welcher den Frieden Europas dauernd bedroht. Zugleich mit dieser Erkenntnis wird die Überzeugung sich aufnötigen, daß ein solcher Zustand nicht andauern kann, ohne das Ziel aller ernsthaften Politiker, den Frieden, zu gefährden. Denn je höher die Flut der Leidenschaften anschwillt, welche eine gewissenlose Agitation für ihre verschiedenartigen Zwecke anzufachen nicht ermüdet, umsoweniger läßt sich vorhersehen, ob und wie lange dieselbe noch innerhalb der Dämme des äußerlichen Friedens zurückgehalten werden kann. Mit vollem Rechte gilt hier in verstärktem Maße das Wort im Volksmunde, daß der Teufel, den man zu oft an die Wand malt, am Ende in Wirklichkeit erscheint." Obgleich dieser Artikel einzig gegen die Revancheprediger gerichtet war und auf die Gefahr hinwies, „daß die zu politischen Parteizwecken angefachten Leidenschaften schließlich die Dämme des äußerlich aufrecht erhaltenen Friedens durchbrechen könnten," wurde er selbst in deutschen Blättern als eine Brüskierung Frankreichs, als eine den Frieden gefährdende, feindselige Kundgebung gegen unsere republikanischen Nachbarn gedeutet. Eine ähnliche Kritik wurde in der „Times" und in einzelnen anderen Blättern des Auslandes laut.

Inzwischen sah es auch an der deutschen Ostgrenze sehr kriegsdrohend aus. Von den russischen Kavalleriedivisionen waren zehn längs der preußisch-österreichischen Grenze verteilt und von diesen zehn wiederum sechs an der preußischen Grenze, von welchen drei nur vier bis fünf Meilen, die entfernteste zwanzig Meilen entfernt lag. Die Umwandlung sämtlicher Reiterregimenter der Linie in Dragonerregimenter, welche auch eine besondere Ausbildung für das Gefecht zu Fuß erhielten, und die Zuteilung reitender Batterien

hatten den Wert dieser selbständigen, schon im Frieden auf Kriegsstärke gesetzten Kavalleriedivisionen entschieden erhöht. Zudem wurden sie noch dadurch bedeutend verstärkt, daß durch kaiserliche Verordnung jedes Reiterregiment von vier auf sechs Schwadronen gebracht wurde. Von deutscher Seite wurden Sicherheitsmaßregeln getroffen. Dazu gehörte, daß zwei Offiziere des großen Generalstabs als Generalstabsoffiziere zur Kommandantur von Königsberg und von Thorn kommandiert wurden, und daß nach Bromberg, wo bisher nur drei Infanterieregimenter lagen, noch ein Reiterregiment verlegt wurde und weitere Truppenverschiebungen an dieser Grenze ins Auge gefaßt wurden.

Eine dreitägige Zusammenkunft Bismarcks und Kalnokys in Salzburg traf mit einer Verstärkung der deutschen Ostseeflotte durch die beiden stärksten Panzerfregatten und mit Belagerungsmanövern bei Graudenz zusammen, denen man eine große Bedeutung zuschreiben wollte. Noch größeres Aufsehen erregte es, daß Gladstone auf einer mehrtägigen Vergnügungstour in der Nordsee am 17. September mit seiner Jacht in Kopenhagen einlief, wo sich der Zar, der König von Griechenland und der Prinz von Wales befanden, und daß darauf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine heftige Polemik gegen die englische Presse eröffnete. Man vermutete, daß sich hinter den Kulissen irgend ein heftiger Kampf um die Entwickelung der Dinge auf der Balkanhalbinsel abspielte, aber Klarheit über diese Vorgänge wurde nicht gewonnen.

„Wir leben in einer Epoche der Bündnisse" — schrieb das Katkowsche Blatt. — „In Europa wird ein Bündnis nach dem anderen abgeschlossen. Zuerst traf Deutschland mit Österreich-Ungarn ein gewisses Übereinkommen, welchem sich dann Italien anschloß; ferner sagt man, daß die Türkei sich demselben anzuschließen wünsche, und schließlich wissen wir nicht, wo diese allianzsüchtige Bewegung stehen bleiben wird. Im Hinblick auf ein solches Konglomerat von Bündnissen wird gewünscht, daß auch Rußland seinerseits Bündnisse eingehe, und schon wird der Weg nach dieser Richtung hin angedeutet, schon werden ihm Bundesgenossen bezeichnet und wird ihm zu denselben Glück gewünscht. Eine neue Koalition, die angeblich von Rußland ins Leben gerufen wird, gilt bereits als abgemachte Sache, sodaß nach den Erzählungen verschiedener Sensationsmacher,

welche den Ereignissen vorgreifen, Europa sich bereits in zwei Lager geteilt hätte. Auf der einen Seite sei Deutschland, Italien, Österreich-Ungarn e tutti quanti und auf der anderen Rußland, Frankreich und obendrein Herr Gladstone."

Gegen Ende des Jahres 1882 war Herr v. Giers in Varzin und in Wien gewesen. Über Zweck und Bedeutung dieser Reise hatte es lange an Aufklärung gefehlt. Erst im Laufe des Jahres 1883 stellte es sich heraus, daß die unmittelbar jener Reise folgende Erneuerung des deutsch-österreichischen Defensivbündnisses und die gleichzeitige Verstärkung desselben durch den Hinzutritt Italiens die Antwort auf den Besuch des russischen Ministers in Deutschland und Österreich war. Nach diesem Besuche spreizte sich ein gewaltiger Optimismus in der Presse in Bezug auf die Beziehungen Deutschlands und Österreichs zu Rußland und speciell auf das Resultat der Reise des Herrn v. Giers. Es war das ein unbegründeter Optimismus, soweit Rußland in Frage kam. Das deutsch-österreichische Bündnis hatte eine schwere Krise zu bestehen gehabt, und es war eine russische Intrige, die den Ausbruch verschuldete, während Fürst Bismarck seine Not hatte, die Krise siegreich zu Ende zu führen — gegen Rußland.

Erst später ist evident geworden, was Herr von Giers erst in Varzin, später in Wien wollte. Für russische Eroberungspläne sollte erst Deutschland gegen Österreich, dann Österreich gegen Deutschland gewonnen werden. Deutschland hatte in der That die Wahl seiner Allianzen. Es entschied sich aufs Neue für Österreich.

Wäre es nicht herrlich — dachte man im russischen Reiche — wenn Deutschland, anstatt Österreich, Rußland als seinen Busenfreund in seine Arme schlösse, welchen immensen Vorschub könnte das für Deutschland haben! Rußland würde ja bereit sein, selbst in einem Kriege gegen Frankreich Hilfe zu leisten, auch allenfalls gegen Österreich, wenn Deutschland sich nach dieser Seite arrondieren wolle; ja, da man Polen schon einmal Preußen angeboten hat, warum sollte man sich nicht dieses unzuverlässigen Landes entledigen, wenn man dafür die Aussicht hätte, mit Hilfe Deutschlands den östlichen Theil der Balkanhalbinsel und Armenien zu gewinnen?

Aber diese Projekte wurden im Keime zerstört. Noch ehe sie

die Bildfläche erreichten, war die kalte Realpolitik des Reichskanzlers dazwischen gefahren. Fürst Bismarck hat nur ein Bestreben, den Frieden in Europa zu erhalten. Er besitzt nicht den Ehrgeiz einer Eroberungs- und Intrigen-Politik, er will weder auf Kosten Österreichs noch auf Kosten Rußlands Deutschland bereichern und hält in Beziehung auf den Orient fest an den Verträgen des Berliner Friedens. Zu diesem Zwecke hat er das Bündnis mit Österreich-Ungarn geschlossen.

Hatte man russischerseits mit Deutschland kein Glück gehabt, so konnte vielleicht der Versuch mit Österreich einen bessern Erfolg haben. Obwohl es russischerseits abgeleugnet wurde, so war es doch eine Thatsache, daß Graf Kalnoky den russischen Verlockungen gegenüber sich nicht ganz verschlossen hatte. Graf Kalnoky war von jeher zugänglich für russische Pläne gewesen, und ein eifriger Verfechter eines engen Zusammengehens von Österreich und Rußland. Österreich konnte ja auch vielleicht auf diesem Wege schnell nach Salonichi gelangen, während Rußland bis Konstantinopel vorrückte. Die Gefahren, die aus einer solchen Allianz hervorgehen würden, die Stärkung des slawischen Elementes, schien Graf Kalnoky etwas zu unterschätzen. In dieses Spiel der Intrigen fiel nun der Brief des deutschen Reichskanzlers an den Grafen Kalnoky, den Graf Herbert Bismarck in Wien überbrachte. Gleich darauf erfolgte die Erneuerung des deutsch-österreichischen Bündnisses mit der Ausdehnung auf Italien.

Wie mit der französischen Presse gerieten die Berliner offiziösen Blätter auch mit der russischen in eine heftige Fehde. Den Anlaß dazu gab das Bekanntwerden eines Ausspruches, den der inzwischen verstorbene Fürst Gortschakow in einer früheren Zeit schon gethan hatte. Interessante Mitteilungen aus dem Leben desselben wurden in dem Oktoberheft der russischen Monatschrift „Rußkaja Starina“ veröffentlicht, welche ein Herr M—sky nach den Erzählungen des verstorbenen Reichskanzlers niedergeschrieben hat.

„Ich erfreute mich“, erzählte Fürst A. M. Gortschakow, „nicht des Wohlwollens des Kaisers Nicolai Pawlowitsch und zwar in Folge der feindseligen Gesinnung des Grafen Nesselrode zu mir. Viele Jahre hindurch saß ich in Wien, ohne in irgend einer Weise ausgezeichnet zu werden. Interessant ist es, daß diese Stimmung

des Kaisers Nicolai I. zu mir durch einen an und für sich unbedeutenden Vorfall noch gesteigert wurde, der aber doch zur Folge hatte, daß ich bei den Personen, welche damals den Kaiser umgaben, in den Ruf kam, ein „Liberaler“ zu sein, was damals höchst traurig war.

Einst traf in einem kleinen Gefolge des Kaisers in Wien der Graf A. H. Benkendorf ein. Da der Gesandte abwesend war, so bereitete ich mich in meiner Eigenschaft als ältester Rat, u. a. auch dem Grafen Benkendorf meinen Besuch zu machen. Nach einigen kalten Phrasen sagte der Graf, ohne mich aufzufordern, Platz zu nehmen: „Haben Sie die Güte, beim Wirte des Hotels mir heute Mittag ein Mittagessen zu bestellen.“ Ich ergriff vollkommen ruhig die Klingel und befahl dem Diener, den maître d'hôtel zu rufen. „Was bedeutet das?“ rief mir der Graf zornig zu. „Daß Sie, Graf, sich mit der Bestellung des Mittagessens selbst an den maître d'hôtel wenden können.“ Diese Antwort brachte mich in der Meinung des damals allmächtigen Grafen in den Ruf eines „Liberalen“. Der verstorbene General Mesenzew erzählte mir, daß in den Listen der dritten Abteilung viele Jahre hindurch folgende Notiz gestanden hat: „Fürst Alexander Gortschakow ist nicht ohne Fähigkeiten, liebt aber Rußland nicht.“

Selbstverständlich ist es bekannt, daß ich 1877 gegen den Krieg mit der Türkei war. Ich erteilte Kaiser Alexander II. den Rat, Vertreter aller Mächte nach Berlin zu berufen, und dort diesen mit Festigkeit zu erklären, Rußland sei bereit zum Kriege, werde aber und wünsche in dem Fall nicht Krieg zu führen, wenn die Mächte sich entschließen, in Konstantinopel in entschiedener Weise zu Gunsten der Christen aufzutreten. Mein Rat wurde nicht angenommen, der Krieg wurde beschlossen und dessen Folgen sind bekannt.

Den Berliner Vertrag von 1878 halte ich für eines der dunkelsten Blätter in meinem Leben. Als ich aus Berlin nach St. Petersburg zurückkehrte, drückte ich mich in der Denkschrift an den Kaiser gerade in dieser Weise aus. Ich schrieb in den allerunterthänigsten Bericht: „Der Berliner Traktat ist das dunkelste Blatt in meiner dienstlichen Karriere“. Seine Majestät Kaiser Alexander Nikolajewitsch geruhte höchsteigenhändig diesen Zeilen die Bemerkung hinzuzufügen: „In meiner auch.“

An diesen letzten Ausspruch knüpfte sich die vorhin erwähnte

Fehde zwischen deutschen und russischen Blättern. Die Frage, ob Fürst Bismarck auf dem Berliner Kongreß den russischen Interessen zu nahe getreten sei, bildet seit Jahren den stehenden Gegenstand der Kontroverse zwischen der deutsch feindlichen Presse in Rußland und den inspirierten deutschen Preßstimmen. So wurde auch im Herbst 1883 diese Frage in einer Polemik zwischen der „Nowoje Wremja“ und den Berliner Korrespondenzen der „Köln.-Ztg.“ erörtert. In einer dieser Korrespondenzen wurde betont, daß Fürst Bismarck auf dem Berliner Kongresse alle russischen Anträge und die wichtigsten sogar mit der Erklärung unterstützte, auf weitere Teilnahme zu verzichten, wenn dieselben abgelehnt würden. Weiter als Rußland selbst mit Anträgen zu gehen, wäre vom Reichskanzler eine „Aufdringlichkeit“ gewesen.

Dann hieß es weiter:

„Daß die russischen Anträge und also auch die deutsche Unterstützung derselben auf dem Kongreß nicht weiter gingen als geschehen, lag nicht in dem Mangel an deutscher Unterstützung, sondern in der Abneigung Rußlands, es auf einen Krieg mit England ankommen zu lassen; und diese Abneigung war wieder dadurch begründet, daß Rußland es versäumt hatte, in dem Zeitpunkte, wo es hierzu die militärische Möglichkeit hatte, Besitz von Konstantinopel und den Meerengen zu ergreifen. Es war ein politischer Fehler, dies zu unterlassen und dann einen Frieden wie den von San Stefano schließen zu wollen. Im Besitze der Meerengen hätte Rußland einen Seekrieg abwarten können. Alle Versuche, die Schuld dieses strategischen Fehlers der deutschen Politik aufzubürden, werden vor der Kritik der Geschichte auf die Dauer keinen Bestand haben. Die Andeutung aber, als ob die Politik des deutschen Reichskanzlers durch persönliche Abneigung gegen Fürst Gortschakow geleitet worden wäre, ist eine unwahre und unwürdige; hätte ein solcher Antagonismus den Kanzler beherrscht, so würde er sicher nicht in seiner Rede vom 19. Februar 1878 gesagt haben, er werde niemals, wo es sich um die Interessen Deutschlands handle, die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit einem Menschenalter erprobte Freundschaft einer großen, wichtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern. Diese Äußerung würde, wenn er und seine ganze Politik sich unter dem Einfluß einer Ab-

neigung gegen Fürst Gortschakow befunden hätte, vollkommen widersinnig erscheinen."

Die Komplikationen des Jahres 1883 entwirrten sich noch vor Ablauf derselben. Herr von Giers verweilte Mitte November ein paar Tage in Friedrichsruh, wo das Abkommen getroffen wurde, welches zu dem Drei-Kaiser-Verhältnis führte, das vom 1. April 1884 an drei Jahre bestanden hat. Ein russisches Geschwader begrüßte den deutschen Kronprinzen, als er im Dezember sich in Genua nach Spanien einschiffte. Der deutsche Kaiser selbst gab seiner Freude darüber, daß die guten Beziehungen zu Rußland gesichert seien, Ausdruck, als er am 28. November das Präsidium des Abgeordnetenhauses empfing. Ein Besuch des dänischen Kronprinzenpaares in Berlin am 9. Dezember mochte auch mit den Kopenhagener Vorgängen in Beziehung stehen. In Frankreich hatten die gegen den König von Spanien gerichteten Pöbelinsulten den Rücktritt des deutschfeindlichen Kriegsministers Thibaudin zur Folge, und da bald darauf auf Challemel-Lacour das auswärtige Amt verließ, Ferry aber sich immer tiefer in koloniale Untersuchungen verwickelte, war von Paris keine Störung des Friedens zu befürchten.

So begann das Jahr 1884 dann unter sehr günstigen Vorzeichen. Daß im Januar Giers die österreichische Hauptstadt besuchte, zeigte bald seine Folgen. Im Oktober des vergangenen Jahres hatte noch Graf Kalnoky im Ausschuß der ungarischen Delegation der russischen Rüstungen erwähnt, um Mißtrauen gegen Rußland auszudrücken und die Besorgnisse friedlicher Gemüter nur durch die Angabe zu zerstreuen vermocht, daß das russische Reich seiner inneren Zustände wegen zum Kriege unfähig sei und die Regierung überdies durch das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich in Schranken gehalten werde. Der Besuch des Herrn v. Giers im Januar 1884 wirkte bereits im Sinne der Abmachungen von Friedrichsruh. Es war das eine Zeit, wo sich die Freundschaftserweisungen zwischen Deutschland und Rußland häuften. Am siebzigjährigen Gedenktage der Schlacht von Bar-sur-Aube, wo Kaiser Wilhelm als jugendlicher Prinz unter den Augen seines Vaters zum ersten Male dem feindlichen Feuer sich aussetzte, empfing der Kaiser eine russische Deputation unter Führung des russischen Großfürsten Michael Nikolajewitsch, welche ihm die Glückwünsche des Kaisers

Alexander III. zu der vor 70 Jahren erfolgten Verleihung des St. Georgenordens überbrachte. Nicht nur das Regiment Kaluga, in dessen Reihen Kaiser Wilhelm sich vor 70 Jahren jene Auszeichnung erwarb, wollte durch eine Deputation am Schlachttage von Bar-sur-Aube dem greisen Herrscher seine Glückwünsche darbringen, sondern es wurde bei dieser Feier auch die Ritterschaft des Georgenordens selbst durch Ritter aller seiner Klassen vertreten. Repräsentant der ersten Klasse war der Feldmarschall Großfürst Michael Nikolajewitsch, der als Oberkommandierender gegen die Türken auf dem asiatischen Kriegsschauplatz den genannten Orden nach dem Fall von Kars erhielt, somit eher als sein älterer Bruder, der Großfürst Nikolaus, dem er erst nach dem Fall von Plewna zu Teil wurde. Die zweite Klasse war durch General Gurko, den Generalgouverneur von Polen, vertreten, die dritte durch den Kommandeur des Gardekorps, Graf Schuwalow, die vierte durch den Kommandeur des Leib-Garde-Regiments Preobraschenski, General der Suite Fürst Obolenski. Im Saale des Königlichen Palais zu Berlin fand am 27. Februar ein politisch-militärisches Fest statt, wie es in den Zeiten unzweifelhafter Intimität zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg kaum ein Gegenstück hatte. Der von dem General v. Gurko bei dem kürzeren Diner in dem kaiserlichen russischen Botschaftspalais auf die deutsche Armee ausgebrachte Trinkspruch hatte folgenden Wortlaut: „Durch meine Stellung in naher Nachbarschaft von Preußen residierend, habe ich die Ehre, Ihnen vorzuschlagen, auf das machtvolle deutsche Heer zu trinken, für welches ich die höchste Wertschätzung und tiefen Respekt hege. Den würdigen Vertretern dieses tapferen Heeres spreche ich meinen herzlichsten Dank aus für den liebenswürdigen Empfang und die warme Gastfreundschaft, welche uns hier zu Teil geworden sind. Ich leere mein Glas auf das Glück des deutschen Soldaten.“ Dieser Trinkspruch des Generalgouverneurs von Polen auf die preußische Armee war um so charakteristischer für die Situation, als dieser tapfere Truppenführer zum Erben Skobelews gestempelt worden war. Den militärischen Festlichkeiten in Berlin war die Mission des Fürsten Dolgorucki in Friedrichsruh vorausgegangen. Man konnte annehmen, daß sie sowohl, als die spätere Anwesenheit des Grafen Waldersee in Petersburg im Zusammenhange stand mit der Ordnung der militärischen Grenz-

verhältnisse, welche noch jüngst den Anlaß zu so weitgehenden Befürchtungen gegeben hatten.

Die Ernennung des Fürsten Orlow zum Botschafter in Berlin war seit dem 20. Februar eine vollzogene Thatsache. In ganz Europa herrschte nur eine Ansicht darüber, daß die Annäherung Rußlands an die von Deutschland vertretene Friedenspolitik nicht deutlicher sich manifestieren konnte, als durch diese Sendung des ausgezeichneten russischen Staatsmannes. Fürst Orlow besaß das Vertrauen seines Souveräns und seiner Landsleute in besonderem Grade; es hatte ihm zu Hause nichts geschadet, daß er in der Fremde eine sympathische und hochangesehene Persönlichkeit geworden war; in Paris hatte man es ihm verziehen, daß er mit dem Fürsten Bismarck nahe befreundet war, und in Deutschland war man in dem Charakter und der Haltung des russischen Staatsmannes nicht dadurch irre gemacht worden, daß er in Paris gerade von seiten der Kriegspartei zum Gegenstand demonstrativer Sympathiebezeugungen gemacht worden war.

Ein Staatsmann, dem es gelang, in so sich kreuzenden Strömungen die Sicherheit des Ganges, den ruhigen und festen Blick zu bewahren, war ein sehr wichtiger Faktor im europäischen Völkerleben. Eine Politik, für die Fürst Orlow gleichsam persönlich eintrat, mußte ernsthaft gemeint, nicht für den Augenblick berechnet, sondern jedenfalls von der Meinung eingegeben erscheinen, daß eine dauernde und konsequente Durchführung derselben möglich war. Auf die Länge wird die Politik der Nationen stets durch deren elementare Interessen bestimmt, an dieser Thatsache ist nichts zu ändern; aber in der Hand der leitenden Persönlichkeiten liegt es, die Friktionen aufzusuchen und zu verschärfen oder sie zu vermeiden und abzuschwächen. In unserer so schnell lebenden Zeit ist der erste Augenblick bei einer Friktion regelmäßig der gefährlichste, gelingt es über diesen hinauszukommen, so findet die ruhige Überlegung Zeit, an die Stelle der ersten Erregung zu treten, so findet sich bei den heutigen komplizierten Verhältnissen regelmäßig, daß der Einsatz bei leidenschaftlichen Entschlüssen den möglichen Gewinn in außerordentlicher Weise überschreitet. Die Zeit hat niemals ihre beschwichtigende Macht rascher zu entfalten vermocht, als es heute der Fall ist. Das ist einer der Gründe, aus denen Diplomatie und Staats-

mannskunst heute in Europa eine größere Macht sind, als sie es lange Zeit gewesen waren; damit ist auch die Bedeutung der leitenden Staatsmänner für die Schicksale der Völker ungemein gestiegen, jedenfalls ist ihre Macht, Unheil zu verhüten, in großem Maßstab gewachsen, allerdings damit auch ihre Verantwortlichkeit.

Erwähnen wir auch noch, daß im April des Jahres 1884 die Seehandlung und Bleichröder eine russische Anleihe auf den Markt brachten. Dazu kam, daß bereits seit dem Monat Januar Graf Herbert Bismarck in die deutsche Botschaft in Petersburg eingetreten war. Die Symptome eines vollständigen Umschwungs der deutsch-russischen Beziehungen wurden endlich gekrönt durch die Reise des Prinzen Wilhelm zur Feier der Großjährigkeit des russischen Thronfolgers. Die Thatsache, daß die Thronfolge in Rußland ohne Zuhilfenahme einer Regentschaft jetzt gesichert war, hob diese Feier über die Bedeutung eines bloßen Hoffestes hinaus. Die Ermordung Kaiser Alexanders II. war ein noch mehr gegen die Dynastie, als gegen die Persönlichkeit des Kaisers gerichtetes Verbrechen. Alle Hoffnungen und Erwartungen, welche die Thäter und Anstifter der Ermordung Kaiser Alexanders II. an die Blutthat knüpften, waren eine nach der andern in Nichts zerfallen. Im Innern waren an die Stelle von Loris-Melikow und Abeza, Graf Tolstoi und Pobedoboszew getreten, in der äußeren Politik war der Bruch mit dem Panslawismus erfolgt, und die Dynastie der Romanows verzeichnete in diesem Jahre die Verehelichung zweier Großfürsten und die Erklärung der Großjährigkeit des Thronfolgers. Prinz Wilhelm, bestimmt, einst die deutsche Krone zu tragen, überbrachte die Glückwünsche des Kaisers Wilhelm und die höchsten preußischen Ordensauszeichnungen, den hohen Orden vom Schwarzen Adler nebst dem en santoir zu tragenden Großkreuz des Roten Adler-Ordens. Die die Abreise des Prinzen begleitenden Umstände zeugten von der Wichtigkeit, die in Berlin derselben gegeben wurde. Der Prinz hatte am Tage zuvor eine lange Konferenz mit dem Fürsten Bismarck. Im Laufe des Nachmittags des 15. Mai hatte der Prinz Wilhelm sich in Potsdam von seinen erlauchten Eltern und Geschwistern im Neuen Palais und auch von den anderen zur Zeit dort in Potsdam anwesenden hohen Herrschaften verabschiedet. Abends zehn Uhr zwölf Minuten traf er

dann mit seinem Gefolge von Potsdam kommend in Berlin ein und begab sich sofort nach seiner Ankunft dort vom Potsdamer Bahnhofe aus nach dem Königlichen Palais, um sich von dem Kaiser zu verabschieden. Der Besuch bei demselben dauerte fast eine Stunde. Die dem Prinzen mitzugebenden Instruktionen wurden sorgfältig erörtert und der junge Diplomat mit der vollen Würdigung seiner hohen Mission erfüllt. Der Prinz erschien kurz vor elf Uhr mit seinen Begleitern auf dem Zentral-Bahnhofe in der Friedrichstraße, woselbst der Kaiserlich russische Botschafter Fürst Orlow, in großer Uniform und zahlreichen Orden, der russische Militärbevollmächtigte General-Major à la suite Fürst Dolgoruki, der Militär-Attaché Oberst von Dahler, beide gleichfalls in großer Uniform und Ordensband und mit vielen Orden geschmückt, sowie sämtliche Sekretäre und Attachés der russischen Botschaft, diese in der Uniform der Diplomaten, ferner auch der russische General-Konsul u. s. w. zur Verabschiedung versammelt waren. Prinz Wilhelm begrüßte dieselben bei seinem Eintreffen auf das Freundlichste und unterhielt sich noch einige Zeit mit dem Botschafter Fürsten Orlow, sowie dem Fürsten Dolgoruki und richtete auch einige Worte noch an die übrigen anwesenden russischen Herren. Sodann begab man sich gemeinsam nach dem Perron und nach nochmaliger kurzer Verabschiedung daselbst bestieg der Prinz mit seinen militärischen Begleitern, dem General-Quartiermeister General-Lieutenant á la suite Grafen von Waldersee, und seinen beiden persönlichen Adjutanten Hauptmann von Krosigk und Hauptmann von Bülow den Kurierzug, welcher darauf die Bahnhofshalle verließ.

Prinz Wilhelm traf am 17. Mai um 6 Uhr Nachmittags in St. Petersburg ein, auf dem Bahnhofe von den Großfürsten, den Spitzen der Behörden und dem Personal der deutschen Botschaft empfangen. Der deutsche Botschafter, Generalleutenant v. Schweinitz, war dem Prinzen Wilhelm entgegengereist. Die Begrüßung zwischen dem Prinzen Wilhelm und dem Großfürsten war eine sehr herzliche. Auf dem Perron des Bahnhofs machte eine Ehrenkompagnie vom Ssemeonowschen Leibgarde-Regiment mit Fahne und Musik die militärischen Honneurs. Der Prinz fuhr sodann nach dem Winterpalais, wo sein Absteigequartier war. Die Straßen, welche der Prinz passierte, waren mit Flaggen geschmückt und ein zahl-

reiches Publikum begrüßte den hohen Gast des Kaiserlichen Hauses mit lebhaften Zurufen der Sympathie. In Begleitung des Großfürsten Wladimir im Winterpalais angelangt, wurde Prinz Wilhelm von Preußen daselbst vom Kaiser empfangen, er erhielt alsbald den Besuch sämtlicher in Petersburg anwesender Mitglieder des Kaiserlichen Hauses. Später begab der Prinz sich zur Familientafel nach dem Anitschkowschen Palais, woselbst die Kaiserin und die Großfürstinnen versammelt waren. Den Ehrendienst bei dem Prinzen hatte Generalmajor à la suite Graf Lambsdorff, die Ordonnanzen stellte das St. Petersburger Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm, dessen Uniform der Prinz bei seinem Eintreffen trug. In der Mittagsstunde des nächsten Tages, eines Sonntags, erschienen der Kaiser und die Kaiserin im Winterpalais, woselbst Prinz Wilhelm dem Großfürsten Thronfolger die Insignien des Schwarzen Adler-Ordens überreichte. Alsdann erfolgte die Auffahrt zur Feier der Großjährigkeitserklärung des Großfürsten Thronfolger. Nachdem das diplomatische Korps und die übrigen geladenen Gäste sich in der Palaiskirche versammelt hatten, begaben sich die Majestäten, der Thronfolger und die fürstlichen Gäste, darunter die Königin von Griechenland, die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Wilhelm von Preußen, sowie die Mitglieder der kaiserlichen Familie in feierlichem Zuge dorthin. Hierauf leistete der Großfürst Thronfolger den Eid, treu zu bleiben dem Kaiser und dem Vaterlande und die gesetzliche Thronfolgeordnung zu bewahren. Während der Eidesleistung ertönten 101 Kanonenschüsse. Aus der Kirche begab sich der Zug nach dem St. Georgssaale, wo der Thronfolger auf die Standarte des Leibgarde-Kosakenregiments, dessen Hauptmann er war, den militärischen Treueid leistete.

Prinz Wilhelm nahm einen Aufenthalt von 8 Tagen in Petersburg, besuchte auch Kronstadt und Moskau, und bezeugte überall das lebhafteste Interesse, das russische Land und Volk im Einzelnsten kennen zu lernen. Er beobachtete scharf und eindringend. Auch über die Stimmung im Lande unterrichtete er sich genau. Er verfolgte auch die Zeitungen mit Aufmerksamkeit. Seine Unterhaltungen mit Russen und Deutschen bekundeten den Eifer, mit dem er seinen kurzen Aufenthalt in Rußland zur Bereicherung seiner Kenntnisse, sowie zur Anknüpfung persönlicher Beziehungen zu be-

nutzen suchte. Alle aus Petersburg eingehenden Nachrichten bestätigten den überaus günstigen Eindruck, den der Prinz sowohl in dem Kaiserhause, wie auch in der gesamten Bevölkerung hervorbrachte und hinterließ. Das natürliche, herzgewinnende, entgegenkommende und doch fest und sicher in sich ruhende Wesen des Prinzen gewann im Fluge alle Herzen. Namentlich galt dies vom Kaiser Alexander III. selbst. Gleich bei seiner ersten Begegnung mit dem Prinzen war es ersichtlich, daß der Kaiser ein aufrichtiges und großes Wohlgefallen an ihm fand. Und in der Folge benutzte er jede Gelegenheit, um dieses Wohlgefallen öffentlich zu bekunden. Ganz besonders denkwürdig war in dieser Beziehung das Verhalten des Kaisers bei dem Regimentsfest der Leib-Garde-Kürassiere in Gatschina und bei der Abreise des Prinzen. Bei dem ersteren brachte der Kaiser einen Toast auf den Prinzen aus; ein Vorgang, der in Anbetracht des Umstandes, daß er durch den Charakter des Festes in keiner Weise indiziert war, sich als Beweis herzlichster Sympathie darstellte, und als solcher unter den Anwesenden größte Sensation und allgemeinen Enthusiasmus erregte. Den gleichen Eindruck brachte in den weitesten Kreisen der Bevölkerung die Thatsache hervor, daß der Kaiser in preußischer Uniform den Prinzen bei seiner Abreise zum Bahnhofe begleitete. Die Kunde dieses Ereignisses hatte buchstäblich die ganze Stadt auf die Beine gebracht und allgemein nahm man mit großer Befriedigung Kenntnis von diesem herzlichsten Sympathie-Erweise des Kaisers gegenüber dem dereinstigen Erben der deutschen Kaiserkrone.

Ein Russe schrieb aus Petersburg: „Prinz Wilhelm wird hier mit Aufmerksamkeiten seitens des Hofes wahrhaft überhäuft und auch die Bevölkerung interessiert sich sehr lebhaft für den preußischen Gast. Man rühmt das Männliche, Ernsthafte in der Erscheinung des Prinzen, dessen ganzes Auftreten etwas streng Militärisches hat. Über die politische Bedeutung der Erscheinung des präsumtiven Thronerben dahier herrscht nur eine Stimme, umsomehr, als von Seiten der anderen Höfe wenig Empressement gezeigt worden ist, bei der für die Dynastie so bedeutungsvollen Feier besonders mitzuwirken. Die Ansicht, daß Abmachungen zwischen Deutschland und Rußland existieren, welche den gegenwärtigen Beziehungen eine sehr starke Bekräftigung geben, gewinnt unter diesen

Umständen sehr an Anhängern.“ Von anderer Seite wurde berichtet:

„Prinz Wilhelm scheint sich hier in Rußland in kurzer Zeit eine ziemliche Popularität errungen zu haben. Der zukünftige deutsche Kaiser interessiert die Russen ganz gewaltig, und bei dem herzlichen Einvernehmen, das augenblicklich zwischen beiden Reichen besteht, ist es nicht zu verwundern, daß selbst die große Bevölkerung ihm eine warme Zuneigung entgegenbringt. Die Heiraten der russischen Großfürsten mit deutschen Prinzessinnen, die Herzlichkeit, mit der der Zar seinen Gast aufgenommen hat, und die Reise der Kaiserin nach Deutschland tragen dazu das Ihrige bei. Mit augenfälliger Genugthuung registrieren die hiesigen Blätter den Umstand, daß Prinz Wilhelm in Gatschina das Kreuz geküßt und daß er bei einigen Gelegenheiten mit den Untermilitärs einiger Truppenteile russisch gesprochen hat. Am Donnerstag fand vor dem Prinzen die Vorstellung der Leibschwadron des Chevalier-Garde-Regiments statt. Halb neun morgens trat der Prinz aus dem Saltykowschen Portale des Schlosses heraus, begrüßte die Schwadron in russischer Sprache und schritt, gefolgt von dem Großfürsten Wladimir, den Korps-, Divisions-, Brigade- und Regimentskommandeurs, die Front derselben ab. Darauf wurde die Schwadron von ihrem Kommandeur in verschiedenen Gangarten, zuletzt im Parademarsch vorbeigeführt. Prinz Wilhelm trat darauf an die inzwischen in Schwadronfront formierten Gardisten heran und rief ihnen ein „spassivo kawalergardi“ („danke, Chevalier-Garden!“) zu, wonach die Schwadron unter den Klängen eines russischen Marsches wieder abrückte. Alle diese Dinge werden hier sehr eingehend besprochen und hinterlassen einen sichtlich guten Eindruck.“

Prinz Wilhelm war in Petersburg auch mit dem Minister des Auswärtigen, Herrn von Giers, in intimen Verkehr getreten, ein Beweis, daß seine Mission auch eine politische war. In Petersburg war es auch, wo der Prinz zuerst in ein näheres Verhältnis zu Graf Herbert Bismarck trat, dessen Beobachtungsgabe und Urteilskraft er dort würdigen lernte.

Der Prinz war kaum nach Berlin zurück, als (an einem der ersten Tage des Monats Juni) die Kaiserin von Rußland, in Begleitung ihres Bruders Waldemar, auf einer Reise durch Deutsch-

land zum ersten Male Berlin berührte. Um so größer war die allgemeine Teilnahme an diesem Besuche. Das Berliner Publikum hielt die Strecke vom Zentralbahnhofe bis zum russischen Botschafshotel dicht besetzt. Mit freudigem Hochrufen wurden die Königlichen Equipagen begrüßt, welche die allerhöchsten und hohen Herrschaften an den Bahnhof brachten. Daselbst hatten sich eingefunden: der russische Botschafter Fürst Orlow und der dänische Gesandte v. Vind mit den Herren der Botschaft und der Legation, der Gouverneur, Kommandant und Polizeipräsident von Berlin, außerdem viele Herren und Damen von Distinktion. Die Kronprinzessin, in tiefe Trauer gekleidet, kam mit der Erbprinzessin Charlotte von Sachsen-Meiningen und der Prinzessin Viktoria angefahren. Der Kronprinz kam in Begleitung der Prinzen Wilhelm und Heinrich, ferner waren die Prinzen Friedrich Leopold und August von Württemberg anwesend. Zuletzt erschien der Kaiser gleich den Prinzen in der Uniform seines russischen Regiments und wie diese mit dem breiten blauen Bande des St. Andreas-Ordens geschmückt. Auch dieser Besuch der Zarewna in Berlin bildete ein Glied in der bereits langen Kette russisch-deutscher Sympathieerweisungen.

Die damaligen Kundgebungen der Freundschaft des offiziellen Rußland wurden von der panslawistischen oder panrussischen Presse alsbald eigentümlich kommentiert. Man feierte den Kaiser Wilhelm I. als den Fürsten des Friedens, um seinen ersten Ratgeber desto feindseliger gegen Rußland erscheinen zu lassen. Die Annäherung wurde lediglich auf die Persönlichkeit des Kaisers mit deutlicher Ausschließung des Anteils Bismarcks an der erfreulichen Gestaltung der Dinge zurückgeführt. So bemerkte die „Nowoje Wremja“: „Die moderne völkerrechtliche Theorie legt sehr wenig Gewicht auf verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen Herrschern, da die staatlichen Beziehungen, friedliche, wie gespannte und feindliche, durch diplomatische Berechnungen und Raisonnements bestimmt werden. Wenn diese Lehre auch im allgemeinen eine richtige ist, so findet sie doch bei Kaiser Wilhelm keine Anerkennung. Gegenüber Rußland verharrte er bei der entgegengesetzten Ansicht sogar dann, als die deutsche Diplomatie der Politik roher Interessen zum Triumph zu verhelfen trachtete. Selbstverständlich kann man einer Waffenbrüderschaft nicht die Bedeutung eines solchen

internationalen Faktors beimessen, auf dem man Festes errichten dürfte. Freundschaftsgefühle, mögen sie noch so fest, aufrichtig und heilig sein — sie hören auf mit dem Tode dessen, der sie hegte und pflegte. Kaiser Wilhelm, der unwandelbare Freund der russischen Kaiser, wird dem allgemeinen Schicksal der Menschen nicht entgehen. Mit seinem Tode wird die Hauptstütze fortfallen, auf der die Freundschaft der benachbarten Kaiserreiche ruhte. Die Zukunft steht in der Hand Gottes .... Aber es darf nicht vergessen werden, daß in der Geschichte nichts spurlos vorübergeht. Und so wollen wir hoffen, daß die freundschaftlichen Beziehungen, die Kaiser Wilhelm so aufrichtig und herzlich Rußland gegenüber unterhalten hat und die ebenso aufrichtig und herzlich auch von Rußland unterhalten wurden und werden — auch in Zukunft beiden Staaten als eine gute und rettende Mahnung dienen werden für den Fall von Schwierigkeiten, die ihnen die Diplomatie bereiten kann."

Aus diesem Artikel leuchtete das Bestreben heraus, der Politik des Kaisers gegenüber der des Fürsten Bismarck einen besonderen Charakter zu geben. Das traf jedenfalls nicht zu. Wir wissen alle, daß Fürst Bismarck in der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit Rußland eine besondere persönliche Genugthuung und Befriedigung findet. Der Prinz von 1884 war vier Jahre später als Kaiser zum Besuche bei dem Zaren, und diesem Ereignisse wurde dieses Mal in Petersburg deshalb eine so große Bedeutung beigemessen, weil man genau zu wissen glaubte, daß die erste Initiative bezüglich des Kaiserbesuches dem Fürsten Bismarck zuzuschreiben sei. Wir wissen nicht, wie weit das zutrifft, vermutlich sind Kaiser Wilhelm II. und sein erster Berater sich in demselben Gedanken begegnet.

Gleichviel, die Meldung von der Initiative Bismarcks hat in den Petersburger Kreisen um so tieferen Eindruck gemacht, als es dort als Dogma galt, Fürst Bismarck sei ein absoluter Gegner Rußlands und „warte lediglich den geeigneten Zeitpunkt ab, um diese Gesinnung in Thaten umzusetzen". — Es soll uns ganz recht sein, wenn dieses Dogma jetzt durch die angeblich vom Fürsten Bismarck herrührende Initiative zur Kaiserreise erschüttert wird. Bricht sich jetzt mit einem Male eine bessere Einsicht in die Be-

strebungen des deutschen Reichskanzlers Bahn, so kann das ja die friedliche Wirkung des Kaiserbesuches nur verstärken. Aber man frägt sich doch mit Erstaunen, wie es möglich war, den Fürsten Bismarck, den schon einmal ein deutsches Blatt in einer augenblicklichen Anwandlung nationaler Überspanntheit glaubte warnen zu müssen, sich nicht mit Frankreich in eine „Wettkriecherei“ um die Gunst Rußlands einzulassen, unter die Gegner Rußlands einzureihen, und man hat einige Mühe, Vertrauen zu der Zuverlässigkeit einer Nation zu gewinnen, die einer solchen blinden Voreingenommenheit gegen den Staatsmann fähig ist oder war, dessen Gesinnung und Sprache, fern davon, irgendwo mit einem Machtwort einzugreifen, stets eine friedfertige gewesen, dessen diplomatische Thätigkeit nicht im Schüren des Feuers, sondern im Löschen bestanden, und an dessen Kaltblütigkeit alle Gehässigkeiten, mit denen seine Bemühungen um die Erhaltung des Friedens aufgenommen worden sind, wirkungslos abgeprallt sind. Führt die Genugthuung, die man jetzt in Petersburg über die dem Fürsten Bismarck zugeschriebene Initiative zur Kaiserreise empfindet, zu einer bessern Erkenntnis der Politik des leitenden Staatsmannes, so wäre diese Wirkung der Reise groß genug, um ihr die höchste politische, über eine „Antrittsvisite“ weit hinausragende Bedeutung beizumessen.

Jedenfalls kam im März 1884, also kurz vor dem ersten Besuche unseres heutigen Kaisers in Petersburg, das Drei-Kaiser-Verhältnis zustande, zu dem schon bei der Anwesenheit des Herrn v. Giers in Friedrichsruh und in Wien die Grundlinien entworfen waren. Die Sendung des Grafen Herbert Bismarck nach Petersburg stand damit ohne Zweifel im Zusammenhang. Seine Ankunft im Monat Januar ließ die dortigen Zeitungen nicht zur Ruhe kommen. Jede einzelne stellte die Frage auf: „Was hat die Sendung zu bedeuten?“ Die „St. Petersburgskija Wjedomosti“ bemerkte in dieser Angelegenheit, anknüpfend an eine offiziöse deutsche Auslassung:

„Der derzeitige deutsche Botschafter, General von Schweinitz, erfreut sich der aufrichtigsten Achtung der St. Petersburger Gesellschaft und hat es verstanden, sich ungeachtet aller Mißverständnisse, die in Bezug auf unsere Sympathien zu unseren deutschen Nachbarn in dieser Zeit mehrmals entstanden, sich diese Achtung

stets unverändert zu erhalten. Weder die Polemik der St. Petersburger-Berliner Blätter, noch auch die Schwankungen in der öffentlichen Meinung haben auch nur die geringste Änderung in dem Verhalten des St. Petersburger Hofes und der St. Petersburger Gesellschaft dem deutschen Botschafter gegenüber herbeizuführen vermocht. Die Freundschaft, welche ein Jahrhundert hindurch Deutschland mit Rußland verbindet, ist auf für beide Mächte gleich wichtigen und wesentlichen Interessen basiert. In Anbetracht aller dieser günstigen Bedingungen würde die Thatsache an und für sich allein, daß Graf Herbert Bismarck von London nach St. Petersburg versetzt ist, in unseren Augen von besonders wichtiger Bedeutung sein; wenn aber noch außerdem der Leiter der deutschen Politik offiziös erklären läßt, daß er durch die Versetzung seines Sohnes nach St. Petersburg einen Beweis für die Aufrichtigkeit der Beziehungen zu liefern wünscht, die zwischen Rußland und Deutschland bestehen, so kann er im voraus dessen sicher sein, daß seinem Sohne hier der freundschaftlichste Empfang zu Teil werden wird."

Im Petersburger „Herold" hieß es u. a.:

„Es ist geradezu jede Möglichkeit ausgeschlossen, daß der älteste Sohn des deutschen Kanzlers, obwohl er sich der Diplomatie gewidmet, irgend welch einen diplomatischen Auftrag habe, da das deutsche Kaiserreich in der Person des Generals von Schweinitz seinen Vertreter in Petersburg hat. Und der gegenwärtige deutsche Botschafter in Rußland nimmt eine so hervorragende Stellung ein, genießt eines gar zu großen Vertrauens seitens des Berliner Hofes, eines gar zu großen Ansehens seitens des Hofes von St. Petersburg, als daß man sogar die Möglichkeit zugeben könne, daß in Anwesenheit einer derartigen Vertrauensperson jemand anders mit einem wichtigen diplomatischen Auftrag betraut werden könnte. Eine solche Voraussetzung zulassen — heißt seine Unbekanntschaft mit den Traditionen der Diplomatie bekunden."

Richtig war, daß Graf Herbert Bismarck streng genommen keine offizielle Mission hatte, das entspräche angesichts der in Betracht kommenden Personenfragen nicht dem diplomatischen Gebrauche. Graf Bismarck war sicher auch nicht als „geheimer

Agent“ in Petersburg, der Verhandlungen zu pflegen und Abmachungen zu treffen gehabt hätte, mit denen die Welt überrascht werden sollte. Man faßte die Sendung des Grafen Bismarck vielmehr dahin auf, daß er, in einem eminenten Sinne der Vertrauensmann seines Vaters, der von seiner politischen Einsicht besonders viel hält, sich über russische Dinge so direkt wie möglich orientieren sollte. Die Versetzung des Grafen Redern und dessen temporäre Ersetzung durch Baron Plessen, der wieder nach Wien zurückging, boten eine gute Gelegenheit: Graf Herbert Bismarck wurde mit der Ausfüllung des Interimistikums beauftragt. Ein halbes Jahr lang oder weniger sollte er in Petersburg verbleiben und Gelegenheit suchen, Eindrücke in sich aufzunehmen. Von der Art derselben, soweit sie politischer Natur waren, durfte manches in der Gestaltung der deutschen Beziehungen zu Rußland abhängig sein. Und da die Regelung derselben zu den bedeutendsten Aufgaben des Reichskanzlers gehört, so durfte man in einem gewissen Sinne wohl sagen, daß die „Sendung“ des Grafen Herbert von politischer Tragweite war. Sie hatte jedenfalls auch insofern eine solche Tragweite, als das Interesse des Reichskanzlers, die Beziehungen zu Rußland zu pflegen, aus dieser Sendung unzweideutig hervorging und der russische Hof dieselbe in diesem Sinne aufzufassen schien. Dem letzteren entsprach auch die überaus warme Aufnahme, die Graf Bismarck in Petersburg zu Teil wurde. Er trat zum Hofe in enge Beziehung. Kaiser Alexander III. zeichnete ihn bemerkbar aus.

Graf Herbert war kaum eine Woche in Petersburg, als er zu einem Hoffeste geladen wurde. Es fand ein großer Ball gegen Ende des Monats Januar im Winterpalais statt. Über diesen liegt uns der Bericht eines Diplomaten vor, der einen Beitrag liefert zu dem Bilde, welches damals die deutsch-russischen Beziehungen boten, denn auch bei dieser Gelegenheit traten die Aufmerksamkeiten hervor, welche der Zar und die Zarewna dem deutschen Elemente erwiesen. Wir übergehen die Einzelheiten eines solchen Hoffestes und bemerken nur, daß, wie auf diesem Balle, so die ganzen fünf Monate hindurch, die Graf H. Bismarck in Petersburg verweilte, er eine Fülle von Eindrücken aufnehmen konnte, die ihn wohl befähigten, seinem Vater als Interpret der sozialen und politischen

Strömungen Rußlands bis in die höchsten Regionen zu dienen. Die erste Unterhaltung, die Graf Herbert auf jenem Balle mit dem Zaren hatte, legte den Grund zu dem hohen Vertrauen des russischen Herrschers zum Sohne des deutschen Reichskanzlers, welches mehr und mehr einen regen Verkehr herbeiführte und zuletzt sich wieder ausdrückte, als beim Empfang Kaiser Wilhelms II. vier Jahre später im Hafen von Kronstadt der Zar schon auf der Hohenzollern Gelegenheit nahm, sich, während Kaiser Wilhelm mit Herrn v. Giers in Unterhaltung war, in ein längeres Gespräch mit dem Grafen Herbert einzulassen und ihn auch später beim Besuche in Gatschina und in Krasnoje Sselo auszuzeichnen.

Graf Herbert Bismarck verließ Petersburg Ende Mai. Vor seiner Abreise machte noch ein Vorgang, der ihn betraf, einiges Aufsehen. In seiner Antwort auf eine Anrede, womit er in Reval in dem Hause „Die schwarzen Häupter" in deutscher Sprache begrüßt wurde, betonte Graf Bismarck, wie er es bedauere, daß seine kurze Anwesenheit in Rußland ihm noch nicht die russische Sprache so weit zu eigen gemacht habe, um ihm zu gestatten, die erzeigte Liebenswürdigkeit mit gleicher Liebenswürdigkeit zu vergelten und die an ihn gehaltene Rede in der Sprache ihres Landes, der russischen, zu erwidern. „Wir wissen nicht, sagte die „Nowoje Wremja", wie die Revaler Deutschen diesen Wink aufgenommen haben, sie können ein Gericht und eine Verurteilung ihres Verhaltens darin erkennen. Die „Nowoje Wremja" knüpfte dann eine heftige Strafpredigt an die Ostseeprovinzen daran, welche der Russifizierung einen Widerstand entgegenstellen, der nun schon 170 Jahre dauere, der aber wie die Rede des Grafen Bismarck beweise, von den eigentlichen Deutschen nicht gebilligt werde und dem in einer oder der anderen Weise ein Ende gemacht werden müsse.

Prinz Wilhelm war bereits in die Heimat zurückgekehrt. In Berlin wurde bestritten, daß Graf Herbert den Deutschen in Reval hätte eine Lektion erteilen wollen.

Seit Petersburg war Graf H. Bismarck dem Zaren sowohl, als dem späteren Kaiser Wilhelm näher gerückt, bis letzterer im Auswärtigen Amt sein Schüler wurde und sodann als Kaiser mit ihm zum zweiten Male Petersburg aufsuchte.

Die Abmachungen zwischen den drei Kaiserreichen, die im Winter

1883—1884 getroffen waren und das sogenannte Drei-Kaiser-Verhältnis schufen, führten sodann im September zu der Monarchenbegegnung in Skierniewicze. Die öffentliche Meinung beschäftigte sich insbesondere im Monat Februar des Jahres 1884, nach der Rückkehr des Herrn von Giers nach Petersburg, lebhaft mit den Resultaten seiner Reise. Der „Nord" feierte das gute Einvernehmen, das sich zwischen Rußland, Deutschland und Österreich ergeben habe. Er behauptete, daß es dem russischen Minister des Auswärtigen auf den Stationen, welche seine Hin- und Rückreise unterbrachen, gelungen sei, die Spitze der Tripel-Allianz abzustumpfen und an die Stelle dieses Systems eine andere Gruppierung zu setzen, in welcher Rußland einen Platz gefunden habe. „Die Tripel-Allianz" schrieb das offiziöse Organ, war, was man auch gesagt haben mag, ein Akt des Mißtrauens, während die Unterredungen von Friedrichsruhr und Wien im Gegenteil Zeichen des Vertrauens sind. Heute ist die Tripel-Allianz nicht mehr als ein Wort, denn sie findet sich durch das gemeinschaftliche Einvernehmen der Kontrahenten mit derjenigen Macht aufgelöst, gegen welche diese politische Kombination hauptsächlich gerichtet sein sollte. Diese Macht ist nunmehr gewissermaßen in dieses Einvernehmen verschmolzen."

Über die Monarchenbegegnung in Skierniewicze hob die Moskauer Zeitung hervor, daß sie die völlige Sicherstellung der wesentlichsten Interessen jeder der drei Großmächte nach sich ziehen dürfte. Als vorzüglichstes Ergebnis der Entrevue betonte das Blatt die Herstellung jener herzlichen Beziehungen Rußlands zu Österreich, wie sie zwischen Rußland und Deutschland bereits hergestellt waren. Letztere herbeizuführen, sei freilich viel leichter gewesen, weil zwischen Rußland und Deutschland nur Mißverständnisse persönlichen und zufälligen Charakters obgewaltet hätten. Allein zwischen Rußland und Österreich könnten reale Mißhelligkeiten entstehen, diese seien jetzt gehoben.

Folgender Zug war bezeichnend für den Geist, der die Zusammenkunft beherrschte. Nach dem Diner standen die drei Kaiser in gemeinsamer Unterhaltung. Während derselben Zeit unterhielt die Kaiserin sich mit Bismarck. Als dabei ihr Blick auf die Kaiser fiel, bemerkte sie zu dem Fürsten in bewegtem Tone: „Wie glücklich bin ich über dieses Zusammenstehen der drei Fürsten, es hätte schon

längst geschehen sein müssen und sollte immer so bleiben.“ Der Reichskanzler antwortete darauf: „Ew. Majestät dürfen überzeugt sein, daß es meine Lebensaufgabe ist, diesem Wunsche Erfüllung zu sichern; und sollte dies einmal durch unabwendbare Verhältnisse nicht möglich sein, dann wird mich die Neugestaltung nicht mehr als Minister sehen.“

Die Kaiserin — es war die Dagmar von Dänemark — gedachte auch des herrlichen Empfanges, den sie im Juli in Berlin gefunden hatte, und wiederholte die Worte, die bei ihrer Rückkehr nach Petersburg in demselben Monat der Zar so laut, daß alle Anwesenden es hören konnten, gesprochen hatte. Er sei glücklich, hatte er gesagt, daß die Kaiserin wohlbehalten zurückgekehrt sei, aber wenn möglich noch glücklicher, daß ihre Reise dazu beigetragen habe, die Bande der Freundschaft, welche die Höfe von Berlin und Petersburg vereinige, noch fester zu knüpfen.

Thränen standen in den Augen des greisen Kaisers Wilhelm, als er in Skierniewicze von den russischen und österreichischen Herrschaften Abschied nahm. Es waren Thränen der Freude. Es regte sich in ihm das beglückende Bewußtsein, das Staatsschiff nach langer, sturmbewegter Fahrt wieder im alten „sicheren“ Hafen geborgen zu sehen. Kein Zweifel, daß er in jener Stunde, da er den alten, zu wiederholten Malen schwer erschütterten Freundschaftsbund der drei Ostmächte aufs neue besiegelt sah, des politischen Testamentes gedachte, in welchem sein in Gott ruhender Vater an den Erben der preußischen Krone die Mahnung richtete:

„Verabsäume nicht, die Eintracht unter den europäischen Mächten, so viel in deinen Kräften, zu befördern; vor allem aber mögen Preußen, Rußland und Österreich sich nie von einander trennen; ihr Zusammenhalten ist als der Schlußstein der großen europäischen Allianz zu betrachten.“

Diese Mahnung war das Ergebnis bedeutsamer Erfahrungen aus schwerer Zeit, und die beiden zum Throne berufenen Söhne des vielgeprüften Königs sind der Worte des Vaters eingedenk geblieben. Welche Wandlungen auch die Beziehungen zu den beiden großen Nachbarreichen erfahren mußten, wenn Preußen in Deutschland seine große Mission erfüllen sollte, so zieht sich doch der Gedanke, daß das alte Bündnis dem Frieden Europas die festeste

Stütze gewähre, als roter Faden durch die gesamte Politik des Kaisers Wilhelm I. und seines Kanzlers.

Staatsklug und unbeirrt durch alles Toben und Schelten der damaligen Oppositionspartei sicherte sich Fürst Bismarck schon im Beginn seiner Amtsthätigkeit als Minister des Auswärtigen durch seine Aktion gegenüber der polnischen Insurrektion zunächst die wohlwollende Neutralität Rußlands in Sachen Schleswig-Holsteins, gleichzeitig aber erschloß er sich freie Bahn für die weiteren großartigen Akte seiner nationalen Politik. Je mehr unsere Freundschaft mit Österreich erkaltete, um so mehr befestigte sich unser gutes Verhältnis zu Rußland, und als schließlich die kriegerische Auseinandersetzung mit ersterem unabweisbar geworden, war uns die wohlwollende Haltung Rußlands von unschätzbarem Werte. Aber selbst inmitten des stürmischen Siegeslaufes unserer Heere hat es unser weitblickender Staatsmann keinen Augenblick vergessen, daß die feindliche Stellung gegen Österreich nur ein durch die historische Notwendigkeit bedingter Ausnahmezustand sein dürfe, der so rasch wie möglich wieder dem durch die Natur der Dinge vorgezeichneten Freundschaftsverhältnisse weichen müsse. Daher Bismarcks weise Fürsorge, daß Österreich beim Friedensschlusse nicht durch Gebietsverluste schwer gekränkt und nicht finanziell tief geschwächt werde. Kaum war dem Frieden und der Aufrichtung der neuen Ordnung in Deutschland ein kurzes Jahr gefolgt, als Preußens schon hochbetagter König auf dem Bahnhofe Oos erschien, um dem auf der Reise nach Paris begriffenen, viel jüngeren Kaiser Franz Joseph die Hand zu reichen und ihm zu bezeugen, daß trotz allen Unmutes, der damals die Herzen der Österreicher noch erfüllte und von Herrn v. Beust geflissentlich genährt wurde, Preußen-Deutschland keinen lebhafteren Wunsche hege, als die Wiederherstellung des alten Freundschaftsverhältnisses. Indes die Wunde, die Österreich geschlagen war, vermochte so rasch nicht zu vernarben. Als Frankreich uns den Krieg erklärte, stand Österreich auf dessen Seite; ein Bündnis zwischen beiden Ländern — dem auch Italien zum Danke dafür, daß wir ihm Venetien erobert hatten, sich angeschlossen hatte — war bereits perfekt. Dank den raschen glänzenden Erfolgen, welche die deutschen Heere im Beginn des Krieges errangen, und dank der Rückendeckung, die uns Ruß-

land gewährte, traten die Bundesgenossen Frankreichs indes nicht in Aktion.

Unsere Dankesschuld gegen Rußland wurde noch im Laufe des Krieges von 1870 einigermaßen beglichen: die Unterstützung Preußen-Deutschlands und die Ohnmacht des besiegten Frankreich ermöglichten es Rußland, sich von der drückendsten, für eine Großmacht unerträglichen Fessel zu befreien, welche ihm der Pariser Frieden von 1856 auferlegt hatte. Trotz der Fortdauer des Beustschen Regimentes gewann auch unser Verhältnis zu Österreich noch im Laufe des Krieges eine erfreuliche Wandlung. Bevor im Feldlager von Versailles die Aufrichtung des neuen Kaisertums und damit die national-politische Einigung Deutschlands proklamiert wurde, suchte Fürst Bismarck die Zustimmung Österreichs nach, und dieses gewährte, was es zu versagen nicht in der Lage war, damit war der Boden für eine ostmächtliche Allianz wieder einigermaßen geebnet.

Der weit entgegenkommenden Haltung des allerwärts die Herzen erobernden Kaiser Wilhelms und der Politik des Kanzlers gelang es nunmehr, das Verhältnis zum Wiener Hofe alsbald wieder zu einem durchaus freundschaftlichen zu gestalten und gleichzeitig die Spannung zu mildern, welche seit dem Krimkriege zwischen Rußland und Österreich obwaltete. Schon im September 1872 schlossen die drei Monarchen in Berlin das sogenannte Dreikaiserbündnis, durch welches das revanchelustige Frankreich in Europa vollständig isoliert und auf ein Lustrum hinaus der Frieden des Erdteils gesichert wurde.

So bedeutsam und erfolgreich dieses Bündnis war, so vermochte es unter den damaligen Verhältnissen doch nicht den Charakter einer dauernden internationalen Institution zu gewinnen. Noch waren die Verhältnisse Europas nicht ausreichend konsolidiert. Frankreich konnte jeden Augenblick die Monarchie wieder herstellen und dadurch bündnisfähig werden. In Österreich gab es noch eine mächtige Partei, die das Jahr 1866 nicht verschmerzt hatte und sehnsüchtig dem Einzuge Heinrichs V. in Paris entgegensah. In der nationalrussischen Bevölkerung regte sich ein chauvinistischer Geist, der, ähnlich wie die Franzosen einst „Revanche für Sadowa," Revanche für den kriegerischen Ruhm Deutschlands und dessen poli-

tischen Aufschwung forderte. Das Haupthindernis aber war, daß die tiefwurzelnden Interessengegensätze, welche zwischen Rußland und Österreich im Orient obwalteten, nur zeitweise beglichen waren und durch jeden äußeren Anlaß wieder lebendig werden konnten. Es gelang dem Fürsten Bismarck, den aus dem „Bischen Herzegowina“ entstandenen orientalischen Krieg zu lokalisieren, indem er als „ehrlicher Makler“, nicht als Schiedsrichter oder Schulmeister, zwischen den widerstrebenden Interessen der nächstbeteiligten Mächte Rußland und Österreich die Vermittelung übernahm. Das wurde ihm von Rußland nicht gedankt. Den letzten Grund ihres Unmutes sprach die deutschfeindliche Presse in Rußland nie offen aus: Deutschland hätte im Frühjahr 1878 die Knochen des pommerschen Musketiers für die Gortschakow-Ignatiewsche Politik einsetzen sollen, es hätte am Rhein, an der Donau und an der Nordsee Konstantinopel für die Russen erobern sollen, das diesen selbst unerreichbar war, als es bereits unter ihren eigenen Kanonen lag. Das friedliche deutsche Volk wurde nicht aufgeboten, um die damalige russische Orientpolitik gegen die zu jener Zeit in der Luft liegende Koalition von England, Österreich und Frankreich herauszuhauen — das war die unverzeihliche Sünde der deutschen Politik. Da die russische Presse dieses letzte Wort nie aussprach, so kam die Diskussion mit ihr überhaupt zu keinem Abschluß. War Deutschland verpflichtet, einen Weltkrieg zu führen, damit Rußland Konstantinopel besitze? Wenn das der Preis der Freundschaft mit Rußland sein sollte, so war er dem Deutschen Volke zu teuer. Niemand ist imstande, aus den Kongreßverhandlungen von 1878 einen einzigen Fall nachzuweisen, wo russische Anträge von der deutschen Vertretung bekämpft oder auch nur nicht unterstützt worden sind. In einigen Fällen hat sich die deutsche Vertretung gemeinschaftlich mit der russischen in der Minderheit befunden; in den meisten aber ist es dem deutschen Einfluß bei entstehender Meinungsverschiedenheit über russische Wünsche gelungen, den letzteren die Zustimmung der anderen Mächte zu verschaffen; mitunter gerade bei den wichtigsten Fragen der Gebietsabtretungen an Rußland nicht ohne Schwierigkeiten und nur durch die unumwundene Erklärung, daß Deutschland auf seine Beteiligung an den Kongreßverhandlungen verzichten werde, wenn die russischen Anträge abge-

lehnt würden. Der Reichskanzler konnte daher in seiner Rede am 6. Februar 1888 mit Recht sagen, er habe auf dem Kongreß als der vierte Bevollmächtigte Rußlands (neben Gortschakow, Schuwalow, Oubril) gehandelt. Das erkannte aber Rußland so wenig an, daß es 1879 an Deutschland unerfüllbare Forderungen stellte und mit Kriegsdrohungen offen hervortrat. Deutschland und Österreich sicherten sich durch Abschluß jenes engen Bündnisses, das seitdem den Angelpunkt der europäischen Politik bildet. Unverkennbar richtete dieses Bündnis seine Spitze zunächst gegen Rußland. Ein völliger Bruch ward indes glücklich vermieden. Kaiser Wilhelm, an der traditionellen Freundschaft festhaltend, pflegte die Beziehungen von Hof zu Hof und die Staatskunst des Fürsten Bismarck wirkte in gleich friedlichem Sinne, wenn auch nicht selten andere Wege gehend und zu energischeren Mitteln greifend. Die Schwierigkeiten beruhten vornehmlich in den innern Verhältnissen Rußlands, deren einigermaßen Herr zu werden, es für den Zaren selbst der Jahre bedurfte. Fanden doch die panslawistischen Tendenzen bis in die Reihen der höchsten Staatsbeamten, der obersten Heerführer hinauf, ja selbst am Hofe ihre enragiertesten Vertreter. Erst im Jahre 1883 gelang es unserm leitenden Staatsmanne, mit Hilfe der offiziösen Presse, in der öffentlichen Meinung Rußlands der Überzeugung Bahn zu brechen, daß die unsere Nachbarn so wenig befriedigenden Ergebnisse des Berliner Kongresses wesentlich auf den Mangel an Entschlossenheit in der russischen Kriegführung und auf die Fehler des Fürsten Gortschakow zurückzuführen seien. Andere bestimmende Gründe kamen hinzu, die rein politischen Beziehungen zwischen Preußen-Deutschland und Rußland wieder eben so freundschaftlich zu gestalten wie die der beiderseitigen Kaiserhöfe.

Damit aber waren die Schwierigkeiten, welche einer Wiederaufrichtung des alten gegenseitigen Verhältnisses der drei Ostmächte entgegenstanden, noch keineswegs überwunden. Regte sich bei den Russen Deutschland gegenüber vorwiegend ein unklares Gefühl nationaler Abneigung und politischen Neides, so standen einer festbegründeten Freundschaft mit Österreich Hindernisse realerer Natur entgegen. Die weitgehende Autonomie, welche Österreich den Polen in Galizien gewährt hatte, widerstrebte der russischen Politik, die in ihren polnischen Gebieten weit belangreichere Interessen zu vertreten hatte.

Die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in das österreichische Machtgebiet und die Perspektiven, welche sich damit für Österreich eröffneten, das keinerlei kriegerische Anstrengungen gemacht hatte, begründeten, namentlich für die öffentliche Meinung Rußlands, einen weiteren, tief einschneidenden Gegensatz. Dazu kam auf Seiten Österreichs der Antagonismus der Ungarn gegen, und das Liebäugeln seiner slawischen Bevölkerung mit Rußland. Unsere russischen Nachbarn hatten längst erkannt, daß ein gutes Einvernehmen mit Deutschland geboten sei, wenn man den Frieden wahren und in Europa nicht isoliert stehen wollte. Auf die wechselnden Parteiströmungen in Frankreich und England ließ sich ein festes politisches System nicht bauen. Aber die Freundschaft Deutschlands war nur um den Preis der Freundschaft mit Österreich zu haben. Es hatte lange gewährt, bis diese Erkenntnis sich in Rußland durchrang. Die Entrevue von Skierniewicze schien eine ausreichende Bürgschaft zu geben, daß der Freundschaftsbund der drei Ostmächte wieder historische Thatsache war, mit der die Welt zu rechnen hatte.

Als Prinz Wilhelm von Preußen sich ein zweites Mal nach Rußland begab — er wohnte im September 1886 den Manövern bei Brest-Litowsk bei — hatten die Vorgänge, welche zur Thronentsagung des Fürsten Alexander von Bulgarien führten, das Drei-Kaiser-Verhältnis wieder erschüttert. Welche Sendung Prinz Wilhelm damals im Zusammenhange mit den Zeitereignissen zu erfüllen hatte, wird erst später erwähnt werden; er begab sich von Brest aus direkt in das Manöverhauptquartier des Kaiserlichen Großvaters nach Straßburg. Im November 1887 empfing und geleitete er dann den russischen Kaiser bei dessen kurzer Anwesenheit in Berlin.

Fürst Bismarck und Fürst Alexander.

Am 21. April 1879 erscholl in der konstituierenden Versammlung zu Tirnowa der einstimmige Ruf: „Battenberg ist unser Fürst.“ Am 3. Juli desselben Jahres hielt dieser seinen Einzug in Sofia. Es war der russische General-Kommissar Fürst Dondukow, welcher dem Fürsten Alexander im Namen des Zaren während seines Einzuges zur Seite blieb, ihm auf der Überfahrt von Konstantinopel nach Warna am 6. Juli 1879 mittelst Dampfbootes auf die offene See entgegenfuhr und ihn hier im Namen Rußlands begrüßte. Bei der Einfahrt in Rustschuk feuerten die dem Bahnhofe gegenüber auf der Donau in Linie postierten russischen Kriegsdampfer den Ehrensalut. Recht bezeichnend für die Beziehungen zu Rußland war die Ansprache, welche eine junge Bulgarin, Frl. Militza Petrovits, an den Fürsten in Rustschuk richtete, und aus der folgende interessante Stelle mitgeteilt werden mag. Die Dame sagte u. a.: „Plus de deux ans sont écoulés depuis que le glorieux et puissant Empereur de toutes les Russies entreprit la délivrance des Bulgares oppressés depuis des siècles. C'est vers ce magnanime Souverain que les regards de mes compatriotes se tournèrent dans l'infortune, c'est à sa voix que ses nobles et valeureux enfants de la Russie répondirent pour nous délivrer du joug oppresseur qui pesait sur nous depuis si longtemps . . .“ Eine Kompagnie russischer Infanterie war auf dem Bahnhofe als Ehrenwache aufgestellt, und die russische Generalität und eine große Anzahl russischer Offiziere bewillkommneten den Fürsten beim Eintritt in sein Palais, vor welchem zwei Tafeln mit folgenden Inschriften in bulgarischer Sprache prangten: „Dem durchlauchtigsten Fürsten Alexander I.: Du bist unser Trost und unsere Hoffnung!“ „Sr. Majestät dem Kaiser Alexander II. von Rußland

ewiger Dank Dir, großer Kaiser und Befreier!" Auf der Weiterfahrt durch das Reich gab Fürst Dondukow dem Fürsten Alexander auf speziellen Befehl des Zaren das Ehrengeleit über den Balkan bis in die Residenz Sofia. Schon im Januar 1880 ging das Gerücht von der Abdankung Alexanders. Es wurde zuerst bestritten. Man schrieb aus Sofia nach Berlin: „Was die Zeitungen über eine Abdankung des Fürsten Alexander berichten, ist alles erfunden und eine Machination der österreichischen Presse; Fürst Alexander ist nicht der Mann, die Flinte so schnell ins Korn zu werfen; erst wird er seine ganze Energie aufwenden und probieren, ob und was zu erreichen ist. Das Volk liebt den Fürsten wirklich, und dieser weiß sehr wohl, daß ein Volk, das auf so tiefer Stufe steht, viel Geduld erfordert, er weiß auch, daß ein Volk mit so viel Fähigkeiten nach allen Seiten hin diese Geduld einst lohnen wird. Die Vorgänge im Parlament waren ja hochtraurig, daran ist aber nicht das Volk schuld, sondern die Konstitution, von der das erstere, gleich einem Kinde, das noch nicht laufen kann, keinen Gebrauch zu machen versteht. Das Laufen will gelernt sein, und der Bulgare muß erst für eine freie, nur für schon zivilisierte Staaten geeignete Konstitution erzogen werden. Einige in Rußland gebildete Bulgaren, mit dem Gift der Nihilisten genährte Fanatiker, lenkten einen Haufen Bulgaren, wie der Hirt die Heerde, und da sie genug Beredsamkeit besaßen, gewannen sie leicht eine Menge ihrer Landsleute, so daß die Opposition eine überwiegende war. Das Land kann sich fremdem Einfluß nur langsam entziehen, es hat auf seine Befreier natürliche Rücksicht zu nehmen; aber es wird sich eines Tages emanzipieren, das ist sicher."

Eitler Optimismus! Mit einem unmündigen und demnach einer demokratischen Verfassung überlieferten Volke, mit dem Radikalismus der Großbulgaren, mit der Einmischung einer diesen Radikalismus unter der Hand begünstigenden Macht, mit Leuten, die demselben Frieden, dem sie ihre Selbständigkeit verdankten, ins Gesicht spotteten, ließ sich nicht regieren. Während noch jene beruhigenden Worte geschrieben wurden, verlautete bereits von anderer Seite, daß der Fürst und sein Vater, der Prinz Alexander von Hessen, die verschiedenen Höfe, zu denen sie Beziehungen unterhalten, schriftlich und mündlich auf die Unhaltbarkeit der bul-

garischen Zustände unter der gegenwärtigen Verfassung hingewiesen hatten.

Es fehlte dabei nicht an der Andeutung, daß der russische Generalgouverneur Fürst Dondukow-Korssakow, welcher bekanntlich eine Zeit lang sich selber darauf Rechnung gemacht hatte, den bulgarischen Fürstenthron zu besteigen, die bulgarische Verfassung absichtlich in einer Form, die das Regieren damit fast zu einer Unmöglichkeit mache, habe zustande kommen lassen, um dem ersten Fürsten von Bulgarien das Leben möglichst sauer zu machen und den Entschluß zur Abdankung ihm nahezulegen. Und die in Bulgarien zurückgebliebenen russischen Zivil- und Militärbeamten hatten durch ihre Haltung am wenigsten dazu beigetragen, dem Fürsten das Regieren zu erleichtern.

Seitdem hatten die bulgarischen Fortschrittler mehr und mehr die Oberhand gewonnen und bei dem Fürsten den Entschluß befestigt, seine Krone auf den Altar des bulgarischen Vaterlandes niederzulegen. Man vermutete, daß er sich auf seiner letzten Rundreise in Europa (1881) der Zustimmung der Kabinette von Wien, Berlin, Petersburg zu diesem Schritte versichert habe. Es war aber nicht jede Möglichkeit ausgeschlossen, daß diese Mächte einen Druck auf die Bulgaren versuchten, dem sie nicht zu widerstehen vermochten, und der dem Fürsten Alexander das Weiterregieren möglich machte.

Wie aber, wenn der Druck nicht gelang? Wollte man das Demokratennest sich selber überlassen? Unmöglich. Sollte es eine Beute Rußlands werden? Nach Abschluß des Berliner Friedens sagte man: „Zwischen Rußland und Konstantinopel hat sich ein neues staatliches Element eingeschoben, das unter der Aufsicht Europas steht. Der Entfernung zwischen Petersburg und Konstantinopel ist ein gutes Stück Wegelänge hinzugefügt worden, und es besteht die Sicherheit, daß, wenn früher oder später zur Liquidation der türkischen Masse ein weiterer Schritt geschehen muß, Rußland nicht der curator bonorum sein wird."

Mit der Vakanz des Thrones würde diese Frucht des Berliner Friedens in Frage gestellt worden sein. Dem neuen Zaren bot sich jetzt eine Probe für die Richtung seiner auswärtigen Politik. Der verstorbene Zar wollte von einer Verfassungsänderung in Bul-

garien, die der Fürst Alexander zum Schutze gegen die Demokraten verlangte, nichts wissen. Man dachte jetzt vielleicht anders darüber in Petersburg und zeigte den „lieben Bulgaren" einmal etwas Ernst. Den Nihilismus hier totschlagen, dort als Panslawismus hätscheln: das ging nicht länger. Auch das schlug fehl. Der deutsche Fürst in Bulgarien rettete durch einen kühnen Staatsstreich sein Land vor der drohenden Anarchie und brach dadurch einer zwar diktatorischen, aber geordneten Regierung Bahn. Desto größer wurden die Wirren mit Rußland. Es kam so weit, daß, als die bulgarische Kammer (1883) die Abberufung der russischen Generale Kaulbars und Sobolew von der Leitung der Verwaltung des Fürstentums verlangte, Kaiser Alexander III. durch seinen Gesandten Jonin dem Fürsten von Bulgarien die Forderung zugehen ließ, die Nationalversammlung unverweilt aufzulösen. Der Gesandte des Zaren drohte, wenn nicht der Fürst sich binnen vierundzwanzig Stunden für die Annahme der Kaiserlichen Vorschläge entscheide, abzureisen. Er führte jedoch seine Drohung nicht aus, obwohl Fürst Alexander es rundweg ablehnte, auf die ihm gemachten Vorstellungen einzugehen. Wie hätte er auch die Kammer jetzt auflösen können, nachdem er ihr noch wenige Monate vorher seine wärmste Anerkennung für die Erfüllung der ihr vom Volke anvertrauten Mission ausgesprochen? „Sie werden in der Geschichte Ihres Vaterlandes eine ruhmreiche Spur und ein nachahmenswertes Beispiel des Eifers und der Vaterlandsliebe zurücklassen" — mit diesen Worten hatte er die Sobranje verabschiedet, seit jener Zeit hatte die Versammlung nichts gethan, was eine Auflösung von seiten des Fürsten rechtfertigen konnte. Die russischen Minister-Generale hatten notorisch in Petersburg gegen ihn intrigiert, sie hatten die ihm feindliche Partei im Lande unterstützt und jetzt kam Herr Jonin und verlangte von dem schwerbedrängten Fürsten, er solle sich zur Beibehaltung dieser sein Ansehen untergrabenden Minister verpflichten — solche Zumutung hätte kaum der Sultan einem seiner Vasallen zu machen gewagt. Fürst Alexander folgte der Pflicht der Selbstachtung, als er die russischen Forderungen ohne weiteres ablehnte.

In Berlin schien es zuerst, als ob damals Fürst Alexander noch in Ansehen stände. Die „Nordd. Allg. Ztg" charakterisierte

die Lage in Bulgarien wie folgt: „Seit dem letzten Orientkriege ist das russische Element auf der Balkanhalbinsel in einen Gegensatz zu dem „politischer Selbständigkeit" teilhaftig gewordenen Bulgarentum geraten, welcher sich um so mehr verschärft, je kräftiger der nationale Gedanke sich bei den Südslawen entwickelt. Eine ganz besonders drastische Wendung ist durch das Auftreten des außerordentlichen russischen Gesandten Jonin in die politische Situation Bulgariens gebracht worden. Derselbe stellte an den Fürsten Alexander unerfüllbare Forderungen, während er andererseits die Liberalen für sich zu gewinnen wußte, so daß die Wahrung der bulgarischen Nationalität und Unabhängigkeit nunmehr einzig bei dem Fürsten und den Konservativen liegt. Der Versuch der Verständigung zwischen den beiden Parteien, dem der Erfolg bereits gewinkt hatte, muß mit dem Abschwenken der Liberalen in das russische Lager als gescheitert angesehen werden." Gleich in den nächsten Tagen aber brachte das genannte Blatt einen Artikel, der dem „Journal de St. Pétersbourg" Anlaß gab, seine Anerkennung über den Standpunkt des Organs Bismarcks auszusprechen, indem es den Artikel als einen Protest bezeichnete gegen die Angriffe auf Rußland wegen seiner Politik in Bulgarien und auf die Friedensmission Jonins, dank welcher die drohende Krisis gelöst zu sein schien. Rußland habe Bulgarien mit großen Opfern geschaffen und sei an dessen Erhaltung interessiert. Wenn die Aufgabe des Fürsten Alexander mißglücken sollte, dann wäre die Existenz Bulgariens, der Friede im Orient und die Ruhe Europas bedroht. Der Erfolg des Fürsten von Bulgarien hänge von einer starken Regierung und der Unterstützung derselben durch das Volk ab. Das Statut von Tirnowa habe das Problem der Verfassung lösen sollen, sei aber durch die Sobranje, welche sich zur mißlungenen Nachahmung einer für andere europäischen Staaten passenden Verfassung habe verleiten lassen, abgeändert und verschlechtert worden. Die Mission Jonins bezwecke nun die Herstellung eines Kompromisses, welches am besten von einem durch die Sobranje zu genehmigenden neuen Statute ausgehen dürfte und die Verbindung zwischen Fürst und Volk wiederherstellen solle. Die gegenwärtige Lage sei dazu günstig. Die „Nordd. Allg. Ztg." mache den Feinden Rußlands begreiflich, wie ver-

geblich es sei, die Loyalität der russischen Politik im Orient zu verleumden.

Die Bulgaren kehrten sich weder an Rußland, noch an dessen Unterstützung durch die „Nordd. Allg. Ztg." Die Liberalen vereinigten sich mit den Konservativen gegen Rußlands Forderungen, welche die von der Nationalversammlung von Sistowa dem Fürsten übertragenen außerordentlichen Vollmachten beseitigen wollten, um dafür die russische Diktatur einzusetzen, und beide Parteien erklärten am 18. September in einer Adresse an den Fürsten, es sei der einstimmige Wunsch der Nation, daß die Verfassung mit den vom Fürsten anzugebenden Änderungen wiederhergestellt werde und diese Adresse wurde durch Zuruf angenommen. Da die russischen Minister sahen, daß ihnen der Boden vollständig entzogen sei, daß die beiden großen Parteien des Landes zu ihrem Sturze sich vereinigt hatten und der Fürst damit einverstanden war, so gaben sie am 19. September ihre Entlassung ein, welche der Fürst mit Vergnügen annahm. General Sobolew sagte in dieser Audienz: „Das war Ihr letzter Triumph, Hoheit, und zugleich die letzte Unart, die der Kaiser ungestraft lassen wird". Die beiden Generale reisten auf Weisung von Petersburg gleich darauf von Sofia ab. Das neue Ministerium bestand aus Liberalen und Konservativen. Dragan Zankow übernahm die Präsidentschaft. Das Manifest des Fürsten vom 19. September stellte die Verfassung von Tirnowo wieder her.

Der vom Fürsten Alexander mit dem jüngern Kaulbars abgeschlossene Vertrag versprach den Konflikt mit Rußland beizulegen. Aber dieser setzte sich 1884 infolge der fortwährenden Agitation des russischen Agenten Jonin und infolge der Ernennung des russischen Generals Fürsten Kantakuzenos wieder fest. Dem Drängen des ersteren wurde es zugeschrieben, daß aus dem liberalen Ministerium Zankow die beiden konservativen Mitglieder Stojilow und Natschewiz austraten und an ihrer Stelle Pompanow zum Justizminister, Sarasow zum Finanzminister ernannt wurde. Zwar wurde Jonin, dessen Anwesenheit in Bulgarien nicht in das Programm des Ministers v. Giers, der eine Annäherung Rußlands an das deutsch-österreichische Bündnis anstrebte, paßte, im März abberufen und zum russischen Gesandten in Rio de Janeiro ernannt; aber die von 3000 Personen besuchte Versammlung, welche am 31. März in Sofia

stattfand und die Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien zu einem einzigen Staate verlangte, schien noch unter seiner Einwirkung und Inspiration getagt zu haben. Fürst Alexander I. freilich mußte sich in dieser Frage einer diplomatischeren Haltung befleißigen. Einer Deputation von Tirnowa, wo in einer Versammlung der nämliche Beschluß gefaßt worden war, erwiderte er: „Als Bulgare sympathisiere er mit der Bewegung, als der auf Grund des Berliner Vertrags gewählte Fürst müsse er aber sagen, daß die Stunde noch nicht gekommen sei.“ Die im Juni vollzogenen Neuwahlen für die Nationalversammlung hatten ein für das Ministerium Zankow ungünstiges Ergebnis. Daher bot dieses am 18. Juni dem Fürsten seine Entlassung an. Der Fürst wollte die Entscheidung von irgend einem Akt der Nationalversammlung abhängig machen. Dieselbe trat am 6. Juli in Tirnowa zusammen und wählte infolge einer Koalition der Konservativen und Radikalen den Führer der radikalen Partei, Karawelow, zu ihrem Präsidenten. Darauf erfolgte der Rücktritt des Kabinetts Zankow und die Bildung eines neuen Ministeriums. In diesem übernahm Karawelow das Präsidium und die Finanzen, Czanow das Auswärtige. Zum Präsidenten der Nationalversammlung wurde Stambulow gewählt.

Im Mai desselben Jahres war Fürst Alexander wieder bei seinem Bruder Heinrich, der in Potsdam bei der Garde stand, welcher er einst selbst angehört hatte, zum Besuch und fand in „Friedrichskron“, die beste Aufnahme. Er konferierte auch sehr lange mit dem Fürsten Bismarck. Damals war es in Berlin allgemeines Stadtgespräch, daß die Verlobung des Fürsten mit der Prinzessin Viktoria unmittelbar bevorstände. Es hieß sogar, diese Verlobung würde bei einem kronprinzlichen Diner im Neuen Palais proklamiert werden. Das Diner fand allerdings statt, und zwar zu Ehren des anwesenden Fürsten von Bulgarien; alle übrigen daran geknüpften Gerüchte entbehrten aber der Bestätigung. Jetzt hieß es, diese Angaben wären nicht unbegründet gewesen; vorhandene Absichten des Fürsten von Bulgarien seien aber an der ablehnenden Entscheidung des Kaisers Wilhelm gescheitert. Die Besprechungen, welche Fürst Bismarck mit dem Kaiser und dem damaligen Kronprinzen hatte, standen mit dieser Angelegenheit im Zusammenhange. So meldete

u. a. die „Kreuzzeitung," die es doch wohl wissen mußte. Es wurde schon damals ausdrücklich in mehreren Zeitungen erwähnt, daß nicht bloß Kaiser Wilhelm, sondern auch der Kronprinz dem Plan widerstrebte, und daß der letztere, als im Jahre darauf die Erhebung in Bulgarien ausbrach, sich Glück wünschte, seine Tochter nicht dem schwankenden vulkanischen Boden jenes Landes anvertraut zu haben. Es hatte sich u. a. auch die Königin von Rumänien zu gunsten der Verbindung verwandt. Der Plan des Fürsten Alexander durchkreuzte durchaus die Absichten des Zaren Alexander III. Er wollte die Prinzessin Miliza, die zweite, 18 Jahre alte Tochter des Fürsten von Montenegro mit dem Fürsten Alexander von Bulgarien verloben. Die Prinzessin Miliza war im Smolenschen Institut in St. Petersburg erzogen worden und beherrscht fünf Sprachen: die russische, serbische, bulgarische, französische und italienische vollkommen. Sie wurde als Typus einer südslawischen Schönheit bezeichnet. Es hieß, daß ihre Mitgift vom Kaiser von Rußland besorgt werden solle, wie dies auch bei der Vermählung ihrer älteren Schwester mit dem serbischen Thronprätendenten, Prinz Peter Karageorgewitsch, geschehen war.

Die Neigung der Prinzessin Viktoria für den Fürsten Alexander wurde durch das ruhmreiche Auftreten desselben im Kriege mit Serbien nur verstärkt. Der Fürst fügte zu dem Ruhme des energischen und selbständigen Staatsmannes noch den des Kriegführers, der berufen erschien, das Recht der Bulgaren auch nach außen mit dem Schwerte zu vertreten. Die Bulgaren wurden einst unter dem türkischen Joche als eine ganz verkommene, unkriegerische Rasse geschildert. Sie haben sich schon im Kriege von 1877 jenseit des Balkan und im Schipkapaß tapfer geschlagen und ihr Blut stromweise vergossen. Jetzt fanden sie am eigenen Monarchen auch noch den als Vorbild voranleuchtenden und den echten Soldatengeist ihnen einflößenden Führer. Aber Fürst Alexander sollte wiederum die alte Wahrheit erfahren, deren Lehre die Geschichte trotz der leuchtendsten Beispiele vergeblich zu predigen scheint, daß das Paktieren mit der Revolution selbst bei den populärsten Bewegungen schließlich doch zum Schaden des Paktierenden ausschlägt. So glaubte Fürst Alexander der Umsturzbewegung für die Union zwischen Bulgarien und Ostrumelien nicht widerstreben zu können

und ließ sich von ihr von That zu That tragen, bis dieselbe ihn selbst auf den Strand setzte.

Nachdem Fürst Alexander von der Revolution in Ostrumelien sich nicht nur hatte tragen lassen, sondern sie sogar zu seinem Nutzen ausgebeutet hatte, gelang es ihm allerdings, und zwar durch seine glänzenden Siege über das voreilige Serbien, sich im Fluge Sympathien in Europa zu erringen und die Scharte von Philippopel selbst in den Augen der kühleren Politiker einigermaßen auszuwetzen. Zu gleicher Zeit hatte der Fürst es sich zur Aufgabe gestellt, die unbequemen Gängelbande Rußlands abzustreifen, wobei allerdings die Gefahr war, daß ihm die Kraft fehlen würde, gegen den Widerstand des Zarenreiches auf eigenen Füßen stehen zu bleiben. Denn die Erinnerung an den Sudan, Egypten, Südafrika u. s. w. mußte den Fürsten belehren, daß England nicht die Macht war, ihn über Wasser halten zu können. Die Folgen blieben nicht aus, der Handstreich von Sofia — mochte derselbe immerhin ein Bubenstück sein — zeigte dem Fürsten die Macht der realen Verhältnisse. Mit Gewalt wurde ihm die Unterschrift zur Abdankung entrungen. Kaum aber wieder frei, erklärte er — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe unerwogen — seine Unterschrift als keine bindende Verpflichtung und verkündete in Lemberg, daß er wieder an die Spitze der Regierung trete, ja, wenn man seinen journalistischen Freunden glauben durfte, daß er über Haufen von Leichen seinen Thron und sein Reich behaupten werde. Man sah mit natürlicher Spannung den späteren Ereignissen entgegen, um so mehr, als der Fürst unter dem Jubel der Bevölkerung sich wirklich nach Rumelien begab. Um so größer aber war die Überraschung, als statt der angekündigten schneidigen Aktion die demütige Bitte des Fürsten an den russischen Kaiser veröffentlicht wurde. Die kalte, wenig höfliche Antwort des russischen Zaren ließ zwar keinen Zweifel über die Gesinnung der Regierung in Rußland aufkommen; aber dennoch blieb Fürst Alexander im Vormarsch gegen Sofia, überwand alle ihm entgegenstehenden Hindernisse, rückte in das jubelnde Sofia ein — und dankte dann freiwillig und feierlich zum zweiten Male ab.

Bei der ersten überraschenden Nachricht über diesen entschiedenen Schritt wurde hier und da geglaubt, daß die höhere Einsicht von der Stabilität der realen Machtverhältnisse in Europa den

Fürsten zu diesem Beschlusse geführt hätte, der von diesem Gesichtspunkte aus als ein selbstloses, dem Frieden Europas dargebrachtes Opfer erscheinen konnte. Doch wiederum stand man vor einer Überraschung, denn die merkwürdige Äußerung des Fürsten, daß er bereit sei, in erster Linie „im Feldzuge in Mazedonien" zu kämpfen, zeigte, daß der Fürst Neigung hatte, wiederum mit der Revolution zu paktieren, wenigstens blieb eine solche Äußerung, die wohl geeignet war, dem Fürsten in den Kreisen, welche in einer stetigen Entwickelung eine gesunde Grundlage für die Politik erblicken, die Sympathien zu entziehen, unwidersprochen.

Seit der Erhebung Ostrumeliens war der Bruch Alexanders I. mit Alexander III. ein vollständiger geworden. Die Beziehungen Beider waren seit Jahren die gespanntesten. Alexander III., der Mann mit dem nüchternen hausbackenen Verstande, dem große Geradheit und Zähigkeit des Charakters eigen sind, ist ein abgesagter Feind alles über die normalen Lebensverhältnisse Hinausgehenden, alles ans Abenteuerliche Streifenden. Fürst Alexander, ein lebhafter, aufbrausender Geist, ist ein entschlossener, aber nicht zäher Charakter von großer, geistiger Schnellkraft und Biegsamkeit, bereit, sich jeden Augenblick über die gewöhnlichen Lebensregeln hinauszusetzen. Er ist eine jener Persönlichkeiten, die an der Spitze eines großen Staatswesens überaus anregend wirken, in minder hervorragenden Verhältnissen aber und ohne die vortreffliche Erziehung und Vorbildung, wie sie der Fürst von Bulgarien erhalten hat, leicht auf gefährliche, abschüssige Bahnen geraten können. Zwei so verschiedene Charaktere werden sich immer schwer verstehen und so war denn auch dem Kaiser sein jugendlicher Vetter vom ersten Tage ihrer Bekanntschaft an unsympathisch. Diese Stimmung trat schon während des türkischen Krieges zutage, woran Fürst Alexander allerdings zum größten Teile die Schuld trug. Damals kaum 20 Jahre alt, machte er den Feldzug teils in den Reihen eines russischen Kavallerie-Regiments, teils im Kaiserlichen Hauptquartier mit. Während des Feldzuges trat er mehr als es die Klugheit gebot, als preußischer Offizier auf. Er legte seiner Zunge keinen Zaum an und tadelte jedem gegenüber, der es hören wollte, die russische Kriegführung, die innern Verhältnisse der russischen Armee rc. in schärfsten Worten. Alle derartigen Äußerungen gelangten, natür-

lich noch mit entsprechenden Entstellungen, zu unrechten Ohren. Kaiser Alexander II. nahm sie dem jugendlichen Neffen, den er sehr gern hatte, nicht übel, nicht aber so seine Söhne und namentlich der Thronfolger, und dies umsomehr, als dieser selbst die Richtigkeit mancher jener tadelnden Bemerkungen empfand. Fürst Alexander hatte bald unter den jüngeren Mitgliedern der Kaiserlichen Familie keine Verteidiger, ausgenommen die weiblichen Angehörigen derselben, welche den jugendlich schönen Fürsten nicht so hart beurteilten, wie ihre Gatten, Schwager und Vettern. So lange Alexander II. am Leben war, blieben auch nach der Neuordnung der Dinge auf der Balkanhalbinsel die russischen Beziehungen zu dem Fürsten Alexander sehr gute. Man hatte diesem aus Petersburg als Kriegsminister einen General, Parenzoff, geschickt, der, ein herrschsüchtiger, unverträglicher, in jeder Beziehung wenig angenehmer Charakter, sich mit dem Fürsten nicht zu stellen wußte. Es bedurfte von seiten des letzteren nur einer Vorstellung bei dem Kaiserlichen Oheim, und sofort wurde Parenzoff abberufen und durch einen General v. Ernroth ersetzt, der dem Fürsten sehr genehm war. Die russische Regierung mischte sich auch möglichst wenig in die bulgarischen Parteiwirren. Anders gestalteten sich die Verhältnisse nach dem Regierungsantritte Kaisers Alexander III. Als der Fürst am 9. Mai 1881 einen ersten Staatsstreich, und zwar ohne die russische Regierung vorher verständigt zu haben, dadurch in Szene setzte, daß er sich für sieben Jahre als Selbstherrscher erklärte, nahm dies Alexander III. sehr übel auf. Es mißfiel ihm, daß der Fürst, der sich seinem Vater so ehrerbietig untergeordnet hatte, sich über ihn, der jetzt an der Spitze Rußlands, der bulgarischen Schutzmacht, stand, hinwegsetzte und die bulgarische Verfassung, ein russisches Werk, für sieben Jahre beseitigte. Andere Beweise der fürstlichen Selbständigkeit folgten. Der russische Minister in Bulgarien, Oberst Remlingen, wurde entlassen und durch einen Bulgaren ersetzt; der russisch gesinnte Minister Zankoff wurde verhaftet und interniert; zwischen dem Fürsten und dem russischen Konsul Pitrowo trat eine scharfe Spannung ein. In Petersburg war schon damals von der Absetzung des Fürsten die Rede. Im April 1882 besserten sich die Verhältnisse einigermaßen infolge der Reise nach Petersburg. Es gelang ihm dort, die Abberufung des mißliebigen Konsuls Pitrowo

durchzusetzen; dafür erhielt er aber als Kriegsminister den russischen Baron Kaulbars und als Minister des Innern, an Stelle des bisherigen bulgarischen Inhabers dieser Stelle, den General Sobolew, zwei Persönlichkeiten, deren Bestreben es war, den Einfluß Rußlands in Bulgarien auf Kosten der Macht des Fürsten zu erhöhen. Sie traten diesem gegenüber nicht als Untergebene, sondern gewissermaßen als gleichgestellte Ratgeber auf. Damals machten sich in Bulgarien die ersten Anzeichen des Unwillens gegen die russische Bevormundung geltend. Fürst Alexander trat dieser Stimmung nicht nur nicht entgegen, sondern bestärkte sie durch seine stillschweigende Billigung. Im Mai desselben Jahres (1883) begab sich der Fürst zur Krönung nach Moskau; aber seine dortige Anwesenheit besserte sein Verhältnis zum Kaiser nicht. Wenige Wochen später kam es, wie oben gezeigt worden ist, zu einer geradezu feindseligen Stimmung zwischen dem Fürsten im Verein mit seinem Lande gegen die russischen Ministergenerale. Alle Parteien vereinigten sich, um Alexander I. zur Bildung eines politisch gemischten Kabinetts mit Ausschluß der Russen und um Wiederaufnahme der 1881 für sieben Jahre vertagten bulgarischen Verfassung zu bitten. Fürst Alexander gab dem Willen seines Volkes nach. Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt, als auf Betreiben jener Generale mehrere dem Fürsten besonders ergebene und nahestehende russische Offiziere nach Rußland zurückberufen wurden, wo man ihnen wegen ihrer Ergebenheit für den Fürsten die schwersten Vorwürfe machte, eine Maßregel, welche Alexander I. damit beantwortete, daß er alle in seinem Gefolge befindlichen russischen Offiziere aus diesem entließ. Es folgten nun fortwährende Reibereien, die Kaiser Alexander unmittelbar persönlich auffaßte. Jedes außergewöhnliche Ereignis mußte den Bruch vollständig machen. Der Staatsstreich von Philippopel führte ihn herbei. Kaiser Alexander wußte, daß jetzt, nachdem er übereilt die russischen Offiziere zurückberufen, nachdem er den Fürsten aus der Armee ausgestoßen und sich geweigert hatte, den siegreichen Feldherrn in St. Petersburg zu empfangen, jede Geltendmachung des russischen Einflusses auf Bulgarien unmöglich sei, so lange Fürst Alexander auf dessen Thron saß. Aber der Kaiser war nicht gewillt, diesen Einfluß aufzugeben und darum konnte man mit Sicherheit voraussagen, daß die Ruhe

in Bulgarien nur eine scheinbare, für eine kurze Zeitdauer bemessene war.

Vor dem Putsch, den Alexander von Battenberg zur Vereinigung von Rumelien und Bulgarien unternahm, wurde derselbe zu Giers nach Franzensbad berufen. Da Bulgarien und Rumelien ja stets durch russische Agenten beobachtet wurden, so war es natürlich, daß der russischen Regierung Mitteilungen über die Vorbereitungen zum Putsch zugingen. Die Zusammenkunft zwischen dem damaligen Fürsten von Bulgarien und dem russischen Minister sollte den Zweck haben, der russischen Regierung Gewißheit über die Zukunftspläne des Fürsten zu schaffen; die russische Regierung wollte absolut jeden Gewaltstreich verhindern, da sie Gefährdung des europäischen Friedens befürchtete. Alexander von Battenberg gab dem Zaren Alexander durch Giers das Wort, Rumelien mit Bulgarien nicht durch einen Gewaltstreich zu vereinigen, überhaupt nichts ohne Einwilligung Rußlands zu unternehmen, was leicht verständlich war, da er vor dem Putsch, vor dem serbischen Kriege mehrmals nur durch Autorität des russischen Zaren auf seinem Thron gehalten wurde und außerdem nur von russischem Gelde lebte, da er eine jährliche Subvention von 116,000 Rubel bezog.

Wenige Wochen nach dem Rendezvous in Franzensbad war Alexander von Battenberg in Rumelien und hatte derart, da man seinem Worte geglaubt hatte, sogar das über Bulgarien stets gut instruierte Rußland überrumpelt. Die Entziehung der Subvention, die schon erwähnte Ausstoßung des Battenbergers aus der russischen Armee erfolgten unmittelbar darauf. Jede Nachricht, daß Kaiser Alexander schon als Thronfolger dem Battenberger Abneigung entgegenbrachte, ist falsch, denn ohne seine Zustimmung hätte Alexander II. nie dem Battenberger den bulgarischen Thron verschafft, außerdem hat Alexander III. einmal die jährliche Subvention für den bulgarischen Fürsten erhöht; eine nochmalige Erhöhung hat er zwar bei den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau abgeschlagen, da er bei seiner bekannten Sparsamkeit, seiner schlichten Lebensweise, 116,000 Rubel für genügend hielt.

Die tragische Verschuldung des Fürsten Alexander bestand darin, daß er, mehr geradezu handelnder Kavalier und Offizier, als

vorsichtig abwägender Staatsmann, sich durch englische Einflüsterungen hatte verleiten lassen, sich an die Spitze der russenfeindlichen national-bulgarischen Bewegung zu setzen, statt durch kühle politische Vernunftgründe mäßigend auf diese leidenschaftliche Bewegung einzuwirken. Das Mißverhältnis zwischen der weltumspannenden Größe des brittischen Reiches und der lächerlichen Schwäche seiner militärischen Zentralkraft bringt es mit sich, daß die englische Staatskunst darauf angewiesen ist, sich nach einem kontinentalen Degen umzusehen, der Englands Schlachten schlage. Und wie im Großen, so übt England dieses klug ersonnene Abwälzungssystem gleichermaßen im Kleinen; es schiebt auch kleine Völker gern als Schachfiguren gegen seine großen Gegner vor. Die englische Presse klatschte der russenfeindlichen Politik des Battenbergers Beifall zu, erklärte aber nach dem Sturze des Fürsten gleichmütig, England bedaure sein Schicksal, könne aber nichts für ihn thun, Deutschland aber solle sich schämen, daß es für einen so edlen Fürsten und Landsmann nicht mit Infanterie, Kavallerie und Artillerie ins Feld rücke. Fürst Alexander fand diese Haltung Englands begreiflich, empfand dagegen mit Erbitterung die Unthätigkeit, ja Russenfreundlichkeit Deutschlands, obschon die deutsche Diplomatie ihm mit keiner Silbe Anlaß gegeben hatte, irgend etwas anderes zu erwarten. Die in Deutschland selbst gegen die Politik des Fürsten Bismarck gegenüber Alexander I. einerseits und Rußland andrerseits unternommenen Angriffe wies die Berliner offiziöse Presse in geharnischten Artikeln ab. Da wurden zunächst die „Zugeständnisse," welche Deutschland an Rußland bezüglich Bulgariens und überhaupt in der Orientfrage gemacht habe, geleugnet. Solche Zugeständnisse seien weder verlangt noch bewilligt. Das Berliner Kabinett sei bisher auch noch gar nicht in der Lage gewesen, es als sicher anzunehmen, daß die Besetzung Bulgariens von Rußland beabsichtigt werde oder wahrscheinlich sei. Thatsache wäre ja allerdings, daß Bulgarien von 1878 bis 1885, bis zu der ostrumelischen Revolution, so gut wie ganz unter russischem Einflusse gestanden hätte, durchaus „auf Grund der europäischen Verträge" und ohne daß damals jemand eine unberechtigte Vergewaltigung in diesem Abhängigkeits-Verhältnis erblickt hätte. Jetzt aber lägen die Dinge doch so, daß in Petersburg „die heutige Situation in Bulgarien gewiß nicht als

eine Überantwortung des Landes an Rußland aufgefaßt werde". Und was weiter die Frage nach dem Widerstand, auf den Rußland mit etwaigen Okkupationsabsichten auf der Balkanhalbinsel bei den andern Mächten stoßen würde, betrifft, so sei wieder irrtümlich, daß ein solcher Widerstand bereits hätte geübt werden müssen, und daß, wie gewisse Blätter in Deutschland behaupteten, Rußland „durch ein Einvernehmen Englands mit Italien an der Besetzung Bulgariens verhindert wäre". Als wahrscheinlich sei nur anzunehmen — und hier folgten hochbedeutsame Sätze — „daß schon, wenn England allein, ohne Italien, entschlossen wäre, sich jeder „Besetzung Bulgariens durch die Russen", zu widersetzen, dann die Situation eine ganz andre sein würde, als sie ist. Das wäre schon dann der Fall, wenn auch nur bekannt wäre, daß England ernstlich nach einem Partner suche, der sich in Gemeinschaft mit ihm dem russischen Einmarsch zu widersetzen geneigt sei. Bisher habe man nur wahrgenommen, daß England nach einer Macht sucht, die diese Widersetzlichkeit allein und ohne England zu üben bereit sein möchte.

Zu diesen deutlichen Worten war jeder Kommentar überflüssig. Das offiziöse Blatt wies nach, daß selbst eine in sehr weiten Grenzen erfolgende Wiederherstellung des russischen Einflusses in Bulgarien lediglich den status quo ante 1885 zurückrufen würde, daß vorerst aber die Verhältnisse in Bulgarien wie auf der Balkanhalbinsel überhaupt noch keineswegs so glatt für Rußland lägen, daß dasselbe bereits einen reellen und nicht bloß auf mehr oder minder trügerischen Eindrücken beruhenden Erfolg für sich zu verzeichnen hätte. Der Artikel richtete ferner eine nicht mißverständliche bestimmte Aufforderung an England, sich darüber zu erklären, in wie weit es bereit sei, sich der Interessen, die in erster Linie die seinigen und nicht diejenigen Deutschlands sind, auch mit Thaten anzunehmen. Dieser Appell erging offen vor Europa.

Die offiziöse Presse wiederholte diese Herausforderung in einem späteren Artikel „Der deutsche Michel und sein brittischer Vetter." In demselben wurde erwartet und verlangt, daß England in irgend einer Form dem deutsch-österreichischen Bündnis, welches sich gegen Rußland, den Todfeind Englands, richten könne, beitrete, weil man wünschte und ersehnte, daß England endlich ernst-

lich nach einem Partner für einen gemeinsamen Widerstand gegen Rußland suche, und weil man gerade von einer energischen Haltung des Kabinetts von St. James, von einer Haltung etwa im Geiste von Palmerston oder Beaconsfield, eine Gewähr für die Erhaltung des Friedens erblickte. Charakteristisch für die Wendung, welche die deutsch-russischen Beziehungen genommen hatten, war ein Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.", worin Deutschland und Österreich als die „beiden einzigen ehrlich befreundeten Nationen, welche heutzutage in Europa existieren" bezeichnet wurden.

Auch gegen die fortschrittlich-ultramontanen Verdächtigungen der Politik Bismarcks gegenüber Rußland wendete sich das offiziöse Blatt. Es war gesagt worden, daß die „nationalen Empfindungen des deutschen Volkes" auf Seiten des vertriebenen Fürsten ständen, daß durch seine Entthronung deutsche Interessen berührt wären, daß dieselbe „ein russischer Faustschlag ins deutsche Antlitz sei" und dergleichen mehr. „Woher diese plötzliche leidenschaftliche Erregung für den Fürsten Alexander? Fühlen Herr Eugen Richter und Herr Windthorst sich etwa verpflichtet, für die Aufrechterhaltung der bestehenden Verträge einzutreten? Dann ist es unbegreiflich, warum sie nicht vor einem Jahre beim Ausbruche der rumelischen Erhebung gegen jenen Vertragsbruch zu Felde gezogen sind. Ist es die Verehrung für die Person des Fürsten Alexander, welche die ultramontan-freisinnige Liga zu den in Rede stehenden Preßerzeugnissen begeistert? Auch das scheint uns kaum glaublich. Selbst diese Herren sollten doch soviel Verständnis besitzen, daß sie ihr politisches Urteil nicht lediglich nach persönlichen Schwärmereien einrichten. Herr Windthorst und Herr Richter werden doch nicht umhin können, anzuerkennen, daß kein deutscher Staatsmann das Recht hat, unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu Gunsten eines Fürsten von Bulgarien zu opfern, und wäre derselbe ein Engel in Menschengestalt .... Nicht wir, sondern Rußland hat seiner Zeit den Prinzen Alexander zum Fürsten von Bulgarien gemacht; ist seine Entthronung ein Faustschlag, so müßte es ein gegen Rußland gerichteter sein."

Zum Schluß verglich das offiziöse Blatt die Schwärmereien für den Battenberger mit jenem Polen-Enthusiasmus, von dem Deutschland vor 50 Jahren heimgesucht worden sei, ein Vergleich,

gegen den in Deutschland noch von anderer als von fortschrittlich-ultramontaner Seite protestiert wurde. Die Kreuzzeitung sprach von der „subalternen Denkweise“, welche den Ausdruck nationaler Sympathie für einen Fürsten aus deutschem Stamme mit der „Polenschwärmerei“ der dreißiger Jahre zusammenstelle. Damals wären es in der That fremde Interessen gewesen, für die sich die Deutschen erwärmten; jetzt sei es unzweifelhaft der Ausdruck wachsenden Nationalgefühles, womit wir es zu thun hätten, das solle man pflegen, nicht verspotten.

So sehr die Mehrheit in der deutschen Bevölkerung der Politik Bismarcks beistimmte, die um Bulgariens willen nicht den Frieden Europas aufs Spiel setzen wollte, so war doch der Verdruß über gewisse leichtherzige und wenig angemessene Wendungen, mit denen einzelne anscheinend offiziöse Stimmen die Ereignisse in Bulgarien begleiteten, ein allgemeiner. Die Kreuzzeitung trat diesen Stimmen entgegen, indem sie das Verdienst des Fürsten von Bulgarien hervorhob, das gethan zu haben, was in seinen Kräften stand, um den Mächten die Aufgabe der Erhaltung des Weltfriedens zu erleichtern, und zwar dadurch, daß er Bulgarien verließ. Die N. Pr. Ztg. sagte, man solle das billiger Weise anerkennen, statt den Fürsten mit Anzapfungen zu verfolgen, die schlechterdings keinen anderen Erfolg haben könnten, als den ohnehin ins Kraut geschossenen russischen Übermut bis ins Maßlose zu steigern. — Dasselbe Blatt sprach bei dieser Gelegenheit auch von jenem „servilen Übereifer“, der den Frieden dadurch zu sichern glaube, daß er den dreistesten Anmaßungen Rußlands mit einer Zuvorkommenheit ohne Ende die Spitze abzubrechen bestrebt sei. Mit sachlichen Zugeständnissen, wenn sie ein ernstes Ziel im Auge haben, müsse man sich abfinden, die bekannte Methode gewisser Diplomaten aber, welche sich im siebzehnten Jahrhundert und wohl auch später noch dem Geschäft zu Liebe sich bereit finden ließen, vor orientalischen Herrschern niederzuknien, sei immer verächtlich gewesen.

Über die nationale Bewegung Deutschlands im September 1886 sagte später Fürst Bismarck: „Betreffs Bulgariens haben wir kein eigenes Interesse; er (der Kanzler) hätte verdient, wegen Landesverrat vor Gericht gestellt zu werden, wenn er solche Dummheiten unternommen hätte, wie die fortschrittliche und klerikale Presse

sie ihm wegen Bulgariens zugemutet hätte. „Bulgarien ist uns so gleichgültig wie Hekuba."

Graf Herbert Bismarck hat in gleichem Sinne gesprochen mit der bulgarischen Deputation, die im Dezember 1886 über Wien nach Berlin kam, bestehend aus den Herren Grekow, Stoilow, Kaltschew. Über den Empfang derselben bei dem Sohne des Kanzlers berichtete ein Berliner Interviewer des Herrn Kaltschew, daß die Deputation über die Audienz sehr niedergeschlagen war; Graf Bismarck habe betont, daß Deutschland gar keine Interessen in Bulgarien habe, die Freundschaft mit Rußland einen Angelpunkt der deutschen Politik bilde und daß daher Deutschland keinesfalls zwischen Bulgarien und Rußland vermitteln könne. Die Bulgaren hätten keinen andern Ausweg, um aus der Sackgasse zu kommen, in welche sie sich durch die Schuld des Fürsten Alexander und der von ihm eingesetzten Regentschaft verrannt hätten, als sich direkt mit Rußland zu verständigen.

Über den Besuch der Deputation beim türkischen Botschafter sprach sich dagegen Herr Kaltschew mit großer Befriedigung aus.

Der Interviewer frug nun Herrn Kaltschew, was die Deputation weiteres beginnen werde.

„Wir werden morgen oder übermorgen nach Frankreich und England weiterreisen."

„Um mit dem Prinzen Battenberg zu unterhandeln?"

„O nein, der Prinz verläßt ja heute London, um nach Darmstadt zurückzukehren. Übrigens sagte ich Ihnen, daß er ein abgethaner Mann ist, und niemand in Bulgarien an seine Wiederwahl denkt."

„Herr v. Huhn berichtet aber doch im entgegengesetzten Sinne."

„Das ist lediglich Tendenzmacherei! Glauben Sie mir, wir sind einsichtsvoll genug, um zu begreifen, daß Prinz Battenbergs Rolle in Bulgarien für immer ausgespielt ist."

„Was machen Sie aber dann in England? Sind Sie denn durch die traurigen Erfahrungen der letzten Jahre und durch die Äußerungen der englischen Presse in neuester Zeit noch nicht gewitzigt genug? Von England haben Sie außer schönen Worten und leeren Versprechungen nichts zu erwarten. Man wird Sie höchstens wieder gegen Rußland hetzen und dann sitzen lassen."

„Wir erwarten von England ohnehin nichts, aber da man zu Hause wünscht, daß wir auch in England das Terrain sondieren, so werden wir, vorausgesetzt, daß wir nicht inzwischen Gegenweisung erhalten, nach London und dann nach Paris und Rom reisen. Ob ich selbst die ganze Reise mitmache, weiß ich noch nicht, da ich mich unwohl fühle."

„Nach Petersburg gehen Sie nicht?"

„Was sollten wir dort machen? Giers will uns nicht einmal privatim empfangen!"

„Das wundert mich nicht. Aber, sagen Sie mir doch, was Sie denn schließlich machen werden, wenn Sie den Mingrelier durchaus nicht wollen?"

„Wir werden eben trachten, einen Fürsten ausfindig zu machen, der auch ohne Rußlands Zustimmung annimmt."

„Das dürfte Ihnen schwerlich gelingen, welcher Fürst sollte es wagen, gegen Rußlands Willen den bulgarischen Thron anzunehmen? Höchstens ein Souverän wie z. B. der König von Serbien oder Rumänien könnte unter Umständen den Versuch wagen. Denken Sie vielleicht an einen derselben?"

„König Milan als bulgarischer Fürst wäre wohl einerseits die beste Lösung, aber vorläufig ist die Erinnerung an den Krieg noch zu frisch, den man bei uns dem König persönlich zur Last legt, daher er bei uns noch unpopulär ist. Und was den König von Rumänien betrifft, so dürfte er schwerlich annehmen. Überdies entfällt bei dieser Kombination der einzige Faktor, welcher eine bulgarisch-serbische Personalunion annehmbar macht: die Stammverwandtschaft der beiden Völker!"

„Ja, aber wer soll denn dann zuletzt bulgarischer Fürst werden?"

„Wenn alle Stricke reißen, bleibt uns noch der Ausweg, einen Bulgaren zum Fürsten zu wählen."

„Einen Bulgaren! Wo fände sich ein passender Thronkandidat?"

„Das ist nicht so schwer! Der Prinz Bogorides ist ein Bulgare."

„Bogorides? Aleko Pascha? Der Grieche?"

„Bogorides ist in Kotel geboren, also Bulgare, und hat sich auch als bulgarischer Patriot gezeigt."

„Der Prinz Koburg ist also gänzlich abgethan?"

„Gänzlich. Rußland will von ihm nichts wissen."

„Nun, jetzt können Sie mir aber doch reinen Wein einschenken; nicht wahr, Kalnoky hat Ihnen diesen Kandidaten souffliert?"

„Durchaus nicht. Wohl aber haben uns des Prinzen persönliche Freunde während unseres Aufenthaltes in Wien zugeredet, ihm den bulgarischen Thron anzubieten. Er hat sich also gewissermaßen selbst aus eigenem Antriebe angeboten."

„Nun noch einige Fragen über die verflossenen Ereignisse in Bulgarien. Ist Karawelow wirklich an dem Fürsten Alexander zum Verräter geworden?"

„Nach den Ergebnissen der Untersuchungen unterliegt dies keinem Zweifel. Übrigens war Karawelow immer ein verächtlicher, charakterloser Mensch. Gottlob ist er jetzt für immer abgethan!"

„Und Zankow?"

„Ebenfalls ein Verräter."

„Wie, der große bulgarische Patriot? Ich kann es nicht glauben! Vielmehr vermute ich, daß er bloß sein Manöver aus dem Jahre 1884 wiederholt: den Russen schmeicheln, bis er mit ihrer Hilfe die Herrschaft errungen und dann doch wieder nationale Politik treiben und gegen Rußlands ungerechte Forderungen Stellung nehmen."

„Das ist schon möglich; dann aber ist Zankow doch schon zu weit gegangen. Auch er hat bei uns schon alles Ansehen verloren."

„Sagen Sie mir doch noch, wieso es kam, daß gerade die Armee sich gegen den Fürsten Alexander gewinnen ließ?"

„Das ist sehr einfach. Der Fürst verstand es nicht, das Verdienst entsprechend zu belohnen. Er betrachtete alle ihm und dem Lande erwiesenen Dienste als Pflicht und Schuldigkeit des Betreffenden und geizte mit Belohnungen und Auszeichnungen in unbegreiflicher Weise. Auf diese Art mußte er sich die Meisten entfremden. Bei den wenigen Beförderungen, welche er im allgemeinen vornahm, ließ er sich überdies von Parteilichkeit beeinflussen und das mußte natürlich die Zurückgesetzten noch mehr erbittern. So z. B. blieb der Haupträdelsführer Benderew Kapitän, obschon er

sich bei Slivnitza sehr ausgezeichnet hatte und seine viel unfähigeren Kameraden Petrow, Nikiforow, Parow und Popow befördert worden waren. Ebenso erhielt Major Gudschew, welcher bekanntlich bei Slivnitza den Oberbefehl führte, für seinen Sieg nicht die mindeste Belohnung, weil sich der Fürst fürchtete, es werde dadurch in die Öffentlichkeit kommen, daß er während der ganzen Schlacht vom Schlachtfelde abwesend war(?), daß folglich nicht er, sondern Gudschew der Sieger von Slivnitza sei. Fürst Alexander könnte noch heute regieren, wenn er es verstanden hätte, die Armee und seine Diener durch reichliche Belohnungen treu zu erhalten."

Die Herren aus Bulgarien verließen Berlin unverrichteter Sache, ohne in London und Paris besser zu fahren. Seitdem hat das Land den Koburger als zweiten Fürsten erhalten. Prinz Alexander hat beharrlich und entschieden alle bulgarischen Beschwörungen, wieder nach Sofia zurückzukehren, abgewiesen, aber er hat kein Hehl daraus gemacht, daß diese Verneinung in eine Bejahung umschlagen würde, wenn die internationale Lage, wenn besonders die Haltung Deutschlands sich ändern sollte. Unter der Regierung Friedrichs III. trat seine Person einige Zeit hindurch wieder auf den Vordergrund der politischen Bühne, wovon in einem späteren Abschnitt die Rede sein wird.

Bismarck und die Revanche.

Für den geschicktesten Diplomaten galt vor Zeiten derjenige, der es am besten verstand, die Absichten des eigenen Hofes zu verbergen und die Geheimnisse des fremden auszukundschaften. Man weiß aus der Vorgeschichte des siebenjährigen Krieges, wie damals die diplomatische Kunst in einem gegenseitigen Auflauern und Ausspionieren bestand. Friedrich der Große selbst hielt es nicht unter seiner Würde, untergeordnete Leute zu bezahlen, die ihm die Geheimnisse fremder Kabinette verrieten. Die seltsamsten und delikatesten Wege wurden nicht gescheut, um hinter das zu kommen, was im Verborgenen von einer gegnerischen Macht Unheilvolles geplant wurde. Dem Lustspiel mehr als dem Heldenstück gehört die Thätigkeit eines Diplomaten aus der alten Schule an, und wirklich haben die Lustspieldichter manchen hübschen Stoff aus dieser Sphäre aufgegriffen und verarbeitet.

Doch die Lustspieldichter künftiger Zeiten werden einen Stoff besitzen, der noch unendlich dankbarer ist, als ihn die kunstreichen Intrigen vergangener Tage lieferten. Unvergleichlich komisch müßte doch die Situation eines Diplomaten sein, der, in den alten Traditionen seiner Kunst erzogen, dadurch aus dem Konzept gebracht wird, daß er wider seinen Willen in alle Geheimnisse des Hofes eingeweiht wird, den er belauern soll. Er kommt, um zu beobachten, zu spähen, auszuhorchen; aber während er das Ohr an die Wand legt, wird ihm die Thüre aufgethan, auf die verbindlichste Weise wird er hereinzutreten genötigt und — all' sein Sträuben ist vergeblich — zum Vertrauten aller der Unternehmungen gemacht, die auf schlaue Weise auszukundschaften ihm aufgetragen worden war. Ist es ein Wunder, wenn er den Kopf verliert, wenn er von Mißtrauen gegen die ganze Welt erfüllt wird, erschöpft

nach Hause kommt und zuletzt in die Klage ausbricht, daß die schönen Tage der alten regelrechten Diplomatie unwiderbringlich dahin sind?

Benedetti heißt der Mann, der wirklich Jahre lang in dieser Situation sich befunden und sie uns mit unnachahmlicher Naivität in seinem Buche „Ma mission en Prusse,“ welches gleich nach dem Kriege erschien, enthüllt hat. Jede Schuld an dem für sein Land unglücklichen Kriege will er, der eine Hauptperson gewesen ist, in diesem Buche dadurch von sich abwälzen, daß er nachweist, seine Regierung nie im Unklaren über die Entwürfe der Bismarckschen Politik gelassen zu haben. Und in gewissem Sinne gelingt ihm auch die Rechtfertigung. Er ist in Berlin stets auf dem Laufenden erhalten worden, und er hat von dem, was er erfahren, stets am folgenden Tage getreulich Bericht erstattet. Die Schuld trifft den Kaiser und seine Ratgeber, die wohlunterrichtet waren und mit sehenden Augen ins Verderben rannten. Was aber Benedetti schwerlich beabsichtigte, ist der Eindruck, den man aus seinem Buch von der ungeheuren Überlegenheit des Mannes erhält, mit dem er es zu thun hatte. Er bemerkt nicht, daß, so oft er wieder von einer bedeutenden Unterredung mit Bismarck berichtet, er selbst zur gänzlichen Nullität zusammenschrumpft. Mit weit geöffneten Augen empfängt er die vertraulichen Mitteilungen, denen er nicht auszuweichen vermag, die erstaunliche Kunde raubt ihm die Sprache: er sagt nichts, denn er hat nichts zu sagen, und zu Hause setzt er sich hin und schüttet dem Minister sein Herz aus über die Bedrängnis, in die ihn die unerwünschte Vertraulichkeit des deutschen Kanzlers versetzt. Man hat die Überlegenheit der deutschen Waffen nunmehr vielfach an das Licht gestellt, das Buch Benedettis erinnert zur Abwechselung einmal wieder an die Überlegenheit der deutschen Staatskunst. Und wer die Methode alter und neuer Diplomatie vergleichen will, wird sich keines instruktiveren Führers bedienen können.

Zu den interessantesten Stücken der reichen Sammlung gehören einige Depeschen, welche das Verhältnis Preußens zu Italien in den Jahren 1866 und 1867 betreffen und die, wie es scheint, noch wenig bemerkt worden sind. Sie verdienen aber nicht unbeachtet zu bleiben, denn sie zeigen den französischen Botschafter eben in jener komischen Situation.

Am 14. März 1866 war der italienische General Govone in Berlin angekommen. Benedetti hatte, wie er erzählt, durch eine Indiskretion des Feldmarschalls Wrangel frühzeitig davon Wind bekommen, doch erhielt er zunächst die Auskunft, Govone sei gekommen, um die preußischen Militäreinrichtungen zu studieren. Allein schon am 17. März, also drei Tage nach der Ankunft des Generals, wird Benedetti durch Bismarck in den Zweck dieser Sendung eingeweiht. Alle Details der Instruktionen, die Govone mitgebracht, werden in dieser Unterredung dem französischen Botschafter mitgeteilt, er wird gleichzeitig über die augenblicklichen Beziehungen Preußens zu Österreich und zu den anderen deutschen Staaten unterhalten, sogar die damals beabsichtigte Reise Moltkes nach Italien wird ihm nicht verschwiegen. Mit welchen Gefühlen er diesen Eröffnungen zuhörte, mag man aus dem Schlußsatz der Depesche vom 18. März entnehmen, die über diese Unterredung berichtet: „Die italienische Gesandtschaft hält sich mir gegenüber in absoluter Reserve. Doch weiß ich nicht, ob ich mich darüber beklagen soll. Die Vertraulichkeiten Bismarcks, die ich für jetzt nicht abweisen kann, versetzen mich bereits in eine hinreichend delikate Lage.“ Also ein Diplomat, der eingestandenermaßen dadurch in Verlegenheit gesetzt ist, daß der zu beobachtende Minister nicht hinter dem Berge hält, sondern ihn mit offenherzigen Mitteilungen überschüttet. Der Reichtum von Eröffnungen erdrückt ihn, am liebsten möchte er gar nichts mehr hören, und er ist froh, daß er wenigstens von Seiten der italienischen Gesandtschaft nicht auch noch belästigt wird.

Ähnliche Seufzer kehren in den Enthüllungen Benedettis mehrmals wieder. Am bezeichnendsten ist wohl die Depesche, welche der Gesandte am 10. November 1867, also nicht lange nach Mentana, an seinen Minister absandte. Er berichtet darin, daß Bismarck ihm im Vertrauen zwei überraschende Thatsachen mitgeteilt habe. Die Thatsachen sind folgende:

Als Garibaldi im Begriffe stand, in den Kirchenstaat einzufallen, schrieb er an Bismarck einen Brief, worin er um thatkräftige Unterstützung seines Unternehmens, um Geld und Waffen bat. Um sicher zu gehen, hatte er einen eigenen Vertrauensmann abgesandt, der Bismarck den Brief einhändigte. Bismarck scheint nicht getraut zu haben — sei doch die Handschrift Garibaldis leicht nachzuahmen —,

kurz, er bemerkte dem Abgesandten, er könne über keine Gelder verfügen, über die er nicht der Kammer Rechenschaft abzulegen hätte, und fügte verschiedene Ermahnungen hinzu. Frankreich könne selbstverständlich den Einfall von Banden in den Kirchenstaat nicht dulden, und das Unternehmen scheine ihm ein gänzlich aussichtsloses. Dieser Enthüllung ließ Bismarck sofort eine zweite folgen. Sobald Frankreich sich anschickte, mit den Waffen in Italien zu intervenieren, telegraphierte das Kabinett von Florenz an seinen Gesandten in Berlin, er solle bei Bismarck anfragen, ob und in welchem Maße Italien auf die Unterstützung Preußens rechnen könne. Bismarck erwiderte, Frankreich habe einen gerechten Grund, wenn es dem Papste zu Hilfe komme und es könne Preußen nicht zugemutet werden, die Unterstützung des Einfalls in das Gebiet eines Souveräns zuzusagen, mit dem es friedliche Beziehungen unterhalte.

Diese Antworten an die Italiener ließen offenbar an Loyalität nichts zu wünschen übrig. Benedetti weiß auch nur einzuwenden, daß Bismarck eigentlich den Garibaldianer hätte gar nicht empfangen und ihm nicht noch gute Ratschläge über die Aussichtslosigkeit des Unternehmens geben sollen. Allein was ihn ganz bestürzt macht, ist der Umstand, daß ihn Bismarck überhaupt mit diesen Vertraulichkeiten beschenkt, „die ganz außergewöhnlich und unvereinbar mit den gesunden Überlieferungen regelmäßiger Regierungen sind.“ So sehr ist er überrascht, daß er es, wie er selbst hinzusetzt, unterläßt, weitere Aufklärungen sich auszubitten, er rät herum, warum ihn wohl Bismarck ins Vertrauen gezogen habe, und schließt seine Depesche mit den Worten: „Aber zu welchem Zweck hat Herr von Bismarck, der niemals ohne Berechnung indiskret ist, mir freiwillig diese Mitteilungen gemacht? Hatte er Grund zu glauben, daß wir auf einem anderen Wege davon unterrichtet sein könnten, und es für rätlich gehalten, seine Unterredungen mit dem Abgeordneten Garibaldis und mit dem Geschäftsträger Italiens auf diejenige Tragweite zurückzuführen, die er einzugestehen für gut fand, um desto leichter andere Einzelheiten ableugnen zu können, deren Bestätigung ihm unbequem war? Oder hat er sich einzig vorgesetzt, uns zu benachrichtigen, mit welcher Beeiferung die Parteien und selbst die Regierung in Italien bereit sind, sich an Preußen zu wenden, und wie leicht es ihm nötigenfalls wird, Verbündete jenseits der Alpen

zu finden? Diese verschiedenen Vermutungen sind gleichmäßig wahrscheinlich; jedenfalls ist sicher, daß er nicht ohne irgend einen Hintergedanken mir diesen Beweis seines Vertrauens schenken wollte.“ Ein kostbares Aktenstück. Man glaubt ordentlich die Verlegenheitsmiene des Diplomaten zu sehen, der sich vergeblich abmüht, nicht hinter die Geheimnisse der Bismarckschen Politik zu kommen, sondern die Ursache der Vertraulichkeit zu ergründen, mit der sie ihm enthüllt wurden.

Diese Vertraulichkeit hatte freilich ihren guten Grund. Indem Bismarck von Anfang an über seine Entwürfe in Deutschland das Tuilerienkabinett nicht im Zweifel ließ, machte er es allerdings gewissermaßen zum Bundesgenossen. Der Vertraute wurde von selbst zum Mitschuldigen. Indem die Kaiserliche Regierung fast von Tag zu Tag in Mitwissenschaft gezogen wurde, wußte sie den Moment nicht zu finden, wo sie ihren Protest rechtzeitig hätte einlegen können. Sie besann sich von Stunde zu Stunde und verpaßte die rechte. Schon in Biarritz hatte Bismarck den Kaiser durch seine Offenherzigkeit in Staunen gesetzt, aber in angenehmes Staunen: man hörte ihm mit Vergnügen zu und hielt ihn für einen höchst amüsanten Schwadroneur, dessen Plaudereien man nicht ernsthaft nahm und den man vollständig zu übersehen eingebildet genug war. Seit dem Jahre 1866 änderte sich diese Meinung erheblich; aber man wußte nicht mehr, wie es angreifen, um dem rollenden Rad in die Speichen zu fallen. Man gewinnt den Eindruck, daß eben Bismarcks fortgesetzte Vertraulichkeit die französische Politik wie mit einem magischen Netze einspann, das sie zur Unthätigkeit verurteilte. Zuletzt fand der Kaiser, daß er nur mit einem brutalen Streiche dieses Netz durchbrechen könne, und er that es zu seinem Verderben.

Es gehört eine gewaltige Sicherheit dazu, dieses offene Spiel zu spielen. Nur ein überlegener Geist durfte es wagen, den gefährlichsten Feind dadurch lahm zu legen, daß man ihn mit Vertrauen überhäufte. Aber jene Sicherheit durfte Bismarck zugleich aus der Größe und Gerechtigkeit der Sache schöpfen, die er hinauszuführen sich getraute. Vor aller Welt durfte er sich zu dem Entwurf der deutschen Einigkeit bekennen. Und wozu verbergen, was Alle gleichwohl wußten, was die Sperlinge von den Dächern

pfiffen? Das war kein Kabinettsgeheimnis, dem die anderen erst durch die Schlüssellöcher hätten beikommen müssen. Die Sache war reif dazu, im großen Stil, in aller Öffentlichkeit mit ruhiger Ankündigung aller Motive und aller Wege behandelt zu werden. Wer diese Aufgabe unternahm, durfte ein gutes Gewissen haben. Der überlegene Staatsmann vertrat zugleich die überlegene Sache.

Aber ist Bismarck gegen Benedetti ebenso offen über die belgischen Ideen gewesen? Man weiß, daß bereits am 16. August 1866 Herr Benedetti in Person, auf Anweisung seines Hofes in Berlin, jene Verhandlungen über die Annexion Belgiens einfädelte, welche in der Geschichte den Beinamen der „dilatorischen" führen werden. Was Louis Napoleon gegen Belgien unternahm, das haben andere französische Regierungen vor ihm auch unternommen, und unter ihnen am eifrigsten und erfolgreichsten die tugendhafteste von allen: Die heilige Republik von 1792. Die Eroberung Belgiens war die erste auswärtige Großthat der edlen Girondisten und der Beginn des Weltkrieges, welcher erst in den Ebenen von Waterloo sein Ende fand. Die Erwerbung Belgiens war das erste — allerdings fehlgeschlagene Unternehmen, mit welchem das bürgerlich ehrbare Julikönigtum seine diplomatische Laufbahn eröffnete. Damals schrieb (unter dem 1. Februar 1831) Lord Palmerston an Lord Granville in Paris:

„Talleyrand sondierte mich, ob ich die Ernennung des Herzogs von Nemours zum König der Belgier gutheißen würde. Ich sagte ihm, wir würden das als eine Einverleibung in Frankreich und nichts anderes ansehen, und Frankreichs Sache sei es, sich alle Folgen einer solchen Abweichung von eingegangenen Verbindlichkeiten wohl zu überlegen; ich glaube nicht, daß die Masse der französischen Nation Belgien um den Preis eines allgemeinen Krieges begehre, und ich glaube auch nicht, daß die Masse der Belgier Einverleibung in Frankreich oder einen französischen Prinzen wünsche. Die andern drei Mächte sind ganz einhellig über diesen Punkt, und ich muß sagen, wenn die Wahl auf Nemours fällt und der König der Franzosen annimmt, so wird das beweisen, daß die französische Politik einer ansteckenden Krankheit gleicht, welche an den Wänden der Wohnung klebt und jeden neuen Bewohner ergreift, der ihrem Einfluß nahe kömmt."

Die Wahl fiel nicht auf Nemours, aber es bedurfte sehr starker Worte, um den Tuilerienhof zum Fahrenlassen seiner Beute zu bewegen. Am 15. Februar schreibt der britische Minister über die Haltung der französischen:

„Ihre Freundschafts- und Friedensbeteuerungen sind freilich sich immer gleich und beständig, aber sie betreiben unausgesetzt ihre Kriegsrüstung, während doch niemand sie bedroht und während ihre Anschläge auf Belgien sich täglich deutlicher verraten. Sie zeigen unaufhörlich die Neigung, mit uns anzubinden und uns in einer Weise zu behandeln, die wir uns nimmermehr gefallen lassen können. Machen Sie doch in allen Ihren Unterredungen dem Marschall Sebastiani recht begreiflich, daß unsere Friedensliebe nie uns bewegen wird, Beleidigungen in Wort oder That zu dulden."

Und noch stärker am 15. August:

„Wird Frankreich seine Truppen zurückziehen, sobald die Holländer Belgien geräumt haben? Machen Sie doch dem Kabinett alles, was davon abhängt, deutlich. Grey schreibt Ihnen. Er ist in diesem Punkte peremtorisch, und selbst wenn das Ministerium den leisesten Wunsch hegte, (was nicht der Fall ist) hierin nachzugeben, die öffentliche Meinung in England würde es daran hindern. Es handelt sich also um Krieg oder Frieden. Sebastiani und Soult wollen anscheinend mit allen ihren Nachbarn Händel anfangen oder jedermann zwingen, sich ihrer Insolenz und ihren Aggressionen zu unterwerfen — vergleiche ihre Sprache über Spanien."

Man braucht in der That nur ein paar Eigennamen zu verändern, um diese Äußerungen auf die Geschichte der Jahre 1866 bis 1870 zu übertragen. Die ansteckende Krankheit, die an den Wänden der Tuilerien klebte, war schon 1830 ebenso bösartig, wie wir sie beobachtet haben. Man bedenke, daß hier ein englischer Staatsmann spricht, welcher die Allianz mit Frankreich eifrig wünschte, und daß er von einer französischen Regierung spricht, welche von ihren Unterthanen wegen zu friedfertigen Temperaments gestürzt worden ist.

Ein erheblicher Unterschied zwischen der Palmerstonschen und der Bismarckschen Methode bei Behandlung des ansteckenden morbus gallicus springt in die Augen. Der britische Minister sagte seinem Benedetti sofort und unumwunden: aus euren belgischen Phantasien

wird nichts; besinnt euch wohl; es handelt sich um Krieg oder Frieden. Der deutsche Minister sprach seinem kleinen Talleyrand gegenüber nicht so deutlich. Zwar als dieser Mainz und anderes deutsches Land begehrte, wurde er mit einem runden Nein abgewiesen; seine belgischen Ideen dagegen wurden zu dilatorischen Verhandlungen verwertet, d. h. man ließ ihn zwischen Furcht und Hoffnung schweben, ohne ihm in der Sache selbst Vorschub zu leisten. Auf den ersten Blick nimmt sich die Haltung des englischen Staatsmannes besser aus, und sie hatte auch einen besseren Erfolg. Das offene Quod non Lord Palmerstons verhinderte den Krieg; des Grafen Bismarck hinhaltende Vorsicht hat den Frieden nicht zu retten vermocht. Allein bei näherer Erwägung verschwindet der Schein der Überlegenheit des englischen Ministers. Der letztere befand sich in einer ganz anderen, viel weniger schwierigen Lage. Ganz abgesehen von seiner insularen Unangreifbarkeit, wußte er, daß das entschiedene Nein am sichersten seinen Zweck fördern werde. Er konnte sich auf den einhelligen Beistand der europäischen Mächte berufen, und er durfte voraussetzen, daß Frankreich vor diesem Appell die Segel streichen werde, was denn auch geschah. Graf Bismarck hatte im Jahre 1866 einen solchen Rückhalt nicht; höchstens konnte er sich auf Rußlands Neutralität verlassen. Im übrigen sah er sich auf die isolierten Kräfte Preußens angewiesen; Süddeutschland war noch nicht gesichert, Skandinavien war feindselig, Holland und Belgien voll Argwohns, Italien unberechenbar, und Österreich hatte noch seine Armee auf dem Kriegsfuße. Seine Politik mußte daher eine ganz andere sein als die Lord Palmerstons im Jahre 1830. Anstatt die Entscheidung herauszufordern, mußte er sie hinhalten, bis die Umstände sich günstiger gestaltet haben würden. Er schrieb darüber in seinem bekannten Rundschreiben vom 29. Juli 1870: „Von der Zeit an (nämlich 1866) hat Frankreich nicht aufgehört, uns durch Anerbietungen auf Kosten Deutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen. Die Unmöglichkeit, auf irgend welche Anerbietungen der Art einzugehen, war für mich niemals zweifelhaft: wohl aber hielt ich es im Interesse des Friedens für nützlich, den französischen Staatsmännern die ihnen eigentümlichen Illusionen so lange zu belassen, als dieses, ohne ihnen irgendwelche auch nur mündliche Zusage zu machen, möglich sein würde. Ich vermutete,

daß die Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden, den zu erhalten Deutschlands und Europas Interesse war, gefährden würde. Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu rieten, dem Krieg mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Übel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zugute kam. Aus diesem Grunde schwieg ich über die gemachten Zumutungen und verhandelte dilatorisch über dieselben, ohne meinerseits jemals auch nur ein Versprechen zu machen.

Nach dem Kriege haben die diplomatischen Beziehungen eine totale Umgestaltung erfahren. Es giebt keine Anlässe mehr, welche von deutscher Seite dilatorisch zu behandeln wären. Aber wiederholt hat sich in dem ersten Nachfolger Benedettis jene komische Situation des Diplomaten, dem „während er das Ohr an die Wand legt, die Thür aufgethan wird", der aber fortwährend sich getäuscht glaubt und dadurch den heillosesten Wirrwarr anrichtet. Wiederholt hat sich ferner jene Notwendigkeit für den Kanzler des Deutschen Reiches, denjenigen Politikern gegenüber zu treten, welche dazu rieten, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. Diese Abweisung jedes Präventivkrieges ist sogar der hervorstechende Zug der deutschen Politik seit dem Kriege gegenüber dem ununterbrochenen Revanchegeschrei Frankreichs, wie in den letzten Jahren auch gegenüber den Drohungen Rußlands geworden. Er gipfelt in der Reichstagsrede des Fürsten Bismarck vom 9. Januar 1876, wie in derjenigen vom 6. Februar 1888.

Der zuerst nach 1871 am diesseitigen Hofe beglaubigte französische Botschafter Vicomte de Gontaut-Biron zettelte den Jesuiten und ihrem tötlichen Haß gegen das Deutsche Reich zu Liebe eine auf systematischer Fälschung beruhende Intrige, um Deutschland

bei Rußland und England in Mißkredit zu bringen, wobei man auf die bereitwillige Mitwirkung des russischen Reichskanzlers Fürsten Gortschakow rechnen zu können meinte, indem man letzterem die seiner persönlichen Eitelkeit schmeichelnde Rolle des Bändigers Deutschlands und Erretters Frankreichs vorbehielt. Kaiser Alexander II. durchschaute die Beweggründe, die seinen Kanzler veranlaßten, jenen Zettelungen des internationalen Jesuitismus ein geneigtes Ohr zu leihen, so vollständig, daß er sich selbst während seiner Anwesenheit am Berliner Hofe im Mai 1875 über das Gebahren des Fürsten Gortschakow lustig machte.

Wenn man die ersten Monate des Jahres 1875 sich vergegenwärtigt, so fällt vor allem ins Auge, daß damals an der Spitze der französischen Republik als Präsident noch der Marschall Mac Mahon stand, daß die souveräne und konstituierende Gewalt noch von derselben Nationalversammlung ausgeübt wurde, welche 1871 zur Bestätigung oder Verwerfung der Friedenspräliminarien von Versailles gewählt worden war. Diese Versammlung, deren Mehrheit aus Anhängern der monarchischen und klerikalen Parteien bestand, war nach vielfältigem Tasten eben dabei, dem französischen Staat eine republikanische Verfassung zu geben, weil, nachdem Graf Chambord die Krone mit einer Ausflucht abgelehnt, vorläufig keine andere Staatsform möglich war. In Deutschland stand der Kulturkampf auf der Höhe. Im Sommer 1874 war in Kissingen das Kullmannsche Attentat erfolgt, in Frankreich hatten verschiedene Bischöfe in ihren Hirtenbriefen in herausfordernder Weise Bezug auf den deutschen Kulturkampf genommen. In Belgien hatte ein Individuum, Namens du Chesne, sich erboten, den deutschen Reichskanzler zu ermorden. Da beschloß im Februar 1875 die französische Nationalversammlung ein Kadregesetz, welches die französische Armee auf eine in keinem Großstaat bisher erreichte Stärke bringen sollte. Mit größter Anstrengung wurde das Kriegsmaterial erzeugt und natürlich für den Bedarf einer weit größeren Armee, als die napoleonische je gewesen, vervollständigt. Die Pferdeankäufe für die französische Armee erfolgten in solchem Maßstab, daß die deutsche Regierung ein Pferdeausfuhrverbot erlassen mußte. Die auswärtigen Angelegenheiten Österreich-Ungarns leitete Graf Andrassy, ein deutschfreundlicher Staatsmann. Allein das Schreiben eines Erz-

herzogs, welches, man weiß nicht in welcher Veranlassung und Absicht, an die Öffentlichkeit gelangte, atmete glühenden Haß gegen Deutschland. Man wußte recht gut, daß eine einflußreiche Partei des Klerus, der Aristokratie und im Heere selbst mit leidenschaftlichem Verlangen das Bündnis mit einem klerikalen Frankreich ersehnte. Endlich wußte man, daß in der Umgebung des Papstes Pius IX. sogar es nicht an Eiferern fehlte, welche, haßentflammt durch den deutschen Kulturkampf, die Meinung vertraten, wenn das königliche Italien für jenes Bündnis, welches 1870 mißlungen war, das Bündnis zwischen Italien, Frankreich und Österreich, jetzt gewonnen werden könnte, so müsse man ihm vorläufig den Raub des weltlichen Staates so weit und so lange als möglich nachsehen. In diesen Moment fiel ein Besuch des Kaisers von Österreich beim König von Italien in Venedig. Es herrschte in allen ultramontanen Kreisen, soweit sie an der hohen Politik Anteil hatten, eine leidenschaftliche Gährung.

Es ist eine wohlfeile Weisheit, eine solche Gährung nachträglich für ein harmloses Ding auszugeben, namentlich wenn man, wie heute nach den Leflô'schen Enthüllungen, den Beleg schwarz auf weiß zu haben glaubt, wie sehr die damalige Regierung Frankreichs einen Krieg fürchtete. Aber im Frühjahr 1875 sollte der Krieg auch nicht eröffnet werden. Erst wollte man rüsten, politisch und militärisch. Weder die Bündnisse noch die Heeresorganisation waren fertig. In diesem Augenblick, am 8. April 1875, schrieb die Post den bekannten Artikel: „Ist der Krieg in Sicht.“ Man macht noch heute ihr den Vorwurf, sie hätte eine völlig grundlose Unruhe damals in die Welt gebracht. Fürst Bismarck nahm in seiner Reichstagsrede vom 9. Februar 1876 das genannte Blatt in Schutz. Er bemerkte: „Ich habe den Artikel nicht getadelt, denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgend einem Lande eine Minorität zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Majorität darauf aufmerksam wird; denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege, der Krieg wird durch Minoritäten oder in absoluten Staaten durch Beherrscher oder Kabinette entzündet. Aber der ist ganz gewiß nicht des Krieges, der Brandlegung verdächtig, der zuerst Feuer schreit. Wenn es wirklich einen Minister gäbe, der aus irgend einem gänzlich unbegründeten

Zwecke zum Kriege drängen wollte, der würde es doch wahrlich ganz anders anfangen, als daß er zuerst in der Presse Lärm schlüge, damit würde er nur die Löschmannschaft rufen; vor allen Dingen müßte er doch die Zustimmung seines Souveräns zu gewinnen suchen."

Die Warnung der „Post" vor einer Intrige, die gegen Deutschland gesponnen wurde, sah man im Auslande vielmehr als ein Symptom der bösen Absichten, der bösen Pläne, die Deutschland im Schilde führe, an. Es erschien am 6. Mai 1875 ein Artikel des Herrn von Blowitz in der „Times," worin ein förmlicher Kriegsplan Deutschlands gegen Frankreich denunziert wurde. Diesen Artikel hatten Fürst Gortschakow und der Herzog von Decazes bestellt, damit Fürst Gortschakow, der am 10. Mai mit dem Kaiser Alexander in Berlin eintraf, eine Gefahr vorfinde, die er wie Cäsar als der stärkere Leu bezwingen könne. Denn das Schauspiel des Schiedsrichters von Europa und des väterlichen Friedensbewahrers wollte er der Welt geben, und zwar in Berlin, in der Höhle des Löwen selbst. Der Herzog von Decazes aber fürchtete, daß Deutschland, der ultramontanen Intrige zuvorkommend, das noch isolierte und noch nicht gerüstete Frankreich niederschlagen könne. Deshalb ließ er sich von dem französischen Botschafter Gontaut-Biron eine angebliche Äußerung des Herrn v. Radowitz berichten, dahingehend, Deutschland werde, wenn es sehe, daß Frankreich unter allen Umständen die Wiederaufnahme des Krieges wolle, nicht warten, bis Frankreich den ihm gelegensten Moment gefunden habe. Diese Äußerung ist niemals gefallen.

In der bereits erwähnten Reichstagsrede vom 9. Februar 1876 wies Fürst Bismarck den Gedanken an einen Präventivkrieg wiederum in der Weise ab, wie er das in der Depesche vom 24. Juli 1870 gethan, und wie er das wiederum in seiner berühmten Rede vom 6. Februar 1888 gethan. Schon kurz vor dieser Rede that er den Ausspruch: Für ihn existiere der militärische Gesichtspunkt nicht, daß Deutschland Frankreich überlegen sei, vielmehr bestände der einzige Gesichtspunkt, aus dem die Sache anzusehen sei, in der Thatsache: Wenn Deutschland es mit einem ungerechten Angriff zu thun hat, ist es imstande, das Doppelte und Dreifache dessen zu leisten, was ihm rein militärisch an Mitteln zu Gebote stände.

Fürst Bismarck hat den Krieg 1870/71 nicht vermeiden können, er hat aber vermöge seiner antimilitärischen Auffassung des Krieges den Frieden konsequent aufrecht erhalten, insbesondere auch in dem Winter von 1887 und 1888, wo wir dem Kriege mit Rußland so nahe waren. Der Gedanke des Präventivkrieges wurde in der Rede des Fürsten Bismarck vom 6. Februar 1888 mit nachdrücklicher Bestimmtheit und gewiß nicht bloß als akademische Betrachtung abgelehnt. Unsere Militärs haben ihre Ansichten über den Krieg bei verschiedenen Gelegenheiten nicht zurückgehalten, so schon 1867 zur Zeit der Luxemburger Frage, so 1874, als Frankreich mit fieberhafter Hast die Reorganisation der Armee betrieb und die Arsenale füllte, während das klerikale Ministerium in Rom und in Wien Bundesgenossenschaften suchte. Im August 1874 gab es eine internationale Konferenz für Kodifikation des Völkerrechts zu Brüssel. Einer der militärischen Vertreter Deutschlands war General-Major v. Voigts-Rhetz. Bluntschli schreibt über ihn in seinem Tagebuche: „Heute dinierten wir zusammen. Ich bekam den Eindruck, daß General v. Voigts-Rhetz und sicher die preußische Militärpartei auf baldigen Krieg hofft und den Krieg wünscht. „Wir sehen ja, daß Frankreich mit äußerster Anstrengung sich auf den Revanchekrieg vorbereitet. Sollen wir denn warten, bis die Franzosen vollständig gerüstet sind?" sagte der General. Ich hatte gehofft, keinen Krieg mehr zu erleben. Die Hoffnung ist eitel, wie ich fürchte. Ich rechne darauf, daß wir mit der Weltgeschichte, nicht gegen diese marschieren."

Die Besorgnisse vor einem Kriege mit Frankreich, die im Jahre 1875 herrschten, wurden aufs Neue lebendig in Frühjahr 1877, als Mac Mahons Versuch eines kleinen Staatsstreiches und die schwierige Stellung Deutschlands zwischen Österreich und Rußland Gefahren in sich bargen, denen gegenüber, um ein bekanntes Wort von Thiers anzuwenden, in der deutschen Politik kein Fehler gemacht werden durfte, wenn Deutschland nicht in kriegerische Verwickelungen geraten sollte. Die Ultramontanen betrieben in Europa ihre letzte große Verschwörung. Das Ministerium Jules Simon in Frankreich hatten sie beseitigt und Broglie und Fourtou an die Stelle gesetzt; diese neuen Minister würden einen Staatsstreich gegen die republikanische Verfassung ins Werk gesetzt haben, wenn der Marschall Mac Mahon der Mann dazu gewesen wäre. Sie traten

im Mai 1877 in das Amt, als der Krieg an der Donau begonnen hatte. Die gute Gelegenheit, daß Rußland in Krieg verwickelt und daß andere große Mächte genötigt waren, den Gang des Krieges zu überwachen und für alle Fälle ihre Kräfte bereit zu halten, diese vermeintliche gute Gelegenheit sollte dazu benutzt werden, um mit französischen Waffen das Königreich Italien anzufallen und es zu zertrümmern. Es sollte ferner die ultramontane Bewegung nach Österreich getragen und ein Bündnis zwischen Frankreich und Österreich geschaffen werden, so daß nach gänzlicher Vernichtung der seit 1872 zwischen den Regierungen von Petersburg, Wien, Berlin und Rom bestehenden Beziehungen das deutsche Reich nur allein noch Rußland zum Freunde gehabt hätte. Erst im Dezember 1877 wurden mit dem Sturze des Ministeriums Broglie diese Anschläge hinfällig.

Dem Kampfe zwischen Republik und Monarchie in Frankreich gehört ein interessanter Zwischenfall an, über den erst im Jahre 1880 öffentlich gesprochen wurde. Es handelte sich um eine von Frankreich aus erstrebte Einmischung des deutschen Reichs in die große Frage. Diese Angelegenheit kam auf folgende Weise zur Sprache. Die „Nordd. Allg. Ztg." verwahrte im Februar 1880 in einem inspirierten Artikel die deutsche Reichsregierung mit großer Entschiedenheit vor der Verantwortlichkeit für Äußerungen unabhängiger deutscher Blätter über die inneren Zustände in Frankreich. Die „Nordd. Allg. Ztg." hatte dabei einen Artikel der „Köln. Ztg." im Auge, der Deutschlands Interessen an der Gestaltung der französischen Regierung betonte und in der englischen und französischen Presse vielfach und zum Teil mit großer Schärfe kommentiert wurde. Die deutsche Politik fand in folgenden Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg." ihre Darlegung:

„Wer die deutsche Politik Frankreich gegenüber seit dem Frieden auch nur oberflächlich beobachtet hat, dem kann die Sorgfalt nicht entgangen sein, mit welcher der Reichskanzler jede Einmischung und jeden Anschein einer Einmischung in die innere Politik Frankreichs vermieden hat. Daß die gegenwärtige deutsche Politik dahin gerichtet ist, den Frieden zu erhalten, wird seit dem Kongreß bona fide kaum mehr angezweifelt werden können. Wir zweifeln nicht, daß bei diesen Bestrebungen der Reichskanzler sich stets gegenwärtig

hält, daß für die Freundschaft großer und ehrliebender Völker nichts schädlicher ist, als der Glauben, daß die inneren Angelegenheiten des einen von der Regierung des anderen beeinflußt würden. Namentlich Deutschland ist in dieser Beziehung mit Recht vorsichtig geworden durch die unberechtigten Klagen über German influence in England und über angeblich deutsche Einflüsse in Rußland. Wir glauben deshalb auch nicht, daß der Reichskanzler die deutschen Artikel über die jüngste französische Krisis, welche er inspiriert haben soll, und in denen man sogar seinen Stil erkennen wollte, mit Vergnügen gelesen oder gar in denselben eine Unterstützung seiner Politik erkannt haben wird. Wir sind überzeugt, daß die Abneigung gegen jede Einmischung in Frankreichs innere Angelegenheiten, welche das Ergebnis der Achtung vor Frankreichs Unabhängigkeit bildet, wie bisher so auch ferner maßgebend für die deutsche Politik bleiben wird.

Versuche einzelner Parteien, Deutschlands Unterstützung zu gewinnen, mögen in früheren Jahren, bevor Graf St. Vallier Frankreich in Berlin vertrat, vielleicht stattgefunden haben. Wir kennen die Details der intimeren Beziehungen natürlich nicht, sind aber überzeugt, daß dieselben, wenn sie überhaupt stattgefunden haben, in der Richtung des 18. Mai und des Staatsstreichs gelegen haben können, aber durchaus nicht im Interesse einer der jetzt mit einander ringenden Parteien. Jedenfalls müssen sie resultatlos gewesen sein und würden das auch ohne Zweifel bleiben, welches immer die Stellung der betreffenden Partei in der inneren französischen Politik sein möchte."

Dieser Artikel machte in der ganzen europäischen Presse ein berechtigtes Aufsehen. Die so gekennzeichnete Politik fand den nahezu einhelligen Beifall Europas und in Frankreich brachte diese Darlegung einen sichtlich beruhigenden Eindruck hervor. Die merkwürdige Andeutung des Schlusses jenes Artikels führte zu einer Zeitungsfehde, die größere Dimensionen annahm.

Daß während des beinahe gleich kräftigen Ringens zwischen Republik und Monarchie in Frankreich ein Druck von Seiten Deutschlands die Schale nach der von ihm gewollten Seite hätte sinken machen, ist nicht zu bezweifeln. Es lag eine Zeitlang in der Macht Deutschlands, der legitimistischen Monarchie zur Herrschaft zu

verhelfen. Die deutsche Politik hat jede Einmischung in die inneren französischen Angelegenheiten als das Verhältnis der beiden Nationen auf die Dauer vergiftend unbedingt abgelehnt und damit den Zorn der Monarchisten auf sich gezogen, selbst wo diese sich auch gestehen mußten, daß diese Enthaltung unbedingt im deuschen Interesse geschah. Wie weit die Parteien des 16. Mai und des Staatsstreiches in ihren Zumutungen für den moralischen Beistand Deutschlands gegangen sind, darüber fehlt es bis jetzt an jedem äußeren Anhalt. Die Sendung des Herrn v. Gontaut-Biron zur Begrüßung des Kaisers in Metz am fünften Mai 1877 hatte zu merkwürdigen Gerüchten in dieser Beziehung Anlaß gegeben, denen aber eine authentische Bestätigung bis jetzt fehlt.

Im „Figaro" meldete sich Herr Ernst Daudet, und gab seine Erklärungen wie folgt, ab:

„Der von der „Agence Havas" verbreitete Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.", so schrieb Herr Daudet, hat, wie es scheint, die Absicht, im Wege der Insinuation und unter hypothetischer Form eine neue Legende über den 16. Mai einzuführen. Wollte man ihr glauben, so hätte die Regierung jener Epoche das Kabinett von Berlin aufgefordert, in die inneren Angelegenheiten unseres Landes sich zu mischen und seinen Beistand für einen Staatsstreich zu leihen. Welches auch der Ursprung dieses Artikels in dem anerkannten Organ des Fürsten Bismarck ist, — wir haben Ursache zur Annahme, daß der Artikel nicht vom Fürsten Hohenlohe stammt — so war es unmöglich, daß er unbemerkt blieb. Alle Zeitungen, und unter ihnen der „Temps," welcher gutgläubig genug ist, den Artikel nicht für unwahrscheinlich zu erklären, verlangen Aufklärungen darüber von den Herzogen von Broglie und Decazes, von dem ersteren als Ministerpräsident während der Periode des 16. Mai, von dem zweiten als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu gleicher Zeit. Wir sind in die Geheimnisse der Regierung des 16. Mai nicht eingeweiht. Aber wir kennen schon allzulang die ehrenwerten Personen, von denen wir gesprochen haben, um sicher zu sein, daß sie die gegen sie formulierte Anklage nicht verdient haben und wir hatten bereits den Entschluß gefaßt, darauf zu antworten, als uns der Gedanke kam, dieselben über die Form der Antwort zu konsultieren. Sie haben diese Form gebilligt. Wir erklären daher mit ihrer for-

mellen Billigung, daß die Behauptung der „Nordd. Allg. Ztg.“ eine dumme und groteske Verleumdung (une sotte et grotesque calomnie) darstellt.“

Herr Daudet machte dann noch weiter der „Korresp. Havas“ den Prozeß darüber, daß sie den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ übernommen habe, beruhigte sich aber in einer zweiten Veröffentlichung über diesen Fall damit, daß die Regierung der Verbreitung durch die „Agence Havas“ fernstehe und die verleumderische „Insinuation“ ein lediglich deutsches Manöver sei, dem niemand Glauben beimesse.

Da Herr Daudet schon von der „Verleumdung“ überzeugt war, noch ehe er die Herzoge Decazes und Broglie nur befragt hatte, so konnte sein Unglaube schwerlich den Maßstab für minder vertrauensselige Personen abgeben. Auch erklärte bereits der „Temps:“

„Der Herzog von Broglie und der Herzog Decazes dürften sich nicht verhehlen, daß nur ein mit ihren Namen unterzeichnetes Dementi entscheidend ins Gewicht fallen könnte.“

Da die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Periode, ehe Graf Saint Vallier Frankreich in Berlin vertrat, ausdrücklich hervorhob, so war damit das Gebiet, auf welches sich die Andeutung bezog, ziemlich klar bezeichnet und umgrenzt.

Der Umschwung der Dinge im Dezember 1878 führte die Abberufung des Vikomte de Gontaut-Biron von Berlin herbei. Waddington, der neue Minister des Auswärtigen, ersetzte den zwar in der Berliner Gesellschaft und am Hofe sehr geschätzten, aber dem Fürsten Bismarck längst antipathisch gewordenen Vikomte durch den Grafen Saint Vallier, der die nächsten vier Jahre die Republik in Berlin vertrat. Sein Name erinnert uns an den bedeutsamen Gedankenaustausch des Fürsten Bismarck mit ihm behufs eines deutsch-österreichisch-französischen Bündnisses. Rußland drohte mit einem Revanchekrieg wegen des Berliner Kongresses, der deutsche Staatsmann war nach Wien gegangen und hatte hier das Bündnis abgeschlossen, das heute noch die Situation Europas beherrscht. In England wurde bald darauf der Held des Berliner Kongresses, Lord Beaconsfield, gestürzt. Bereits in Wien hatte Bismarck den dortigen französischen Botschafter Teisserenc de Bort aufgesucht und

ihm gesagt: „Ich bediene mich niemals der Sprache, um meine Gedanken zu verheimlichen, Herr Waddington hat davon den Beweis in Berlin erhalten, und mein Wunsch, mit Frankreich herzliche Beziehungen zu pflegen, ist aufrichtig." In Varzin gab es gleich nachher intime Besprechungen zwischen Bismarck und dem Grafen Saint-Vallier. Es handelte sich um nichts Geringeres, als um einen Freundschaftsbund, der an Innigkeit und Bedeutung alle bisherigen Allianzen in den Schatten gestellt hätte, der den Wetteifer der Völker auf ein viel weiteres und fruchtbareres Gebiet übertragen und eine neue Ära für Europa inaugurieren sollte.

In die Zeit Waddingtons und Valliers fiel der Berliner Kongreß, wo dem Vertreter Frankreichs — Waddington — nicht bloß äußerlich mit der größten Distinktion begegnet wurde, er trug Tunis aus den Händen Bismarcks davon. Ein Jahr später kam das deutsch-österreichische Bündnis, dessen Spitze sich gegen Rußland richtete. Frankreich verhielt sich zu jener Zeit friedfertig, Waddington war noch am Ruder, Mac Mahon gestürzt und Grévy sein Nachfolger. Waddington sagte in einer späteren Zeit, aber mit Bezug auf den unruhigen Sommer von 1879, indem er die Äußerung des Herrn v. Varnbüler, daß damals Rußland die Allianz mit Frankreich gesucht habe, entkräften wollte: „Herr von Bismarck weiß recht gut, daß ich stets gegen ein solches (russisch-französisches) Bündnis war; Fürst Orlow und Fürst Gortschakow wissen es ebenfalls, und die russische Regierung hätte sich also nicht mutwillig mit Eröffnungen dieses Inhalts einer Schlappe ausgesetzt. . . . . So lange ich Minister war, hatten wir mit Rußland vortreffliche Beziehungen, darüber hinaus ging aber das Verhältnis nicht. Mein Vorgänger, der Herzog Decazes, dachte anders, er war für eine Allianz mit Rußland und ließ es dieser Macht gegenüber an keiner Schmeichelei fehlen." Jedenfalls geht aus diesen Worten hervor, daß Frankreich gerade zu einer Zeit, wo Rußland bereit war, jeden Augenblick auf Deutschland loszuschlagen, nicht daran dachte, sich an dem Kriege zu beteiligen. Aber versucht hat es dennoch damals Rußland, Frankreich für ein kriegerisches Zusammengehen zu gewinnen. General Obrutschew und Graf Miljutin waren zu diesem Zwecke in Paris, wenn auch ohne eine streng offizielle Mission. Daß die Eröffnungen, welche von

dieser Seite im Sommer 1879 in Paris notorisch erfolgten, dem Minister des Auswärtigen gemacht sein sollten, ist allerdings sehr unwahrscheinlich, und so konnte dieser, Herr Waddington, die Sache mit einigermaßen gutem Gewissen dementieren, wobei man sich noch gegenwärtig halten muß, daß vertrauliche diplomatische Verhandlungen im allgemeinen nicht so wie gerichtliche Zusendungen fixiert werden. Fürst Bismarck kannte die offiziösen Versuche Rußlands in Paris sehr genau, die Sache war um so ernster, als die russische Grenze damals ebenso von aufgehäuften Truppen wimmelte, als heute. Seit dem Berliner Frieden grollte Rußland dem Deutschen Reiche, weil dieses „als das Haupt des europäischen Schiedsgerichts“ ihm nicht den vollen Preis zuerkannt hätte, den es nach seinem schwer errungenen Siege über die Türkei beanspruchen zu können vermeinte. Die Presse machte sich immer lauter und leidenschaftlicher zum Organ des Grolles, des ausgeprägtesten Deutschenhasses der Panslawisten und der offenen Kriegshetzungen. „Konstantinopel muß in Berlin erobert werden,“ wurde zum geflügelten Worte. Solche Ausbrüche des Hasses in der Presse würden allein den Fürsten Bismarck nicht bestimmt haben, seine Kur in Kissingen abzubrechen und nach Wien zu eilen. Aber die Regierung selber eignete sich die Haltung der Presse an, sie übertrug das Säbelgerassel aus den Redaktionsbüreaus auf die Wirklichkeit, die Grenze füllte sich mit Truppen, und, als die Österreicher mit Bosnien Ernst machten, erfolgten Kriegsdrohungen der russischen Regierung. Als Herr von Varnbüler, den wir schon genannt haben, ein Jahr später, in einer Wahlrede von 1880, auf die Gefahr hinwies, von der wir 1879 bedroht waren, wurde er — als Schutzzöllner — von den liberalen Blättern Berlins ausgelacht. Eins derselben sagte: „Es ist bekannt, daß in der Zeit, von welcher hier die Rede ist, die russische Regierung damit beschäftigt war, die Zurückziehung ihrer Truppen aus der Türkei zu Ende zu führen. Sie hatte viel entstandene Lücken auszufüllen, sie konnte nicht aus einem Kriege stehendes Fußes in einen zweiten Krieg übergehen.“ Als im Februar 1888 der Vertrag vom 7. Oktober 1879 veröffentlicht wurde, schrieb dasselbe Blatt in Bezug auf eben jene Zeit: „Die Zusammenkunft unseres Kaisers mit Alexander II. in Alexandrowa fand am 3. September statt, nachdem die russische Presse eine wilde

Polemik gegen Deutschland und Österreich geführt und die Aufrechterhaltung der russischen Kriegsbereitschaft des Türkenkriegs schwere Bedenken hervorgerufen hatte." Also hatte Herr von Varnbüler doch recht gehabt.

Waddington hielt sich bis Ende 1879. Er hatte die Anerkennung des Fürsten Bismarck gefunden, die für ausländische, zumal französische Minister schwer zu tragen ist. Der Parlamentarismus ist überhaupt unfähig für eine opferbereite, konsequente äußere Politik. Wie im Jahre 1880 in England der Minister, welcher das deutsch-österreichische Bündnis freudig begrüßt hatte, unerwartet in der Versenkung verschwand, um dem Manne Platz zu machen, welcher den Österreichern „hands off" zugerufen hatte, so büßten in Frankreich nach einander Waddington, Freycinet, Ferry für ihre kluge Haltung gegenüber Deutschland. Es ist eine bekannte Thatsache, daß im Jahre 1882 als ein Hauptgrund gegen das Ministerium Freycinet die Unterstützung geltend gemacht wurde, welche Fürst Bismarck der ägyptischen Politik desselben zugewandt hatte. Wenn, wie nicht zu bezweifeln steht, die Republik durch den Verlust der Stellung in Ägypten in ihrem Prestige den schwersten Stoß erlitten hat, so war es gerade Fürst Bismarck, der diesen Stoß aufhalten wollte, indem er versuchte, dem Ministerium Freycinet in einer gefährlichen Position zu Hilfe zu kommen.

Als Herr von Freycinet von der Kammer einen Kredit für die gemeinsame Besetzung Ägyptens durch französische und englische Truppen verlangte, wurde er im Stich gelassen, das Nilland geriet in die Hände der Britten. Dem diplomatischen Feldzuge, welchen Ferry 1884 gegen Endland eröffnete, um den Fehler wieder gut zu machen, bereiteten die Deputierten im Jahre 1885 ein jähes Ende, indem sie Ferry stürzten, weil in Hinterindien die französischen Truppen eine kleine Schlappe erlitten hatten. Seitdem sich Frankreich auf diese Weise einen Verlust zugezogen hat, der schädlicher und demütigender ist, als der von Elsaß-Lothringen, ist es noch viel unfähiger zu einer verständigen auswärtigen Politik geworden.

In die Zeit des Grafen St. Vallier als Botschafter in Berlin fiel noch die Episode des kurzen Ministeriums Gambetta. Als dieses zusammenbrach, waren alle Friedliebenden, alle Feinde von Abenteuern

froh, eines Mannes entledigt zu sein, der mit der auswärtigen Politik sehr unvorsichtig spielte. Die Abstimmung vom 26. Januar (über die Listenabstimmung) wurde in ganz Europa als eine Friedensmanifestation der Kammer gegenüber den Kriegs- und Revanacheplänen des gestürzten Ministerpräsidenten angesehen. Fürst Bismarck soll einmal privatim gesagt haben: „Gambetta in der Regierung bringt auf die Nerven Europas den nämlichen Effekt hervor, wie ein Mann, der die Trommel in einem Krankenzimmer schlägt.“ Von eben diesem Chauvinist und Revanchehelden sagte die „Nordd. Allg. Ztg.“ nach seiner Cherbourger Rede von 1880, in der er mit Bezug auf Elsaß-Lothringen von der „immanenten Gerechtigkeit der Geschichte“ sprach: das seien Worte, keine Thaten. Sie nannte ihn bei dieser Gelegenheit, wenn sie auch die Rede bedauerte, einen „Freund, man könnte fast sagen, eine Bürgschaft des Friedens.“ Die tadelnden Bemerkungen des offiziösen Berliner Blattes gaben den konservativen Gegnern Gambettas in Frankreich neuen Mut. In Gesprächen mit konservativen Republikanern und Monarchisten begegnete man sehr oft der Bemerkung, daß der Wettkampf mit Gambetta doch unmöglich sei. „Denn, so sagte man, er stützt sich auf den Einfluß des Fürsten Bismarck.“ Daß Gambetta der Freund Bismarcks sei, war eine stehende Redensart, wenn seine Zukunft besprochen wurde.

Fürst Bismarck bezeichnete dem Fürsten Orlow gegenüber im Februar 1882 den Grafen Ignatiew „als die einzige Gefahr für den europäischen Frieden“ im Gegensatz zu Gambetta, der im tiefsten Innern ganz andere Zwecke habe, als den Krieg mit Deutschland. „Nur Ignatiew stehe hinter dem Skobelew-Lärm.“ Herr von Freycinet erklärte in einer spätern Zeit seinen Freunden, er würde an einer förmlichen Allianz mit Rußland nicht Teil nehmen, zu deren Abschluß er, wie er vermuten ließ, aufgefordert war. In dieser Beziehung folge er der Politik seines großen Rivalen. Gambetta habe oft seinen Freunden gesagt, daß Rußland ihn stets am Rock zupfe, aber er wolle nicht stehen bleiben, um es anzuhören. Von andrer Seite wurde behauptet, daß Gambetta sehr gegen Rußland eingenommen war, während Freycinet es nicht sei. Gambetta, welcher in den alten polnisch-republikanischen Traditionen erzogen worden, habe sogar gehofft, Elsaß-Lothringen wieder zu ge-

winnen, indem Frankreich Deutschland in einem Kriege gegen Rußland rettete. So wurde bei Gelegenheit der Äußerungen Freycinets behauptet. „Der Krieg mit Deutschland, so äußerte sich Gambetta einmal privatissime, kommt nur, wenn Frankreich in die Hände eines Cäsaren fällt, der einen Vorwand benutzt, um den militärischen Geist der Nation zu unterhalten. Die Welt muß durch den Frieden, nicht durch den Krieg fortschreiten. Ein neuer Krieg würde die Republik um 20 bis 30 Jahre zurückwerfen — außer wenn Frankreich im Stande wäre, in einer siebentägigen Kampagne Deutschland niederzuwerfen und das kann es nicht“.

In Händen eines Cäsaren? Strebte er nicht selbst nach dieser Würde? Der Pariser Berichterstatter der „Daily-News“ berichtete nach dem Tode Gambettas: „Hätte derselbe weitergelebt, so würde er gesucht haben, sich zum Kaiser zu machen. Das war sein Ziel!“ Bei einem Manne, der den ehemaligen Diktator im freundschaftlichen Verkehr viele Jahre lang genau zu beobachten Gelegenheit hatte, war dieses Urteil gewiß von Bedeutung. Auch mag erwähnt werden, daß zwischen den beiden in keiner Weise eine eigentliche Trübung des persönlichen Verhältnisses vorgekommen war.

Gambettas vertraulicher Umgang mit dem General Galliffet fiel seinerzeit in Paris bei den aufmerksamen Kennern der Lage mit Recht auf. Dieser Soldat galt ihnen als der künftige Staatsstreichdegen. Daß der republikanische Führer sich von Getreuen wegen seiner Stellung in der Kammer als „Président-Soleil“, Sonnen-Präsident (in Erinnerung an das für Ludwig XIV. gebrauchte Schmeichlerwort: Roi-Soleil) bezeichnen ließ, konnte auch als Fingerzeig betrachtet werden. Mittels des von ihm so eifrig gepflegten Entwurfs der Listenabstimmung wollte Gambetta sich unzweifelhaft zum „nationalen Diktator“ erheben lassen. „Der Schatten der kommenden Macht liegt schon auf seiner Stirn!“ sagten damals einige von denen, die es allzu eilig hatten, in seiner Umgebung zu glänzen, als daß sie sich mit größerer Klugheit ausgedrückt hätten. Unvergessen bleibt, wie Gambetta, als die erste über seinen Entwurf (denn es war der seinige, obwohl ein anderer ihn vortrug) vorgenommene Abstimmung stattfand, schweißtriefend, nervös furchtbar aufgeregt, in einem Seitenzimmer der Kammer auf einem Stuhle sitzend gefunden wurde — gerade als ginge es um Leben

oder Tod für ihn. Erst als er erfuhr, daß die Vorlage mit acht Stimmen durchgegangen war, atmete er tief auf.

Sein Versuch, die Presse durch massenhaften Ankauf ganz in die Hand zu bekommen, stand mit diesem hochfliegenden Streben in engster Verbindung. Ab und zu eine täuschende Kriegsrede haltend, ließ er gleichwohl seine wahre Absicht öfter merken. So klang es fast wie Ironie, als er bei einem Bankett ausrief: „Frankreich kann nie groß genug sein; es kann der Bevölkerung nie genug haben. So oft die Zahl seiner Bürger vergrößert wird — sei es an den Thoren des Vaterlandes (Rheinlandes! Belgien!) oder in Ansiedelungen jenseits der See (Tunis! Tongking! Madagaskar!), so vermehrt sich die Erhabenheit seiner Stellung.“ Die französische Republik entging einer großen Gefahr, einmal durch die nachträglich erfolgte Wiederverwerfung der Listenabstimmung, sodann durch den Tod Gambettas. Man mag den Gang der Geschichte so tief auffassen, wie man will: die einzelnen starken Charaktere werden bei großen Krisen stets von entscheidendem Einflusse sein. Im täglichen Strome der Begebnisse bewahren sich aber wenige den Blick für die ersten Ansätze zu den wichtigsten, oft für das Leben eines Volkes auf ein Jahrhundert oder mehr hinaus entscheidenden Wendungen.

In der „Münchener Allg. Zeitung“ stand ein Nachruf für Gambetta aus der Feder eines Pariser Korrespondenten, der mit dem Verstorbenen in langjährigem freundschaftlichem Verkehr gestanden hatte. In der Einleitung fand sich folgende Notiz: „Wohl suchte er durch die Kräftigung der Landeswehr Frankreich vor einem Angriff zu wahren, wohl ließ er gern an diplomatische und kriegerische Kombinationen glauben, die eine Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen herbeiführen sollten; und trotzdem trug er in seinem Geiste mehr oder minder phantasiereiche Ideen, die eine andere Lösung des Völkerstreites als diejenige des Krieges bringen konnten. Ihm wäre es möglich gewesen, ein Verständnis anzubahnen, wenn er sich mit dem berühmten Manne hätte aussprechen können, dessen Zuthun dabei nötig war.“

In Bezug auf den im Herbst 1881 dem Kammerpräsidenten Gambetta zugeschriebenen Plan, Bismarck in Varzin aufzusuchen, bemerkte dieser einmal in einem Gespräche, daß Gambetta an ihm vorübergereist sei und gab dabei der Vermutung Ausdruck, daß

Gambetta wirklich beabsichtigt habe, ihn aufzusuchen, aber vielleicht unterwegs von Paris aus durch seine Freunde eine Warnung erhalten habe, daß ein solcher Schritt in Frankreich bedenklichen Eindruck machen könnte, und daß Gambetta darum an Varzin vorbeigefahren sei. In Paris glaubte man allgemein an eine Entrevue Gambettas mit Bismarck. Der phantasiereiche Korrespondent der „Times" in Paris veröffentlichte eine lange, höchst merkwürdige Korrespondenz über Unterredungen, welche derselbe mit dem Fürsten Bismarck und Gambetta, sowie mit Baron Holstein bezüglich des Planes eines geheimen Zusammentreffens der ersten beiden Staatsmänner gehabt haben will. Der Korrespondent benutzte das sensationelle Gerücht von Gambettas Anwesenheit in Dresden und Frankfurt a. M. zum Anlaß dieser Mitteilung. Dieselbe reichte ihrem Entstehen nach in den Juli des Jahres 1878 zurück, um welche Zeit der Korrespondent eine vierstündige Unterredung mit dem Fürsten Bismarck hatte, bei welcher auch der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, und der bekannte Legationsrat des auswärtigen Ministeriums, Baron Holstein, zugegen waren. Unter den verschiedenen Gegenständen des Gesprächs sei auch Gambettas Name im Laufe desselben genannt worden, was dem Fürsten Bismarck zu dem Ausrufe Veranlassung gab: „Gambetta! das ist ein Mann, den ich noch gern sehen möchte, ehe ich sterbe. Er ist trotz alles Gegenteils, was man von ihm sagt, ein merkwürdiger Mensch. Er ragt über die Köpfe aller seiner Landsleute hervor. Man hat mir gesagt, er sei bezaubernd. Männer aber, welche bezaubernd sind, heißt es, sind nie große Staatsmänner." Die Wiederholung des nämlichen Wunsches, Gambetta zu sehen, etwas späterhin, nahm der Korrespondent, der, wie der Reichskanzler wußte, Gambetta persönlich kannte, als einen Fingerzeig, mit dem Fürsten Hohenlohe und Baron Holstein besonders die Möglichkeit der Ausführung des Planes, dem Beide geneigt schienen, eine Zusammenkunft des Fürsten mit dem großen Republikaner zuwege zu bringen, vertraulich zu besprechen. In einer weiteren Unterredung etwas später mit Baron Holstein wurden ihm von diesem die Bedingungen eines so wichtigen Schrittes auseinandergesetzt: Die Zusammenkunft sollte vor allen Dingen eine geheime sein und zu Kissingen während des verlängerten Aufenthaltes des Reichskanzlers daselbst stattfinden. Als

weitere Bedingungen der geplanten Zusammenkunft wurden ihm von Baron Holstein bezeichnet, da des Reichskanzlers erster Wunsch Erhaltung des Friedens sei: „vor allen Dingen eine Annäherung zwischen diesem und dem Manne, von dem eines Tages die Entscheidung über diese Frage abhängt, und den er sich deshalb gern genauer ansehen möchte, und kein auf der Mensurstehen." Aus einer Unterredung mit demselben wünsche der Reichskanzler die Privatgedanken, welche derselbe hege, kennen zu lernen, gleichviel wie offen er sich auch zeigen möge. Aber Vergangenes müsse vergangen sein und unberührt bleiben, um den Zweck und den Charakter der Zusammenkunft nicht zu trüben, welche mit der Absicht eines friedlichen Begegnens und der Anerkennung der gegenseitigen Pflichten heilsame Früchte tragen möchte, selbst mit Hintenansetzung des ehrgeizigen Wunsches von der einen wie von der anderen Seite, einen persönlichen Triumph der Überlegenheit davon zu tragen. Fürst Bismarck, hob der Korrespondent hervor, sprach bei der Gelegenheit ganz gegen seine sonstige Gewohnheit, mit ernster Mäßigung über Frankreich, bezüglich dessen er die Bemerkung gemacht, daß seit dem Gesandtenwechsel Frankreich in Berlin sehr gut vertreten sei, was für Alle von Glück sei. Bei seiner Zurückkunft nach Paris, erzählt der Korrespondent weiter, habe er alsbald Gelegenheit gesucht, Gambetta zu besuchen, um den delikaten und schwierigen Gegenstand seiner Mission in passender Weise einzufädeln. Waddington war von dem Kongreß in Berlin zu der Zeit noch nicht zurück, auch Fürst Hohenlohe noch nicht in Paris angekommen. Bei seiner ersten Mitteilung der Worte des Fürsten Bismarck sei Gambetta gegen das ihm gemachte Kompliment augenscheinlich nicht unempfindlich gewesen, und auf seine Frage an denselben, wie die Zusammenkunft geheim gehalten werden könne, habe Gambetta ihm geantwortet: „Wenn es nur darum zu thun ist, seien Sie versichert, will ich es schon machen, daß man meine Spur verliert." Nachdem alle Präliminarien soweit geordnet und besprochen waren, gab der Korrespondent dem Fürsten Hohenlohe Kenntnis von der Geneigtheit Gambettas zu dem ihm gemachten Vorschlage eines vertraulichen Besuchs bei dem Reichskanzler in Kissingen. Zwei Tage später sollte er den Botschafter auf dessen Wunsch wieder besuchen, womit dann die Sache ein Ende hatte.

Ein französisches Blatt berichtete bei Gelegenheit des Besuches Crispis in Friedrichsruh 1887 über das Unternehmen Gambettas im Herbst 1881 das Folgende: Gambetta, der sich damals auf dem Gipfel des politischen Einflusses in seinem Lande befand, sei der Ansicht gewesen, daß es nur noch zwei große Männer in Europa gebe, nämlich ihn selber und den Fürsten Bismarck. „Vielleicht träumte er davon, sich mit dem Reichskanzler in die Herrschaft über die alte Welt zu teilen. Den Eintritt der politischen Ferien benutzend, verschwand er plötzlich aus Paris. Die Einen vermuteten ihn in Italien, andere wähnten ihn in New-York, noch andere versicherten, daß er zum Besuche seines angeblichen Neffen nach Dresden gegangen sei. Während man sich in allen möglichen Vermutungen erging, klopfte Gambetta an das Thor von Friedrichsruh, das sich indessen ihm nicht in derselben Weise erschließen sollte, wie es sich vor dem italienischen Ministerpräsidenten geöffnet hat. Ein wenig enttäuscht kehrte Gambetta nach Berlin zurück, von wo er, immer im Einvernehmen mit dem Grafen St. Vallier und dem Herrn v. Bleichröder, seine Bemühungen, eine Zusammenkunft mit dem Fürsten Bismarck zu erlangen, erneuerte. Nun begab sich Fürst Bismarck von Friedrichsruh nach Varzin. Einige Tage darauf erschien Gambetta auf dem kleinen Bahnhof der hinterpommerschen Stadt Schlawe, wo man den Zug verläßt, wenn man dem Fürsten Bismarck in Varzin seine Aufwartung machen will. Ein besonderer Postdienst ist zwischen Schlawe und Varzin eingerichtet.

Gambetta mußte unverrichteter Sache abziehen. Seine Hin- und Herfahrten in Pommern waren jedoch nicht unbemerkt geblieben und aus der Gesamtheit der begleitenden Umstände zog man den Schluß, daß dieselbe Persönlichkeit, die nach Varzin gegangen war und der fremde Herr, den man in der Umgebung des Schlosses Friedrichsruh gesehen, identisch seien. Wie nun diese Reisen erklären, ohne sich den Sticheleien der Spötter und den Angriffen der chauvinistischen Presse auszusetzen? Gambetta fand einen Ausweg. Nach Frankreich zurückgekehrt, wohnte er in Havre einem Bankett bei, das zu seinen Ehren die Vertreter der Handelskammer und sonstige Bewunderer veranstaltet hatten und in einer glänzenden Ansprache teilte er mit, daß er die Häfen von Danzig, Stettin, Hamburg und Bremen besucht habe, um die dortigen Einrichtungen

kennen zu lernen und ihre Anwendbarkeit auf die französischen Häfen einer Prüfung zu unterziehen.

Wenige Personen kennen genauer diese Episode aus dem Leben Gambettas, der noch vor seinem Ableben sein Bedauern darüber aussprach, daß es ihm nicht vergönnt gewesen, mit dem Fürsten Bismarck einen Händedruck zu tauschen."

Interessant waren die Nachrufe, die von Berlin aus, man darf sagen: von Bismarck selber, dem verstorbenen französischen Staatsmanne gewidmet wurden.

Wir führen hier einen an, der die Gedanken Bismarcks wiedergibt, wenn sie auch in eine andere Form umgegossen sind:

„Von den festen Punkten am politischen Firmamente, die während des letzten Jahrzehnts Freund und Feind zur Orientierung dienten, ist abermals einer erloschen. Im Vollbesitz seiner Kräfte, auf der Höhe des Lebens ist der hervorragende Mann dahingerafft worden, den sein Vaterland als den patriotischsten seiner Söhne, die gesamte gebildete Welt als den Träger einer bewunderungswürdigen staatsmännischen Energie kannte. Vierundvierzig Jahre alt ist Léon Gambetta, der populärste Franzose seiner Zeit, nach mehrwöchentlicher Krankheit verstorben. In die Blätter der Geschichte, welche von unserm Geschlechte handeln, ist der Name Gambetta mit so markigen Zügen eingetragen worden, daß sich schon sagen läßt, derselbe werde den Wechsel der Zeiten und der Verhältnisse überleben und einen dauernden Platz im Gedächtnis der Menschen bewahren. Zu der deutschen Geschichte steht dieser Name in so enger Beziehung, daß es uns näher liegt, als den übrigen Frankreich benachbarten Völkern, Zeugnis abzulegen von der außerordentlichen Bedeutung des Zeitgenossen, der am 31. Dezember 1882 abgerufen worden ist. Hat es doch nicht erst der versöhnenden Wirkungen der Zeit und der bewältigenden Sprache des Todes bedurft, damit wir Deutsche rühmend anerkannten, daß der unerschrockene Patriot, der im Winter 1870/71 die Verteidigung Frankreichs leitete ein Mann im vollsten Sinne des Wortes gewesen ist, und daß er eine große und edle Pflicht erfüllte, als er nur die Erfüllung der unsrigen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu erschweren suchte. Die deutsche Geschichtsschreibung hat ihre Ehre darein gesetzt, in jeder Hinsicht dem ausgezeichneten Gegner gerecht zu wer-

den, der unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen den Kampf für die kriegerische Ehre seines Vaterlandes aufnahm, inmitten einer Welt von Hindernissen ungebrochenen Mutes fortsetzte und dabei ein Geschick entfaltete, das nur von der Energie übertroffen wurde, welche die Trägerin dieses reichen Talentes war. So stark war der Eindruck, den das Volk von der Persönlichkeit des französischen Landesverteidigungs-Ministers von 1870 empfangen hatte, daß das zu Anfang der siebziger Jahre erfolgte zeitweise Verschwinden Gambettas von dem Vordergrunde der öffentlichen Bühne uns keinen Augenblick in der Überzeugung beirrte, einem Manne, der so Bedeutendes geleistet, müsse unter allen Umständen eine bedeutende Zukunft gesichert sein. Und auch in der Folge, als der Parteien Haß und Gunst das Bild ins Schwanken zu bringen drohte, das die Zeitgenossenschaft sich von Léon Gambetta gemacht hatte, war uns nicht zweifelhaft, daß ein staatsmännisches Talent von dem festen Gefüge des seinigen sich allen ihm bereiteten Schwierigkeiten zum Trotz schließlich durchsetzen werde. Wenn in dem verwirrenden Kampfe der Meinungen die Stimme des einen, unbekümmert um seine Gefolgschaft auf dem eingeschlagenen Wege beharrenden Mannes immer wieder zur Geltung kam, so hatte das vornehmlich darin seinen Grund, daß hinter der Meinung Gambettas ein mächtig gebietender, fest auf einen Punkt gerichteter Wille stand. Einheit des Wesens und Folgerichtigkeit des Denkens aber haben zu allen Zeiten den Stoff abgegeben, aus welchem die Geschichte ihre Gestalten formt. Über einem Toten, den ein ganzes großes Volk betrauert, prüfend die Wage zu halten, auf welcher alles menschlich Thun gewogen wird, kann unsere, der ehemaligen Gegner Sache nicht sein. Als Zeitgenossen aber haben wir das Recht und die Pflicht, mit Zeugnis abzulegen von der außerordentlichen Bedeutung des Mannes, den wir in heißem, ehrenvollem Kampf kennen lernten und dessen späteren Geschicken wir mit dem achtungsvollen Anteil folgten, den er sich bei Freund und Feind erzwungen hatte."

Man datiert von der Übernahme der Konseilspräsidentschaft durch Léon Gambetta, den Träger des Systems der Volksverteidigung, den Wendepunkt in dem Zustande des öffentlichen Geistes bei unsern westlichen Nachbarn. Es muß in der That anerkannt werden, daß in den ersten zehn Jahren nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges zwar neben der Deutschenhetze und der Spio-

nenriecherei auch der Rachegedanke gepflegt wurde, aber doch noch nicht mit der heutigen Intensität, und zwar aus dem sehr tristigen Grunde, weil einmal der Eindruck der davongetragenen Niederlagen bei den Massen noch zu lebhaft nachwirkte, und zweitens, weil die Wiederherstellung der offensiven und defensiven Wehrkraft Frankreichs noch nicht weit genug fortgeschritten war, als daß man den baldigen Ausbruch des „heiligen Krieges“ hätte wünschen sollen. Dazu traten dann noch die deprimierenden Erfahrungen des tunesischen Feldzuges, kurz es fehlte nicht an Dämpfern eines allzu hitzig auflodernden Chauvinismus.

Wenn seit Gambettas Regierungszeit ein Wachsen dieser revanche- und kriegslustigen Stimmung der Franzosen wahrnehmbar ist, so sind es besonders die Kriegsminister von Champenon bis Boulanger gewesen, die unabhängig von den offiziellen Beziehungen der französischen Regierungen zur deutschen auf eigene Faust mit dem Säbel zu rasseln liebten und so das Kriegsfeuer geschürt haben. Seit 1883 haben, gleichen Schritt haltend mit der allmählichen Vervollkommnung der Armee und des Landesverteidigungssystems, auch die Patriotenliga, die Schützen-, Turner- und andere patriotische Vereine, sowie das Selbstvertrauen, die Aussicht auf Erfolg und endlich der Übermut erheblich zugenommen.

Diese Tendenz überdauerte sowohl den Wechsel der Systeme als den der Persönlichkeiten. Die öffentliche Meinung schwankte auf und ab, je nach den Chancen auswärtiger Koalitionsmöglichkeiten. Das zu Anfang 1884 neubefestigte Einvernehmen der drei Kaisermächte wirkte zwar wie ein kaltes Sturzbad auf die erhitzten Köpfe, wozu dann auch noch der ungünstige Verlauf der Expeditionen nach Tonkin und Madagaskar sich gesellte, aber den Bemühungen der Opportunitätsregierung Ferrys gelang es gleichwohl nicht, die Herstellung ehrlicher Beziehungen zu Deutschland den Franzosen annehmbar erscheinen zu lassen. Monarchisten und Radikale bekämpften und besiegten das Ferrysche Regime durch den chauvinistischen Wahlspruch: „Mit Deutschland verhandeln, heißt Frankreich verraten.“ Die Haltung der Menge, die unter dem Rufe „A bas le Prussien“! Ferrys Rücktritt bejubelte, die Wutausbrüche der Kammer bei Verlesung der Depesche Ferrys an Herrn de Courcel in Berlin vom 29. März 1885 lieferten ein

Zeugnis, daß die Regierungsgegner das rechte Mittel gewählt hatten, die Opportunisten in Mißkredit zu bringen.

Es waren die Radikalen und die Monarchisten, die sich vereinigten, die chauvinistische Ader im ganzen Lande gegen Ferry zu erhitzen. Seit dem Sturze Ferrys am 30. Mai 1885 hat man in Berlin angefangen, die Befestigung des europäischen Friedens auf den gegebenen Grundlagen für minder hoffnungsvoll anzusehen, insbesondere aber seit Frankreich sein Geschick in die Hand des Generals Boulanger gelegt zu haben schien. Die militärischen Anordnungen, welche in Frankreich getroffen wurden, deuteten nicht nur auf einen bloß möglichen Krieg hin, sondern geradezu auf einen sehr nahe bevorstehenden. Im April 1886 erzählte man in militärischen Kreisen in Berlin ein Wort des Kaisers Wilhelm, das er zu dem Reichskanzler gesprochen. Derselbe hielt dem Kaiser Vortrag über sehr ernste Angelegenheiten; angeblich handelte es sich um eine sehr bestimmte Note, deren Wirkung nicht voraus zu berechnen war. Der Vortrag soll den Kaiser tief berührt haben, dann habe er gesagt: „Wenn es sein müßte, die Armee wird mich stets an ihrer Spitze finden.“ So erzählte man sich. Auch von mehreren anderen Seiten wurde bestätigt, daß der europäische Friede damals ernstlich gefährdet war. So erhielt die „Badische Landeszeitung“ die folgende Korrespondenz aus Metz vom 7. Juni: „In hiesigen höheren Militärkreisen wird die kürzliche Anwesenheit des General von Loë, sowie des elsaß-lothringischen Statthalters Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst in Paris vielfach besprochen, und gewinnt es dadurch den Anschein, als ob wir dem Ausbruch des Krieges mit Frankreich damals näher standen als man geglaubt hat. Es wird als ganz bestimmt versichert, daß der Mobilmachungsbefehl für die westlichen Korps (Westfalen, Rheinland und Elsaß-Lothringen) bereits im Kabinett des Kaisers gelegen habe, und daß dieser in seiner friedlichen Absicht sich nur nicht entschließen konnte, dieselbe zu vollziehen. Hierauf folgte als letzter Versuch, die kriegerischen Gelüste Frankreichs, besonders seines Kriegsministers, des Generals Boulanger zu dämpfen, die Reise der beiden Diplomaten. Als Gegenstände der Verhandlung werden auch das Spionagegesetz und der Gesetzentwurf bezüglich der Ausweisung der Prinzen (?) genannt.“ Für die Richtigkeit der Einzelheiten dieser Meldung mag

das Karlsruher Blatt einstehen. Jedenfalls war eine Bedrohung des Friedens vorhanden. Die kritische Lage ging auch aus allerlei anderen Symptomen hervor, wie die Unterlassung der Einladung der fremdländischen Offiziere, an den Kaisermanövern in Elsaß-Lothringen Teil zu nehmen, und die Versagung des Sommerurlaubs an die Offiziere der preußischen Armee. Die letztere Nachricht wurde allerdings später in Abrede und auch die erste dahin richtig gestellt, daß die Militärbevollmächtigten der Mächte in Berlin auf jeden Fall bei den Manövern anwesend sein würden. Nichtsdestoweniger scheinen beide Meldungen, wenn die Maßregeln später auch vielleicht geändert oder gar zurückgenommen wurden, in einem gewissen Augenblick vollbegründet gewesen zu sein. Dieser Augenblick war offenbar der Zeitpunkt der anonymen französischen Broschüre „Avant la guerre", welche, da sie auf direkte Inspiration des Kriegsministers Boulanger zurückgeführt wurde, Frankreich als nunmehr gänzlich gerüstet und bereit zur Revanche darstellte und insofern dem verhängnisvollen Worte, welches Rouher am 16. Juli 1870 an den Kaiser richtete: „Dank Ihrer Fürsorge steht Frankreich fertig da!" seltsam ähnelte. Ein anderes, bei der bekannten Verblendung der Franzosen vielfach für glaubhaft gehaltenes Gerücht wurde endlich noch in der folgenden Münchner Korrespondenz verzeichnet: „Die Lage der Königlich bayerischen Kabinettskasse ist nach wie vor die gleiche. Gerüchte gegenteiliger Art sind unrichtig und wohl auf Anerbietungen zurückzuführen, die ihrer Natur nach nicht annehmbar waren und sind. Selbstverständlich gehen solche Angebote vielfach von irrtümlichen Voraussetzungen über die möglichen Garantien aus; bei anderen liegt das persönliche Motiv hierbei sofort auf der Hand. Dies alles ist mehr oder minder schon in die Öffentlichkeit gedrungen, jetzt aber wird weiter noch bekannt, daß auch die Politik in die Sache hineinspielte und zwar bei einer abenteuerlichen Offerte aus Frankreich, welche die Neutralität Bayerns für den Fall eines Krieges als Bedingung enthielt. Daß eine solche Offerte, die die krasseste Unkenntnis der staatsrechtlichen Verhältnisse zur Voraussetzung hat, ohne jede Berücksichtigung bleiben muß, bedarf wohl kaum der Erwägung und wir müssen deshalb entschieden bezweifeln, daß ein solches Anerbieten von seriöser und politisch zurechnungsfähiger Seite gestellt werden konnte."

Ein Jahr später kam die Zeit, wo Boulanger die Verstärkung der Garnisonen an der Grenze, den Barackenbau u. s. w. betrieb. Er beabsichtigte auch, einen Versuch mit einer Mobilmachung an der deutschen Grenze zu machen. Dieselbe unterblieb, als Deutschland intervenierte. Boulanger war aus dem Ministerium Freycinet in dasjenige von Goblet eingetreten, ging aber nicht mehr in das Ministerium Rouvier (Mai 1887) über. In die Zeit Goblets und zwar noch in den Monat April 1887 fiel wieder eine nahe Kriegsgefahr. In der Verhaftung des französischen Polizeikommissars Schnäbele in Pagny sah die radikale Presse in Paris eine Herausforderung, sprach von einem Hinterhalt, in welchen derselbe gelockt worden sei, und verlangte die Ausweisung sämtlicher Deutschen. Die gemäßigten Blätter beglückwünschten sich gegenseitig, daß Frankreich während dieser ganzen Krisis die feste, maßvolle und würdige Haltung eines Volkes bewahrte, welches sich seines guten Rufes bewußt ist. Mit diesem Selbstlob stand im grellen Widerspruch die Thatsache, daß nicht nur die Presse, welche Deutschland für „vogelfrei unter den Völkern“ erklärte und von dem „Attila Europas“ sprach, das Maßhalten nicht gut verstand, sondern auch die Regierenden von der allgemeinen Aufregung sich angesteckt fühlten. In einem Ministerrate, welchem auch der Präsident Grevy anwohnte, beantragte Ministerpräsident Goblet, Deutschland, für den Fall, daß es Schnäbele nicht freigebe, ein Ultimatum zu stellen, und fügte hinzu, der Krieg sei unvermeidlich; man könne ihm mit Aussicht auf Sieg entgegengehen, da ein hitziges Fieber des Patriotismus das Land ergriffen habe. Flourens, der Minister des Auswärtigen, sprach gegen den Antrag und wollte nicht leichten Herzens das Wohl des Landes aufs Spiel setzen, und der Präsident Grevy stimmte ihm bei. Darauf bot Goblet seine Entlassung an. Aber Grevy weigerte sich, dieselbe unter den gegenwärtigen Umständen anzunehmen. „Wenn der Zwischenfall geschlossen ist, können Sie thun, was Sie wollen, und für diesen Fall behalte ich mir meinen Entschluß vor; aber ich glaube, daß es für den Augenblick Ehrensache für Sie sein muß, Ihren Posten nicht zu verlassen.“ Bei der Abstimmung über die Stellung des Ultimatums, die begreiflicherweise die Bedeutung einer Kriegserklärung hatte, stimmten Goblet, der Kriegsminister Boulanger, der Marineminister Aube, die beiden radikalen Minister des

Handels und der Posten, Lockroy und Granet, für den Antrag, Grevy, Flourens und die Minister des öffentlichen Unterrichts, der Justiz, der öffentlichen Bauten, der Finanzen und des Ackerbaues dagegen. Somit wurde die Kriegserklärung mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Inzwischen war am Pariser Platz in Berlin zweimal ein Personenwechsel eingetreten. Graf Saint Vallier wurde im Februar 1882, als Freycinet die Stelle Gambettas angetreten, abberufen. Bei seinem Scheiden von Berlin hoffte er noch, einmal wieder nach Berlin zurückzukommen. Er äußerte sich gegenüber seinem Freunde und Nachfolger, dem Baron de Courcel: „Bereiten Sie sich darauf vor," sagte er ihm, „Sie sind jetzt mein Nachfolger; ich werde der Ihrige, wenn ein Umschwung eintritt und meine Freunde wieder an die Regierung kommen. Trete ich jemals in den Staatsdienst zurück, so werde ich keine andere Stelle annehmen, als die, welche ich jetzt aufzugeben durch mein Gewissen gezwungen bin." Baron Courcel erlebte die Blütezeit guter offizieller Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Unzufrieden mit der seit dem Sturze Ferrys zunehmenden radikalen Richtung der französischen Regierung, in welcher Boulanger die Hauptperson spielte, zog Baron Courcel sich im Sommer 1886 von seinem Posten zurück. Sein Nachfolger wurde Jules Herbette.

Jules Ferry hat seine Friedensliebe und insbesondere seine guten Beziehungen zu Deutschland während seines zweijährigen Ministeriums seitdem durch freundliche Worte an und für den Chauvinismus wett machen zu müssen geglaubt. Er schrieb noch vor einigen Monaten an den Zentralausschuß der Allgemeinen Vereinigung von Elsaß-Lothringen: „Meine Herren und teueren Landsleute! Der von Ihnen einstimmig gefaßte Beschluß, mich zu einem Sitz in Ihrer Mitte zu berufen, hat mich wahrhaft gerührt. Den hartnäckigen, ungeheuerlichen Verleumdungen, die der Mann von Herzen verachten, die aber leider schwache Geister beeinflussen können, haben Sie das öffentliche und freiwillige Zeugnis derjenigen entgegenstellen wollen, welche alle Befugnis haben, im Namen Elsaß-Lothringens zu sprechen, und angesichts so vieler Beweise von Anhänglichkeit und Vertrauen seitens derjenigen, die hoffen, wie seitens derjenigen, die leiden, habe ich das Recht, zu sagen: Ganz

Elsaß erhebt Einspruch mit Ihnen. Für mich ist dies eine große Ehre und ein großer Trost. Es ist ein weiteres Band mit jener geheiligten Sache, die andere Diener nötig hat, als Schönredner und Hetzer."

Zu Jules Ferrys Regierungszeit war es, daß Fürst Bismarck im Reichstage sagte: „Wir haben mit Frankreich seit vielen Jahren — ich kann wohl sagen seit der Zeit von 1866 — nicht in so guten Beziehungen gestanden, wie heute. Es ist dies das Ergebnis einer weisen und gemäßigten Regierung in Frankreich, die die Wohlthaten des Friedens ebenso hoch zu schätzen weiß, wie wir: beide Regierungen wissen, daß es auf dem Kontinente kaum eine größere Kalamität giebt, als einen deutsch-französischen Krieg."

Ja Fürst Bismarck hätte beinahe den Kollegen Ferry in Paris besucht. Diese Absicht ist freilich seiner Zeit (Dezember 1884) offiziös bestritten worden, aber doch so, daß man nicht die Unmöglichkeit behauptete. Der Reichskanzler war leidend, er sollte irgend einen entlegenen und geschäftliche Beziehungen ausschließenden Ort, sei es Madeira oder Egypten, sei es Tiflis oder Drontheim aufsuchen; da es auf die klimatische Lage nicht ankäme, — sagte die Nordd. Allg. Ztg. — so sei die Reise nach dem Süden also auch die Berührung von Paris nicht notwendig. Es sei daher auch nicht angebracht, Vermutungen darüber aufzustellen, welchen Empfang der Reichskanzler bei einem Besuche in Paris zu erwarten hätte, und zu berechnen, welches Gewicht auf einer Seite die Ritterlichkeit des französischen Charakters einem ehrlichen Gegner gegenüber und auf der anderen Seite eine künstliche Erregung feindlicher Minoritäten in die Wagschale legen könnten. Die Beziehungen beider Länder und beider Regierungen zu einander seien derart, daß auffallende und übelwollenden Deutungen ausgesetzte Schritte zu ihrer Erhaltung und Befestigung nicht erforderlich wären; die beiderseitigen Botschafter erfreuten sich des Vertrauens der beiden Regierungen, zwischen denen sie zu vermitteln hätten, und wenn dennoch der Fall einträte, daß die Leiter der deutschen und der französischen Politik einer persönlichen Besprechung bedürften, so würde sich eine solche erreichen lassen, auch ohne das Aufsehen und die Parteivorwände herbeizuführen, welche sich an einen Besuch des Reichskanzlers in Paris knüpfen könnten.

Hier erhielt Jules Ferry wieder ein Kompliment. Man weiß, daß es namentlich die gemeinsamen Interessen in der Kongo-Frage waren, welche Frankreich und Deutschland einander näher brachten. Aber das Glück verließ den französischen Ministerpräsidenten, eine einzige Nachricht aus Ostasien genügte, um ein Kabinett zu zermalmen, das man felsenfest gegründet glauben konnte. Abgeordnete, die Vertrauensvotum nach Vertrauensvotum abgegeben, Kredit nach Kredit bewilligt hatten, schrieen am lautesten gegen den „Verbrecher Jules Ferry“ und seine Kolonialpolitik; Leute, die sich noch tags vorher nicht tief genug vor ihm hatten bücken können, riefen ihm die heftigsten Schimpfworte zu, und der Ministerpräsident, der sich daran gewöhnt hatte, von der Kammer nach jeder Rede wie ein Heldentenor mit Händeklatschen und Bravorufen ausgezeichnet zu werden, verließ das Parlamentsgebäude auf einer Leiter, mit deren Hilfe er über die Hintermauer des Gartens in das Ministerial-Hotel am Quai d'Orsay gelangte.

Jules Ferry wurde seit seinem Sturze von seinen Feinden mit allen möglichen und unmöglichen Schimpfworten traktiert, worunter „le Prussien“, „le vendu à Bismarck“, „le traître“, „le rénégat“ bestimmt waren, den Haupteindruck zu machen. Eine ganze Anzahl unflätiger Karrikaturen stellten den Konseil-Präsidenten dar, wie er in den verschiedensten Beziehungen zu dem Fürsten Bismarck stand und wie er sich von dem Leiter der deutschen Politik die Instruktionen für seine Kolonialpolitik erteilen ließ. Jetzt galt es für den Gestürzten, sich in der öffentlichen Meinung zu rehabilitieren. Dazu giebt es in Frankreich nur ein Mittel. Jules Ferry benutzte die erste Gelegenheit, seinen „Patriotismus“ zu betonen und zu versichern, daß er, wie alle andern Patrioten, den Verlust der zwei Provinzen niemals verschmerzen werde.

Er sagte im Juli 1885 in der Deputiertenkammer: „Bezüglich der politischen Seite der Kolonialpolitik hat der ehrenwerte Herr Pelletan die folgende Formel angewendet: „Es ist ein System, das darin besteht, im Orient Kompensationen für die Zurückhaltung und die Sammlung zu suchen, welche uns augenblicklich in Europa auferlegt sind.“ Ich möchte mich darüber aussprechen. Ich liebe dieses Wort „Kompensation“ nicht, von dem man ohne Zweifel nicht hier, aber anderswo einen oft perfiden Gebrauch machen konnte.

Wenn man sagen oder insinuieren wollte, irgend eine Regierung in diesem Lande, ein republikanisches Ministerium hätte glauben können, daß irgendwo in der Welt Kompensationen für die Unglücksfälle existieren, von denen wir betroffen sind, so fügt man dieser Regierung eine große Beleidigung zu. (Beifall im Zentrum und auf der Linken.) Diese Injurie weise ich mit aller Kraft meines Patriotismus zurück. (Neuer Beifall.) Es giebt keine Kompensation, nein, es giebt keine für die Niederlagen, die wir erlitten haben."

Heute fährt Jules Ferry fort, seinen „Patriotismus" in dieser Weise zu forcieren. Rechte Früchte davon sieht er noch nicht. Der „Prussien", der in ihm steckt, oder stecken soll, läßt sich nicht so leicht austreiben. Im übrigen darf man nicht vergessen: die meisten Franzosen betreiben die Revanche nur als Sport, als noble Passion, die zum guten Ton gehört, oder als eine angenehme Aufregung. Wie sehr man bei den Franzosen eine solche Liebhaberei oder Spielerei — die allerdings gefährlich werden kann — dennoch trennen muß von einer ernsten, ihrer Verantwortlichkeit sich bewußten Politik, hat gerade Jules Ferry evident gezeigt. Als verantwortlicher Ministerpräsident wurde er „Prussien" im französischen Sinne des Wortes, jetzt sitzt er im Ausschuß der allgemeinen Vereinigung von Elsaß-Lothringen und hält Reden wie etwa in einem Jockey-Klub, oder in einer Jagdgesellschaft. Derselbe Sport!

Alle Welt verlangt in Frankreich Elsaß-Lothringen zurück, aber — ohne Krieg. Im Juli 1885 sagte Clémenceau in seiner zu Bordeaux gehaltenen Rede: „Wir hegen keinerlei Gedanken von militärischer Revanche, wir denken vielmehr an eine friedliche Revanche durch eine emanzipierende reformatorische Republik, die ihre Strahlen über die Welt hinwerfen wird und welcher Gerechtigkeit widerfahren zu lassen man eines Tages gezwungen sein wird." Als hier ihn der Ruf unterbrach: „Und Elsaß-Lothringen?" fuhr Clémenceau fort: „Wenn man denkt, wie ich eben sagte, so muß man außerhalb des Kreises derjenigen bleiben, welche Europa regieren. Nicht als ob man sich völlig isolieren müßte, aber man muß nicht in gewisse Allianzen eintreten; denn wenn man auf den Kongreß von Berlin geht, so zeigt man Ihnen Tunis und da muß man Mißtrauen hegen. Ja, mißtrauen Sie denen, die Sie ermutigen, das Geld

Ihres Landes und das Blut Ihrer Soldaten in fernen Expeditionen zu vergeuden. Mißtrauen Sie und erinnern Sie sich, daß es Ihre Pflicht ist, auf Frankreich zu schauen und sich zu sagen, was der Bürger, der mich eben unterbrach, sagte: Und Elsaß-Lothringen? Es giebt in Europa nur Unabhängigkeit und eine Würde, deren Wächter wir sind. Und dieselben zu bewahren, müssen wir festen Fußes auf unserem Territorium verharren und keinen Zollbreit davon preisgeben.“ Sonach also will Clémenceau keinen Revanchekrieg, weil er auf den Zauber seiner Fortschritts-Republik zählt, um Elsaß-Lothringen wiederzugewinnen. Andererseits will er aber auch keine Kolonialpolitik, um nicht Frankreichs Kräfte zu zersplittern und zu schwächen, sondern intakt zu erhalten für etwaige nähere Eventualitäten. Letzteres macht ein wenig mißtrauisch gegen die revanchefeindlichen Auslassungen des radikalen Führers.

Herr Spuller, Unterrichtsminister im Kabinett Rouvier, ein großer Freund des Friedens, präzisierte als Vizepräsident der Deputiertenkammer in einer 1884 zu Grenoble gehaltenen Rede die Aufgabe der Republik dahin, daß dieselbe fortan auf friedlichem Wege, auf dem Wege der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Fortschritts, ihr begonnenes Werk fortsetzen und ausbauen müsse. Derselbe Staatsmann hielt im Juli 1887 geharnischte Reden gegen den Boulanger-Kultus. Im Trokadero-Palast sprach der frühere Freund Gambettas zu den Lehrern, sie möchten Männer heranbilden, welche es als eine Schande betrachten, sich vor einem Manne zu erniedrigen, nachdem ihre Väter für sie das Recht erobert haben, vor dem Standbilde der Freiheit stolz und aufrecht zu bleiben. Sie würden nicht würdig sein, eine republikanische Nachkommenschaft zu haben, wenn sie fähig wären, sich in den Koth zu werfen, unter die Räder eines Wagens, der nur ein Götzenbild trägt, nur einen Eintags-Triumphator. Und in Lyon sprach Spuller von einem „gewissen unqualifizierbaren Ehrgeize,“ der sich gegen die Gesetzlichkeit auflehne, von einer „gewissen Volkstümlichkeit, die gestern entstanden, morgen tot sei und von der man schon heute nicht mehr spreche.“ An demselben Tische, an welchem Herr Spuller diese Worte sprach, konnte General Davoust erklären, daß „die Armee die Augen beständig auf die Grenze gerichtet habe.“ Die Tischgesellschaft klatschte, Herr Spuller mit. Auch er fordert Elsaß-Lothringen zurück —

ohne Krieg, wenigstens ohne einen Angriffskrieg. Fürst Bismarck sagte im Januar 1887: „Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen," gab aber zu bedenken, daß in Frankreich viele darauf warten, weil sie lieber einen Verteidigungskrieg als einen Angriffskrieg führen wollen. Die Entschließungen Frankreichs seien in schweren Momenten immer durch energische Minoritäten, nicht durch die Majoritäten und das ganze Volk bewirkt worden.

Wie Elsaß-Lothringen ohne Krieg zu gewinnen ist, hat der bekannte Baron Stoffel, ehemaliger Militärbevollmächtigter in Berlin, seine Landsleute vor etwa 10 Jahren belehrt. In dem bonapartistischen „Ordre" erörterte er die Frage, ob Deutschland im Jahre 1871 die Grenzen der Mäßigung überschritten habe, indem es sich einen Teil von Lothringen und namentlich die Festung Metz aneignete. Selbstredend glaubte er diese Frage bejahen zu müssen. „Denn Frankreich" führte er aus, „kann ohne Metz oder vielmehr, so lange diese Festung in deutschen Händen ist, immer nur eine unruhige Existenz haben. Napoleon I. sagte von Antwerpen, diese Festung sei in den Händen Frankreichs eine geladene und auf das Herz Englands zielende Pistole. Mit noch mehr Recht kann man sagen: „So lange Deutschland Metz besitzen wird, wird es eine geladene Pistole auf das Herz Frankreichs gezielt halten." Aus diesem ungeheuren verschanzten Lager könne eine deutsche Armee sich auf Paris stürzen, welches davon nur fünfzehn Tagemärsche entfernt ist. Eine große Nation dürfe so in beständiger Furcht vor einer ihr unmittelbar drohenden Gefahr nicht leben." Der Verfasser gelangte dann zu dem Schlusse: „Soll man aus den vorstehenden Betrachtungen schließen, daß die Frage von Metz früh oder spät einen Krieg mit Deutschland herbeiführen wird? Keineswegs. Wir wollten nur darthun, daß sie jeder Wiederkehr des Vertrauens zwischen den beiden Ländern im Wege steht. Deutschland hat, indem es sich Metz aneignete, einem unmäßigen Vergrößerungsgelüste und einem Verdacht gegen einen hundertjährigen Feind Raum gegeben. Es verfuhr so, um Frankreich zu schwächen und um selbst im Falle eines neuen Angriffs stärker zu sein. Aber wir haben zu großes Vertrauen in die Weisheit Deutschlands, um nicht zu hoffen, daß es seinen Irrtum früher oder später einsehen wird. Wenn die Zeit die Leidenschaften beruhigt und Deutschland sich

der friedlichen Absichten Frankreichs vergewissert haben wird, dann wird es sich geneigt zeigen können, eine für das gute Verhältnis zwischen den beiden Völkern und für ihre Interessen so nachteilige Lage zu ändern. Wir glauben aus sicherer Quelle zu wissen, daß im Rate des deutschen Kaisers bei den Friedensunterhandlungen Fürst Bismarck sich gegen den Erwerb von Metz erklärte. Wir erblicken in dieser Thatsache noch etwas anderes als einen Beweis von dem treffenden Urteile dieses großen Staatsmannes, wir erblicken darin die Möglichkeit, daß in einer ziemlich nahen Frist und unter der Gunst der Umstände Deutschland darein willigen könnte, Frankreich im Wege diplomatischer Unterhandlungen die Festung Metz und vielleicht Lothringen überhaupt zurückzugeben."

Baron Stoffel mochte an politische Verwickelungen denken, die etwa Deutschland es wünschenswert erscheinen lassen könnten, Frankreich durch die Herausgabe der Kriegsbeute von 1871 zu gewinnen. Die Franzosen haben vergebens darauf gewartet. Später setzten sie ihre Hoffnung auf den „friedlich gesinnten" Kronprinzen des deutschen Reiches, der das Unrecht von 1871 wieder gut machen sollte. Sie sind in der That mit diesem Ansinnen im März 1888 beim Regierungsantritt des Kaisers Friedrich III. hervorgetreten. Es gab auch Franzosen, welche von dem Nachfolger des Kaisers Wilhelm I. eine Erschütterung des Gefüges der deutschen Armee erwarteten. Gambetta sagte zu einer Zeit, als ungünstige Nachrichten über den Gesundheitszustand des Kaisers Wilhelm I. verbreitet waren, in einem Privatgespräch: „Das Hinscheiden des Kaisers wäre eine Thatsache von enormer Tragweite, nicht bloß für Deutschland, sondern auch für ganz Europa, womit ich nicht gesagt haben will, daß es für uns ein ungünstiges Ereignis wäre. Aber alles in allem, ich betrachte den Kaiser von Deutschland als einen außerordentlichen Herrscher (un souverain tout-à-fait hors ligne). Und insbesondere vom militärischen Standpunkte. Er ist die idealste Verkörperung des deutschen Militärstandes. Er ist es, der durch seine exzeptionelle Persönlichkeit der deutschen Armee ihren eigentümlichen Ton gegeben hat, ihre lebendige Kraft, ihr strammes Zusammenhalten. Das ist der Mann, der den modernen militärischen Geist in der eigenartigsten Weise zu verschmelzen gewußt hat mit dem ritterlichen Geiste der Kämpfer des Mittelalters. Der

feudale Ritter und der wissenschaftliche Generalstäbler sind hier vereinigt. Herr von Moltke ist gewiß ein großer General, aber ich glaube nicht, daß er jemals einen gleichen Einfluß, eine gleiche unmittelbare Aktion auf die deutsche Armee auszuüben im Stande gewesen wäre, wie sie vom Kaiser Wilhelm ausstrahlen. Kaiser Wilhelm ist, um ihn mit einem einzigen Worte zu bezeichnen, der wahre Imperator. Wohl wird die deutsche Armee auch nach seinem Tode ihre ausgezeichnete Fügung behalten, allein es wird ihr gewissermaßen der Schlußzapfen, der geistige Zusammenhalt, abgehen."

Der Zar in Berlin.

Am 25. Dezember 1886 gab es sehr ernste Weihnachtsartikel in der deutschen Presse. Man sagte, eine so gedrückte Stimmung an einem solchen Feste sei, so viel bewegte Jahre auch das deutsche Volk erlebt habe, noch nicht vorhanden gewesen. Das bedrohliche Ansehen der Lage war eingetreten seit dem 13. November, wo Graf Kalnoky seine Erklärungen über die bulgarische Frage in der ungarischen Delegation zu Pest abgab. Er unterschied in der bulgarischen Frage zwischen dem, was rein bulgarische, und dem, was auch europäische und eben damit auch österreichisch-ungarische Interessen berühre, sowie zwischen dem, was einen bleibenden und giltigen Charakter hätte, und dem, was nur als vorübergehende Phase angesehen werden könnte. Zu letzterem rechnete er die Sendung des General Kaulbars, deren Ergebnisse eigentlich nur die seien, daß es ihm gelang, den Bulgaren die Einwirkung Rußlands in der denkbar unangenehmsten Weise fühlbar zu machen, und daß er die öffentliche Meinung Europas für das bulgarische Volk in bisher nicht gekannter Weise sympathisch gestimmt habe. Die Interessen Österreich-Ungarns liegen dort, wo teils Prinzipienfragen, teils allgemeine Vertragsrechte in Betracht kommen. Das Streben der Reichsregierung gehe daher dahin, daß keine den Verträgen widersprechende Schädigung der von Europa den Bulgaren gewährleisteten Selbständigkeit stattfinde. „Wenn Rußland beabsichtigt oder versucht hätte, einen Kommissionär nach Bulgarien zu entsenden, welcher mehr oder weniger die Regierung des Landes an sich genommen hätte, oder wenn es zu einer militärischen Besetzung, sei es der Küstenplätze oder des Landes selbst, geschritten wäre, so wären dies Handlungen gewesen, welche uns unter jeder Bedingung zu einer entschiedenen Stellungnahme gezwungen hätten."

Auf die Beziehungen Österreich-Ungarns zu den einzelnen Mächten übergehend, sprach er zuerst von dem verbündeten Deutschland und erweiterte die damals viel besprochene Frage, inwieweit die Freundschaft zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland sich praktisch bethätigen würde, und ob der eine Staat unter gewissen Eventualitäten auf den anderen zählen könne. „Es ist wohl selbstverständlich, daß bei zwei Großstaaten von solcher Ausdehnung, die vom baltischen Meere bis zur Adria und von der Nordsee bis an die untere Donau reichen, jeder auch Sonderinteressen hat, welche vollkommen außerhalb der Interessensphäre des anderen liegen können und die zu schützen in den Verpflichtungen des anderen nicht gelegen ist. Es ist gar nicht denkbar, daß ein Großstaat, ohne jede Selbstständigkeit seiner Aktion aufzugeben, sich verpflichten könnte, für jedes Interesse eines Bundesgenossen einzustehen. Setzen wir den Fall, daß Deutschland am baltischen Meere eine Interessenfrage verfolgen würde, die für dasselbe von großer Wichtigkeit wäre, so würde Deutschland gewiß nicht daran denken, hiefür unsern Beistand zu verlangen. Es liegt aber auch in der Natur der Sache und in dem Selbstgefühl eines Großstaates, daß ihm das selbständige Eintreten für seine eigenen Interessen in erster Linie allein zusteht, und daß ein Verhältnis, wie es zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland besteht, nur dann praktisch in volle Kraft zu treten berufen ist, wenn es sich um vollkommen solidarische gemeinsame Interessen beider handelt. Für ein solches Verhältnis sind nicht Worte und Buchstaben, sondern die gegenseitigen Interessen das festeste Fundament. Der Fortbestand des andern als einer starken und unabhängigen Großmacht bildet für jedes der beiden Reiche ein wichtiges eigenes Interesse. In der jetzigen Konstellation Europas läßt sich Deutschlands Stellung kaum denken, wenn ein mächtiges Österreich-Ungarn an seiner Seite fehlen würde, ebenso wie wir das größte Interesse daran haben, daß Deutschland als starke Großmacht neben uns fortbestehe. In diesem Sinn ist denn auch die Gemeinsamkeit der Stellung Deutschlands und Österreich-Ungarns stärker und unerschütterlicher, als wenn man sich dieselbe als lediglich auf Paragraphen gegründet vorstellen wollte. Die deutsche Regierung hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß Bulgarien sie nur soweit interessiere, als damit der Friede im Orient und in Europa in Ver-

bindung steht. Auch jetzt hat es erklärt, daß es in Bulgarien keine deutschen Interessen zu verteidigen habe. Demgemäß hat auch der deutsche Reichskanzler nicht für die Wünsche der einen oder der anderen Macht, sondern für den Frieden seine Ratschläge und seine vermittelnde Thätigkeit geltend gemacht. Es ist dies in der loyalsten und für den Weltfrieden, sowie für unsere eigenen Interessen ersprießlichsten Weise geschehen und es hat auch über diesen Punkt zwischen den beiden Kabinetten eine Disharmonie oder eine andere als die freundschaftlichste und vertrauensvollste Gesinnung nie bestanden."

Nach diesen Erklärungen, welche uns einen Blick in die neuesten Abmachungen von Kissingen und von Gastein gönnten, berührte Kalnoky auch die Beziehungen Österreich-Ungarns zu den übrigen Mächten. Er sprach es als Gewißheit aus, „daß wir auch England an unserer Seite sehen würden, wenn es sich darum handeln sollte, für die Erhaltung des Berliner Vertrags und des Rechtszustandes, den derselbe geschaffen, einzutreten," und daß in Italien in jüngster Zeit die Auffassung zu Tage getreten sei, es habe dieser Staat als Mittelmeermacht gewichtige Interessen wahrzunehmen und eine Verschiebung der dortigen Machtverhältnisse könne ihm nicht gleichgiltig sein. Von Rußland erhalte die Reichsregierung die Versicherung, daß es an den Verträgen festhalte und weder an eine Einschränkung der Autonomie Bulgariens, noch an eine Änderung seines internationalen Verhältnisses denke, daß es überhaupt nichts ohne Mitwirkung der Mächte unternehmen werde. Der türkischen Regierung machte Kalnoky den Vorwurf, daß sie bezüglich der im Berliner Vertrag ihr zugedachten Stellung, auf die man für die Dauerhaftigkeit der Zustände gerechnet hatte, den gesagten Erwartungen nicht entsprochen habe, und in einem Zeitpunkte, wo ihr niemand das Einschreiten gewehrt hätte, nicht einmal dazu sich habe entschließen können, von ihren Souveränitätsrechten in Ostrumelien Gebrauch zu machen.

Die panslawistische russische Presse war sehr erbittert über diese Rede, welche Rußland so nachdrücklich auf die Achtung der Verträge hinwies, einem einseitigen Vorgehen Rußlands in Bulgarien das Vorgehen Österreich-Ungarns entgegenstellte und bereits die Bundesgenossen, die letzteres in diesem Falle haben würde, auf-

zählte. Die ganze Rede sei nichts als eine Drohung gegen Rußland, und wenn die österreichischen Staatsmänner fortfahren würden, eine so hochfahrende Sprache zu führen, so würde Rußland in der einzigen seiner würdigen Weise antworten, mit der Mobilisierung der russischen Streitkräfte.

Zu der drohenden Haltung der russischen Presse kam die Abstimmung vom 3. Dezember in Paris, welche das Ministerium Freycinet stürzte, dessen Haupt soeben Schritte zur Wiederanbahnung eines leidlichen Verhältnisses mit Deutschland gethan hatte. Wenn der preußische Kriegsminister erklärte, dem am 25. November eröffneten Reichstage sei die Militärvorlage mit ihrer Forderung einer erhöhten Präsenzstärke bereits vom 1. April künftigen Jahres an auf Grund ganz neuerlicher Veranlassungen in dieser Gestalt gemacht worden, so lagen die Veranlassungen ohne Zweifel in dem Eindruck der Delegationsverhandlungen zu Pest auf maßgebende russische Kreise. In Paris war zwar an die Stelle des Herrn Freycinet in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ein ebenso inoffensiver Minister, Flourens, getreten und neuerdings strömte die französische Presse sogar über von Friedensbeteuerungen, aber aus der Haltung des ganzen Landes klang es heraus, daß man die Stunde der Revanche in der Nähe glaubte. Es konnte auch nicht anders sein, als daß man, nachdem der Entschluß Revanche zu nehmen, fünfzehn Jahre unerschütterlich geblieben war, soweit kam, um keine Gelegenheit mehr vorübergehen zu lassen, und Kombinationen, die einen erfolgreichen Angriff auf den gehaßten Nachbar oder die Möglichkeit einer Herausforderung desselben, der er sich nicht entziehen konnte, darzubieten schienen, bildeten sich alle Jahre.

Dazwischen war nun freilich am 15. Dezember die Verwarnung des russischen Regierungsanzeigers an die dortige Presse gegen die unaufhörlichen Herausforderungen Deutschlands erschienen. Man bemerkte in Berlin dagegen:

„Es hat nur eines Winkes seitens der Regierung bedurft, um den Hetzereien der russischen Presse ein Ende zu machen; aber man darf nicht vergessen, daß diese Wirkung in vierundzwanzig Stunden auch wieder aus der Welt geschafft werden kann.“ — Nun das sollte schon in den nächsten Tagen eintreffen.

Die Ansprüche, welche nach der Katastrophe von Sofia

(21. August 1886) Rußland auf die Übernahme einer Protektorrolle in Bulgarien machte und welche es auf die ganze Balkanhalbinsel ausdehnen zu wollen schien, waren weder mit den Bestimmungen des Berliner Vertrags noch mit den Interessen Österreich-Ungarns, Englands und Italiens vereinbar. Infolgedessen machten alle Mächte, die großen und die kleinen, Rüstungen an Mannschaften und an Kriegsmaterial. „Ganz Europa starrte in Waffen.“ Die deutsche Reichsregierung, im Bewußtsein ihrer Pflicht, die Sicherung der deutschen Grenzen nach allen Seiten hin zu wahren, wandte sich vergebens an die Reichstagsmehrheit, welche aus welfischen, demokratischen, polnischen und französischen Elementen zusammengesetzt war. Diese Mehrheit, welche der Regierung die für eine gesunde Finanzwirtschaft nötigen reichlicheren Mittel verweigerte und stundenlang um die Exigenz für den Bau eines einzigen Aviso stritt, behandelte die angesichts der drohenden politisch-militärischen Lage eingebrachte Militärvorlage in einer Weise, welche die Ablehnung derselben als sicher voraussehen ließ. Es bedurfte der Auflösung und der Neuwahl des Reichstages, um die Regierungsvorlage durchzubringen.

Die deutsche Regierung legte großen Eifer an den Tag, der öffentlichen Meinung Frankreich als den eigentlichen und einzigen Störenfried zu bezeichnen. Schon in dem Streite im Jahre zuvor wegen der Haltung Deutschlands zu den in Bulgarien ausgebrochenen Wirren wurde denen, welche die Schuld an der Ungewißheit und Besorgnis, welche die Welt erfüllten, in den bulgarischen Verhältnissen suchten, bemerkt, daß sie die Lage Europas völlig falsch beurteilten, Deutschland habe an Bulgarien gar kein Interesse, die Nötigung für seine Rüstungen ginge von Frankreich aus, welches seine Kriegsmacht unaufhörlich steigere und für die Lage Mitteleuropas verantwortlich zu machen sei ... Die Frage des Bruches mit Rußland habe 1879 nahe genug gelegen und wenn ein solcher einträte, so würden, wie man in Frankreich sagt, die Chassepots von selber losgehen. „Wir sind nicht kleinmütig genug, um vor einer solchen Lage zurückzuschrecken, wenn sie unausweichlich werden sollte oder unsere eigenen Interessen sie uns aufnötigten. Aber wir sind nicht gewissenlos genug, um zu empfehlen, daß die deutsche Nation, ohne jede in der Sache liegende Nötigung, lediglich aus französischem Prestigebedürfnis, einem Krieg in dieser Aus-

dehnung durch ihre eigene Regierung mutwillig entgegengeführt werden sollte."

In den Septennatsverhandlungen des Reichstags im Januar (1887) sprach sich Fürst Bismarck über die Lage dahin aus:

„Die Beziehungen zu Rußland sind dieselben, wie unter Alexander II., es ist sicher, daß sie unsrerseits nicht werden gestört werden und Fürst Bismarck glaubt nicht, daß Rußland uns angreifen wird, oder daß es von einem von anderer Seite auf Deutschland erfolgenden Angriff Vorteil ziehen will. Betreffs Bulgariens haben wir kein eigenes Interesse; er (der Kanzler) hätte verdient, wegen Landesverrat vor Gericht gestellt zu werden, wenn er solche „Dummheiten" unternommen hätte, wie die fortschrittliche und klerikale Presse sie ihm wegen Bulgariens zugemutet hätte. Das Verhältnis zu Österreich wurde dahin definiert, daß das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich eine festere Vereinigung geschaffen habe, als im deutschen Bunde oder im alten Reiche bestand; doch wurde später hinzugefügt, daß zwar für jeden von beiden Teilen die Existenz des anderen wesentlich sei, daß darum aber die Politik der beiden Reiche nicht in allen Einzelheiten identisch zu sein, nicht jedes für alle Interessen des anderen einzutreten brauche. Und vorher war im Gegensatz zu der Zuversicht, daß zwischen Deutschland und Rußland kein Kriegsgrund vorhanden sei, hervorgehoben worden, schwieriger liege allerdings die Erhaltung des Friedens zwischen Österreich und Rußland — woraus sich in Verbindung mit der Erklärung, daß wir für Österreichs Existenz als Großmacht einzutreten haben, offenbar die Eventualität ergiebt, daß Deutschland trotz allem, was vorher über unsre eigenen Beziehungen zu Rußland gesagt war, in einen Krieg zwischen diesem und Österreich verwickelt werden kann. In Bezug auf die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich entwickelte der Kanzler die ganze Offenheit, welche schon so oft Erstaunen erregt hat. In erster Reihe gegen Frankreich, sagte er, bedürfen wir der Verstärkung des Heeres. Noch hat kein französisches Ministerium gewagt, den Frankfurter Frieden öffentlich als ungiltig anzuerkennen, solange aber keine dortige Regierung dies dürfe, sei der Krieg mit Frankreich nur eine Frage der Zeit; er könne in zehn Jahren, aber auch in zehn Tagen oder zehn Wochen kommen, je nachdem man in Frankreich die Hoffnung habe,

uns überlegen zu sein, oder je nachdem man des Krieges als eines Ventils gegen innere Schwierigkeiten bedürfe. In diesem Zusammenhang wurde direkt von der Möglichkeit eines Ministeriums Boulanger gesprochen. Deutschland werde so wenig wie anläßlich der Luxemburger Verwickelungen den Krieg nur darum beschleunigen, weil man besser als der Gegner gerüstet zu sein glaube, man könne der „Vorsehung nicht in die Karten blicken“, vielleicht bedeute Verzögerung des Krieges, Vermeidung desselben. Komme er aber, so werde er die ernstesten Folgen haben, wir müßten für den Fall des Unterliegens gefaßt sein auf den Verlust nicht bloß Elsaß-Lothringens, sondern auch des Rheinlandes, Schleswig-Holsteins, vielleicht auch Posens, auf die Wiederherstellung des Königreichs Hannover, auf eine Aussaugung bis auf die Knochen. Aber wenn wir wieder Sieger blieben, dann würde der Frieden auch anders aussehen, als der von 1871, wir würden dann Frankreich für ein Menschenalter bündnisunfähig machen.

Es machte in Frankreich einen begreiflichen Eindruck, aus dem Munde des Fürsten Bismarck wie auch des Generals Bronsart v. Schellendorff und des Feldmarschalls Grafen Moltke die Bemerkung zu hören, daß Frankreich nur auf eine Gelegenheit warte, um Deutschland anzugreifen, daß es bisher nur darum ruhig geblieben sei, weil es Deutschlands überlegene Kraft gefürchtet habe, daß der Krieg eben so gut am nächsten Tage wie in zehn Jahren ausbrechen könne, daß Deutschland die größten Anstrengungen machen müsse, um der beständig drohenden Gefahr beständig gewachsen zu bleiben. In Paris vergaß man, daß die fieberhafte Thätigkeit des Generals Boulanger, der anfangs geleugnete, später notgedrungen eingestandene Bau der Baracken an der Ostgrenze und die Verstärkung der dortigen Besatzungen, die fast einer teilweisen Mobilmachung gleichkamen, der erste Anlaß der deutschen Gegenmaßregeln war und man gab sich den Anschein, zu glauben, oder glaubte wirklich, daß diese Gegenmaßregeln von der Absicht Deutschlands eingegeben seien, in einem Angriffskriege unter einem vom Zaun gebrochenen Vorwande über Frankreich herzufallen. Herr Flourens bewahrte zwar selbst sein kaltes Blut, allein er hatte große Mühe, den General Boulanger von gefährlichen Kundgebungen abzuhalten und die Presse, soweit sie seiner Überredung oder

anderweitigen Beeinflussung zugänglich war, auf einen gedämpften und ruhigen Ton zu stimmen.

Kaum war die Aufregung über die Septemberverhandlungen vorüber, als sich Ende April urplötzlich der Schnäbele-Fall zutrug. Wieder gewann die Lage ein äußerst bedrohliches Ansehen. Es ist schon mitgeteilt worden, daß im französischen Ministerrat einen Augenblick lang Beschlüsse geplant wurden, die, wenn sie übereilt gefaßt oder gar ausgeführt worden wären, unvermeidlich zum Kriege geführt hätten. Um diese Zeit sprach die „Nordd. Allg. Ztg." von dem Irrtum der französischen Blätter, „daß sie die Haltung von Katkow und seinem in Paris ansässigen Agenten Cyon, sowie die Korrespondenzen russischer Militärs, welche Französinnen geheiratet haben und in Frankreich begütert sind, für die „russische Politik" ansehen. Diese Politik wird vom Kaiser von Rußland durch sein Organ d. h. seinen auswärtigen Minister, Herrn v. Giers betrieben, sie ist eine friedliebende und gegen Deutschland vielleicht gleichgiltige, aber sicher nicht feindliche. Die französische Presse schmeichelt sich und den Revanchepolitikern in Frankreich mit der Hoffnung, es werde zwischen Deutschland und Rußland ein Krieg ausbrechen und dann sei der Moment für Frankreich gekommen, auch seinerseits Deutschland anzufallen. — Wir halten es mehr für Frankreich als für Deutschland nachteilig, wenn es der Pariser Presse gelingt, diesen Irrtum in der Meinung zu befestigen und auszubilden."

Der russische „Regierungsanzeiger" trat in einem „Mitgeteilt" vom 21. März den Hetzereien der Presse und den Gerüchten über ungünstige Beziehungen zu Deutschland entgegen; aber während alle anderen russischen Blätter dieses „Mitgeteilt" vorschriftsmäßig abdruckten, brachte die Katkowsche „Moskauer Zeitung" nur eine Notiz hierüber unter den telegrapischen Depeschen und fügte hinzu, daß dieses „Mitgeteilt" nicht die Politik des Zaren vertrete, sondern nur die des Auswärtigen Amtes, die durchaus nicht identisch seien. Auf die Beschwerde des Herrn von Giers beim Kaiser erhielt Katkow einen milden Verweis. Unter Kaiser Nikolaus hätte er nach einem derartigen Auftreten Bekanntschaft mit Sibirien gemacht. Was machte sich der mächtige Wirkliche Geheime Staatsrat aus einem Verweis, den ihm ein Senator, Ljuboschitzki, über-



brachte! Er wußte doch, daß er noch immer und jetzt sogar noch mehr der Mann war, auf welchen das ganze gebildete Rußland sah und dessen Wort gewaltig in die Wagschale der öffentlichen Meinung fiel. Herr v. Giers aber mußte es jetzt unterlassen, die deutsch-feindliche Haltung der Presse zu zügeln, weil er schließlich davon nur Unannehmlichkeiten hatte. Der Kaiser bestand darauf, Herrn v. Giers zu behalten, weil er ihm außerordentlich bequem ist. Der Katkowsche Kandidat für den Minister der auswärtigen Angelegenheiten war Graf Ignatiew, eine dem Kaiser unsympathische Persönlichkeit.

Der Gaulois brachte unter der Überschrift: „Die Herren v. Giers und Katkow“ interessante Mitteilungen. Angesichts der Gerüchte, welche über die Demission des russischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten im Umlauf waren, hatte das genannte Blatt einen seiner Redakteure zu Herrn Dr. de Cyon gesandt. Dieser, der frühere Direktor des Gaulois, ein Freund und Mitarbeiter des Herrn Katkow, teilte über den Konflikt zwischen den beiden russischen Staatsmännern das Folgende mit:

„Seit Juli des vergangenen Jahres hat Herr Katkow nicht einen einzigen Augenblick aufgehört, seine, der Erneuerung des Dreikaiserbündnisses feindliche Stimmung zu dokumentieren. Dieses für das russische Reich verhängnisvolle Bündnis, welches die erste Ursache aller der in Bulgarien entstandenen Schwierigkeiten bildete, ist am 31. März d. J. abgelaufen. Herr Katkow hat erklärt, daß für Rußland eine Politik der freien Hand eine Notwendigkeit sei. Dieselbe würde Rußland seine ganze Unabhängigkeit, seine Aktionsfreiheit belassen und ihm gegebenen Falles gestatten, sich der von Herrn v. Bismarck beabsichtigten Vernichtung Frankreichs zu widersetzen. Dank dieser neuen, von dem Zaren inaugurierten Politik hat Rußland vor zwei Monaten es vermocht, Deutschland zu zwingen, auf seine aggressiven und allzu offen kundgegebenen Pläne bezüglich Frankreichs zu verzichten. In diesem Augenblick ist es für niemand mehr ein Geheimnis, daß alle die Demarschen mißlungen sind, welche Herr v. Bismarck in St. Petersburg zu dem Zwecke unternommen hat, um von Rußland das Versprechen zu erlangen, im Falle eines Konflikts zwischen Frankreich und Deutschland neutral zu bleiben. Deutschland ist gezwungen worden, den

Rückzug anzutreten, Herr v. Giers, der Urheber der Tripel-Allianz, neigte mehr zu einer entgegengesetzten Politik hin, und obwohl er gezwungen war, sich vor dem ausdrücklichen Willen des Zaren zu beugen, folgte er doch nur mit Widerstreben einer politischen Richtung, welche er nicht billigte . . .

Aus Anlaß der letzten Ereignisse in Bulgarien haben sich die Beziehungen zwischen Herrn Katkow und dem St. Petersburger Kabinett verschärft. Man erinnert sich, daß Herr Katkow in dem Augenblicke, in welchem die russischen Vertreter aus Bulgarien zurückberufen wurden, darauf bestanden hatte, daß die russischen Unterthanen dem Schutze des französischen Konsuls anvertraut wurden. Das war auch zuerst die Absicht des Kaisers gewesen. Lediglich infolge der aus Berlin gekommenen Proteste hat Herr v. Giers darin eingewilligt, daß die russischen Unterthanen in Bulgarien dem Schutze des deutschen Konsuls und in Ostrumelien dem Schutze der französischen Konsuln unterstellt würden. Die deutschen Konsular-Agenten, welche mit den bulgarischen Regenten sehr gute Beziehungen unterhielten, hatten den russischen Interessenten nicht den vollen Schutz zu Teil werden lassen, den diese erwarten konnten. Herr Katkow beschuldigte besonders den deutschen Konsul, Herrn v. Thielmann, daß er mehr als lässig gewesen sei in der Vertretung der jüngst in Rustschuck füsilierten russischen Unterthanen. Herr v. Bismarck zeigte sich über diese Beschuldigung sehr verletzt und beklagte sich in einem nach St. Petersburg gerichteten Schreiben über die hartnäckige Feindschaft des Herrn Katkow gegen Deutschland. Er versicherte unter anderem, daß die deutschen Vertreter stets ihre Pflicht erfüllten. Darauf ließ Herr v. Giers in dem russischen Regierungsboten ein langes Kommuniqué erscheinen, welches gegen die Moskauer Zeitung, ohne jedoch dieselbe zu nennen, alle diese Beschuldigungen des Herrn v. Bismarck vorbrachte.

Herr Katkow hat sich hierdurch nicht einschüchtern lassen und mit einem entrüsteten Artikel geantwortet, in welchem er es lebhaft beklagt, daß der russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, statt die nationale Politik zu vertreten, den Interessen und Anschuldigungen der deutschen Regierung das Wort rede. Er hat in diesem Artikel besonders daran erinnert, daß er Herrn Thielmann in keiner Weise der Verletzung seiner Pflicht als deutscher Konsul

bezichtigt habe. Die Schuld liege an denen, welche die russischen Interessen in Bulgarien den deutschen Vertretern anvertraut hatten, die den russischen Bestrebungen offenkundig feindselig gesinnt waren. Infolge dieses Vorgehens wäre Herr Thielmann vor die Alternative gestellt worden, entweder seine Regierung direkt zu verraten oder die Interessen seiner neuen Schützlinge zu vernachlässigen. Herr v. Giers wollte durch eine Verwarnung antworten. Er vergaß offenbar, daß eine 15 Jahre vorher Herrn Katkow unter analogen Verhältnissen von dem Grafen Walujeff erteilte Verwarnung diesem letzteren das Portefeuille gekostet hatte. Der Minister des Innern, Graf Tolstoi, welcher ebenfalls einer der energischsten Vertreter der nationalen russischen Politik ist, konnte dem Ansinnen des Herrn v. Giers umsoweniger nachkommen, als eine Desavouierung des Herrn Katkow bei dieser Gelegenheit fast gleichbedeutend gewesen wäre mit einem Tadel der von dem Zaren vertretenen Politik der freien Hand. Herr Katkow hat sich nach St. Petersburg begeben, um aus nächster Nähe die letzten Versuche zu bekämpfen, welche dort die deutsche Partei macht, um ein Flickwerk der Tripel-Allianz zu erlangen. Wenn Herr Katkow, wie wir im Interesse Frankreichs hoffen, als Sieger aus dem Streite hervorgeht, so wird der Rücktritt des Herrn v. Giers unvermeidlich sein. Sein präsumtiver Nachfolger dürfte der Graf Ignatiew sein, welcher unstreitig von allen russischen Diplomaten der hervorragendste Vertreter der nationalen russischen Politik ist."

Von Interesse in den Ausführungen des Gaulois war insbesondere die von Herrn von Cyon, dem Pariser Agenten Herrn Katkows, aufgestellte Behauptung, Fürst Bismarck beabsichtige Frankreich zu vernichten. In ähnlichem Sinne sprach sich ein Artikel des Matin aus, welcher unter der Überschrift: „Der Zar allein hat den Krieg verhindert," seinen Lesern vorerzählte, in Berlin sei Alles zur Aktion vorbereitet gewesen, der Kanzler habe schließlich selbst den dem Kriege abgeneigten Kaiser durch seine „Bitten" überredet, und die Erhaltung des Friedens sei nur dem Verhalten Rußlands zu verdanken, welches es abgelehnt habe, sich formell zur Neutralität zu verpflichten. Dabei sei für den Zaren zunächst die Erwägung bestimmend gewesen, daß es den Interessen Rußlands entspreche, diejenige Macht zu erhalten, welche allein der formidablen

Hegemonie Deutschlands als Gegengewicht dienen könne; außerdem hege das russische Kaiserpaar sehr lebhafte Sympathien für Frankreich.

Es war kaum drei Monate her, daß der Kanzler im deutschen Reichstage die Erklärung abgab: Wir werden Frankreich niemals angreifen. „Wenn die Franzosen so lange mit uns Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen, wenn wir dessen sicher wären, dann wäre der Friede ja für immer gesichert. Was sollten wir denn von Frankreich erstreben?" Daß der Kanzler diese Worte ehrlich gemeint hatte, davon war die ganze Welt einschließlich der Pariser Journalisten überzeugt. Wenn letztere trotzdem, gegen ihr besseres Wissen, dem Kanzler die Absicht eines Angriffs auf Frankreich zuschrieben, so war dafür nur die eine Erklärung möglich: Man suchte in Paris nach einem Vorwande, um die Rüstungen Frankreichs der Welt gegenüber zu rechtfertigen. Herr Boulanger mußte den Krieg wollen, weil er sich anders auf der politischen Bühne auf die Dauer nicht halten konnte. Er gehört zu den Politikern, die sich nur durch Knalleffekte in der Gunst des Publikums erhalten. Gelang es ihm, das Übergewicht über seine Kollegen zu gewinnen, so würde er über Deutschland hergefallen sein. Die Vorbereitungen dazu wurden schon getroffen; aber Herr Boulanger, wohl wissend, daß seine Kollegen und die öffentliche Meinung ihm entgegen waren, war genötigt, ein heimliches Spiel zu treiben. Während er sich in Wahrheit zum Angriff rüstete, suchte er den Schein zu wahren, als ob es sich nur darum handele, die Defensivkraft Frankreichs zu stärken, und um diesen Schein glaubhaft zu machen, ließ er durch seine Preßagenten urbi et orbi vorerzählen, der Reichskanzler wolle den Krieg.

Wie es mit der Wirkung der Warnung des erwähnten russischen Regierungsanzeigers vom 21. März vor Hetzereien der Presse stand, zeigte sich schon nach wenigen Tagen, wo die Presse fortfuhr, darzuthun, daß Deutschland der hauptsächliche Feind Rußlands sei; daß Deutschland im Bund mit Österreich und mit den englischen Tories auf Schritt und Tritt in der perfidesten Weise Rußlands Politik durchkreuze; daß nur Frankreich uneigennützig und offenherzig die Interessen Rußlands im Auge habe; daß also Rußland die Klugheit gebiete, die bulgarische Frage vorderhand in den Hinter-

grund treten zu lassen, durch keine Allianz und durch keinen Krieg sich die Hände zu binden, um, wenn der erwartete deutsch-französische Krieg ausbreche, Herr seiner Entschlüsse zu sein, denselben zur Verwirklichung seiner orientalischen Pläne zu benutzen und andererseits die völlige Besiegung Frankreichs durch Deutschland nicht zu dulden; denn dann wäre Deutschland allmächtig und Rußland würde einer unseligen Zukunft entgegengehen. Deutschland wurde als der Friedensbedroher und Friedensstörer dargestellt, der die Aktionsfreiheit aller anderen Staaten beeinträchtige. Die Berliner Kreuzzeitung hatte unter der Überschrift „Warum Krieg?“ einen längeren Artikel gebracht, in welchem sie als die Hauptursache der jetzigen Gegnerschaft Rußlands gegen Deutschland die Unzufriedenheit in maßgebenden russischen Kreisen mit den durch den Berliner Frieden der russischen Machtvergrößerung gezogenen Schranken und das Streben, diese Schranken zu durchbrechen, bezeichnete. Rußland wünsche Deutschland, obgleich von unserer Seite eine aggressive Neigung gegen Rußland durchaus nicht vorhanden sei, erheblich geschwächt und zwar durch einen Krieg mit Frankreich, in welchem Rußland, entweder durch drohende Haltung und in Schachhalten mehrerer deutschen Armeekorps, oder bei sich findendem Anlaß auch unmittelbar, Frankreich unterstützen würde. Das Blatt hielt es aber für sehr wahrscheinlich, daß das mit Frankreich verbündete Rußland außer Deutschland nicht nur Österreich-Ungarn, sondern auch England und Italien gegen sich haben würde. Es wäre also wohl geraten, wenn vor einem Losbruch gegen Deutschland, welcher den Stein des Völkerkrieges ins Rollen bringe, die Machthaber Frankreichs und die antideutsche Partei Rußlands, wenn sie wirklich Patrioten sind, sich ernstlich fragten: warum Krieg? Dieser Artikel veranlaßte die Moskauer Wedemosti zu einem Ausfall gegen Deutschland, indem sie u. a. schrieb: „Niemand bedroht Deutschland mit Krieg; man will ihm nur den gebührenden Platz anweisen. Weder Frankreich noch Rußland gaben bisher auch nur den geringsten Anlaß zur Annahme, als suchten sie einen Vorwand zum Kriege. Wenn jemand früher und jetzt zu Befürchtungen für den Frieden Europas Anlaß gab, so war das gerade Deutschland mit all seinen Rüstungen, Ränken und seiner Händelsucht bezüglich Frankreichs, bis zu der treubrüchigen Arretierung eines französischen Beamten „während der

Ausübung seiner Dienstpflicht" herab. Deutschland ist voll und ganz schuld Allen gegenüber: Deutschland hat Frankreich zwei Provinzen entrissen, die von ihm nichts wissen wollten und wollen; dasselbe Deutschland gesteht nolens-volens ein, daß es, und zwar ganz allein, als Hindernis der russischen Politik und der „Entwickelung russischer Macht" dasteht. Europäische Koalitionen gegen Rußland und Frankreich sind zur Zeit noch Hirngespinnste: die durch nichts und von niemand im Zaum gehaltene preußische Hegemonie in Europa ist niemand nach dem Herzen noch vorteilhaft, während Europa mit dem Status vor 1870 und namentlich vor 1866 ganz zufrieden war."

Im Monat Mai hatte die „Nordd. Allg. Ztg." eine Auseinandersetzung mit der panslawistischen Presse Rußlands, welche seit 1878 behauptet, daß, nachdem Rußland und Preußen so lange aufs friedlichste nebeneinander gelebt hatten, erst der Berliner Vertrag, die Unterstützung der Orientpolitik Österreichs und die „unaufrichtige" Politik der deutschen Regierung in der öffentlichen Meinung Rußlands Mißtrauen gegen die deutsche Freundschaft erweckt habe. Insbesondere wirft die panslawistische Presse Deutschland vor, die bosnische Okkupation verschuldet zu haben. Das offiziöse Berliner Blatt wußte es historisch zu begründen, daß Rußland schon im Jahre 1876, ohne Mitwirkung und ohne Wissen Deutschlands, mit dem Grafen Andrassy unterhandelte und im Januar 1877 ein Vertrag unterzeichnet wurde, worin Österreich die Besetzung Bosniens und der Herzegowina zugestanden war. Die Zusammenkunft der Kaiser von Rußland und von Österreich, welche am 8. Juli 1876 in Reichstadt stattfand, und die Sendung des Generals Obrutschew an das Kaiserliche Hoflager in Pest, welche im Januar 1877 erfolgte, standen mit diesen Thatsachen im engsten Zusammenhang. Der Beschuldigung Deutschlands, durch den Berliner Vertrag zur Benachteiligung Rußlands beigetragen zu haben, trat die „Nordd. Allg. Ztg." mit den Worten entgegen, daß der Berliner Kongreß nur auf Rußlands Verlangen berufen worden sei und Deutschland auf demselben jeden Wunsch, den Rußland überhaupt geäußert, befürwortet und durchgesetzt habe. „Wenn Rußland außer den zu unserer Kognition gekommenen, noch andere Wünsche hatte, über die es Stillschweigen beobachtete, so würde das der

Fehler des Fürsten Gortschakow gewesen sein, der damals russischer Minister war. Die Verabredungen, welche Rußland durch den Vertrag von 1877 über Bosnien und die Herzegowina mit Österreich bindend getroffen hatte, ließen sich im Jahre 1878 in Berlin nicht mehr rückgängig machen, und ist dies von russischer Seite auch gar nicht versucht worden."

Einzelne Blätter wollten aus dem Wortlaut der Artikel, welche die „Nordd. Allg. Ztg." zum Zweck der Richtigstellung panslawistischer Mythen und Fälschungen über die Vorgeschichte des letzten Orientkrieges gebracht hatte, auf eine Erkaltung der deutsch-österreichischen Beziehungen schließen; namentlich auch die Äußerung des Berliner Blattes über den Mangel jedes deutschen Interesses am Schicksal Bosniens und der Herzegowina wurde als Beweis dafür angeführt, wie gering man in Berlin von vital österreichisch-ungarischen Fragen denke. Beim Lesen der diesbezüglichen Ausführungen fragte man sich unwillkürlich, ob diese Blätter wirklich so wenig klar über die Ziele jener Veröffentlichungen waren, daß sie eine gegen das Donaureich gerichtete Spitze da erblickten, wo es nur Abwehr der Angriffe subversiver russischer Elemente galt. Die Berliner Publikationen nahmen auf die Zeit vor Ausbruch des russisch-türkischen Krieges Bezug. In jener Zeit standen aber bekanntlich Bosnien und die Herzegowina in gar keiner Beziehung zur österreichisch-ungarischen Monarchie, ebensowenig bestand damals, wenn wir recht unterrichtet sind, das vom Grafen Andrassy so glücklich eingeleitete intime Verhältnis mit Berlin. Mit Recht konnte daher die „Nordd. Allg. Ztg." sagen, Deutschland habe damals durchaus kein Interesse an diesen beiden, überdies einer dritten, fernerstehenden und nicht benachbarten Macht gehörigen Provinzen gehabt. An sich, gewissermaßen als Abstrakta betrachtet, bilden die beiden Provinzen auch heute noch ebensowenig ein deutsches Interesse, wie etwa Bulgarien oder irgend ein Land der habsburgischen Monarchie, wenn man sich dasselbe aus dem Verbande Österreich-Ungarns losgelöst denken könnte. Nach der vom Berliner Vertrag sanktionierten Okkupation der mehrgenannten zwei Provinzen ist aber die Stellung Deutschlands zu denselben eine andere geworden. Dermalen schützt das Friedensbündnis der beiden Kaisermächte die von Österreich-Ungarn okkupierten Provinzen, ebenso wie jeden Teil

der österreichisch-ungarischen Monarchie; darüber bestanden an leitender Stelle in Berlin niemals Zweifel. Die der Politik des Fürsten Bismarck stets feindliche „Neue Freie Presse“ in Wien hatte damals geschrieben: „In einem Augenblick, da zweifellos Rußland alle Hebel ansetzt, um in Belgrad den österreichischen Einfluß zu verdrängen und sich für seinen bulgarischen Mißerfolg schadlos zu machen, erklärt die „Nordd. Allg. Ztg.“ das Schicksal Bosniens und der Herzegowina für die deutsche Politik gleichgiltig, bezeichnet sie, soweit Deutschland in Betracht kommt, die von Österreich-Ungarn okkupierten Provinzen für die Zukunft gleichsam für vogelfrei, giebt sie den revolutionären Elementen, welche Bosnien und die Herzegowina rings umlauern, eine Ermutigung. Und nicht bloß ihnen, sondern auch den Panslawisten, die sich schwerlich, wenn sie in Belgrad das Terrain erobert hätten, davor scheuen würden, ihre Wühlereien und Intrigen auf den von Österreich-Ungarn okkupierten Boden zu verpflanzen .... Das Mandat, das Österreich-Ungarn vom Berliner Kongresse erteilt wurde, galt und gilt noch als ein Teil des internationalen europäischen Rechtes, von dem man meinen sollte, daß es auch dem mit Österreich-Ungarn verbündeten Deutschland als ein solcher erscheinen müsse. Wenn nun die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Okkupation Bosniens und der Herzegowina auf die Verantwortung Rußlands und Österreich-Ungarns zurückwälzt, Deutschland aber als völlig uninteressiert erklärt, so braucht man in St. Petersburg sich fürwahr über den Fürsten Bismarck nicht zu beschweren, denn ihn sieht die Welt jeden Stein der russischen Orientpolitik aus dem Wege räumen, ohne freilich auch das Äquivalent wahrzunehmen, welches ihm dafür von Rußland geboten wird.“

Herr Katkow mußte in dieser Preßkampagne den Rückzug antreten. Die Mitteilungen des Berliner offiziösen Blattes wurden durch die Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza, womit er im Unterhause am 21. Mai die Interpellation des Abgeordneten Iranyi beantwortete, bestätigt.

Mehr noch als die Enthüllungen selbst, beschäftigte jedermann die Frage, weshalb der deutsche Reichskanzler gerade jetzt, nach zehn Jahren, dieses scharfe Geschoß aus seinem Köcher entsendete. Die Antwort wurde aus Berlin folgendermaßen gegeben: „Die letzten

Monate haben gezeigt, wie in Paris und Petersburg die Wünsche nach einem aktiven russisch-französischen Bündnisse gewachsen sind. Es hat sich aber herausgestellt, daß das französische Heer zur Zeit noch nicht „fertig" ist. Im vergangenen Jahre erfuhr dies durchaus deutlich der Kriegsminister Boulanger aus dem Munde seiner eigenen Generale, als sich dieselben über die betreffende kitzliche Frage zu äußern hatten. Das ist hier wohlbekannt und gilt als einer der Gründe, an denen damals die russisch-französische Allianz vorläufig Schiffbruch litt. Unter solchen Umständen blieb auch der „Zwischenfall Schnäbele" ein ziemlich harmloser „Zwischenfall". In Paris herrschte zeitweise eine gewisse Beklemmung und es wird erzählt, daß ihretwegen eines Tages von französischer Seite vertraulich bei unterrichteten Persönlichkeiten sogar sondiert wurde, ob wohl die Schweiz darauf genügend vorbereitet sei, nicht nur gegen Deutschland und Frankreich, sondern auch gegen einen Durchbruch italienischer Truppen ihre Neutralität mit Erfolg zu wahren. — Der russischen Politik kann mit einem ängstlichen Frankreich nichts gedient sein, und um den Mut derselben wieder zu heben, um der zur Zeit etwas zurückgedrängten Revanchepartei den Rücken zu stärken, wurde in Petersburg gerade während der allerletzten Wochen die Melodie von dem starken und ehrlichen Rußland angestimmt, das der Freund seiner wahren Freunde sein wolle, weswegen auch der Zar das Dreikaiserverhältnis nicht erneuern, sondern die Politik der freien Hand fortan befolgen werde. Gegen das russische Selbstbewußtsein und seine Wirkungen auf unruhige französische Politiker richtet sich nun ersichtlich Bismarcks neueste Kampagne. Nachdem die Franzosen inne geworden, daß sie noch nicht fertig sind, wird von Berlin aus der Welt gezeigt, mit welcher Schwäche Rußland in den Orientkrieg ging. Nicht nur mußten ihm militärisch vorher Serbien und nachher Rumänien helfen, ganz abgesehen von Montenegro; ohne das, vorher heimlich erkaufte Wohlwollen des Wiener Kabinetts hätte sich Rußland überhaupt nicht getraut gegen die armen Türken ins Feld zu ziehen. Darum bläst Bismarck auf der großen Posaune ein Lied von der Schwäche und Unzuverlässigkeit Rußlands, auf daß die Töne mahnend und warnend nach Petersburg und Paris dringen, dort ins Gedächtnis zu rufen, daß der Weg nach Konstantinopel nur über Wien geht; in Frank-

reich dagegen diejenigen zu unterstützen, welche der Kraft und Zuverlässigkeit Rußlands mißtrauen. General Boulanger hat inzwischen zur Freude seiner russischen Freunde mit der bekannten Vorlage der Probemobilmachung eines Armeekorps geantwortet. Und die russische Politik legt den Finger auf Serbien, um die schwache Stelle Österreichs zu markieren. (Königin Natalie von Serbien ist mit dem jungen Thronfolger zum Besuche des Zarhofs abgereist.) Dafür macht Graf Herbert Bismarck seine unerwartete Erholungsreise nach England."

„Nicht unglaubhaft, wenigstens höchst interessant" wurde diese Kombination genannt. Graf Herbert Bismarck reiste damals zum irischen Vizekönig nach Dublin. Das legte man so aus: er fand Gelegenheit, in London mit dem Premier Salisbury und anderen englischen Politikern zusammenzutreffen, um über Kolonialfragen und Orientpolitik vertraulich zu unterhandeln.

In Frankreich trat das Streben nach einem Schutz- und Trutzbündnisse mit Rußland immer deutlicher hervor. Der Mobilmachungsversuch im Herbste wurde vorgenommen, um in St. Petersburg Eindruck zu machen. Frankreich kam Rußland entgegen in der bulgarischen Angelegenheit durch Abberufung seiner Konsule in Bulgarien und Rumänien. Der russische Botschafter von Mohrenheim in Paris wurde bei jeder Angelegenheit mit einer Überschwänglichkeit gefeiert, die ihm zu Kopfe steigen mußte. Die Anwesenheit russischer Kriegsschiffe in französischen Häfen gab Anlaß zu Verbrüderungsfesten. Bei der Ernennung von Ministern, ja sogar bei der Wahl eines Präsidenten der Republik fragte man sich: „Was wird Rußland dazu sagen?"

In der bulgarischen Frage liefen die französische und die deutsche Politik durchaus parallel, wenn auch die Motive sie trennten. Beide würden wohl Rußland kein Hindernis bereiten, wenn ihm das Mandat zur Wiederherstellung des status quo ante zufiele, sofern sich aus der neuesten Wandlung der bulgarischen Angelegenheit eine Bedrohung des europäischen Friedens ergeben und Prinz Ferdinand diesem allen Ernstes im Wege stehen sollte. Ein deutsches Blatt warnte die deutsche Staatskunst sogar vor dem „Wettkriechen" mit Frankreich um die Gunst Rußlands. Es wurde ihm bedeutet: „der Prinz von Koburg, so gut wie der von Battenberg vor ihm haben

Verträge gebrochen, auf Grund deren Bulgarien überhaupt existent geworden ist. Deutschland hält an diesen Verträgen fest, nicht aus Gefälligkeit gegen andere Mächte, sondern aus Achtung vor der eigenen Unterschrift, und weil jede Basis für seine Friedensbestrebungen fortfallen würde, wenn man die Verträge, welche unter dem Vorsitze Deutschlands geschlossen wurden, nach beliebiger politischer Konvenienz zu Gunsten strebsamer junger Fürsten ignorieren wollte. In diesem Sinne widerstand die Regierung vor einem Jahre dem Preßsturm zu Gunsten Battenbergs, und widersteht sie heute der Zumutung, die von ihr vollzogenen Verträge und damit die Basis ihrer Friedenspolitik dem ihr von Haus aus gemißbilligten Orleans-Koburgschen Unternehmen zu opfern."

Das Streben Frankreichs nach einem Bündnis mit Rußland fand fortgesetzt an Katkow den leidenschaftlichsten Förderer. Er stand in Petersburg mit dem französischen Botschafter Laboulaye und in Paris durch den russischen General Bogdanowitsch, der wegen seiner Zettelungen gegen Deutschland verabschiedet worden war, mit Boulanger in Verbindung, um die Bedingungen eines russisch-französischen Bündnisses zu vereinbaren, zu dessen Gutheißung er den Kaiser zu überreden hoffte. Dieser soll den Geh. Staatsrat wegen dieser Intrigen wiederholt zur Rede gestellt haben. Der „Pester Lloyd" teilte damals mit, daß schon im August 1886 zwischen Katkow und französischen Vertrauensmännern ein politisch-militärisches Programm verabredet worden, das sowohl Rußlands orientalische Pläne, als den Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges in Berechnung zog, wobei Katkow die Aufgabe übernahm, den deutschen Einfluß am Zarenhofe systematisch zurückzudrängen.

Katkow starb am 1. August 1887 auf seinem Gute Snamensky. Drei Tage nach dem Leichenbegängnis, am 9. August, kamen die Vertreter der Patriotenliga, Deroulède und Goupil, in Moskau an, um einen Kranz auf sein Grab zu legen, wobei ersterer nachträglich noch eine Rede hielt. Von da begab sich Deroulède nach Nischnei-Nowgorod, wo ihm zu Ehren am 14. August ein Bankett veranstaltet wurde. Während General Baranow die Patriotenliga hoch leben ließ, brachte Deroulède einen Trinkspruch aus auf die Verbrüderung Rußlands und Frankreichs, auf den gemeinsamen

Waffenruhm im Kriege gegen Deutschland. Für dieses Auftreten erhielt Baranow später einen Verweis vom Zaren.

Es ist der überlegenen Meisterschaft des Fürsten Bismarck gelungen, die von Katkow empfohlene auswärtige Politik Rußlands nicht bis zu ihren äußersten Konsequenzen ausreifen zu lassen.

Der Tod des Moskauer Publizisten hatte gleichwohl eine Bedeutung, welche über die eines innerrussischen Ereignisses hinausging. Wenn auch die Natur Alexanders III. kriegerischen Abenteuern und Wagnissen so entschieden abgeneigt ist, daß ihm auch fernerer Widerstand gegen eine Agitation zugetraut werden darf, welche unmittelbar zu Zusammenstößen mit dem Auslande führen mußte, so reichte der Einfluß Katkows doch weit genug, um diese Zusammenstöße mittelbar vorzubereiten und schließlich unabwendbar zu machen. Der wirtschaftliche und soziale Krieg war es, den Katkow mit dem vollen Bewußtsein gepredigt hat, daß er den Kampf mit den Waffen nach sich ziehen müsse und werde. Alle die barbarischen Maßregeln gegen das Deutschtum in Rußland, deren Zeuge die letzten Jahre gewesen sind, die rücksichtslosen Zollerhöhungen, von denen namentlich Deutschland betroffen wird und betroffen werden soll, der Ukas gegen den Grundbesitz der Ausländer, und wie die gehässigen Absperrungs- und Isolierungsmaßregeln heißen mögen — im letzten Grunde war alles auf den fanatisch vorpetrinischen Standpunkt zurückzuführen, von dem Katkow die russischen Dinge betrachtete, in dessen Wiederherstellung er die Zukunft und das Heil Rußlands erblickte. An eifrigen Handlangern und Helfershelfern hat es ihm dabei nicht gefehlt. Die Pebodonoszew, Tolstoi, Kapustin u. s. w. standen ihm an regem Fanatismus und Haß gegen alles Nichtrussische in keiner Weise nach; ihre Begabung und ihre Willensstärke aber sind, mit der seinigen verglichen, Null. Sie alle mögen in ihrer Weise gescheite und selbst hervorragende Leute sein, keiner von ihnen besitzt aber nur annähernd die Fähigkeit, in äußerlich vergleichsweise bescheidener Stellung die Politik eines Weltreiches so nachdrücklich zu beeinflussen, wie dies Katkow während nahezu einem Vierteljahrhundert gelungen war.

Im Jahre 1844, als der polnische Aufstand noch im vollen Gange war, ist er es gewesen, der das damals noch völlig schlummernde russische Nationalgefühl mächtig zu wecken und so nach-

haltig anzufeuern wußte, daß die einseitig chauvinistische Richtung der Gegenwart, die bis zum Fratzenhaften gehende Übertreibung des Nationalen, die dem Auslande gegenüber aber gleichwohl schwer in die Wagschale fällt, wesentlich als sein Werk betrachtet werden muß, wenn ihm auch Männer wie Iwan Aksakow u. a. unschätzbare Helfer gewesen sind. Eine hohe Vertrauensstelle am Hofe hat er einst klug zurückgewiesen, sein privater Einfluß galt ihm mehr und er hat ihn sich bei einem Herrscher, wie Alexander III., zu erhalten vermocht, obwohl dessen feiner Empfindung für den Ehrenpunkt in Geldangelegenheiten die mehr landesübliche Auffassung Katkows in diesem Punkte unmöglich zusagen konnte.

Über die Art, wie letzterer sich an allerhöchster Stelle geltend zu machen wußte, wird viel Falsches erzählt. Die persönliche Einwirkung war nicht Regel, sondern Ausnahme. Meist sind es kurze Gutachten gewesen, durch die Katkow den Kaiser zu beeinflussen verstand. Bei den nicht eben häufigen Audienzen, die er sich bei wichtigen Gelegenheiten erwirkte, wurde Katkow, wie das des Kaisers Gewohnheit ist, meist schweigend angehört, ob er gewonnen oder verloren hatte, wurde ihm erst später klar. Auch nur den Schein einer unmittelbaren Beherrschung würde Alexander III. nie geduldet haben, und Katkow war viel zu klug, um nicht jeder Zeit mit dieser Thatsache zu rechnen. Sein Nimbus, das wußte er sehr genau, beruhte ausschließlich auf innerer Sympathie, darauf, daß der Kaiser in Liebe und Haß alle Ansichten teilte, welche ihm der Publizist seit frühester Jugend gepredigt.

Am 23. August jenes unruhigen Jahres reiste Alexander III. mit seiner Familie nach Kopenhagen. Als im September der eventuelle Besuch desselben in Stettin von der in- und ausländischen Presse erörtert wurde, schrieb die „Nordd. Allg. Ztg." vom 9. September:

„Ein Höflichkeitsbesuch in Stettin, wenn er stattfände, wäre an sich keine Gegenleistung, für welche eine Macht wie Deutschland sich bewogen fühlen könnte, ihre Politik anders als nach den Interessen der Nation einzurichten. Ein solcher Besuch würde auf die europäische Politik nicht maßgebender einwirken, wie der in Danzig oder in Skierniewice oder der in Kremsier."

Der Besuch erfolgte nicht und längere Zeit hindurch wurde der Zar fast nur in seiner Eigenschaft als Gast des dänischen

Königshauses von den Blättern erwähnt. Als jedoch infolge der Erkrankung der kaiserlichen Kinder die russischen Majestäten veranlaßt wurden, ihre Abreise von Kopenhagen zu verschieben, fühlte ein dänisches Blatt, die „Ritzausche Telegraphenagentur" sich veranlaßt, die Nachricht zu verbreiten, daß Kaiser Alexander seine Rückkehr über Deutschland ausführen und bei dieser Gelegenheit Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm einen Besuch abstatten werde. Nachdem von den Zeitungen das für und wider dieser Meldungen reichlich erörtert und mit allerlei politischen Kombinationen verknüpft worden war, erschien in der „Nordd. Allg. Ztg." folgende offiziöse Mitteilung:

„Anläßlich der von der Ritzauschen Telegraphenagentur verbreiteten Nachrichten über einen beabsichtigten Besuch des Kaisers von Rußland am hiesigen Hofe hat der „Börsen-Kourier" es für bemerkenswert erklärt, daß wir in unserer Zeitung von den durch andere Blätter erfolgten Dementierungen und Anzweiflungen mit keiner Silbe Notiz genommen hätten. Wir haben bisher die Nachricht von dem Besuch des Zaren als einen Lückenbüßer der Zeitungen in der an Stoff jetzt gerade nicht reichen Zeit angesehen, der ja immerhin in der Anzweiflung der Nachricht und in der Entwickelung, warum die Reise nicht stattgefunden, der Stoffarmut der Blätter abhelfen kann. Wir haben uns deshalb nicht um die Sache bekümmert, da wir es nicht für unsern Beruf halten, jede aus der Luft gegriffene Nachricht zu widerlegen. Wenn aber von dem „Börsen-Kourier" aus unserem Schweigen der Schluß gezogen wird, wir hätten irgend welchen Grund, die angegebene Nachricht für möglich oder wahrscheinlich zu halten, so nötigt uns diese Zumutung zu der ausdrücklichen Erklärung, daß wir die Nachricht der Ritzauschen Korrespondenz für eine müßige, wenn nicht böswillige Erfindung halten. Böswillig in der Voraussetzung, daß es, ebenso wie bei der angeblich in Stettin beabsichtigten Monarchenzusammenkunft im antideutschen Interesse liegt, dergleichen Gerüchte zu erfinden und zu verbreiten, und wenn dieselben nicht in Erfüllung gehen, daraus politische Schlüsse zum Nachteil Deutschlands abzuleiten."

Hiernach schien die Reise des Zaren über Deutschland ausgeschlossen und es tauchte unmittelbar darauf die Nachricht auf, der

russische Herrscher werde durch Schweden die Heimreise antreten. Man wußte sogar, daß verschiedene schwedische Schlösser für den Kaiser Alexander bereits in Stand gesetzt worden seien. Nach einer Privatmeldung, welche der „Kreuzzeitung“ aus Paris zuging, sollte der Zar jedoch beabsichtigen, in Libau zu landen und von dort über Riga-Dünaburg direkt nach Petersburg zu reisen. Dann lag wieder folgende, dem offiziösen Kopenhagener „Nationaltidende“ entnommene Mitteilung vor:

„Nachdem der Leibarzt des russischen Kaisers, Geh. Rat Hirsch, der zur Behandlung der Kaiserlich russischen Kinder aus Petersburg berufen worden war, dringend angeraten hat, die Heimreise der Kinder bis zu ihrer vollständigen Genesung auszusetzen, scheint keine Rede von etwas anderem mehr zu sein, als daß die ganze Familie, den Zaren eingeschlossen, auf Fredensborg versammelt bleiben wird, bis alle gleichzeitig aufbrechen können. Was die Heimreise der Kaiserfamilie betrifft, — die selbstverständlich frühestens erst Mitte November stattfinden dürfte, — so ist es fortgesetzt am wahrscheinlichsten, um nicht zu sagen als abgemacht zu betrachten, daß dieselbe über Land, d. h. über Deutschland erfolgen wird. Der kaiserlich-russische Salonzug, der an der russisch-deutschen Grenze bereit steht, und der auf den westeuropäischen Bahnen laufen kann, wird, wie anzunehmen, nach Friedericia gehen, zum Teil auch (die kaiserlichen Personenwagen) bis Fredensborg. Die Kaiserfamilie wird dann in wenigen Tagen in aller Bequemlichkeit nach Hause kommen können, ohne nötig zu haben, den warmen Wagen öfter zu verlassen, als ihr selbst beliebt.“

Inwieweit diese Mitteilungen auf Thatsachen beruhten, war natürlich abzuwarten. Jedenfalls trat mit obiger Meldung die Möglichkeit der Reise des Zaren nach Deutschland wieder in den Vordergrund der Erörterung. „Grashdanin“ schrieb:

„Infolge der Erkrankung der kaiserlichen Kinder wird angenommen, daß der kaiserliche Hof nicht vor Ende Oktober oder Anfang November zurückkehren werde. Aus diesem Anlasse werden in höchsten diplomatischen Kreisen alle möglichen Gerüchte verbreitet. Es ist z. B. bekannt geworden, daß die kaiserliche Jacht „Dorschawa“ Ordre erhalten hat, aus Kopenhagen nach Kronstadt zurückzugehen. Hieraus schließt man, daß der allerhöchste Hof seine Rückreise nicht

zur See, sondern zu Lande unternehmen würde. Sobald irgend jemand diese Vermutung ausspricht, so taucht in diplomatischen Kreisen natürlich sofort die Frage von einer Reise durch Deutschland auf und diese Frage zieht von selbst die Frage von der Entrevue der beiden Kaiser nach sich. Dieses Gerede begegnet sich mit dem in deutschen Blättern aufgetauchten Gerücht von einer Zusammenkunft der Kaiser in Warnemünde. Zur jetzigen Zeit aber versteht es sich von selbst, daß eine solche Episode, wie die Zusammenkunft der beiden nordischen Kaiser, unstreitig die Bedeutung eines wichtigen politischen Ereignisses erhält. Sodann aber ist die Frage von besonderem Interesse: sind solche Gerüchte mehr oder weniger begründet? That is the question. Ich weiß bestimmt, daß ernstliche und authentische Gründe hierfür nicht vorliegen, denn aus Kopenhagen sind bezüglich der Rückreise nicht die geringsten Nachrichten eingetroffen. Nur Eines ist begründet: das ist die Anschauung, daß, wenn die Reise über Deutschland angetreten werden sollte, und nicht zur See, die Zusammenkunft ein Akt traditioneller internationaler Liebenswürdigkeit sein würde; das ist alles! Aber politische Ursachen und Beweggründe, die die Zusammenkunft beider Kaiser irgendwie notwendig machen könnten, giebt es nicht. Dafür kann man bürgen."

Wie der „Grashdanin" die Behauptungen, die Zusammenkunft würde die Bedeutung eines wichtigen Ereignisses haben und dann, dieselbe würde lediglich ein Akt internationaler Liebenswürdigkeit sein, zusammenzureimen vermochte, mußte dem Scharfsinne des Fürsten Metscherski überlassen bleiben. Die „Post" antwortete diesen und ähnlichen Artikeln in folgender Weise:

„Als die Rede davon war, der Zar werde den Kaiser Wilhelm in Stettin begrüßen, ist dem ersteren das Wort in den Mund gelegt worden: diese Reise bedeute für ihn einen Gang nach Kanossa. Kanossa, wir wissen es alle, ist das Symbol der tiefsten politischen Demütigung. Ob nun jenes Wort echt ist, was wir entschieden bezweifeln, es ist jedenfalls der Ausdruck derjenigen russischen Stimmung, welche in einer von Seiten ihres Zaren unserem Kaiser dargebrachten Begrüßung eine Demütigung des russischen Stolzes sich zu erblicken zwingt. Früher waren diese Begrüßungen ein häufiger Akt der befreundeten Herrscherhäuser. Wir erinnern

uns, daß Kaiser Alexander II., als er am 2. März 1855 den Thron bestiegen, wenige Wochen darauf in Berlin erschien. Wenn der gegenwärtige Zar heute die Bande alter Freundschaft wiederknüpfen wollte und zu diesem Zwecke nach Berlin käme, so hätte sicherlich die Weisheit der klügsten Staatsmänner Rußlands dagegen nichts einzuwenden. Aber der verblendete Deutschenhaß der russischen Gesellschaft hat diesen Schritt, schon da er nur als eine Möglichkeit erschien, zum Kanossagang gestempelt, in dem beschämenden Bewußtsein, daß die grund- und maßlose Haltung der russischen Presse gegen Deutschland dem Besuch den Charakter einer Entschuldigung geben könnte. Jetzt bemüht sich die mit der russischen Gesellschaft verbundene Presse in Kopenhagen, den Besuch des Zaren als ein lediglich durch die Reisenotwendigkeiten des Herbstes auferlegtes, aller Freiwilligkeit entbehrendes, daher unwillkommenes Anstandsopfer darzustellen, als eine Handlung, die natürlich aller und jeder politischen Bedeutung entbehrt. Dazu bemerken wir, daß ein Besuch, welchem man, ehe er erfolgt, solche offiziöse Kommentare vorausschickt, durch dieselben, wenn sie unwiderlegt bleiben, zur Beleidigung des deutschen Volkes wird. Wir bemerken ferner, daß es eine unerhörte Steigerung dieser Beleidigung wäre, wenn die russische Presse, fortfahrend in ihren Äußerungen eines in Verleumdungen und komischen Wutausbrüchen sich ergehenden Deutschenhasses, solchen Äußerungen noch den Triumph zufügen würde, daß der heimgekehrte Zar zwar soeben die Gastfreundschaft des Berliner Hofes aufgesucht, im übrigen aber der getreue Vollstrecker der haßerfüllten Gefühle der russischen Gesellschaft gegen Deutschland geblieben sei. Wir halten unter diesen Umständen den Besuch des Zaren für das, wofür wir ihn von Anfang an gehalten, für ein spekulatives Märchen. Sollte dieser Besuch, allen Erwartungen entgegen, sich verwirklichen, so wird er den hochmütigen Kommentaren der dänischen Presse zum Trotz, ein politisches Ereignis von den größten Folgen sein. Er wird entweder die alte Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland wieder herstellen — was die sofortige Umkehr der russischen Presse zur Folge haben muß — oder die längst dieser Freundschaft versetzte Wunde beträchtlich erweitern."

Am 24. Oktober wurde noch von Kopenhagen gemeldet: Der

Zar bleibt noch weitere drei Wochen hier. Das Begleitgeschwader ist nach Kronstadt zurückgekehrt.

Diese Nachricht bestätigte in einem Punkte die Meldung des „Nationaltidende“, nach welcher die Heimreise der Kaiserlichen Familie frühestens Mitte November erfolgen sollte.

Der Zar — das war ersichtlich — wollte Kaiser Wilhelm nicht besuchen, aber er konnte seinem Schicksal nicht entgehen. Infolge der Krankheit seiner Kinder zog sich die Abreise von Kopenhagen bis in die Mitte November hinaus, wo die Schiffahrt bereits gehemmt war. Es stand dem Zaren noch frei, über Stettin mit der Bahn nach Rußland zurückzukehren. Die Höflichkeit erforderte die Berührung von Berlin. Er traf am 18. vormittags dort ein. Prinz Wilhelm war ihm bis Wittenberge entgegengefahren. Der Zar nahm in dem russischen Botschaftsgebäude sein Absteigequartier. Dort begrüßte ihn Kaiser Wilhelm und hatte eine längere Unterredung mit ihm. In einem Schreiben an den russischen Botschafter, Grafen Schuwalow, hatte Fürst Bismarck, auf den Wunsch des Kaisers Wilhelm, eine Audienz bei dem Zaren nachgesucht; dieselbe fand nachmittags statt und dauerte etwa eine Stunde. Über den Inhalt der zwischen dem Zaren und dem Reichskanzler gepflogenen Unterredung gab es höchst interessante Aufschlüsse. Dieselbe scheint die Verhältnisse in Bulgarien zu ihrem Ausgangspunkt genommen und der Zar dem Fürsten Bismarck den Vorwurf gemacht zu haben, daß er hinter dem Rücken Rußlands und im Widerspruch mit seinen offiziellen Depeschen eine russenfeindliche Politik treibe, wobei sich der Zar auf amtliche Noten berief, welche Bismarck an deutsche Botschafter geschrieben haben sollte. Die Verwunderung des Zaren war nicht gering, als Bismarck ihm erwiderte: „Majestät! Wenn man Ihnen solche Noten, als von mir herrührend, vorgelegt hat, so hat man Sie betrogen; ich habe dergleichen nie geschrieben und ähnliches hat mir auch ein Botschafter nie berichtet.“ Nachdem einmal diese im ersten Augenblick für beide Teile verblüffende Aufklärung geschehen war, wurde es leicht, der Sache näher zu rücken und dabei stellte sich heraus, daß es sich um eine angebliche Korrespondenz zwischen dem Prinzen Ferdinand von Koburg mit der Gräfin von Flandern handelte. Dieselbe wurde später veröffentlicht. Der Inhalt war der folgende: Prinz Ferdinand behauptet,

daß die deutsche Regierung zwar äußerlich sehr heftig gegen ihn Partei nehme, im geheimen aber ihm sehr wohlwolle, weil er ein Stein in dem Schachspiele des Fürsten Bismarck sei. Der Prinz bittet die Gräfin von Flandern, sich mit Hilfe der Könige von Belgien und Rumänien für seine Anerkennung durch Rußland und seine Unterstützung durch Österreich verwenden zu wollen. Zum Beweise seiner Behauptung, daß er eigentlich vom Fürsten Bismarck zu seinem Abenteuer ermutigt worden sei, bringt der Prinz ein Schreiben des Prinzen Reuß, des deutschen Botschafters in Wien, bei. Ob durch diese Fälschungen das russisch-französische Kriegsbündnis beschleunigt oder auch der Zar gegen Deutschland und namentlich seinen leitenden Staatsmann verstimmt werden sollte, läßt sich nicht entscheiden.

Über die Unterredung Bismarcks mit dem Zaren wird noch bemerkt, letzterer habe nach den ihm vom Reichskanzler gegebenen Aufklärungen in sehr bestimmter Weise versichert, daß er überhaupt die Erhaltung des Friedens wünsche und jetzt sehr gern die Versicherung wiederhole, daß ihm weder ein Angriff gegen Deutschland, noch die Teilnahme an einer gegen Deutschland gerichteten Koalition in den Sinn komme. Darauf habe Fürst Bismarck den Kaiser gebeten, er möchte auch der von Deutschland abgeschlossenen Allianzen gedenken; denn wer mit Deutschland in Frieden leben wolle, dürfe auch dessen Verbündete nicht angreifen. Der Zar habe geantwortet, daß er wie gegen Deutschland, so auch gegen Österreich-Ungarn keinen Angriff plane und an keiner Koalition teilnehmen werde, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß von dieser Seite keinerlei Herausforderungen gegen Rußland erfolgen, eine Voraussetzung, die er übrigens als außer Frage stehend betrachten zu dürfen glaube. Die nächste Folge dieser Unterredung war der Befehl des Zaren, daß die russische Presse keine deutschfeindlichen Artikel veröffentlichen solle.

Einen unmittelbaren Ausdruck ihrer Bedeutung fand die Unterredung dadurch, daß unmittelbar nach derselben der Fürst Bismarck zum Vortrag bei Sr. Majestät in das Kaiserliche Palais fuhr, und daß an demselben Abend der russische Botschafter Graf Schuwalow durch die Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler ausgezeichnet wurde. Wie der Zar, so machte auch die Zarin dem

Kaiser einen Besuch, und zwar die letztere mit ihren fünf Kindern, die sie dem Großoheim vorstellte. Auch statteten der Großfürst Thronfolger, sowie Großfürst Georg, als die ältesten beiden Kinder des Zaren, nicht nur bei allen verwandten Prinzen, sondern auch bei dem Reichskanzler und dem Chef des großen Generalstabes einen Besuch ab. Bei dem Diner nahm der russische Zar Gelegenheit, dem Fürsten Bismarck und dem General-Feldmarschall Grafen v. Moltke mit dem Glase zuzutrinken. Zwischen neun und zehn Uhr abends reiste der Zar mit seiner Familie von Berlin ab und kam am 20. November glücklich in Gatschina an.

Wer die Fälscher der bezeichneten Aktenstücke waren, ist „bisher“ unermittelt geblieben. In Berlin hatte man die Orleanisten in Verdacht; dieselben haben jede Beteiligung rundweg geleugnet; allein auch jedes Mitglied des dänischen Hofes hat in Abrede gestellt, dem Zaren diese Aktenstücke in die Hand gespielt zu haben, und doch sprechen alle Anzeichen für diesen Verdacht; es ist auch alle Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß erst die Überlieferung dieser Papiere den Zaren zu dem Entschlusse gebracht hat, den geplanten Besuch in Stettin aufzugeben. Jedenfalls steht fest, daß der Fürst von Bulgarien an diesem Intrigenspiel keinerlei Anteil hatte, wie man nach den heftigen Ausfällen offiziöser Artikel aus Berlin gegen den Fürsten hätte vermuten müssen. Prinz Ferdinand von Koburg hat niemals mit der Gräfin von Flandern in irgend einer Korrespondenz gestanden.

Der Zusammenhang, in dem das Haus Orleans zu dem Fürsten Ferdinand steht, wurde zu jener Zeit in Berlin durch die Enthüllung der „Geheimgeschichte der Kandidatur des Fürsten Ferdinand“ dargethan. Mit dem Gedanken, der Nachfolger des Fürsten Alexander zu werden, trug sich Prinz Ferdinand schon zur Zeit, als sein Vorgänger noch regierte. Damals konnte er sich nicht russenfreundlich genug geberden und buhlte um die Gunst hochgestellter russischer Persönlichkeiten. Seine Verbindungen in Bulgarien zum Zwecke seiner späteren Kandidatur bestanden, wenn auch noch sehr geheim, bereits im November 1886, als er sich gelegentlich des Geburtstages der deutschen Kronprinzessin in Berlin befand, wo er natürlich über seine Pläne nichts verlauten ließ. Dieser Besuch am Berliner Hofe, der damals gar nicht bemerkt

wurde, sowie eine Audienz beim deutschen Kaiser am 21. November fanden in der Absicht statt, später hieraus für seine bulgarische Kandidatur Kapital schlagen zu können, wie es auch thatsächlich geschehen ist. In die Öffentlichkeit drangen sodann seine Bemühungen um den bulgarischen Thron, als im Dezember desselben Jahres die drei Abgesandten der Nationalversammlung von Tirnowa auf ihrer Rundreise bei den europäischen Regierungen in Wien eintrafen. Den auf der Suche nach einem Fürsten befindlichen Bulgaren ließ sich Prinz Ferdinand höchstselbst antragen, und nachdem man sich bulgarischerseits einmal mit ihm eingelassen hatte, ließ er seine Kandidatur nicht wieder los. Hätte er sich den Bulgaren nicht förmlich aufgedrängt, so ist gar nicht abzusehen, wie dieselben auf einen Prinzen verfallen wären, von dessen persönlichen Eigenschaften keine einzige bekannt geworden war, welche ihn militärisch oder politisch zu einer der schwierigsten Stellungen in Europa befähigte. Im Anfang des folgenden Jahres 1887, Januar oder Februar, hatte Prinz Ferdinand eine geheime Zusammenkunft mit seinem Vetter, dem Grafen von Paris, um dessen Rat betreffs der bulgarischen Kandidatur einzuholen. Aus gelegentlichen Ausplauderungen eingeweihter Personen hat man erfahren, daß der Graf von Paris ausdrücklich dies Unternehmen gebilligt und seinen Vetter dazu ermutigt hat. Diese Thatsache wird auch noch dadurch bestätigt, daß der Graf von Paris zugleich für den künftigen Hofmarschall am Hofe zu Sofia sorgte und einen solchen in der Person des Grafen Gernaud de St. Christophe dem Prinzen Ferdinand beigab. Es muß noch bemerkt werden, daß dieser Vertrauensmann des Grafen von Paris vorher dem Prinzen nicht bekannt war. Auf diese Weise hat das Haupt der Familie Orleans einen beglaubigten Vertreter am bulgarischen Hofe und dieser Umstand deckt wenigstens eine der vielen Verzweigungen der geheimen orleanistischen Diplomatie auf. Aus den erwähnten Beratungen mit dem Grafen von Paris läßt sich allein schon ersehen, was es mit dem angeblich bulgarischen Ursprung der Kandidatur Koburg auf sich hat. Der weitere Verlauf der Angelegenheit hat dies noch mehr bestätigt.

Die oben erwähnte Geheimgeschichte bringt eine ins einzelne gehende Darstellung der diplomatischen Entwickelung der Kandidatur, aus der zunächst zu erwähnen ist, daß Stambulow die letztere

lediglich darum förderte, um die beabsichtigte Rückberufung des Fürsten Alexander zu verhindern und sich gleichzeitig in der Macht zu halten. So ließ er, indem er zum Scheine dazu seine Mithilfe lieh, um die Rückkehr des Fürsten Alexander zu veranlassen, die Kandidatur des Prinzen von Koburg in Aufnahme bringen, sandte Dr. Stoilow nach Wien, um durch ihn die Verbindung zwischen dem Prinzen und dem Wiener Auswärtigen Amte herzustellen und veranlaßte dann, daß auch in Bulgarien für den Prinzen gewählt wurde. Eine besonders wichtige Stelle aus diesem Teile möge hier wörtlich folgen:

„Während Prinz Ferdinand in Wien durch Vermittelung Stoilows seine Verbindungen mit der Regentschaft unterhielt, war er seinerseits nicht unthätig, zu Gunsten seiner Kandidatur auch in seiner Art zu wirken. Er setzte seine Familienbeziehungen in Bewegung, um sich dem russischen Kaiser genehm zu machen und ihn seiner Ergebenheit zu versichern; er trug sich der russischen Politik als Vermittler und Versöhner zwischen Bulgarien und Rußland an; er erklärt sich zu allem bereit, was man in dieser Richtung von ihm verlangen werde, ohne zu bedenken, ob er dann auch in Bulgarien in der Lage sein würde, seine Rußland gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu halten, falls seine Eröffnungen und Anerbietungen in Petersburg günstige Aufnahme gefunden hätten. Die Bewerbungen um die Gunst Rußlands hinderten ihn nicht, seine Beziehungen in Wien und Pest in dem Sinne zu verwerten, daß er sich als den künftigen Vertreter der österreichisch-ungarischen Politik auf der Balkanhalbinsel aufspielte. Mehrere ungarische Magnaten, unter ihnen auch der Graf Zichy, unterstützten die Pläne des Prinzen Ferdinand mit großem Eifer und betrachteten ihn als den künftigen Begründer des österreichisch-ungarischen Einflusses in Bulgarien, denselben Prinzen, der sich zu gleicher Zeit dem Zaren als willfähriges Werkzeug Rußlands nicht dringend genug anbieten konnte.“

Es wird nun geschildert, wie man durch einen gewissen Waldapfel (Ingenieur aus Pest) in Bulgarien für die Kandidatur Stimmung machen ließ und wie schlau Stambulow die entschiedene Abneigung der Bulgaren gegen die Koburgische Kandidatur durch das Vorgeben abzuschwächen verstand, sie sei gar nicht ernst gemeint

und solle nur dazu dienen, den Russen den Weg zu verlegen. Prinz Ferdinand werde in Wirklichkeit den Thron niemals besteigen. So gelang es Stambulow, der Nationalversammlung die Wahl förmlich abzuringen. Als die Abordnung beim Prinzen erschien, erklärte er nur im Sinne des Berliner Vertrags die Wahl annehmen zu wollen. Es ist bekannt, daß er diese Erklärung auch dem Grafen Kalnoky gegenüber abgab (es wurden darüber unlängst „Enthüllungen" im „Pest. Lloyd" gebracht), und daß alle Welt glaubte, er werde in der That ein Fürst des Friedens und der Ordnung sein. Die „Köln. Ztg." erklärte den Widerspruch dieser Haltung mit seiner späteren durch die Thatsache, daß die Familienbeziehungen der Fürstin Klementine noch in Thätigkeit waren, um den Kaiser von Rußland den Unternehmungen des Fürsten günstig zu stimmen. Auch hatte sich derselbe in einem Schreiben unmittelbar an den Zaren gewandt, um seine guten Dienste im Sinne der russischen Politik anzubieten. Da diese aber vom Zaren abgelehnt wurden, deckte der Prinz die Karten auf, wurde antirussisch und ging plötzlich nach Bulgarien, woraus es klar wurde, daß die Notabeln daselbst von Stambulow hintergangen worden waren. In der damaligen Zwangslage, in der das Land sich befand, mußte man sich aber damit zufrieden geben. Der Regierungsantritt des Prinzen Ferdinand bedeutete vorläufig den Sieg und die Befestigung der Diktatur Stambulows; in der nationalen Kräftigung Bulgariens aber brachte sie einen entschiedenen Rückgang mit sich. Die Militärpartei, die Hauptstütze der nationalen Politik, wurde erschüttert, wie denn überhaupt in der ganzen Nationalpartei eine tiefe Spaltung eintrat. Es begannen jene persönlichen und bis zur äußersten Gehässigkeit getriebenen Verfolgungen gegen Männer, welche eben noch in der Verteidigung der nationalen Sache in erster Reihe gestanden hatten. Das starke Sinken des Ansehens und der Beliebtheit Stambulows erklärt sich zum größten Teil aus dem Umstande, daß er mit allerhand Vorspiegelungen und Zweideutigkeiten den unerwünschten Fürsten dem Lande aufgenötigt hatte.

Der Verfasser dieser hochinteressanten und bedeutsamen Enthüllungen weist nunmehr auf die Beziehungen hin, die der Fürst mit dem Papste anknüpfte und bemerkt dabei einleitend:

„Wenn sich Fürst Ferdinand bei seinem Regierungsantritt den

Titel Königliche Hoheit zulegte, zu dem er weder als Prinz von Koburg, noch als Fürst von Bulgarien berechtigt war, so stimmt auch dieser kleine Eitelkeitszug zu seiner ganzen Haltung. Gleich nach Ankunft des neuen Fürsten in Sofia erschien der katholische Erzbischof Menini in der Hauptstadt, um sich, wie er sagte, im Auftrage des Papstes zur Verfügung des Fürsten zu stellen. Dieser Prälat ging geschäftig im Palais aus und ein, suchte eine diplomatische Rolle zu spielen, schwatzte auch bei seiner Wichtigthuerei mitunter aus der Schule, wobei er Anspielungen auf die orleanistischen sowie päpstlichen Beziehungen des Prinzen machte. Als sein Auftreten etwas zu heftig und zu unbequem wurde, ließ man ihn abtreten. Der thatsächliche Hintergrund dieses Zwischenspiels war folgender: Nach der Beratung mit dem Grafen von Paris hatte Prinz Ferdinand persönlich in Rom auch den Papst für sein Unternehmen zu interessieren gesucht."

Nach dieser Darstellung erwähnt der Verfasser der Geheimgeschichte auch die renommistischen Behauptungen gegenüber den bulgarischen Ministern, daß es ihm an der Anerkennung der Mächte, dank seinen weitreichenden, an allen Höfen vorhandenen Familienbeziehungen nicht fehlen werde. Was die Haltung Deutschlands anbetrifft, so sagte er seinen Ministern, dieselbe sei nicht ernst zu nehmen, und gab zu verstehen, man brauche nach dieser Seite nicht besorgt zu sein, da er über die wirkliche Politik Deutschlands in der bulgarischen Frage vollständig unterrichtet sei. Zweideutigkeit und Trug hätten die Hauptrolle bei diesem Abenteuer gespielt und in diesem Rahmen erst werde der Vorgang mit den gefälschten Schriftstücken verständlich. Der Fürst habe erkannt, daß es ihm unmöglich sein werde, sich auf die Dauer zu halten. Die einzige Aussicht habe ihm ein Krieg zwischen Rußland und Österreich und Deutschland geboten.

„Wie sollte ohne Friedensstörung darin eine Änderung zu Gunsten des Prinzen eintreten? Und wie sollte er ohne Anerkennung der Mächte auf die Dauer seine Herrschaft in Bulgarien aufrecht erhalten, wo er nur von Stambulows Gnaden ein klägliches Scheindasein fristet! Persönliche Eigenschaften standen ihm nicht zu Gebote; außer dünkelhaftem Hochmut, weiblicher Eitelkeit und grenzenloser Doppelzüngigkeit ist keine einzige Eigenschaft hervorgetreten,

die ihn militärisch oder politisch der Lage in Bulgarien einigermaßen gewachsen zeigte. Fand der ersehnte Krieg statt, so bot sich doch wenigstens die Möglichkeit günstiger Umstände, die ihm erlaubt hätten, sich in Bulgarien zu halten. Wurde der Friede erhalten, so mußte das künstliche Kartenhaus seiner Erfolge bald zusammenklappen. Hier also deckte sich das persönliche Interesse des Fürsten Ferdinand mit dem der orleanistischen Politik."

Die Schlußbetrachtung des diplomatischen Verfassers läuft auf die Hoffnung hinaus, daß das koburgische Unternehmen seinem Schicksal nicht entgehen, und daß es sich als einen großartigen politischen Humbug, verbunden mit leichtfertiger Gefährdung des europäischen Friedens erweisen werde. „Es wird dann unbegreiflich erscheinen," meint der Verfasser, „wie dieser gemeingefährliche Unfug überhaupt irgendwo politisch ernst genommen werden konnte. Wenn es auch Diplomaten giebt, die darauf angebissen haben, so dürfte das Erwachen angesichts der Wirklichkeit kein angenehmes sein. Den Bulgaren aber kann man nur wünschen, daß ihnen das orleanistisch-koburgische Abenteuer nicht zu teuer zu stehen komme".

Gerade in der Zeit, als das Fernbleiben des Zaren von Stettin, wo im Königlichen Schlosse die Zimmer für ihn bereits eingerichtet waren, die Gemüter allenthalben lebhaft beschäftigte, erhielt Fürst Bismarck in Friedrichsruh den Besuch des Grafen Kalnoky, welcher seit dem Jahre 1884 jährlich bei dem Reichskanzler eintrifft, um mit ihm die politischen Verhältnisse Europas zu besprechen. Eben dahin, nämlich am 2. Oktober, kam der italienische Ministerpräsident Crispi. Ohne Zweifel gab die Haltung Rußlands und Frankreichs gerade in diesem Jahr viel zu denken. Die beim Besuch des Zaren in Berlin erfolgende Entlarvung einer der umfassendsten Intrigen, von welchen die Geschichte zu erzählen weiß, einer Intrige, an welche unabsehbare Folgen sich hätten knüpfen können, mußte beruhigend wirken. Durchschaute doch nun einmal der Zar die unlauteren Manöver, vor denen die Feinde Deutschlands nicht zurückschreckten, um den Fürsten Bismarck zu verdächtigen. Die Folgen dieser Aufklärung müßten doch, so glaubte man, in früherer oder späterer Zeit der Welt zum Verständnis kommen, wenn der russische Zar, aus den heimischen Kreisen, in die er zurückkehrte und die bisher eine so bedauerliche Einwirkung auf die russische Politik gehabt

hatten, heraus die ferneren Regierungsakte leiten werde. Alle Beweise, auf welche er sich stützte, um seinen Groll gegen Deutschland zu begründen, waren hinfällig, waren Lug und Trug; die deutsche Regierung hatte nicht den geringsten Anlaß zu der Meinung geboten, daß sie ein doppeltes Spiel treibe, daß sie öffentlich den Prinzen Ferdinand als einen vertragsbrüchigen Störenfried abkanzle, heimlich aber ihn ermuntere und anfeuere. Indessen, wenn auch, wie man sagt, der Zar persönlich vor einem die halbe Welt in Mitleidenschaft ziehenden Kriege zurückschreckt, und sich nicht nur in Berlin, sondern auch später als einen Gegner des Krieges bekannte, vermag er doch nicht allein darüber zu entscheiden und muß den Einflüssen Raum geben, die sich in einer der seinigen entgegengesetzten Richtung geltend machen. Das Jahr 1887 hat eine Klärung gebracht. Die Ursache der Beunruhigung liegt nicht mehr bei Frankreich, wo man sie so lange Zeit gesucht hat, sondern bei Rußland. Unsere Beziehungen zu Frankreich sind durchaus nicht angenehmer Natur; wir sind darauf vorbereitet in dem Augenblick, wo wir einen Krieg haben werden, Frankreich an der Seite unserer Feinde marschieren zu sehen; aber der Fall ist aus dem Bereiche der Wahrscheinlichkeiten ausgeschieden, daß Frankreich aus seiner Initiative heraus zu einem Kriege gegen uns schreitet. Ist eine Kriegsgefahr vorhanden, und die Möglichkeit einer solchen leugnet ja niemand, so geht sie von Rußland aus, und ihre Verwirklichung hängt ab von dem Willen eines Mannes, der es verstanden hat, während seiner sechsjährigen Regierungszeit über seine Gedanken und Empfindungen, über seine Maßregeln und Absichten die Welt in Zweifel zu lassen.

Der Zar hatte kaum im November Berlin verlassen, als der Eindruck der Thronrede, mit der am 24. jenes Monats der deutsche Reichstag eröffnet wurde, von einem Berliner Blatte so zusammengefaßt wurde: „Die Sonne eines russisch-österreichischen Krieges wird am Morgenhimmel sichtbar.“ Das Blatt wurde deshalb reichlich verhöhnt. Man sagte, mit Anspielung auf frühere Artikel desselben („Ist Krieg in Sicht?“ — „Auf des Messers Schneide“): in seinem Reiche ginge die Kriegssonne nicht unter. Wenige Wochen später beschäftigten sich die Blätter aller Farben mit dem Anblick dieser Sonne. Sie ging im Osten auf. Die deutsche und

österreichische Presse schlugen Lärm über das, was an der Grenze vorging. Der „Pester Lloyd" machte darauf aufmerksam, daß Rußland seit Monaten Truppen, Kriegsmaterial und Verpflegungsvorräte an der deutschen und österreichischen Grenze aufhäufe. Das „Wiener Fremdenblatt" erklärte, daß die Fortsetzung der militärischen Maßregeln Rußlands Österreich-Ungarn zwingen würde, gegen die bedrohlichen Vorbereitungen des Nachbars nicht zurückzubleiben. In einem Artikel des „Invaliden", eines Organs des russischen Kriegsministeriums, wurde erklärt, nicht Rußlands militärische Stellung an der Grenze sei aggressiv, sondern diejenige Österreich-Ungarns und Deutschlands, während jenes lediglich Verteidigungsmaßregeln getroffen habe. Indem sodann die Zeitung hervorhob, welche Vermehrung an Mannschaften, Pferden und Geschützen Deutschland und Österreich-Ungarn in den letzten Jahren ausgeführt, wie viele Truppen diese beiden Reiche an ihren Ostgrenzen versammelt und um wie viele Kilometer sie ihr östliches Eisenbahnnetz vergrößert hätten (Deutschland um 4850, Österreich-Ungarn um 4500 Kilometer), während Rußland seinen Friedensstand vermindert und sein westliches Eisenbahnnetz um nur 2828 Kilometer vergrößert habe, kam sie zu dem Schluß, daß Rußland, das viel größere Schwierigkeiten habe, große Armeen an der Grenze zusammenzuziehen, als die beiden Nachbarreiche, durch die im vorigen Jahre verstärkten militärischen Vorbereitungen derselben gezwungen sei, eine Reihe von Gegenmaßregeln zu entwerfen, die nun allmählich ausgeführt werden würden, damit Rußland einem raschen Einfall seiner Nachbarn gewachsen sei. Hierauf wurde aus Berlin entgegnet: Eine Erhöhung des Truppenbestandes an der russischen Grenze über den normalen deutscherseits, sei erst im Frühjahr 1887 eingetreten und habe nicht annähernd den Umfang gehabt, welchen der „Invalide" angebe. Die allgemeine Erhöhung des Friedensbestandes der deutschen Armee habe nur ihren Grund in den ungeheueren Rüstungen Frankreichs. Als Rußland nach dem Berliner Frieden vom Juni 1878 große Truppenmassen nach den westlichen Provinzen verlegte, und zu dieser auffallenden Maßregel ein Ton äußerster Feindseligkeit gegen Deutschland in der russischen Presse hervortrat, schob Deutschland zum ersten Male einige Bataillone und Schwadronen an die Ostgrenze. Bezüglich der

Eisenbahnen an der Ostgrenze Deutschlands sei es Thatsache, daß das Eisenbahnnetz nach strategischen Rücksichten weder angelegt noch ausgebaut worden sei, die kurzen Bahnstrecken, welche sich im deutsch-russischen Grenzgebiet vorfänden, seien für Handelszwecke, insbesondere zur Verbindung der deutschen Ostseehäfen mit Rußland gebaut. Bezüglich der Lagerfestungen wurde dem „Invaliden“ erwidert, daß Danzig keine solche sei und eine Absicht, Graudenz dazu umzugestalten, bestände bei der Militärverwaltung nicht. Man sehe aus der Bemerkung des „Invaliden“ betreffs der Gebiete Österreich-Ungarns, welche der Schauplatz eines Krieges mit Rußland sein könnten, wie ernstlich dies österreichische Gebiet in Rußland bereits als Kriegsschauplatz in Betracht gezogen worden, den es doch nur infolge einer glücklich vordringenden Offensive abgeben könne. Die Festungen Przemysl und Krakau beständen seit langer Zeit und der Umstand, daß man aus den Forts von Krakau russisches Gebiet beschießen könne, sei doch kein Beweis eines offensiven Zweckes. Er träte nur in Wirksamkeit, wenn die Forts vom russischen Gebiet aus angegriffen würden. Die Angaben des „Invaliden“ über den Friedensbestand der russischen Armee seien schwer zu vergleichen, es wäre aber schwer zu verstehen, wie das geringe Truppenerfordernis in Afghanistan die Erhöhung einer Gesamtstärke bedingt haben sollte, die noch 800000 Mann betrug. Man werde nicht fehlgehen, den Zweck der Kriegsbereitschaft im Westen zu suchen.

Die Regierungen von Deutschland und von Österreich-Ungarn thaten alles, was sich in einer solchen Lage thun ließ. In Wien fand unter dem Vorsitz des Kaisers am 8. Dezember eine militärische Beratung statt, an welcher der von der Reise zurückberufene Erzherzog Albrecht, Graf Kalnoky, der Kriegsminister Bylandt, der Generalstabschef Beck und mehrere Stabsoffiziere teilnahmen. Es folgten in den nächsten Tagen weitere Beratungen, eine Vorbesprechung der österreichisch-ungarischen Minister und unter dem Vorsitz des Kaisers ein Kronrat, in welchem die drei Ministerien, das von Österreich, das von Ungarn und das vom Gesamtreich vertreten waren. Dem Kronrat diente zur Grundlage seiner Beratung das Gutachten der vom Erzherzog Albrecht geleiteten militärischen Konferenz und die in der Vorbesprechung der Minister

vereinbarten finanziellen Maßregeln. In Berlin war am 24. November die richtige Antwort abgegeben worden. Das Landwehr- und Landsturmgesetz, das die Stärke der deutschen Heere um mehr als eine halbe Million Streiter vermehrte, war die schneidigste Note, welche an Rußland erlassen werden konnte. Am 17. Dezember hatte Kaiser Wilhelm eine lange Beratung mit dem Prinzen Wilhelm, dem Generalfeldmarschall Grafen Moltke, dem Generalquartiermeister Grafen Waldersee, dem Kriegsminister v. Bronsart und dem General v. Albedyll. Wem die Beratung galt, ergab sich aus der Sachlage von selbst.

Die Dinge blieben wochenlang in der Schwebe. Im Februar 1888 kamen sie im deutschen Reichstag zur Sprache. Am 3. des genannten Monats veröffentlichten der deutsche „Reichsanzeiger“ und die „Wiener Abendpost“ das deutsch-österreichische Bündnis vom 7. Oktober 1879. Man suchte sich darüber klar zu werden, aus welchem Grunde das bisher sorgfältig geheim gehaltene Aktenstück gerade in diesem Augenblicke von den verbündeten Mächten an die europäische Öffentlichkeit gebracht wurde. Der Inhalt des Vertrages selbst bot da den besten Fingerzeig. Wenn aus demselben unzweideutig hervorging, daß es sich für das Deutsche Reich wie für Österreich-Ungarn lediglich um Verteidigungszwecke handelt, und wenn andererseits rund und deutlich ausgesprochen wird, daß es die Haltung Rußlands war, welche das Bündnis nötig gemacht hatte, so konnte sich niemand darüber täuschen, daß die Veröffentlichung eine Warnung bedeutete, die nach Petersburg gerichtet war, eine Warnung, die ihren loyalen Charakter vor allem darin bekundete, daß sie zu einer Zeit erfolgte, wo noch nichts geschehen war, was ihre Beachtung erschweren oder gar unmöglich machen könnte. Rußlands militärische Vorbereitungen hatten zwar einen Umfang angenommen, der die Nachbarn nicht länger gleichgiltig lassen konnte; sie waren aber bei alledem noch nicht bis auf einen Punkt gediehen, wo ihre Absicht schlechthin unverkennbar wurde. Noch ließen sie sich mit Zielen diplomatisch-friedlicher, wenn auch nicht freundlicher Natur erklären. Aber wie lange noch? Das war die schwere Sorge der Zeit, und deshalb war es vom Standpunkte echter Friedensliebe, wie sie die Leiter der deutschen und österreichischen Politik erfüllt, geboten, schon jetzt mit der Warnung

hervorzutreten, daß jeder Schritt, der nicht mehr zurückgethan werden konnte, beide Mächte unauflöslich vereinigt finden würde, bis der gemeinsame Zweck erreicht ist.

Am 6. Februar erfolgte sodann die große Rede des Fürsten Bismarck im deutschen Reichstage, in der er nicht nur die aktuelle Situation scharf beleuchtete, sondern auch einen Rückblick auf die letzten vierzig Jahre that, um den gegenwärtigen Zustand mit der Wucht der Thatsachen als einen dauernden erscheinen zu lassen.

Was der Kanzler über unsere Beziehungen zu Frankreich und Rußland sagte, schloß sich zum Teil eng an die bekannten Äußerungen vom 11. Januar 1887 an, nur daß es, soweit Frankreich in Betracht kam, günstiger klang, als vor einem Jahre. Damals erschien General Boulanger als der mögliche „Zukunftsmann", der die „Revanche-Bewegung" vielleicht in Fluß bringen würde. Heute gilt er als abgethan — ein anderer aber ist noch nicht an seine Stelle getreten.

Rußland gegenüber hat sich diplomatisch nichts geändert. Wie 1887 keine unmittelbaren Gefahren zwischen dem Deutschen Reiche und seinem Nachbar im Osten bestanden, so sind auch gegenwärtig keine da; auch die persönliche friedliche Gesinnung des Zaren ist dieselbe geblieben. Neu sind allerdings die Truppenansammlungen an der West- und Südwestgrenze des Reiches; davon war vor einem Jahre noch nichts da. Allein auch darin meinte Fürst Bismarck nichts an sich Bedrohliches zu sehen. Er erklärte die Verschiebung des russischen Heeres nach Westen mit Zielen diplomatischer Natur, mit der Absicht, zumal für den Fall einer im Orient eintretenden kritischen Lage, fertig zu sein, um dem Einflusse Rußlands einen Nachdruck zu geben, der ihm unter anderen Umständen nicht in dem gleichen Maße würde beiwohnen können.

Daß dieser Stand der Dinge zum Anlaß offizieller Anfrage gemacht werden könnte, wies der Reichskanzler zurück, gab aber zu, daß unter Umständen Gegenmaßregeln die geeignete Antwort seien. Wie gern man sich der beruhigenden Auffassung anschließen wird, die er im Anschluß hieran über die Bedeutung russischer Truppenanhäufungen im Westen äußerte, — die Möglichkeit, daß diese Streitkräfte auch in einer anderen Richtung gebraucht würden, als das in der Vergangenheit geschehen, ist denn doch da.

Wie früher schon, ließ sich Fürst Bismarck auch diesmal die Gelegenheit nicht entgehen, den Angriffen und Verleumdungen, denen seine russische Politik seit dem Berliner Kongresse ausgesetzt gewesen ist, mit einer eingehenden Schilderung unserer Beziehungen zu Rußland entgegenzutreten. Er erinnerte an den Dank, den Preußen 1813 dem Kaiser Alexander I. schuldig geworden und den es nie vergessen habe, obwohl die Ansicht, daß wir auch Nikolaus I. ähnlich verpflichtet seien, zu den „historischen Legenden" zähle. Nachdem er dann weiter ausgeführt, wie dieses Verhältnis durch die vielfachen Verstimmungen, welche der Krimkrieg sowie der italienische Feldzug von 1859 zur Folge hatten, keine dauernde Störung erfahren habe, kam Fürst Bismarck ausführlich auf den Berliner Kongreß zu sprechen und hob in der schärfsten Weise hervor, daß er sich auf demselben Verdienste um Rußland erworben habe, die dem Fürsten Gortschakow nicht zugesprochen werden könnten.

Der Reichskanzler wird sich, wie er deutlich sagte, durch die Mißdeutungen, denen sein Verhalten ausgesetzt ist, und vielleicht bleibt, nicht abhalten lassen, Rußland, da er es im Recht glaubt, seine Unterstützung angedeihen zu lassen. In diesem Sinne kann es nach wie vor darauf rechnen, daß alle diplomatischen Schritte, welche es beim Sultan etwa zu thun gedenkt, um seine ehemalige, durch den Berliner Vertrag begründete Stellung in Bulgarien wieder zu erlangen, in Berlin freundlicher Beihilfe sicher sind.

Weiter zu gehen, hat Deutschland keinen Grund. Jede orientalische Krise interessiert uns erst in zweiter Linie. Damit war nur wiederholt, was der Reichskanzler seit Beginn der Wirren auf der Balkanhalbinsel stets gesagt hat. Wer mit dieser Haltung nicht zufrieden ist, handelt auf seine eigene Rechnung und Gefahr. Denn bei aller Friedensliebe sind wir stark und auf alles gefaßt. Der zweite Teil der Bismarckschen Rede, die zunächst an das deutsche Volk gerichtet war, wurde auch vom Auslande voll gewürdigt. Mit einem Selbstgefühl, das nichts von Übertreibung an sich hatte, wies der Kanzler darauf hin, daß das neue Wehrgesetz, welches uns 700000 ausgebildete Soldaten zuführt, dem Beitritt einer vierten Macht zum Dreibunde gleichzuachten sei, mehr aber noch der Leistungsfähigkeit dieser Krieger wegen, als um der Zahl willen, die ja auch andere zur Verfügung hätten.

In derselben Rede des Fürsten Bismarck wurde wieder der Gedanke des Präventivkrieges mit nachdrücklicher Bestimmtheit abgelehnt, gerade wie zur Zeit der Luxemburger Frage vor 20 Jahren und wie 1875, ein Beweis, daß im verflossenen Winter, wenn es auf die Militärs angekommen wäre, der Krieg bereits beschlossene Sache war.

Seitdem sind zwei deutsche Kaiser gestorben und hat Kaiser Wilhelm II. seinen Antrittsbesuch dem Zaren gemacht. Als am 18. November 1887 der Reichskanzler nach beendigter Audienz aus den vom Zaren bewohnten Gemächern der russischen Botschaft in Berlin heraustrat, kam ihm Graf Schuwalow entgegen und fragte ihn, wie die Unterredung verlaufen wäre? Der Fürst erwiderte darauf: „Otschen carascho“ („Sehr gut“). Kaiser Wilhelm II. hat, als er auf der Rückreise aus Rußland nach Friedrichsruh kam, dem Reichskanzler auf dessen Frage ebenfalls sagen können: „Otschen carascho“. Beide Herren sprechen ja russisch.

Es ist bezeichnend, daß gleich darauf die Aussöhnung zwischen Floquet und Mohrenheim in Paris stattfand, d. h. die Aussöhnung des Zarenreiches mit dem Präsidenten der französischen Deputiertenkammer, dem Vive-la-Pologne-Schreier von 1867. Baron von Mohrenheim erschien am 13. Februar auf dem glänzenden Fest des Herrn Charles Floquet.

Bismarck und John Bull.

Als Friedrich der Große den Sieg über den französischen Marschall Soubise bei Roßbach davon getragen, wurde die Begeisterung Deutschlands für den König von Preußen von derjenigen Englands noch übertroffen. Macaulay schreibt darüber: „Der Geburtstag unseres Verbündeten wurde nicht minder gefeiert, wie der unseres eigenen Königs, die Straßen Londons erglänzten nachts im Illuminationsscheine, Bilder des Helden von Roßbach, mit seinem aufgekrämpten Hut und seinem langen Zopf, fanden sich in jedem Hause. Aufmerksame Beobachter entdecken noch heutigen Tags in den Gaststuben alter Wirtshäuser und in den Mappen der Bilderhändler zwanzig Porträts Friedrichs des Großen gegen eins Georgs des Zweiten."

England hat solche Huldigungen den großen Männern Preußens, so oft diese seine Geschäfte auf dem Kontinente mitbesorgten, wiederholt dargebracht. Man denke an den Empfang Blüchers in London nach der Kampagne von 1815. Was Preußen und England im siebenjährigen Kriege betrifft, so ist der für Friedrich den Großen siegreiche Ausgang des Riesenkampfes gegen eine Koalition dreier Großmächte (von dem deutschen Reiche und Schweden ganz abgesehen), deren jede dem kleinen Preußen an Umfang und Bevölkerungszahl weit überlegen war, dem Beistande Englands zugeschrieben worden. Daß dies Bündnis eine Zeit wirksamer Kraft gehabt hat, kann nicht bestritten werden, wenngleich dasselbe selbst in den Zeiten seiner Blüte doch nicht das geleistet hat, was Friedrich von demselben zu erwarten berechtigt war. Sehr treffend faßt Duncker in einem Artikel der Preußischen Jahrbücher (1885) den wechselnden Charakter der Allianz von 1756 in den Worten zusammen: „Nach sehr schwachen, unsicheren, ja sogar in höchst

hemmenden Anfängen hat sie eine Periode wirksamer Kraft besessen, um schließlich in Gegnerschaft umzuschlagen."

Bei dem im Januar 1756 zu Westminster abgeschlossenen Vertrage mit Friedrich dem Großen verfolgte England lediglich den Zweck, für Hannover gegen Frankreich, mit dem es im Kriege sich befand, von seiten Preußens den Schutz zu gewähren, den Österreich versagte. Die Folge dieses Vertrages war, daß Frankreich der Koalition gegen Friedrich beitrat. Dagegen hielt England trotz der eindringlichsten Mahnungen Friedrichs und seiner Bemühungen, der sich bildenden österreichisch-französisch-russischen Koalition eine Koalition Preußens, Englands und der kleineren Staaten entgegenzustellen, an den friedlichen Beziehungen zu Österreich und Rußland fest. Zugleich bot England alles auf, um Friedrich abzuhalten, seinen Gegnern zuvorzukommen. In der That verzögerte der König aus Rücksicht auf England seinen Einmarsch in Sachsen um zwei Monate, was ihn um die wesentlichste Frucht seines ersten Feldzuges brachte. So weit ging die Zweideutigkeit de- Politik des Königs Georg, daß er die Verwendung Österreichs anrief, um Frankreich zu bewegen, Hannover aus dem Spiele zu lassen und während der in Deutschland entstandenen Kriegsunruhen Kurbraunschweig Neutralität zu gewähren. Dies stand aber offenbar im Widerspruche mit dem Vertrage von Westminster, der England verpflichtete, den Franzosen den Eintritt nicht nur in Hannover, sondern auch in Preußen, in die deutschen Grenzen zu verwehren. Diese Verhandlungen scheiterten zunächst an den Bedenken Frankreichs. Die englische Politik beharrte aber in der eingeschlagenen Richtung, die endlich zu der berüchtigten Konvention von Kloster Seven führte, nach welcher die Feindseligkeiten zwischen Hannover und Frankreich sistiert wurden (8. September 1757).

Friedrichs Sieg bei Roßbach führte unter Pitts Einfluß endlich eine Wendung herbei. Man faßte Mut in England, König Georg zerriß die Konvention von Kloster Seven, nachdem Friedrich sich bereit erklärt hatte, Lehwaldts Korps zur Befreiung Hannovers vorrücken zu lassen. Eine weitere Konvention (11. April 1758) setzte fest, daß Friede und Waffenstillstand ohne gegenseitiges Einverständnis und ausdrückliche Einbegreifung des anderen Teils nicht geschlossen werden dürften. Auch sagte der König Georg zu, daß Eng-

land eine Deklaration erlassen werde, welche Europa überzeugen werde, daß Preußen und England dieselben Freunde und Feinde hätten.

Diese Erklärung ist indessen nicht erlassen worden; England hat vielmehr seinen Frieden mit Österreich und Rußland strikte aufrecht erhalten. Nichtsdestoweniger muß zugestanden werden, daß die infolge des Vertrages von England aufgestellte Armee, der Friedrich nur einen Führer zu geben hatte, ihm bedeutende Dienste geleistet hat. Aber zu einer wirksamen Demonstration gegen Rußland, die für Friedrich von unschätzbarem Wert gewesen wäre, verstand sich England auch unter Pitts Leitung nicht, der doch die preußische Allianz nach ihrem vollen Werte zu schätzen wußte und offen und loyal zugestand, daß England seine Erfolge in Amerika der Ableitung der Kräfte Frankreichs durch den Krieg in Deutschland verdanke, daß Amerika in Deutschland erobert sei.

Der Rücktritt Pitts am 5. Oktober 1761 veränderte die Lage vollständig. Unter dem Eindruck des in Aussicht stehenden Krieges mit Spanien hatte Pitts Nachfolger, Lord Bute, Friedrich aufgefordert, die Opfer anzugeben, welche er für den Frieden, an welchen zu denken es Zeit sei, zu bringen beabsichtige; bevor England hierüber Gewißheit habe, könne die Erneuerung des Vertrages vom 11. April 1758 für das Jahr 1762 nicht stattfinden. Man wollte einfach, daß Preußen, um England den Friedensschluß mit Frankreich und die Wiederherstellung der alten Allianz mit Österreich zu erleichtern, einen nachteiligen Frieden schließen sollte. Bute scheute nicht vor dem schnödesten Verrat an dem Bundesgenossen zurück, indem er die österreichische Regierung wissen ließ, England werde nichts dawider haben, daß der König von Preußen ganz Schlesien der Kaiserin zurückstelle. In den mit Frankreich abgeschlossenen Friedenspräliminarien wurde zwar ausbedungen, daß Frankreich die Länder des Königs von Preußeu räumen solle. Dies geschah aber mit dem von dem Unterhändler offen ausgesprochenen Hintergedanken, dieselben Österreich in die Hände zu spielen.

So wurde Friedrich von seinem Verbündeten mit empörender Treulosigkeit im Stich gelassen, und seinen erbitterten Gegnern preisgegeben, denen es keineswegs an dem Willen gebrach, ihn zu verderben, deren Kräfte aber erschöpft waren, während der große König, gestützt auf die Überlegenheit seiner Verwaltung und seiner

Finanzen, auf die gewaltige Kraft seines Willens, zu erneuter Kraftanstrengung fähig war. Sich und der musterhaften Ordnung seines Staatswesens verdankt er die Rettung, nicht dem englischen Bundesgenossen, der ihn in der Zeit der schwersten Bedrängnis treulos im Stiche ließ.

„Das Bündnis mit England," bemerkt Duncker in einer Schlußbetrachtung, „hat Preußen in den beiden ersten Jahren seines Bestehens erheblich geschädigt, in den letzten anderthalb Jahren seines Bestehens waren Englands Leiter auf Preußens Verderben bedacht gewesen; nicht zur Seite getreten waren sie, wie Rußland unter Katharina; unter dem aufrecht erhaltenen Schein der Allianz waren sie die Freunde der Feinde Preußens gewesen, hatten sie ihren Frieden ohne Preußen und so weit sie konnten, gegen Preußen geschlossen. Auch in der Zeit seiner Kraft hat dies Bündnis den Dienst, um dessen Erlangung es geschlossen war, die Zurückhaltung der Russen von Preußens Grenzen, nicht geleistet, und Preußen die Allianz mit der Pforte vereitelt. Die Subsidien, die Preußen von England gezogen — 16 Millionen Thaler, während Österreich mehr als das Doppelte dieser Summe von Frankreich empfing — reichten nicht aus, auch nur die Kosten eines Feldzuges zu decken."

Seitdem England einmal die Unterstützung Preußens für die beste Staatskunst seines Landes gehalten, ist es in zahllosen unserer Bücher zum „treuen", zum „beständigen", zum „natürlichen" Verbündeten unseres Staates erhoben worden, während doch in Wahrheit die Engländer den vielen Nutzen, den sie von uns gezogen, uns in jeder, außer in Chathams Zeit, sehr schlecht vergolten haben. Wir wollen nicht von ihrem Geiz z. B. im Feldzuge von 1794 sprechen, einer Zeit, da unsere eigene Haltung eine unerfreuliche war; doch war es jedenfalls ein echt britisches Verlangen, daß Preußen den Ein- und Durchbrüchen der französischen Flut Dämme ziehen sollte, wohlgemerkt! mit Schonung des britischen Geldbeutels. Das Andenken an jene Zeit wird ausgelöscht durch die Jahre 1814 und 1815. Nach der zweimaligen Besiegung Napoleons war der britische Standpunkt dieser: Preußen hat fortan das neu zu schaffende Königreich der Niederlande gegen Frankreich zu verteidigen; Preußen hat auch Hannover und sonstige deutsche

Kleinstaaten zu decken; aber weder darf es sein Ostfriesland zurück erhalten, noch darf es in Luxemburg, in Lothringen Fuß fassen, und Elsaß muß den Franzosen (den besiegten Räubern) nun erst recht zugesichert werden. In allen diesen Geboten und Verboten war keiner unserer Verbündeten so eifrig und uns so mißgünstig wie England.

Beschränken wir aber unsere Betrachtung auf die letztverflossenen Jahrzehnte, beginnend mit dem zweiten Dezember! Ein Bonaparte erklomm den französischen Thron. Einer Seemacht, die wenig Soldaten hat, war vielleicht nicht zu verübeln, wenn sie sich vornahm, sich in dieser Zeit des Sturmes, die nicht ewig dauern konnte, vorsichtig zu verhalten. Einstweilen mußte man sich schon dazu verstehen, den Abenteurer in Paris glimpflich anzufassen. Aber die Hast, mit der Palmerston zu allererst in Europa ihn anerkannte und begrüßte, war nicht die Haltung einer Macht ersten Ranges. Von da an wurde England als gewichtigste Macht zweiten Ranges von zwei Bewerbern gesucht. Zu seinem Gesandten sprach herablassend der russische Kaiser: wenn wir beide miteinander einverstanden sind, so haben die andern allesamt nichts zu sagen. So hatte denn England jetzt die Wahl: es konnte Frankreich und es konnte Rußland dienen, und es zog den französischen Dienst vor. Es wurde in die Krim mitgeschleppt, woselbst es mit einigen zehntausend Mann eine recht achtungswerte Rolle neben den Türken und Piemontesen als französische Hilfstruppe spielte, jedoch, wie billig, mit der Einschränkung, daß Napoleon Frieden schloß in dem Augenblicke, wo es ihm paßte. Noch indessen war der Brite stolz genug, um sich über seinen Dienst für Frankreich gegen Rußland etwas zu ärgern, und was that er? Preußen (so dachte er) soll mir die Schande abnehmen, soll auf dem Landwege in Rußland einfallen, und wenn es das nicht thut, so nenne ich es feige Tag für Tag. Einen Knecht Rußlands nenne ich es laut und lauter, bis alle Welt darüber vergißt, daß ich selbst ein französischer Knecht bin. So kam denn eines Tages nach Berlin John Russel und jahrelang überschüttete die englische Presse Preußen und das gesamte Deutschland mit Schmähungen, wie (es will viel sagen) noch nie zuvor. Es war noch ärger, als was sie seit 1848 in unserem Streite mit Dänemark wider uns verübt hatte; damals

als die englische Regierung nach Rußlands Willen und zu seinem Vorteil Deutschland kränken half. An den Schmähungen hatte auch der Prinz Albert seinen Teil. Wir wissen es aus seinen Briefen an gute Freunde, selbst an seinen künftigen Schwiegersohn, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, wie er auch später, als die Prinzessin Viktoria als Gemahlin unseres Kronprinzen eine Preußin und Deutsche geworden war, fortfuhr, die Preußische Politik unter dem Prinzregenten nnd König Wilhelm I. zu bemängeln. Herr von Treitschke sagt gegen diejenigen, welche von der Mißachtung Preußens zur Zeit des Krimkrieges und nach demselben sprechen: „Sie verschweigen, daß der Hochmut der Westmächte dem russischen nicht nachstand Jedermann kennt die Briefe des Prinzen Albert und die Äußerungen Napoleons III. über Preußens déférence gegen Rußland; die kalte wegwerfende Verachtung in den Briefen des Prinz-Gemahls, der doch selbst ein Deutscher war und seine Worte besonnen zu wägen pflegte, ist nach meinem Gefühl verletzender, als die rohen Schimpfworte, welche der schroffe, herrische Nikolaus in Augenblicken des Jähzorns herausgepoltert haben soll. Verschwiegen wird auch, daß Zar Nikolaus sich bereit erklärte, Preußens Waffenhilfe durch die Abtretung von Warschau zu erkaufen. Im englisch-französischen Lager wollte man allerdings den nämlichen Preis zahlen, aber nur — gegen eine kleine Grenzberichtigung auf dem linken Rheinufer! Welche von beiden Anerbietungen war wohl günstiger?“

Als späterhin (1863) der dänische Streit wieder auflebte und in die entscheidende Wendung trat, da konnten die Engländer keine russische Politik mehr treiben, denn Rußland hatte aufgehört, unser Gegner zu sein. So suchten sie denn nunmehr Frankreich gegen uns zu hetzen, forderten Napoleon förmlich zum Kriege gegen Deutschland auf, und wenn der nicht in Mexiko beschäftigt gewesen wäre, und namentlich wenn er nicht darauf gesonnen hätte, die Lösung der deutschen Wirren auf eine ganz andere Weise für sich auszubeuten, so würde es auf englische Aufmunterung hin geschehen sein, wenn er uns angegriffen hätte. Das englische Parlament konnte sich über den Dänenkrieg lange nicht trösten. Jener John Russell aber, der alle Vierteljahr eine andere Lösung der schleswig-holsteinischen Frage ausgeheckt hatte, die ihn nichts anging, er fuhr

so lange fort, uns zu schulmeistern, bis seine Landsleute es nicht mehr mit anhören konnten und ihm den Mund schlossen. Er hatte die englische Regierung in den Ruf gebracht, ihr Grundsatz heiße: Bellen und nicht beißen. Nach Königgrätz empfingen wir nach langer Zeit wieder einmal die Glückwünsche der englischen Nation, von der wir vorher ihren Geifer zu genießen bekommen hatten. Sich darüber freuen, daß neben dem gefürchteten Frankreich ein starkes Deutschland erstand, war ja gut englisch. Aber ebenso englisch war es, als im Jahre 1870 jenseits des Kanals offen Partei gegen Deutschland und für Frankreich ergriffen wurde. England ging so weit, selbst die Gesetze der Neutralität zu verletzen. Es herrschte damals in Deutschland große Erbitterung. Aus dieser Stimmung heraus schrieb ein Berliner Blatt: „Die Engländer haben noch nicht einmal soviel Mut gegen die Franzosen, um uns eine ehrliche Neutralität zu bewahren. Wollt ihr deutsche Landsleute aber wissen, woher es kommt, daß die Engländer sich vor der französischen Macht mehr fürchten, als vor der unsrigen, von welcher sie doch auch seit Königgrätz eine sehr hohe Meinung haben, so glauben wir, auch mit der Auflösung dieses Rätsels dienen zu können. Hier ist sie: wenn die Engländer sich gegen die Franzosen das Geringste herausnehmen, so wissen sie, es wird ihnen angestrichen, und der schwarze Mann Napoleon ist noch immer nicht tot. Wenn sie hingegen uns beleidigen, uns beschädigen, uns das Unsrige vorzuenthalten suchen, so kommt oder sagen wir lieber so kam bis vor kurzem der deutsche Professor und sprach seine Hochachtung und seine Bewunderung aus für den „gesunden Egoismus“ der Briten. Dieser Edle hatte Tag und Nacht zu thun, um die Briten zu preisen und zu bewundern. Hatte er sich von der Betrachtung ihres „gesunden Egoismus“ über und über gesättigt, so feierte er sie zur Abwechselung als unsere treuen, fast uneigennützigen Verbündeten und lieben Vettern seit Hengist und Horsa. Als beides ihm etwas langweilig wurde und abgedroschen war, fing er an, — ein unerschöpfliches Feld — sich in ihre Selbstverwaltung, ihre Friedensrichter und Konstabler bewundernd zu verlieben, ein anderer Mann im Schlafrocke kam ihm zu Hilfe und bewunderte ihre Theekessel, ein dritter ihren „praktischen Geist“ schlechthin, und so waren sie bei aller Ungebühr, die sie sich erlaubten,

nicht nur der deutschen Bescheidenheit, sondern selbst der deutschen Verehrung sicher. Wir selbst haben sie verwöhnt und ihren Übermut gegen Deutschland, den sie ungestraft fort und fort verüben durften, groß gezogen."

An seine Haltung im Kriege 1870/71 hat England sich wiederholt von der preußisch-deutschen Regierung erinnern lassen müssen. In der bekannten russisch-französischen Komödie von 1875, in welcher die Berliner Regierung als miles gloriosus dargestellt wurde, welcher bereit war, jeden Augenblick über Frankreich herzufallen, finden wir England wieder auf Seiten des „armen" Frankreich. Lord Derby — es war in England soeben ein Tory-Ministerium ans Ruder gekommen — wandte sich geradezu an den Fürsten Bismarck mit dem Anerbieten, die Vermittlerrolle in dem deutsch-französischen Konflikt übernehmen zu wollen, und erklärte im Oberhause: „Die französische Regierung habe jede kriegerische Absicht in Abrede gestellt, und diese Ableugnung habe er als eine in aller Aufrichtigkeit gemachte angesehen und sehe sie noch so an; das Kabinett gewähre den russischen Friedensbemühungen seine volle Unterstützung." Dasselbe ging aber über die „Unterstützung" noch weit hinaus. Gegenüber der Berliner Kriegslust, von welcher das böse Gewissen Frankreichs so viel Schreckliches anzuführen wußte, wollte das englische Kabinett eine „Friedensliga" stiften, und forderte die anderen Mächte zur Unterzeichnung einer Friedensmediation auf. Lord Derby erneuerte in allem das Verfahren von Lord Granville im Juli 1870. Wie damals das englische Kabinett das herausfordernde Frankreich und das herausgeforderte Deutschland auf die gleiche Linie stellte und dem letzteren Zumutungen machte, die es ersterem gar nicht zu machen wagte, so handelte es auch jetzt, wenngleich inzwischen an die Stelle des liberalen Kabinetts ein konservatives getreten war. Auch mischte sich wieder die Königin Viktoria persönlich ein. Sie richtete an Kaiser Wilhelm ein Schreiben und verwendete sich für das geängstigte Frankreich. So hatte sie sich auch 1870 für das von der Belagerung bedrohte Paris verwandt. Als sodann im nächsten Jahre in den orientalischen Wirren die Times für England und den Kontinent keine andere Rettung wußte, als daß Bismarck die Sache in die Hand nehme, Rußland Halt gebiete und ein deutsch-englisches Bündnis abschließe, wurde

sie von der Nordd. Allgem. Ztg. daran erinnert, daß an der Spree und an der Donau auch noch Leute wohnen, welche ihr Urteil, ob Rußland als Freund oder Feind zu betrachten sei, nicht von der täglich wechselnden Anschauung der Times abhängig machen, und daß bereits ein Dreikaiserbündnis bestehe, welchem beizutreten England jeden Tag freistehe. „Fürst Bismarck pflegt bei seiner auswärtigen Politik mit den innersten Gefühlen des deutschen Volkes zu rechnen, das nach der Haltung, welche England und die Engländer im Jahre 1870 und später gegen Deutschland eingenommen, ein Bündnis mit England gegen Rußland nicht befürwortet. Im deutschen Volke leben nichts weniger als Empfindungen, welche die deutsche Politik ermutigen könnten, für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und wenn die Times Änderungen in der Türkei für notwendig hält, so hat sie sich behufs deren Durchführung in Berlin sicherlich an eine unrichtige Adresse gewandt, Deutschland hat kein Interesse daran, in der Orientfrage Opfer an Gut und Blut zu bringen. Wir haben im Jahre 1870, ungeachtet aller Erschwerungen, das Geschäft allein gemacht und allerdings auch nachher die Rechnung allein geschrieben; England kann mithin in Deutschland keinen Geschäftsgenossen finden wollen, der das Gewinn- und Verlustkonto der englischen Orientpolitik zu teilen geneigt ist."

Von Österreich erhielt England eine Abfertigung anderer Art. Dasselbe lehnte es ebenfalls ab, für das Inselreich die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Zwar drangen die Türkenfreunde in Wien sehr ernstlich darauf, daß die österreichische Regierung sich von den russenfreundlichen Preußen abwende, um mit England gemeinsame Sache zu machen. Andrassy bemerkte dazu: „Um eine Ente mit flandrischer Sauce zu bereiten", sagt der berühmte Vatel, „nehme man vor allem eine Ente." Zu einer englisch-österreichischen Allianz — wenn wir überhaupt eine solche nötig hätten — gehört vor allem England, aber England will nicht, gerade so wenig als wir wollen. Die flandrische Tunke wäre vielleicht zu haben — die Ente fehlt." Als sodann (im Mai 1877) eine etwas energische Depesche von Lord Derby an Gortschakow großen Eindruck auf die Türkenfreunde in Wien machte, bemerkte Andrassy spöttelnd: „High words break no bones." „Stolze Worte", sagt ein englischer Spruch, „brechen noch keine Knochen" .... Daß England entschlossen wäre,

für die engere Interessensphäre Österreichs einzutreten, hat man bisher nicht wahrgenommen, ist auch von ihm nicht verlangt worden ... Ich vermag in der Antwort des Grafen Derby an den russischen Reichskanzler nur eine interessante Kundgebung in der englischen Diplomatie, nicht aber die Einleitung zu einem Feldzug zu erblicken, in dem England sich ohne die französischen Alliierten von 1854 und ohne den piemontesischen von 1855 behelfen müßte."

Gleichwohl war Benjamin Disraeli noch in der Lage, Rußland mit dem Krieg zu bedrohen, wenn es für den neuen Bulgarenstaat Ansprüche erhebe, welche die Pforte in dem Besitze von Konstantinopel bedrohten. Damals erreichte die englische Politik Resultate, die nach dem Kongresse von 1878 von einem deutschen Blatte mit den Worten gefeiert wurde: „Die Wiederaufrichtung der alten Reichspolitik ist der Erfüllung nahe. Kleinasien ist britischer Botsmäßigkeit unterworfen; der Entscheidungskampf mit Rußland um die Hegemonie in Asien ist, wie der Marquis of Hartington richtig bemerkte, durch die Konvention vom 4. Juni um hundert Jahre näher gerückt, das Mittelmeer wird hauptsächlich von der britischen Flagge beherrscht. In Europa hat England wieder eine leitende Rolle übernommen. Es ist dem Premier gelungen, die Königin für seine Politik einzunehmen. Es sind dies hervorragende Erfolge, die den Earl of Beaconsfield in die Reihe der ersten Staatsmänner des britischen Reiches stellen. Die Macht der Whigs ist auf lange Jahre gebrochen. Käme es jetzt zur Auflösung, ihre Reihen würden dezimiert werden." Anderthalb Jahre später waren bereits die Whigs im Besitze der Herrschaft. Der Parlamentarismus untergräbt durch sein Schaukelsystem jede opferbereite, konsequente äußere Politik. Im Jahre 1880 verschwand der Minister, der noch dem österreichischen Vordringen auf der Balkanhalbinsel und dem deutsch-österreichischen Bündnis sein Willkommen zugerufen, von der Bildfläche, um dem Manne Platz zu machen, der den Österreichern „hands off" zugerufen, dem Manne, der, ein ehemaliger Freund der Balkan-Konföderation, heute gegen ein Anwachsen des russischen Reiches nichts mehr einzuwenden hat. Aber auch der konservative Gegner und Nachfolger Gladstones, Lord Salisbury, leiht der Unabhängigkeitspartei Bulgariens nur eine dürftige Unterstützung, die zu dem Vergleich mit der Stellung, welche derselbe Marquis als

Minister des Auswärtigen im Jahre 1878 Rußland gegenüber einnahm, den Umschwung dokumentiert, der in der englischen Politik im Jahre 1882 durch die Okkupation Ägyptens eingetreten ist. Konstantinopel und Kairo auf einmal kann die englische Regierung mit der heutigen Kriegsverfassung nicht verteidigen, und da ihr das Hemd näher ist, als der Rock, beschränkt sie sich auf den Schutz des Suez-Kanals. Seitdem die österreichische Macht auf den Wällen steht, hat sich auch vieler russenfeindlicher englischer Politiker der Gedanke bemächtigt, daß ihr Vaterland es nicht mehr nötig habe, den europäischen Schutzmann gegen einen russischen Einbruch im Orient zu machen. In Gladstone ist das alte historische England zusammengebrochen, und aus dem Verhängnis desselben — eine historisch gewordene und durch die Dinge und die Zeit untergrabene Weltstellung mit ungenügenden Kräften verteidigen zu müssen und keinen Teil aufgeben zu können, ohne das Ganze zu gefährden — vermag auch ein Tory-Ministerium das Land nicht zu reißen. Wie Gladstone am meisten zu der Umbildung des aristokratischen englischen Staatswesens in ein demokratisches beigetragen hat, so erschütterte seine unsichere Hand den Bau der englischen Herrschaft, indem sie ihn durch die Eroberung Ägyptens zu krönen hoffte. Wie Karthago war England von jeher auf Söldnertruppen angewiesen: bald kaufte es von den deutschen Fürsten einzelne Regimenter, bald nahm es, wie 1805, die zwei Kaiser von Österreich und Rußland in Sold, um sich vor der Landung Napoleons zu schützen. Wellingtons Armee bei Waterloo bestand nur zur Hälfte aus Engländern und Schotten. In der Krim fochten Franzosen und Italiener für Englands Sache. Jetzt zum ersten Male seit zwei Jahrhunderten sieht es sich auf seine eigene Kraft beschränkt.

In die Zeit Gladstones fiel die erste Anbahnung einer deutschen Kolonialpolitik, welche zu heftigen Friktionen mit England führte. Am 23. Juni 1884 machte der Reichskanzler Fürst Bismarck bei Gelegenheit der Beratung der damals eingebrachten ersten Postdampfervorlage der Budgetkommission die Mitteilung, daß die Lüderitzschen Erwerbungen in Südafrika unter deutschen Schutz gestellt seien. An jenem Tage entwickelte der Kanzler die Grundzüge dieser neuen Politik, welche wesentlich auf den Schutz über-

seeischer Unternehmungen deutscher Reichsangehöriger gerichtet sei, und mit jenem Tage begann eine lebhafte Bewegung in der Nation, welche in unverkennbarer Weise ihre Zustimmung und Teilnahme für diese Politik bekundete. Hiermit war aber auch für die Opposition ein neues Angriffsobjekt gegeben: sie warnte vor „Schützenstimmung“ und vor französischen oder englischen „Nasenstübern“ und bewirkte zunächst, daß die Postdampfervorlage, welche den Handel und der Industrie Deutschlands neue wesentliche Erleichterungen in überseeischen Ländern verschaffen sollte, vom Reichstage einfach zu den Akten gelegt wurde.

Es mag hier im voraus einer der leitenden Gesichtspunkte angeführt werden, die den Fürsten Bismarck bei der Verfolgung seiner Kolonialpolitik*) geleitet haben. Es hätte vielleicht — so geht aus den diplomatischen Verhandlungen deutlich hervor — in der Macht des Fürsten Bismarck gelegen, auf jede Kolonialpolitik für Deutschland zu verzichten, um keinen Anstoß bei England zu erregen. Wenn er seinem Vaterlande ein solches Opfer hätte zumuten wollen, so würde er doch in der Lage sein müssen, der deutschen Nation Rechenschaft zu geben von dem Äquivalent, welches England dem deutschen Volk dem gegenüber gewähren könnte. Wenn es sich um ein Nachbarland handelt, mit dem Deutschland auf Schutz und Trutz in einem so festen Bunde steht, daß Sicherheit und Friede beiden dadurch gewährleistet sind, dann kann es sich wohl fragen, ob man Opfer der Art bringen soll, um Verstimmungen bei einem sicheren und starken Freunde zu verhüten. Würde ein solcher für Deutschland in der Macht des britischen Reiches erstehen, wenn Deutschland aus Gefälligkeit für englische Interessen oder durch Zufälle mit anderen Mächten in gefährliche Kriege verwickelt würde? Der Vorgang von 1870 spricht nicht dafür.

Im September 1883 gab es einen heißen Streit zwischen der Berliner offiziösen und der englischen Presse. Derselbe wurde durch den Umstand bedeutsamer, daß Gladstone gleichzeitig die schon mehrfach erwähnte Zusammenkunft mit dem Kaiser von Rußland in Kopenhagen hatte, der auch der König von Griechenland und der Prinz von Wales beiwohnten. Die Berliner Polemik gegen die

*) Näheres hierüber in: „Die Deutsche Kolonialpolitik.“ Aktenstücke der deutschen Kolonialpolitik. Mit 4 Karten und Register. Leipzig 1886. Renger.

englische Presse nahm freilich keine Notiz von diesem Rendezvous, sondern beschränkte sich darauf, die englischen Blätter zurückzuweisen, die sich in die Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg." gegen die französischen Kriegshetzer mischten und für diese letzteren Partei nahmen. Das Organ des Fürsten Bismarck hatte, wie oben erwähnt, Frankreich gewarnt, mit seinem Revanchegeschrei den Teufel an die Wand zu malen. Die Pariser Blätter protestierten energisch und hatten die Genugthuung, die „Times" und einige andere Londoner Blätter auf ihrer Seite zu sehen. Namentlich der Passus: „Wohin sonst die französische Nation auch ihre Blicke wenden mag, nirgends werden sie deutscher Rivalität begegnen," wurde als eine direkte Aufforderung an Frankreich betrachtet, auf Kosten Englands seine Weltstellung zu begründen. Die „Pall Mall Gazette" meinte, die französische Kolonialpolitik der letzten Jahre sei auf den Einfluß des Fürsten Bismarck zurückzuführen. Wenn nicht alle, so habe doch wenigstens einer der französischen Minister des Auswärtigen auch nicht einen Schritt gethan, ohne den Fürsten Bismarck vorher gefragt zu haben; mit welchem Erfolge, das sehe man in Tonking, in Tunis und anderswo; doch hätten die französischen Minister keinen Grund, sich zu beklagen. Ähnlich äußerten sich die „St. James Gazette" und der „Globe". „Nichts kann der Politik des Reichskanzlers besser passen, als wenn Frankreich seinen Einfluß in Asien, Afrika und Australien auszudehnen trachtet. Seine Hilfsquellen werden dadurch in bedenklicher Weise in Anspruch genommen, und es kann leicht durch einen dieser Abenteuerzüge mit England in Konflikt geraten. Daß Fürst Bismarck eine solche Politik befürwortet, ist natürlich; wir können es aber nicht begreifen, daß die französische Regierung sich so leicht irreleiten läßt." Auch die „Times" nahm sich in ihrer gewohnten Weise wieder der Franzosen an gegenüber den Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg." Das Revanchegefühl der Franzosen sei unvermeidlich, und solange dasselbe, wie es bisher geschehen ist, sorgfältig der Politik und der Haltung der französischen Regierung ferngehalten werde, sei es ganz ungerechtfertigt, so zu sprechen, als ob der Frankfurter Vertrag gebrochen worden wäre. Dieser Versuch, Deutschland bei Frankreich zu verdächtigen und die Franzosen zu ermuntern, ihre ganze Kraft für die nahe liegenden europäischen Bedürfnisse zu sammeln, da-

gegen von unvorsichtigen oder lieber, von allen Kolonialunternehmungen sich fern zu halten, erfuhr die entschiedenste Zurechtweisung der „Nordd. Allg. Ztg." „Die Genugthuung, den Revanchepredigern Liebesdienste geleistet und französischen Hetzblättern Wasser auf die Mühle geleitet zu haben, steht doch wahrlich nicht im Verhältnis zu den Früchten, welche die Verblendung der „Times" anderwärts zur Reife bringen könnte." Die „Times" antwortete: „Unser Volk wünscht mit den Franzosen in guten Beziehungen zu leben, aber ist gleicherweise auch den Deutschen geneigt. Wir wünschen mit keinem der beiden Staaten militärische Bündnisse abzuschließen, bieten unsere Freundschaft jedoch beiden an und sind uns bewußt, daß der gute Wille eines Landes, wie das unsere, welcher der Nation, der er zu Teil wird, zu hundertfältigem Segen gereichen mag, keine Gabe ist, die ein verständiges Volk mit Gleichgiltigkeit behandeln wird. Bündnisse können abgeschlossen werden ohne Aufstellung von Heeren im Felde, und Freundschaftsbündnisse zwischen Nationen sind vielleicht nicht weniger bindend, wenn sie ohne die Hilfe von Diplomaten herbeigeführt worden sind." Das Cityblatt erinnerte dann an die gleiche Rassenabstammung der Deutschen und Engländer und fuhr dann fort: „daß England nicht den Ehrgeiz habe, seine Nachbarn anzugreifen, sondern nur bestrebt ist, seine Verteidigungsmittel unbesiegbar zu machen, daher es natürlicherweise ein brüderliches Gefühl für ein Land empfindet, das, nachdem es hart um die Vollendung seiner Einheit und Unabhängigkeit gekämpft hat, entschlossen ist, alles, was es errungen hat, zu behalten. Die ungeheuere Streitmacht Deutschlands würde erschreckend sein, wenn sie in der Absicht auf Eroberungen ausgebeutet würde, so aber bietet sie einen beruhigenden Anblick, sobald es bekannt ist, daß die Herrscher, welche den Befehl über sie haben, nur danach streben, eine Verteidigungsmacht erster Ordnung aufrecht zu erhalten. Mit einem schwachen Deutschland würde Europa in einem beständigen Zustand der Unruhe sich befinden; mit einem starken Deutschland hat die Welt die Gewißheit, daß keine Macht leicht den Frieden zu ihrem Nachteil stören werde. Und bei dem Gedanken an die Zukunft ist es nur recht, wenn man sich erinnert, daß das Deutsche Reich seine Macht gut angewendet hat und daß sein Einfluß wohlthätig gewesen ist." Nach einer längeren Be-

trachtung über die Entwickelung der deutschen Verhältnisse und die Volkstümlichkeit der Hohenzollern-Dynastie schloß die „Times“: „Eine volkstümliche Dynastie bildet ein starkes Reich und ein starkes Reich hat keinen Grund, sich in unruhige Unternehmungen zu stürzen. Die Interessen Englands sind an den Frieden der Welt geknüpft, wir brauchen unsererseits nichts hinzuzufügen, als die Versicherung unseres herzlichen Wunsches für die Entwickelung der deutschen Macht und Prosperität unter dem Schutze ihres schönen Heeres.“ Das war ja alles sehr schön und angenehm zum Lesen, aber man war außer stande, die Verbindung zu finden zwischen diesem Artikel und den jüngsten Artikeln des englischen Blattes über die Besorgnisse, die Frankreich vor Deutschland zu hegen habe. Man verstand die Meinung der „Times“ indessen richtig dahin, daß es im englischen Interesse ist, wenn Deutschland und Frankreich bis an die Zähne bewaffnet sich gegenüberstehen und sich damit gegenseitig mattsetzen, daß aber dem ruhigeren und bescheideneren Deutschland das Übergewicht bleibt. Vielleicht für Englands Interesse die praktischste Politik, die aber aller großen Worte entbehren kann.

In der Berliner Regierungspresse kam andauernd eine an englische Adressen gerichtete starke Gereiztheit zum Ausdruck; zwar wendete die Polemik sich unmittelbar nur gegen die „Times“, es war indes unverkennbar und wurde auch gelegentlich angedeutet, daß man hinter diesem Blatte, dessen eigene politische Bedeutung als längst sehr herabgekommen geschildert wurde, wichtigere Faktoren des englischen Staatslebens vermutete. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ knüpfte an das aus London berichtete Gerücht an, die englische Regierung habe in Veranlassung von Artikeln der „Nordd. Allg. Ztg.“ Vorstellungen in Berlin erhoben. Die Grundlosigkeit dieses Gerüchtes, sagte das Blatt, brauche nicht erst versichert zu werden; dann setzte die „Nordd. Allg. Ztg.“ aber die Polemik gegen die „Times“ insbesondere wegen deren Bemühungen, in Österreich Argwohn gegen Deutschland zu erwecken, fort. Sie fragte, ob sich etwa in der „Times“ die früher traditionelle englische Politik vernehmbar machte, welche glaubte, auf dem Kontinente stets Unruhe und Verwickelungen erregen zu müssen, damit England gedeihe und reich werde, und schloß dann:

„Die „Times“ müßte sich aber bei etwas ruhigerer Überlegung selbst sagen, daß diese Tradition sich überlebt hat und daß deren künstliche Wiederbelebung für Deutschland nur die Folge haben könnte, die hier immer noch stark vertretenen Sympathien für England zu schmälern, Deutschland dahin zu bringen, seine eigene Haltung jenen übelwollenden Intentionen konform zu gestalten und Anlehnung da zu suchen, wo es sie eben fände. Von den Männern, welche die Politik großer Reiche zu leiten haben, muß man erwarten, daß sie Verständnis für politische Symptome besitzen, und sich rechtzeitig darüber klar werden, was sie von anderen Mächten in gewissen Fällen zu erwarten haben. Dazu genügt den Verständigen ein leiser Wink, und wer für den kein Verständnis hätte, würde nicht berufen sein, die Politik des Deutschen Reiches zu leiten. Würde die „Times“ wohl geneigt sein, die Verantwortung dafür zu übernehmen, ihre Haltung als ein solches politisches Symptom aufgefaßt zu sehen? Ihr Versuch, Österreich gegen Deutschland aufzuregen und mißtrauisch zu machen, ist außerdem einfach lächerlich; es gehört eine vollwichtige Dosis von Unkenntnis kontinentaler Verhältnisse dazu, um auch nur einen Versuch zu machen, das deutsch-österreichische Bündnis zu untergraben, und man könnte einem solchen Versuch nur mit mitleidigem Achselzucken begegnen, wenn nicht eben die Systematik in dem Vorgehen der „Times“ nachdrücklicher darauf hinzuweisen zwänge.“

Herrn Gladstone wurden inzwischen von dem König von Dänemark ganz ungewöhnliche Ehren erwiesen. Nicht nur, daß der englische Premier nebst seiner ganzen ihn begleitenden Familie zur königlichen Tafel gezogen wurde, hatte auch der König mit seiner Familie und seinen russischen Gästen Herrn Gladstone auf dem „Pembroke Castle“ einen Gegenbesuch gemacht und das Frühstück bei ihm eingenommen. Die österreichische Presse erblickte in diesem Besuch des leitenden englischen Staatsmannes am dänischen Hofe einen politischen Schachzug, der sich in erster Linie gegen Österreichs Machtstellung auf der Balkanhalbinsel richte. Die Londoner Blätter versicherten dagegen, daß dieser Ausflug des Premiers nach dem Sunde und die sich daran knüpfenden Begegnungen mit dem Könige von Dänemark und dem Kaiser von Rußland rein privater Natur seien und eines politischen Beweggrundes entbehrten. Sie gefielen sich, allen voran die „Times“,

darin, sich über die Andeutungen der Zeitungen des Festlandes, betreffend die politische Bedeutung der Reise des britischen Premiers, lustig zu machen, wobei sie den Versuch machten, Herrn Gladstone in Bezug auf die Fragen der auswärtigen Politik als harmlose Person hinzustellen. Die „Times“ malte ihren Lesern wie die „Märchentante“ aus, wie sich die Hofgesellschaft in Fredensborg allmählich zu langweilen begonnen habe, wie sie freudig erregt geworden bei der Kunde, daß ein so interessanter Gast, wie Herr Gladstone, die Eintönigkeit zu unterbrechen gekommen sei. Die Unterhaltung, die Herr Gladstone mit den erlauchten Gästen König Christians IX. geführt, sei sicherlich überreich und mannigfach und ohne unziemliche Erregung gewesen. „Der Angreifer des Vatikans und das Haupt der Kirche des Ostens müssen einander viel Interessantes zu sagen gehabt haben. Der gelehrte Kenner des alten Griechenlands und der König der heutigen Hellenen müssen eine Fülle von Gegenständen für ein leichtes und glänzendes Tischgespräch beherrschen.“ Auch die dänische Hymnologie würde zweifelsohne Herrn Gladstones Aufmerksamkeit angezogen haben, nicht minder die deutschen Manöver, in Bezug auf welche der Premier jedoch die Rolle eines Zuhörers vorgezogen hätte.

Die „Times“ vermutete richtig, daß man diese Ansicht von der königlichen Tischgesellschaft auf dem Festlande als frivol oder hypokritisch ansehen werde. Es mag zu Zeiten wahr sein, wie das Cityblatt seinen „kontinentalen Freunden“ versicherte, daß ein englischer Premierminister nie ungefährlicher sei, als wenn er auf Reisen sich befinde — aber bei einem Minister von der unruhigen und rastlosen Art des Herrn Gladstone, der Deutschland wenig sympathisch gesinnt und kaum im stande ist, seine Abneigung gegen Österreich zu zügeln, hielt es schwer, an solche Harmlosigkeit zu glauben, wenn er einem der Hauptträger europäischer Politik gegenübertrat in der Person des russischen Kaisers, auf dessen Orientpolitik einen Einfluß zu gewinnen so außerordentlichen Wert für Herrn Gladstone hatte. Von dem Gewicht, welches der persönliche Verkehr politischer Männer, namentlich eines Souveräns, in die politische Wagschale legt, schienen die englischen Blätter keine genügende Vorstellung zu haben. Auch der „Standard“ hielt es für nötig, die festländischen Politiker zu versichern, daß Herr Gladstone kein

weitausblickender Staatsmann und für eine Verschwörerrolle nicht geeignet sei — das konservative Blatt war jedoch anderer Ansicht, als sich der damalige Premier mit den Radikalen und irischen Homerulern zum Sturz des Beaconsfieldschen Kabinetts verband, vornehmlich in der Absicht, des konservativen Ministers auswärtige, an Deutschland und Österreich sich anlehnende Orientpolitik zu bekämpfen. Sollte wirklich die Kopenhagener Reise nur ein Reiseerlebnis sein, welches die Fräulein Gladstones in ihren Reisealbums skizzierten und abzeichneten, so war das für den leitenden Staatsmann Englands sehr merkwürdig und des Ernstes kaum würdig, der einer so verantwortlichen Stellung ziemt. Die „St. James Gazette“ sprach von einem Akt „gedankenloser Indiskretion“ und begründete ihr Urteil wie folgt:

„Was Mr. Gladstone thun wird, schrieb das konservative Blatt, ehe er wieder nach Downing-Street zurückkehrt, das wissen wir nicht; die Thatsache seiner Kopenhagener Reise aber bleibt und sie ist eines der unbedachtsamsten Dinge, welche je auf dem Gebiete der auswärtigen Politik begangen wurden. Wir werden dadurch in unseren günstigen Bewegungen behindert, wir werden nicht so frei sein, als wir es gewesen wären, wenn dieser unglückselige und — wie wir hoffen — zwecklose Besuch niemals stattgefunden hätte. Und dies Alles zu einer Zeit, wo Europa an der Schwelle neuer großer Ereignisse steht! Der ganze Vorfall zeigt, wie wenig Klugheit, Takt und gesundes Urteil — die in der Politik nützlicher sind als das Genie — bei dem Staatsmann zu finden sind, dessen Händen jetzt das Schicksal Englands anvertraut ist. Leichtsinn, Gedankenlosigkeit und Indiskretion in Wort und That. Sie haben in unseren Beziehungen zu fremden Mächten vorgewaltet, seit das gegenwärtige Ministerium zur Herrschaft gelangte, und dabei scheint es bleiben zu wollen.“

In Berlin faßte man den Abstecher des Herrn Gladstone nach Kopenhagen nicht so harmlos auf, wie die englische Regierungspresse ihn zu schildern bemüht war, in der er auf gleiche Stufe mit Herrn Gladstones Liebhaberei, Bäume zu fällen und in der Kirche seiner Gemeinde aus der Bibel vorzulesen, gestellt wurde. Es wollte jedenfalls wenig besagen, wenn die einem Mitgliede des Kabinetts nahestehende „Pall Mall Gazette“ versicherte, „daß die

auswärtige Politik Englands ohne Wissen und Zustimmung des Volkes selbst von dem mächtigsten und populärsten Minister nicht festgestellt werden kann." Die „Zustimmung des Volkes" bedeutet unter Umständen nur die Zustimmung der ministeriellen Majorität zu vollendeten Thatsachen, welche diese Mehrheit nur auf die Gefahr hin, die Macht durch den Rücktritt des Ministeriums zu verlieren, verweigern könnte. Sehr recht hatte die „Pall Mall Gazette" ohne Zweifel, wenn sie erklärte, daß, falls Rußland und Deutschland sich jemals schlagen sollten, England sicherlich weder dem einen noch dem andern helfen würde. Das glaubte man in Berlin gern, aber es schloß nicht aus, daß zwar nicht „England", aber mancher englische Politiker die bezeichnete Eventualität gern würde eintreten sehen. Halboffiziöse Äußerungen legten die Vermutung nahe, daß man in leitenden Kreisen Berlins zwar nicht an ein deutschfeindliches Ergebnis der Reise des Herrn Gladstone glaubte, wohl aber an eine dabei im Spiel gewesene Absicht, Anknüpfungen im Sinne einer den deutschen und österreichischen Bestrebungen entgegengesetzten Politik auf der Balkanhalbinsel zu suchen.

Eine gleich gereizte Sprache hatten die Berliner offiziösen Blätter seit Jahren nicht geführt. Fürst Bismarck hat immer die Ansicht ausgesprochen, daß England und Deutschland, wenn nicht ausschließlich aufeinander angewiesen, doch nach Stammesverwandtschaft, nach geschichtlichen Überlieferungen, vor allen Dingen aber nach gemeinsamen Interessen und nach der Abwesenheit widersprechender Interessen den Beruf haben, in freundlichstem Einverständnis miteinander zu leben. Die Form für dieses Einverständnis zu finden ist seine Mühe seit Jahr und Tag. Wenn der Fürst Bismarck, wie er das oft thut, die „naturgemäß" guten Beziehungen zwischen Deutschland und England hervorhebt, läßt er doch nicht selten ein Wort einfließen, das auf den Mangel einer vorsichtigen und geschickten Diplomatie auf englischer Seite gegenüber Deutschland anspielt. Während der orientalischen Verwickelung im Jahre 1877 sagte er: „Wir haben mit England die Tradition hundertjähriger guter Beziehungen, die ja mitunter auf dem öffentlichen Gebiet Momente der Entfernung gehabt haben, ich kann wohl sagen, einseitig auf englischer Seite; wir sind unserer Neigung fast durchgängig treu geblieben." Im Jahre 1878, als der Krieg zu

Ende ging, sagte Fürst Bismarck: „Dasselbe vertraute Verhältnis, in dem wir zu Rußland und Österreich stehen, haben wir mit England; wir sind mit diesem in der glücklichen Lage, keinen Streit der Interessen zwischen uns zu haben, es seien denn Handelsrivalitäten und vorübergehende Verstimmungen, die ja vorkommen, aber doch nichts, was zwei ernsthafte, arbeitsame, friedliebende Nationen in Krieg bringen könnte." Etwas empfindlich wurde die offiziöse Berliner Sprache, als im Jahre 1880 Gladstone das Regiment übernommen hatte. Im Jahre zuvor, damals als Deutschland und Österreich sich dem französischen und russischen Kriegslärm gegenüber zu einem Defensiv-Bündnis einigten, hatte derselbe Lord Salisbury, der heute an der Spitze des englischen Kabinetts steht, in einem konservativen Meeting in Manchester ausgerufen: „Großes Heil ist uns widerfahren" und die ganze Zuhörerschaft stimmte in diesen Ruf ein. Anders dachte und sprach man in den liberalen Kreisen Großbritanniens. Hier gab es sogar bei der Nachricht von dem Bündnis zwischen Deutschland und Österreich einen jähen Schrecken. Insbesondere tauchten kommerzielle Befürchtungen der schlimmsten Art auf. Man betrachtete jenes Bündnis unter dem zollpolitischen Gesichtspunkt, sah schon im Geiste Fürst Bismarck den Weltmarkt beherrschen und Englands Handel vernichten. Als es darauf im Frühjahr 1880 zu den Wahlen ging, erklärte Lord Hartington in einer Wahlversammlung den Sieg Beaconsfields für gleichbedeutend mit einem Anschluß Englands an Deutschland-Österreich und mit einer Trennung von dem republikanischen Frankreich. Er verwahrte sich hiergegen mit aller Entschiedenheit und warnte die Bevölkerung vor Wahlen, die England von Frankreich abwenden und zu Deutschland-Österreich hinwenden würden. Es war von Interesse, die Wirkung solcher Auffassung auf die öffentliche Meinung in Deutschland, Österreich und — Frankreich zu beobachten. In dem letztgenannten Lande gab es begreiflicherweise viel Händeklatschen und Bravorufen und davon wieder einen Widerhall in Rußland. In Deutschland und Österreich wurden liberale Stimmen laut, welche den englischen Liberalen die Freundschaft kündigten. Da nahm die „Nordd. Allg. Ztg." das Wort, um den Anschauungen der Regierungskreise Ausdruck zu geben, Dieses Blatt erklärte: Lord Hartington und Genossen möchten sich

doch nicht einbilden, daß man in Deutschland etwa auf Frankreich eifersüchtig sei, wenn dieses von England mehr geliebt und umworben würde, als Deutschland. Der Versuch, Englands Beteiligung an dem mitteleuropäischen Friedensschutz-Bündnis zu gewinnen, sei bisher weder von Deutschland noch von Österreich ins Auge gefaßt. Es läge gewiß im Interesse der Völker, wenn ihre Regierungen unter sich eine Assekuranz bildeten, um ihre Unterthanen vor den Leiden neuer Kriege zu bewahren. Aber es sei weder Deutschlands noch Österreichs Aufgabe, England für dieses System geneigt zu machen, und es liege durchaus nicht in der Natur dieses Systems, England von Frankreich zu trennen. Nichts dergleichen würde von den beiden Alliierten erstrebt. Weder in Deutschland noch in Österreich würde man zu einer Entfremdung der beiden Westmächte die Hand bieten. Bei den leitenden Politikern in Wien und Berlin herrsche vielmehr die feste Überzeugung, daß gute Beziehungen zwischen Frankreich und England dem Frieden nicht minder nützlich seien, als die zwischen den Alliierten von 1879. So lange Frankreich und England einig wären, würde ihre Politik friedliebender und gerechter sein, als die jeder einzelnen Macht im Falle einer Erkaltung und Isolierung. Solange sie Hand in Hand gingen, würden sie sich einander von Friedensstörungen abhalten und auf der Linie einer friedlichen und zivilisatorischen Politik sich zusammenfinden. Ihre Freundschaft gelte uns als ein Pfand für die Erhaltung des Friedens und Lord Hartington könne nur aus Unbekanntschaft mit der Politik der kontinentalen Mächte in den Irrtum verfallen, daß die Bestrebungen Österreich-Ungarns und Deutschlands dahin gerichtet wären, Englands gutes Einvernehmen mit Frankreich zu lösen.

Wunderbar, gerade das liberale Ministerium von 1880 hat Frankreich den empfindlichsten Schlag beigebracht, den es seit 1870 erhalten, es nahm ihm Ägypten, dessen Verlust schwerer wiegt, als der von Elsaß-Lothringen. Die alte englisch-französische Allianz ging darüber verloren. Das Kabinett Gladstone hatte den französischen Parlamentarismus zu seinem Bundesgenossen. Dieser stürzte Herrn v. Freycinet im Jahre 1882, als er von der Kammer einen Kredit für die gemeinsame Besetzung Ägyptens durch französische und englische Truppen verlangte. Dem diplomatischen Feldzuge, welchen

Ferry 1884 gegen England eröffnete, um den Fehler wieder gut zu machen, bereiteten die Deputierten im Jahre 1885 ein jähes Ende, indem sie Ferry stürzten. In der ägyptischen Frage, 1882, sah Bismarck sich in seinem Bestreben, zwischen England und Frankreich derartig vermittelnd einzutreten, und die brennende Frage dahin zu lösen, daß England in einer die französischen Interessen nicht verletzenden Weise die ägyptischen Verhältnisse regele, durch den gegen England feindlichen Ton der deutschen Presse durchkreuzt. Diese geriet vollends durch das Bombardement von Alexandria aus dem Häuschen, auch solche Blätter, wie Bismarck sich ausdrückte, „welche die Reichsregierung in inneren Fragen zu unterstützen pflegen.“ Der Reichskanzler ließ ihnen bedeuten, die Kaiserliche Politik sei sorgfältig bemüht, jede Parteinahme zu vermeiden und die verhältnismäßig wenig interessierte und verpflichtete Stellung Deutschlands im Orient erleichtere ihr die Aufgabe, ihre guten Beziehungen zu allen, auch zu den unter sich nicht einigen Mächten zu schonen. Es wäre eine große Thorheit, wenn Deutschland, ohne daß seine Interessen oder seine Ehre es geböten, seine guten Beziehungen zu irgend einer der europäischen Mächte mutwillig gefährden wollte, sei es durch Eingreifen, ohne daß ein eigenes Bedürfnis dafür vorliege, sei es durch verletzende Parteinahme gegen andere Mächte und gegen die Art, wie diese ihre Interessen glauben wahrnehmen zu müssen. Diese wohlwollende Neutralität Deutschlands war wohl eines Dankes wert gewesen, ganz abgesehen davon, daß England die Herrschaft am Suezkanal heute sicher nicht übte, wenn nicht die Schlachten von Metz und Sedan geschlagen worden wären, deren Früchte England in Ägypten in den Schooß fallen.

Gladstone und Granville selber verdarben die Sache, indem sie aussprengten oder aussprengen ließen, Deutschland habe ihnen den Rat gegeben, Ägypten zu annektieren. Das machte in Berlin böses Blut. „Wenn es wahr wäre, sagte man hier, daß der Reichskanzler in diesem Sinne die englische Regierung bearbeitet hätte, so müßte dadurch natürlich das Vertrauen bei allen den Regierungen, deren Interesse durch die englische Annexion Ägyptens verletzt worden wäre, wesentlich erschüttert werden, also in erster Linie bei der Pforte, über deren Reichsgebiet ohne sie verfügt worden wäre;

dann aber auch bei Frankreich, bei Rußland und selbst bei Österreich. Alle Mächte sind vertragsmäßig bei der Integrität des türkischen Gebietes interessiert, und es muß ihnen daran gelegen sein, daß nicht Teile desselben von anderen Großmächten einseitig annektiert werden.“ Fürst Bismarck brachte diesen Punkt erst 1885 öffentlich zur Sprache, als die englische Erfindung, daß der Reichskanzler Ägypten einfach den Engländern angeboten oder ihnen geraten habe, es zu nehmen, zum ersten Mal in der amtlichen Form ministerieller Reden und Depeschen auftrat.

Inzwischen waren die Kollisionen zwischen England und Deutschland auf dem kolonialpolitischen Gebiete immer heftiger geworden. Die Unfreundlichkeit Englands gegen Deutschland gab allein die Veranlassung zur Verfolgung einer eigenen Kolonialpolitik seitens Deutschlands. Fürst Bismarck ist von vornherein niemals ein kolonialpolitischer Enthusiast in Bezug auf Deutschland gewesen. Erst Englands Verhalten gegenüber deutschen Niederlassungen auf fernen Gestaden, erst der Mangel an Schutz, über den sich die deutschen gegenüber den englischen Kolonialbehörden so bitter zu beschweren hatten (wie die deutschen Weißbücher schlagend nachweisen), gegenüber denselben Behörden, in deren Hände Deutschland vertrauensvoll das Protektorat deutscher Kolonien niedergelegt hatte — erst dieses Verhalten, das unsere Nation bisher kaum geahnt hatte, und das uns erst 1884 die Dokumente enthüllten, hat Deutschland die Notwendigkeit aufgedrungen, sich selbst zu helfen und auf fremden Schutz zu verzichten.

Wichtig waren die Erklärungen, welche im Juni 1884 Fürst Bismarck in der Budgetkommission des Reichstages über seine Verhandlungen mit auswärtigen Mächten abgab. Er habe sich, sagte er, schon früher dagegen ausgesprochen und sei auch heute noch der Ansicht, daß es für uns nicht richtig sein würde, Landstriche, wo wir noch keine Interessen haben, zu okkupieren, um dort künstlich eine deutsche Einwanderung hervorzurufen, ein solches Gebiet von deutschen Beamten verwalten zu lassen und dort Garnisonen zu errichten. Für ein solches Kolonialsystem fehle es uns an hierzu geschulten Beamten, dasselbe würde für uns zu theuer sein und würde unsere Marine zu sehr in Anspruch nehmen, deren Entwickelung durch die geringe Ausdehnung der deutschen Küste und die

hieraus sich ergebende schwache seemännische Bevölkerung, sowie durch die niedrige Heuer begrenzt werde, welche unsere Seeleute vielfach veranlaßte, bei den Engländern und Amerikanern Dienste zu suchen. Etwas anderes aber sei es, die aus der deutschen Nation gewissermaßen herauswachsenden freien Ansiedelungen von Reichsangehörigen in Gegenden, welche nicht unter der anerkannten Hoheit einer anderen Nation stehen, unter den Schutz des Reiches zu stellen. Er halte es für eine Pflicht des Reiches, den auf diese Art begründeten überseeischen Niederlassungen von Reichsangehörigen, nicht nur ihren Faktoreien, sondern auch den von ihnen erworbenen Territorien mit dem Schutze des Reiches zu folgen. Auch hier lasse sich der Nutzen nicht rechnungsmäßig vorhersagen, aber man könne ihn auf Grund der von anderen Nationen gemachten Erfahrungen verwerten. In diesem Sinne habe Se. Majestät der Kaiser sich dazu entschlossen, die von Herrn Lüderitz bedründete Niederlassung unter den Schutz des Reiches zu stellen. Um von vornherein die Möglichkeit von Streitigkeiten zu verhüten, habe er — der Reichskanzler — zunächst zu ermitteln versucht, ob der fragliche Küstenstrich irgend einer anderen Nation gehöre. Es sei aktenmäßig festgestellt worden, daß dies nicht der Fall sei. In amtlichen englischen Dokumenten sei der Oranjefluß als die nördliche Grenze der Kapkolonie bezeichnet worden, und die portugiesischen Besitzungen südlich vom Kongogebiet reichten nicht bis dorthin. Zudem hätten Schutzanträge rheinischer Missionäre schon vor einigen Jahren die Gelegenheit zur Anfrage bei der englischen Regierung geboten, ob sie den im Namaqua- und Herrerolande sich aufhaltenden Deutschen Schutz gewähren wolle. Wir hatten die Antwort erhalten, daß England nördlich vom Oranjefluß mit einziger Ausnahme der Walfischbai keine Jurisdiktion ausübe und nicht in der Lage sei, in den fraglichen Gebieten Schutz zu gewähren. Trotzdem habe der Reichskanzler der Sicherheit wegen im Dezember v. J. an die englische Regierung eine Note mit der Frage gerichtet, ob England an diesem Küstenstriche Eigentumsrechte besitze oder auf denselben einen Anspruch erhebe, und wenn ja, auf welchen Rechtstitel ein solcher Anspruch begründet würde, sowie eventuell, welche Einrichtungen englischerseits dort beständen, um Schutz zu gewähren. Hierauf sei lange keine Antwort erfolgt, obwohl eine

solche aus den Akten über die faktische Ausdehnung des englischen Kolonialbesitzes wohl möglich gewesen wäre. Es sei vielmehr eine Korrespondenz zwischen London und Kapstadt eingeleitet worden, welche dort so aufgefaßt wurde, als wenn wir den Schutz Englands für die deutsche Niederlassung herbeiwünschten. In Kapstadt sei eine Ministerkrisis hinzugekommen und dadurch die dortige Beschlußfassung verzögert worden. Als dieser Hergang hier bekannt geworden, sei es angezeigt erschienen, zur Beseitigung jener irrtümlichen Annahme durch den deutschen Konsul in Kapstadt die dortigen Behörden zu benachrichtigen, daß Herr Lüderitz mit seinen Niederlassungen unter dem Schutze des Reiches stehe. Dies sei die Bedeutung des Telegrammes vom 24. April, welches zugleich auch der englischen Regierung mitgeteilt wurde. Seit einer am Tage zuvor eingelaufenen telegraphischen Nachricht aus London dürfe er die Frage als dahin entschieden ansehen, daß die englische Regierung nicht glaube, auf den fraglichen Küstenstrich einen Rechtsanspruch zu besitzen, und daß auch die Kapregierung infolge dessen die deutsche Erwerbung respektieren werde. Der Reichskanzler konstatierte ferner die vorhandene Absicht, auch andere in ähnlicher Weise entstandene, oder entstehende Niederlassungen unter den Schutz des Reiches zu stellen. Die Frage wegen Sicherstellung der deutschen Interessen im Kongogebiete sei insofern etwas verwickelter, als es sich hierbei um Verhandlungen mit vielen Mächten handle. Der Meinungsaustausch, in den wir hierüber mit anderen Regierungen eingetreten seien, habe ergeben, daß die Ansprüche Portugals auf das untere Kongogebiet nicht anerkannt wurden. Auch sei man im Interesse des Handels nicht geneigt, einer Ausdehnung der portugiesischen Kolonialverwaltung zuzustimmen. Dagegen werde jetzt mit Portugal und den anderen seefahrenden Staaten darüber verhandelt, wie die Kongofrage durch ein gemeinsames Abkommen geregelt werden könne. Die Errichtung neuer Freistaaten am Kongo auf der Grundlage der von der internationalen afrikanischen Gesellschaft, die er nach ihrem Kristallisationspunkte die belgische nennen wolle, sei ein Unternehmen, das wir zu unterstützen gedächten, falls es gelinge, die deutschen Interessen vorher durch einen Vertrag sicher zu stellen, welcher uns dort volle Handels- und Verkehrsfreiheit gewähre. Auf diese Weise sei also der Kaiser be-

strebt, dem deutschen Handel das weite Gebiet von Zentralafrika zu freier Entfaltung offen zu halten.

Was die Form anlangt, in welcher der Niederlassung von Angra Pequena der Schutz des Reiches zuteil werden sollte, so schwebe der Regierung vor, derselben einen Kaiserlichen Schutzbrief zu erteilen, ähnlich wie solche unter dem Namen „Royal Charter" englischerseits der ostindischen Kompagnie und neuerdings der Nordborneogesellschaft gewährt worden seien. Es werde sich daran vielleicht die Errichtung von Kohlenstationen und eine Ausdehnung des Konsularsystems knüpfen. Dieses System könne eventuell auch auf andere Unternehmungen dieser Art an der afrikanischen Küste und in der Südsee angewandt werden. Nachdem der Reichskanzler noch über das Verhalten der englischen Kolonialregierung auf den Fidschi-Inseln und über die australische Kolonialregierung, welche ungemessene Ansprüche auf unabhängige Gebiete in der Südsee erhebe und das Prinzip proklamiert habe, daß alle vor einer etwaigen englischen Besitzergreifung gemachten Landerwerbungen in diesen Gebieten null und nichtig sein würden, sich ausgesprochen hatte, beantwortete er die Frage nach den Mitteln, mit welchen das Reich die deutschen Unternehmungen in fernen Gegenden wirksam schützen könne, dahin, daß hierbei vor allem der Einfluß des Reiches und der Wunsch und das Interesse anderer Mächte, mit demselben in freundschaftlicher Beziehung zu stehen, in Betracht kommen. Wenn man im Auslande den festen Willen der deutschen Nation erkenne, jeden Deutschen nach der Devise: civis romanus sum, zu schützen, so werde es nicht schwer fallen, diesen Schutz ohne besondere Kraftanstrengung zu gewähren.

Im Januar 1885 nahm Fürst Bismarck bei der Beratung des Nachtragsetats für den Gouverneur von Kamerun das Wort. Die Debatte begann unter dem Eindruck der Telegramme über einen blutigen Kampf in Kamerun und über die Zumutung der neuseeländischen Kolonialregierung an das englische Kabinett, die Samoainseln zu annektieren; Fürst Bismarck fügte, als er das Wort nahm, noch die weitere Mitteilung hinzu, daß die Eingeborenen die deutsche Okkupation aus Neu-Guinea „hinausgeworfen" hätten. Eine Bemerkung des Herrn Windthorst, wonach Deutschland rings von Feinden umgeben sei und darum keine ernstliche Kolonialpolitik

soll treiben können, veranlaßte den Kanzler zu einem Blick auf die europäische Stellung des Reiches. Nächst Österreich und Rußland wurden dabei Italien und Spanien als Staaten aufgeführt, mit denen unsere freundschaftlichen Beziehungen intime seien; von Frankreich sagte der Kanzler, daß wir mit diesem Lande seit 1866 nicht in so gutem Verhältnis gestanden, wie jetzt. Eine besondere Stellung erhielt in dieser Schilderung der internationalen Lage England angewiesen, auf das Fürst Bismarck wiederholt zurückkam. Die Herbeiführung eines Krieges zwischen Deutschland und England bezeichnete er als einen derartigen Frevel, daß daran nicht zu denken sei, weder unter dem jetzigen noch unter einem künftigen englischen Kabinett. Es blieb aber nach der Darstellung des Kanzlers kein Zweifel darüber, daß England zu dem Entschluß Deutschlands, an der Herrschaft über das Meer und über die noch unzivilisierten Länder seinen Anteil zu nehmen, erst noch die den beiderseitigen wohlverstandenen Interessen entsprechende Stellung zu finden habe. Mit der ihm eigenen Offenheit sprach der Kanzler es aus, daß Deutschland, auch ohne nach des Herrn Windthorsts Meinung eine der englischen ebenbürtige Flotte behufs der Durchführung unserer Kolonialpolitik erbauen zu müssen, als Freund und als Gegner für England ins Gewicht fallen würde bei allen internationalen Fragen.

„Aber wir stehen“, setzte der Kanzler hinzu, „mit England in gutem Einvernehmen. Daß England in dem Bewußtsein „Britannia rules the waves“ etwas verwunderlich aufsieht, wenn die Landratte von Vetter — als die wir ihm erscheinen — plötzlich auch zur See fährt, ist nicht zu verwundern, die Verwunderung wird indes von den höchsten leitenden Kreisen in England in keiner Weise geteilt. Die haben nur eine gewisse Schwierigkeit, den Ausdruck des Befremdens bei allen ihren Unterthanen rechtmäßig zu mäßigen, aber wir stehen mit England in althergebrachten, befreundeten Beziehungen und beide Länder thun wohl daran, diese befreundeten Beziehungen zu erhalten. Wir würden, wenn die englische Regierung sich die Beurteilung mancher ihrer Unterthanen in Betreff unserer Kolonialpolitik vollständig aneignen sollte, in anderen Fragen, die England mehr interessieren, kaum imstande sein, ohne Mißbilligung von seiten der deutschen Bevölkerung die

englische Politik zu unterstützen. Wir würden vielleicht genötigt sein, diejenigen, die, ohne es zu wollen, Gegner von England sind, zu unterstützen, und irgend ein do ut des herzustellen, aber ich glaube, daß wir auch mit der englischen Regierung in Beziehungen leben und leben werden, die Englands Feindschaft gegen uns ausschließen."

Die englische Presse wandte sich gegen die Drohung Bismarcks, Deutschland werde mit den Gegnern Englands gehen, falls England fortfahre die deutsche Kolonialpolitik zu durchkreuzen. Die „Times" erklärte, England dürfe Interessen seiner südafrikanischen und australischen Kolonisten nicht gegen Deutschlands diplomatische Unterstützung oder Unparteilichkeit in der ägyptischen Frage verschachern. „Die Ausdehnung der ungeheuren organischen Masse des englischen Reiches darf nicht mit Rücksicht auf die thatsächlich begründeten oder unbegründeten Empfindlichkeiten irgend einer andern Nation geregelt werden". Diese wenigen Worte beleuchten, sagte die „Köln. Ztg.", blitzartig die Strömung der öffentlichen Meinung in England; sie zeigen, daß John Bull trotz aller üblen Erfahrungen nichts gelernt und nichts vergessen hat, sie führen in den internationalen Verkehr eine ganz ungeheuerliche Theorie ein. John Bull hält noch immer an seinem Anspruch auf das koloniale Monopol fest, er glaubt noch immer, daß jedem Engländer schon in der Wiege eine kleine Ausgabe der Weltkugel beigegeben sei. In den Augen der „Times" spielt das englische Reich im Völkerverkehr jene Rolle, welche dem schweren Lastfuhrwerk im Straßenverkehr zufällt; der Rosselenker des Rollwagens kann rücksichtslos zufahren, ohne links und rechts zu sehen, denn er weiß, daß sein schwerfälliges Fahrzeug wohl die leichten Wagen beschädigen, selbst aber kaum beschädigt werden kann. Es war diese in ein System gebrachte englische Rücksichtslosigkeit, welche die europäischen Völker gezwungen hat, gegen England Schulter an Schulter zusammen zu stehen.

Am 26. Februar schloß die am 15. November 1884 eröffnete Kongo-Konferenz. In der europäischen Politik hat es seit dem deutsch-französischen Kriege als ein jedem Zweifel entrückter Satz gegolten, daß die beiden Gegner von 1870/71 nur in offenem oder verstecktem Gegensatz sich bethätigen könnten. Es war eine der

größten Überraschungen, von denen die Diplomatie zu erzählen weiß, daß mit einem Male jene beiden Regierungen sich zu einer großen politischen Aktion vereinigten. Die französischen Staatsmänner fanden es sicher nicht leicht, den Widerspruch in der eigenen Brust gegen ein gemeinsames Vorgehen mit Deutschland zu überwinden, sie gaben sich auch keinem Zweifel hin, daß sie ähnlichen, noch viel schärferen Gefühlen in der französischen Bevölkerung begegnen würden. Auf der andern Seite hatte der leitende deutsche Staatsmann sein Augenmerk seit dem großen Kriege darauf gerichtet, das Feld seiner unmittelbaren Aktion so viel wie möglich einzuschränken, alles, was einem auswärtigen Abenteuer nur von ferne ähnlich sah, soviel wie möglich zu vermeiden. Wenn nun die beiden Regierungen gleichzeitig ihr Verhalten änderten, Frankreich seine Reserve gegen Deutschland, Deutschland seine Reserve gegen eine überseeische Politik aufgab, so mußten es zwingende Gründe sein, die eine solche Wendung vorschrieben.

Auch hatte die europäische Presse seit Monaten nun unausgesetzt erörtert, wie die Grundsätze über die Schiffahrt auf dem Kongo und Niger, über die Bedingungen der Anerkennung des Besitzstandes einer Nation an bisher nicht okkupiertem Gebiet ganz unmittelbare Interessen der Mehrzahl der Staaten berühren. Wie auch in den Augen der Regierungen die Wichtigkeit der Konferenz gewachsen, das ergab sich daraus, daß eine Reihe größerer Regierungen nach und nach aus der zweiten an die erste Reihe der Teilnehmer trat. Zuerst sollten außer Deutschland, Frankreich und England nur die Niederlande, Belgien, Spanien, Portugal und die Vereinigten Staaten bei der Beratung mitwirken. Dann aber meldete sich Italien mit dem Wunsche nach Teilnahme, Österreich und Rußland schlossen sich an; zuletzt erwirkte denn auch noch die Türkei eine Einladung, vielleicht als Zeichen, wie sie berufen sein könnte, vielleicht auf einem anderen afrikanischen Gebiete in verstärkter Weise in Aktion zu treten. Es war ein offenes Geheimnis, daß es England einen schweren Entschluß kostete, auf einem westafrikanischen Kongreß in Berlin zu erscheinen. In der Berufung der Konferenz glaubte England einen Zug gegen sich zu sehen, es glaubte die Bedeutung derselben in der Feststellung eines Gegensatzes zwischen ihm und den anderen Nationen zu finden. Aber

seine Interessen weisen es darauf hin, ein freundliches Einverständnis mit allen anderen Nationen zu pflegen; es hatte bei einer Verbitterung der wechselseitigen Beziehungen unendlich mehr einzubüßen, als ihm irgend eine Vergrößerung seines schon übermäßigen Kolonialbesitzes nützen kann.

Als wenige Tage nach dem Schlusse der Kongokonferenz, auf der England ein altes Monopol opferte, Fürst Bismarck im Reichstag erschien, ging alsbald eine Ahnung durch das Haus, daß vom Regierungstisch her einige gewichtige Bemerkungen über den provokatorischen Inhalt der jüngsten englischen Blaubücher und die Anschuldigung, welche Lord Granville angesichts Europas in einer Sitzung des Oberhauses wider den deutschen Reichskanzler erhoben hatte, zu erwarten sein. Was dann geschah, ging erheblich über diese Erwartung hinaus. Fürst Bismarck beschränkte sich nicht auf einige abweichende und aufklärende Bemerkungen, sondern er beseitigte mit gewaltigen Axthieben das ganze Gestrüpp falscher Aufstellungen, Verdächtigungen und Erfindungen, unter denen das Kabinett Gladstone, als ihm ein Tadelsantrag Northcotes Herz und Nieren zu prüfen drohte, die Irrwege seiner bisherigen Politik jedem prüfenden Blicke zu verbergen suchte.

Die jüngsten englischen Blaubücher waren publiziert worden, um angesichts der erwarteten Debatten über den erwähnten Tadelsantrag einigermaßen Stimmung für das bedrohte Kabinett zu machen. Um diesen Zweck zu erreichen, scheute sich Granville nicht, wider alles Herkommen ohne Anfrage bei der betreffenden Regierung Berichte über vertrauliche diplomatische Unterredungen und Noten, ja sogar Schriftstücke zu veröffentlichen, welche ohne Vertrauensbruch oder Intrigen der englischen Regierung gar nicht zu deren Kenntnis gelangt sein konnten. Es kümmerte ihn nicht, daß die Zustutzung, welche er seinen Publikationen gab, dem offenen Streben, Mißtrauen zwischen Frankreich und Deutschland zu säen, also den Weltfrieden ernstlich zu gefährden, gleichkam. Alles das that Granville, um für die Stunde des Gerichts, welches das englische Parlament über die Sünden des Gladstoneschen Kabinetts abzuhalten im Begriffe stand, unter den Richtern ein Gefühl des Mitleidens darüber wachzurufen, mit welcher Heimtücke deutscherseits die ehrliche, entgegenkommende englische Kolonialpolitik zu kämpfen

habe. Es sollte dadurch den Konservativen eine ihrer Waffen, der Vorwurf nämlich, daß Gladstone in leichtfertiger und thörichter Weise die Freundschaft Deutschlands verscherzt habe, entwunden werden. Dem deutschen Publikum und wohl auch einem großen Teile des außerdeutschen bestätigten die „Enthüllungen" des englischen Blaubuches freilich nur, was man schon früher Nachteiliges über die auswärtige englische Politik, namentlich über ihre Ansprüche, daß in überseeischen Angelegenheiten für alle Nationen lediglich das englische Interesse maßgebend zu sein habe, gewußt hatte. In der Oberhaussitzung vom 26. Februar formulierte Lord Granville seine Anschuldigung gegen den Fürsten Bismarck dahin, derselbe habe sich unfreundlich über die englische Politik in Ägypten geäußert, weil die englischen Ministerien, das vorige und das jetzige, den wiederholt von ihm gegebenen Rat, to take Egypt, nicht befolgt hätten. Dieser Verhandlung gegenüber konstatierte Fürst Bismarck am 2. März im Reichstage zunächst die wachsende Schärfe und Unfreundlichkeit der Sprache der englischen Diplomatie, die Veröffentlichung eines Schreibens eines australischen Königs an den deutschen Kaiser, ehe dasselbe in dessen Hände kam, die Resümierung vertraulichster Unterhaltungen des Reichskanzlers mit englischen Diplomaten in veröffentlichten amtlichen Aktenstücken, die Zurückdrängung des mündlichen Verkehrs und die Überschwemmung der deutschen Regierung mit einer wahren Flut diplomatischer Noten. Eine weitere Beschwerde des Reichskanzlers war gegen die Erklärung Lord Granvilles gerichtet, als ob durch die von dem Fürsten Bismarck vertretenen Ansprüche England genötigt werden sollte, aller Freiheit der Aktion in kolonialen und auswärtigen Angelegenheiten zu entsagen. Hierin sah Bismarck eine persönliche Anfeindung. Derselbe stellte dann noch ein präzises Dementi der Granvilleschen Behauptung entgegen, es sei von ihm englischen Ministern der Rat erteilt worden, Ägypten zu nehmen, er habe versucht, England vom Pfade der Tugend abspenstig zu machen. Fürst Bismarck erörterte an der Hand einer von ihm zitierten Note vom September 1882 die Politik ausführlich, die er auf wiederholte Anfrage der englischen Regierung dieser Ägypten gegenüber empfehlen zu können glaubte. Hiergegen bezog sich Granville im englischen Parlamente auf spätere, angeblich nicht vertrauliche

Erklärungen des Reichskanzlers aus dem Jahre 1883, die ihm — Lord Granville — auszudrücken schienen, „daß es vor zwei Jahren der Wunsch und die Hoffnung der deutschen Regierung war, daß England die Vertretung der Interessen Europas in Ägypten in Zukunft auf sich nehmen solle“. Zwischen diesem „Wünschen und Hoffen“ der deutschen Regierung und dem Aufdrängen eines Rates, Ägypten zu nehmen, war denn doch ein klaffender Unterschied. Eine höchst eigentümliche Rolle in dieser Angelegenheit spielte der auswärtige Minister im Ministerium Beaconsfield, der Kolonialminister Graf Derby im Kabinett Gladstone. Auf seine Autorität hin hatte Granville behauptet, Bismarck habe schon dem vorigen Ministerium denselben Rat gegeben, Ägypten zu nehmen. Der Marquis von Salisbury verhöhnte diese Behauptung Derbys als ein „Geschichtchen“; niemals, so lange er im Ministerium gewesen, habe er von einem solchen Anerbieten gehört.

Zwischen der Rede Granvilles vom 26. Februar, durch welche sich Fürst Bismarck herausgefordert fühlte, und derjenigen vom 6. März, die eine Erwiderung auf die Rede Bismarcks vom 2. März war, lag die Mission des Grafen Herbert Bismarck, durch welche der Reichskanzler die Welt mitten in der Aufregung über die Rede vom 2. März überraschte.

Aus London wurde unter dem 5. März gemeldet: „Graf Herbert Bismarck ist hier eingetroffen und hatte gestern Abend eine Unterredung mit Lord Granville.“ — Die „Times“ knüpfte an die Anwesenheit des Grafen Bismarck die Hoffnung, es würden Mittel für die Wiederaufnahme freundlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England gefunden werden. Mißverständnisse hätten wahrscheinlich eine bedeutende Rolle in Herbeiführung der gegenwärtigen unglücklichen Verhältnisse gespielt; unter dem Einflusse persönlicher Erklärungen und der beiderseitigen versöhnlichen Neigung möchten sie verschwinden; Deutschland und England seien durch viele Bande unter einander verknüpft und hätten vieles gemein, so daß Eifersucht und Unfreundlichkeit, für welche keine wirklichen Gründe vorhanden seien, niemals entstehen sollten.

Die schwerwiegende Bedeutung dieser Reise ergab sich ohne weiteres aus den Umständen, die sie begleiteten. Am 2. März erst hatte Fürst Bismarck seine Rede gegen Lord Granville gehalten,

am 3. reiste Graf Herbert ab, am 4. noch erklärte die „N. A. Z.“, daß ein vertraulicher Verkehr zwischen den beiden Staatsmännern Deutschlands und Englands durch das Verhalten des einen zur Unmöglichkeit geworden sei, und am Abend desselben Tages war Graf Herbert bei Granville. Die Mission des Grafen konnte die Dinge, von welchen im Deutschen Reichstage und in der „N. A. Z.“ die Rede gewesen war, kaum zum Gegenstande haben, denn zu Besprechungen über diese Frage mußte die Initiative jedenfalls von England ausgehen. Dagegen lag eine Reihe von anderen Fragen vor, mit welchen die Entsendung des Grafen Herbert zusammenhängen konnte. Die Verständigung zwischen Deutschland und England in zwei brennenden Fragen — Kamerungebiet und Neuguinea — war die Frucht der Mission und in der Erledigung dieser Mission lag das Symptom für die überhaupt verbesserten Beziehungen zwischen den beiden Regierungen. Die Differenz hatte ihre eigentlichen Wurzeln in der den leitenden Ministern Englands Gladstone und Granville so zu sagen zur andern Natur gewordenen Unaufrichtigkeit, in dem zur Regel gewordenen Widerspruch zwischen ihren Worten und Handlungen. Um hierin Wandel zu schaffen, der bereits weit gediehenen Verwirrung ein Ende zu machen, waren die rückhaltslosen, klar bestimmten Kundgebungen des Deutschen Reichskanzlers das richtige Mittel, namentlich da Fürst Bismarck dabei nicht stehen blieb, sondern nach solcher Vorbereitung des Terrains gerade auf das Ziel, die Anbahnung einer Verständigung, losging und seinen Sohn als Vertrauensmann direkt an Lord Granville sandte.

Wie damals Graf Herbert Bismarck als außerordentlicher Agent in London erschien, so Lord Rosebery zwei Monate später in Berlin. Graf Münster, unser Botschafter in London, wurde bald darauf durch den Grafen Hatzfeldt ersetzt und ging nach Paris. Sir Edward Malet in Berlin gilt als seinen diplomatischen Aufgaben vollständig gewachsen und ist dem Fürsten Bismarck sehr eng befreundet. Seine Überredungskraft wurde keineswegs für nicht ausreichend erachtet, um auf Deutschland erfolgreich einzuwirken, man hielt es aber in London für nötig, bei der nicht beneidenswerten Lage Englands die Unterhandlungen mit Berlin mit ganz besonderem Eklat zu führen und schickte Lord Rosebery. So viel

stand fest, daß augenblicklich in Rußland in gewissen sehr einflußreichen Kreisen eine starke Reaktion gegen den Frieden mit England in Afghanistan vorhanden war, und daß das englische Ministerium, welches die Möglichkeit vor sich sah, allein einen Kampf gegen das mit Frankreich alliierte Rußland aufnehmen zu müssen, und noch dazu einem unfreundlichen Deutschland gegenüber, auf das eifrigste bestrebt war, sich mit der letztgenannten Macht auszusöhnen und dieselbe zu bewegen, ein gutes Wort für England in St. Petersburg und Paris einzulegen. Lord Rosebery gehört zu jener Klasse gut erzogener Engländer, die durch große Weltkenntnis und gesunden Menschenverstand vorurteilsfrei in ihren Neigungen und Beziehungen werden. Er ist bei den Engländern, die in ihm einen der besten Typen ihrer Aristokratie mit ihrer nützlichen Thätigkeit und ihren mannhaften Bestrebungen sehen, ebenso beliebt und hoch geachtet, als bei den Ausländern, die er mit wahrer schottischer Gastfreundschaft und in der liebenswürdigsten Weise bei sich aufnimmt. Aus manchen gemeinsamen Zügen ist eine große Zuneigung zwischen ihm und dem Grafen Herbert Bismarck hervorgegangen. Es kam damals eine Vereinbarung zwischen Deutschland und England über eine Abgrenzung der beiderseitigen Kolonialgebiete an der Küste des Golfs von Guinea (wozu namentlich Kamerun und dessen das Gebiet des oberen Benue bis Ibi umfassende Hinterland gehören) und in Neuguinea zustande. In derselben Zeit kam das Kabinett Gladstone zu Falle, nicht über die äußere Politik. Es folgte das konservative Kabinett Salisbury. In Berlin sagte man, es könne jetzt ein engerer Anschluß Englands an die Friedensliga der deutschen Mächte als feststehend angenommen werden. In der Rede, welche Lord Salisbury am 29. Juli im Mansion-House hielt, betonte der britische Premier-Minister u. a. die Gefahren eines parlamentarischen Regierungssystems, welches nur allzu leicht bei jedem Ministerwechsel auch die Politik des Landes in andere Bahnen bringen könne. Es sei daher, um fremde Nationen nicht glauben zu lassen, daß England keine Festigkeit in seiner Politik besitze, für die britischen Staatsmänner erforderlich, die Politik ihrer Amtsvorgänger fortzusetzen, selbst wenn diese Politik ihrer Auffassung nicht ganz entspreche. Nachdem Lord Salisbury sich hierdurch gegen den Vorwurf, daß sein Kabinett die auswärtige Politik der früheren

Regierung nicht umgestoßen, verwahrt hatte, gab er seinem Bedauern Ausdruck, daß Gladstone und Genossen überhaupt die Zügel der Regierung in der Hand gehabt hätten. Fast wehmütig klangen hier die Worte des Ministers, indem er schilderte, wie gut es um England bestellt sein würde, wenn die Politik Beaconsfield das Land weiter beherrscht hätte, im Vergleich zu der peinlichen Lage, in der Großbritannien nach fünfjähriger Gladstonescher Amtsführung sich befinde.

Lange Zeit richtete die offiziöse Presse der deutschen Reichskanzlei die ernstesten Vorwürfe gegen Englands „Zauderpolitik." Im Herbst 1886 schrieb die Nordd. Allg. Ztg. in einem bereits erwähnten Artikel: „Die Lage in Bulgarien würde eine andere sein, wenn man auch nur glauben könnte, daß England ernstlich nach einem Partner für einen gemeinsamen Widerstand gegen Rußland suche."

Es war das bei Gelegenheit der Rede, die der Schatzkanzler Lord Churchil in Darfort gehalten, und in der er mit Befriedigung von der Rede des österreichischen Ministerpräsidenten Tisza gesprochen hatte, die er als ein Zeichen dafür betrachtete, daß Österreich jetzt die Wacht auf dem Balkan übernehme. Er wollte sagen, England könne sich jetzt zurückziehen, da Österreich die Geschäfte für den britischen Löwen besorgen werde. England lebt des Glaubens, Fürst Bismarck werde auf die Dauer nicht in der Lage sein, seine Politik der „meisterhaften Unthätigkeit" fortzusetzen, es werde vielmehr bald die Zeit kommen, wo Deutschland zwischen Rußland und Österreich wählen und sich für letzteres entscheiden müsse.

Lord Salisbury hat sich durch große Friedensreden bemerkbar gemacht. Er hielt eine solche z. B. im August des Jahres 1887 bei einem Bankett im Mansionhouse zu London, welches nach altem Brauche der Lordmayor der britischen Hauptstadt zu Ehren der Minister kurz vor dem Schluß der Parlamentssession zu veranstalten pflegt. Es war eine Erstaunen erweckende Botschaft. Ihr fehlte offenbar der rechte Glaube. Man ist von Lord Salisbury an Schönfärbereien und optimistische Betrachtungen englischer Regierungshandlungen, sogar an gründliche Verkennung politischer Dinge gewöhnt, in weit umfänglicherem Maße gewöhnt, als durch Lord Beaconsfield. Wenn ersterer damals die kurz zuvor vollzogene

Regelung der seit dem Sommer 1885 schwebenden afghanischen Grenzstreitigkeiten eine billige nannte, wobei Rußland noch England Opfer gebracht habe, so war von anderer Seite behauptet worden, daß bei dieser Grenzregelung Rußland den Löwenanteil davon getragen. Der britische Premier adoptierte ein Wort des verstorbenen Beaconsfield, wonach in Asien Raum genug für England und Rußland sei. Daran war nur zutreffend, daß Rußland bereits Boden genug gefunden, um England bald hinauswerfen zu können. Lord Salisbury müßte einer der kurzsichtigsten Staatsmänner sein, wenn er den Drang der russischen Rivalen nach Osten nicht verstände, wenn er nicht begriffe, daß derselbe sich unmöglich mit Sandwüsten und wilden Völkerstämmen begnügen und England für alle Zeit das reiche Indien ruhig ausnutzen lassen wird. Die Sprache des englischen Kabinetts ist bei kollidierenden Interessen und vornehmlich in allen den Fällen, wo es den Rückzug antritt, niemals genau gewesen. Als z. B. die Russen mit den Tekinzen Krieg führten, erklärten die Organe der englischen Regierung eine etwaige Besitzergreifung von Merw, dem „Schlüssel zu Indien", als einen unvermeidlichen Kriegsfall. Rußland nahm Merw sowohl als Sarakhs in Besitz.

Wie verklauselte überdies der britische Minister seine Friedenssicherheit! Er wollte die Gefahren nicht unterschätzen, welche erhitzte Leidenschaften und große Rüstungen immer gegenwärtig halten. Und auf wie lange sah er die Kriegsgefahr verschwunden? Ungefähr bis zum Ende der Amtsdauer des dermaligen Londoner Lordmayors! So gleichen sich alle Bankettreden Salisburys. Er sagte weiter nichts, als daß für den Augenblick der Ausbruch eines kontinentalen Krieges nicht zu befürchten sei. „Gewiß — so sagte man in Berlin — wir leben im Augenblicke der Ruhe, aber in einer Empfindung, als ob ein Gewitter herannahe. Vielleicht giebt es noch eine Kunst, das Gewitter zu verscheuchen, aber hüten wir uns jedenfalls, auch nur einen Augenblick uns in Sorglosigkeit zu versetzen. In der überraschend schnellen Regelung der afghanischen Grenzstreitigkeiten in Verbindung mit dem in Bezug auf Rußland geradezu seltsam freundschaftlichen Charakter der Rede Salisburys will man sogar eine Bestätigung der Mutmaßung finden, daß die beiden Reiche noch zu anderen Übereinkünften gelangt seien, welche

u. a. England in seinen Differenzen mit Frankreich wegen Ägyptens und der Neuen Hebriden freie Hand sichere, wofür es der Balkanpolitik Rußlands gegenüber Neutralität beobachte. Wenn England auch der „russischen Werte“ sich in ausgiebigster Weise annehmen will, so kann das den Besitzern solcher in andern Ländern nur recht sein. Ist aber Salisburys Rede in Bezug auf den „tiefen Frieden“, den wir in Deutschland freudig begrüßen würden, von keiner durchschlagenden Wirkung, so hat sie aber eine symptomatische Bedeutung für einen wesentlich geänderten Prospekt der politischen Gesamtlage Europas.“

Auch das deutschfreundlichste Tory-Kabinett hat bis jetzt wenig Neigung gezeigt, sich mit eigenen Anstrengungen an kontinentalen Kriegen, selbst wenn sie das englische Interesse auf das empfindlichste berühren, zu beteiligen, die traditionelle englische Politik geht vielmehr dahin, andere Staaten zu Gunsten Englands zu verhetzen und in den Kampf zu treiben, aber selbst die Hände aus dem Feuer zu halten. In der Rede aus dem Monat August 1888, ebenfalls bei dem Lordmayor-Bankett gehalten, drückte Salisbury die Sehnsucht nach einer großen Friedensliga aus, welche jede Störung der Ordnung und Ruhe in Europa mit überwältigender Macht verhindere oder unterdrücke. Vor einem Jahre bekannte Lord Salisbury die Unmöglichkeit, den Händeln des Festlandes fernzubleiben, wenn England fortan seinen Einfluß im europäischen Staatenreigen behaupten wolle. Wenn dann ein Jahr später der englische Premier von der Ersprießlichkeit einer großen Friedensliga sprach, so sollte man meinen, seine Liebe könne keine platonische bleiben. Oder könnte er meinen, daß es genüge, wenn andere Mächte für den Frieden sorgen, ohne daß England seinen Teil zu diesem Werke beiträgt? Würde eine solche Politik der Enthaltsamkeit nicht geradezu eine Abdankung bedeuten? Schwerlich ist irgend ein Staat an der Einschränkung der russischen und französischen Abenteuerlust in gleichem Maße interessiert, wie das Inselreich. Aus diesem Grunde wird die Herstellung eines Tunnels über den Kanal bekämpft, und hat man eine Reihe von Maßregeln zur Erhöhung der britischen Wehrkraft beschlossen. Auch scheinen mit Italien und Österreich Gegenabmachungen zu bestehen, zu dem Zwecke, einerseits zu verhindern, daß das Mittelmeer eine französische See werde,

anderseits um das Goldene Horn nicht in russische Hände fallen und so die russische Flotte in das Mittelländische Meer gelangen zu lassen. Vielleicht haben ferner die wiederholten Reisen des Grafen Herbert Bismarck nach England und die geheimnisvollen Reisen Lord Randolph Churchils dem Zwecke gedient, das Inselreich der kontinentalen Friedensliga näher zu bringen. Aber man hört von keinem Fortschritt der Sache. Man ist noch berechtigt, an das Wort zu denken, das Fürst Bismarck vor Jahren gesprochen:

„England wird eines Tages die Welt durch seine Feigheit in Erstaunen setzen.“

Die englischen Ideale in Berlin.

Im März des Revolutionsjahres 1848 standen Herr von Bismarck und Prinz Friedrich Wilhelm zum erstenmale in einer politischen Diskussion sich gegenüber. Der Vater des Prinzen hatte am Tage nach dem 18. März auf Befehl des Königs Berlin verlassen. Nachdem er bis zum 22. März auf der Pfaueninsel bei Potsdam geweilt, trat er an seinem Geburtstage die Reise nach London an. Das traute, glückliche Familienleben, die Jahre ungetrübter Freude erlitten im Hause des Prinzen Wilhelm eine erste ernste Trübung. Die Prinzessin Augusta, die spätere Kaiserin, verlebte mit ihren beiden Kindern bange Tage. In dieser Zeit machte ein junger Edelmann aus Pommern viel von sich reden. Er ging in Berlin umher wie ein angeschossener Löwe, zerschlug in einem Bierlokal jemand, der unehrerbietig von einem Mitglied des Königlichen Hauses gesprochen, den Schoppen auf dem Schädel und war häufiger Gast bei König Friedrich Wilhelm IV. In das Haus der Prinzessin Wilhelm paßte Herr von Bismarck eigentlich nicht hinein. Denn dort herrschte trotz der Klagen über die Revolution der freiere Geist des politischen Lebens Englands. Im Jahre 1844 hatte der Prinz von Preußen und zwei Jahre darauf seine Gemahlin eine längere Reise nach England unternommen, welche in beiden Fällen für die Familie und das Land von den nachhaltigsten Folgen sein sollte. Die größte Bedeutsamkeit gewann der Aufenthalt in England durch das eingehende Studium, welches der Prinz den englischen Verhältnissen und namentlich dem englischen Staatswesen widmete. Das Ergebnis hiervon war eine genaue Kenntnis Englands, namentlich der durch dieses repräsentierten konstitutionellen Staatsform und eine entschiedene Hinneigung für dieselbe. Die Prinzessin Augusta, welche 1846 zum erstenmale England sah,

hatte für die Institution dieses Landes von ihrer frühesten Erziehung her eine lebhafte Zuneigung gefaßt. Der Revolution gegenüber aber hatten der pommersche, absolutistisch gesinnte Edelmann und die liberal gesinnte Familie des Prinzen Wilhelm ein gleiches Interesse. Die unbedingte Anhänglichkeit des Herrn von Bismarck an das Königshaus bewährte sich gerade in dieser Zeit. Er brachte der Prinzessin Augusta Rat wegen ihres abwesenden Gemahls. Dort hatte er mit dem Prinzen Friedrich Wilhelm die erste Konferenz, am 31. März 1848, genau vierzig Jahre vor dem Tage, wo der Fürst Bismarck mit dem späteren Kaiser in Charlottenburg die Battenbergsche Affaire erörterte. Herr v. Bismarck sah im Revolutionsjahre den jungen Prinzen wieder am 7. Juni auf der Wildparkstation bei Potsdam. Dort entstiegen dem Eisenbahnzuge der aus England zurückkehrende Prinz Wilhelm und seine Familie, die ihm bis Magdeburg entgegengefahren war. Der Bahnhof war von einer sehr glänzenden, zum Empfange aus Berlin eingetroffenen Gesellschaft belebt, Minister und Generalsuniformen ragten hervor; im Hintergrunde bewegte sich eine fast unbeachtete schlanke Gestalt in Zivil. Das Auge des Prinzen Wilhelm wie das seines „Fritz“ erkannten sehr bald den Herrn aus Pommern. Er wurde von beiden durch die herzlichste Begrüßung ausgezeichnet. Es war der Sterbetag des Königs Friedrich Wilhelm III. Der Sohn und der Enkel begaben sich noch an demselben Tage nach Charlottenburg und beteten im Mausoleum, dort, wo seit dem Monat März 1888 auch Kaiser Wilhelm ruht.

Wir stellen den Zeiger der Weltgeschichte zehn Jahre weiter. Im Februar 1858 empfängt Berlin wieder hohen Besuch aus England. Die eben vermählte Kronprinzessin zieht unter Glockengeläute und lautem Jubel der Bevölkerung in seine Mauern ein. Im Hintergrund gab es eine schmollende Partei. Es war die sogenannte „russische“ Partei, die seit dem Revolutionsjahre und insbesondere seit dem Krimkriege mit der „englischen“ sich in der Hauptstadt bekämpfte. Herr von Bismarck, Bundesgesandter in Frankfurt, gehörte der ersteren an. Gehörte er auch zu den ob der „englischen“ Heirat Schmollenden? Von dem Vater der Kronprinzessin wollte er nicht viel wissen. „Ich weiß, welche Künste der Überredung, der Drohung angewandt wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Hatzhund in

den Krimkrieg" — das galt dem Prinz-Gemahl von England. In der Zeit, wo dieser gerade mit seinem Schwiegersohne in Berlin sehr angelegentlich über Verfassungsfragen korrespondierte, sagte Herr von Bismarck von England: „Seit der Reformbill, seit die alte „Erbweisheit" die entfesselten Leidenschaften der Parteien nicht in Disziplin zu bringen vermocht, ist es mir unmöglich, mein Vertrauen in ein Land zu setzen, in dem Zeitungsartikel mehr als Prinzipe gelten, kurzum in ein Land, das von der Tagesmeinung regiert wird. Große Götter! Wenn das das Loos wäre, welches die preußische Monarchie erwartet! Wenn auch sie ihre Reformbill haben sollte. Wenn die Gewalt aus den geweihten Händen des Königs in die jener Advokaten, jener Professoren, jener Schwätzer fallen sollte, die sich liberal nennen! Am 8. Februar 1858, als der Prinz-Regent bei der Hochzeitstafel im Königlichen Schloß zu Berlin auf die „glückliche Allianz zwischen Großbritannien und Preußen" trank, jagte Herr von Bismarck in den Waldungen Kurlands den Damhirsch und dachte an ein Bündnis mit Napoleon III., den er kurz zuvor besucht und sehr „nett" gefunden hatte, dessen Legitimität er im übrigen mit derjenigen der Königin von England in eine Linie stellte.

Die Jahre hindurch, wo Herr von Bismarck in Frankfurt Preußen beim Bunde vertrat und der Prinz von Preußen in Koblenz residierte, hatte ersterer die englischen Neigungen des Prinzen und die Einflüsse des Prinz-Gemahls von England auf denselben zu bekämpfen. In seinen Berichten an den Minister von Manteuffel geißelte Bismarck bei jeder passenden Gelegenheit die englische Politik und insbesondere den englischen Parlamentarismus. „Die insularische Sicherheit macht es England leicht, einen kontinentalen Bundesgenossen je nach dem Bedürfnis der britischen Politik zu halten oder sitzen zu lassen, und ein Ministerwechsel reicht zur Bewirkung und Rechtfertigung des Revirements hin, wie Preußen das im siebenjährigen Kriege ersehen hat." — „Wir haben auf dem Wiener Kongreß gesehen, daß (nächst Österreich) gerade die Interessen Englands sich den unserigen am meisten entgegenstellten." — „England kann uns weder unsere industrielle, noch eine maritime Entwickelung in Handel und Flotte gönnen." Über den englischen Parlamentarismus, über die „Leidenschaften eines ungeordneten

Parteigetriebes", über die „Zeitungsartikel, die mehr zu bedeuten haben, als staatsmännische Erwägungen", macht Bismarck sich immer von neuem lustig. Worin hat denn auch sein nächstes Werk, das er als Minister unternahm, bestanden? Die Beziehungen zu England machten denen zu Frankreich und Rußland Platz, die liberale Ära endete im Verfassungskonflikt, und die moralische Eroberung Deutschlands in dem Kriege von 1866.

Und aus eben diesem so hartnäckig bekämpften Lande führte der Kronprinz Friedrich Wilhelm die princess royal heim. Von dieser Verbindung erwartete die gesamte liberale Welt eine Zeit des Völkerglücks, denn „noch galt England für das Musterland der Freiheit, der Heiligenschein der politischen Legende verklärte noch die Häupter Leopolds von Belgien und des hochzeitsfrohen koburgischen Hauses." Fünfundzwanzig Jahre später, bei Gelegenheit der silbernen Hochzeit des kronprinzlichen Paares, erinnerte ein sezessionistisches Blatt in Berlin daran, wie die Verbindung des Kronprinzen mit der englischen Prinzessin gerade in der Masse des Bürgerstandes die lebhaftesten Sympathien erweckte. „Heute wie 1858 sind die englischen Anschauungen und Ideale der Kronprinzessin auch die des gebildeten Mittelstandes und die Zukunftshoffnungen dieses Volkes."

Der Prinz-Gemahl von England war sehr zufrieden mit seinem Schwiegersohn, als er denselben 1858 in Potsdam besuchte. „Er ist fest in seinen konstitutionellen Grundsätzen, er verabscheut das Ministerium (Manteuffel) und die Kühle, mit der Kronprinz und die Minister sich begegneten, war unverkennbar."

Noch heute ist man in England stolz darauf, welchen Einfluß die Kronprinzessin auf ihren Gemahl ausgeübt hat. So sprach Lord Salisbury noch im August 1888 in einer Rede, die er bei Gelegenheit eines Banketts im Mansionhouse gehalten, und worin er hinwies auf den verstorbenen Kaiser Friedrich III., als „das edelste, kultivierteste und sanfteste Gemüt, welches jemals einen Thron zierte", die Worte aus: „Ich kann nur daran erinnern, daß er durch unauflösliche Bande der Liebe mit der Tochter unserer eigenen Herrscherin verbunden war und daß er vielleicht von ihr jene hohen, edlen, philanthropischen, liberalen Gesinnungen hatte, welche in den Augen der

ganzen Menschheit den verstorbenen Kaiser von Deutschland auszeichneten".

In der Konfliktszeit von 1862—1866 war aller Welt bekannt, daß der Kronprinz mit jenen Verletzungen des formalen Rechts, welche der Verfassungskampf herbeiführte, sich ebensowenig befreunden konnte, wie mit der Einverleibung Schleswig-Holsteins und anderer Territorien. Auch dem Kriege mit Österreich hatte er widerstrebt. Herr von Bismarck selber nannte ihn „einen Mann der parlamentarischen Regierung". Der Kronprinz hinwiederum sprach von „Bismärckerei" u. dgl. Derselbe betrieb nach 1866 in Besprechungen mit den Führern der neugebildeten nationalen Partei die Aussöhnung der Opposition. Hierbei gewann er eine besondere Sympathie für Karl Twesten. Später trat er den Sezessionisten näher und soll auch die Fusion derselben mit der Fortschrittspartei begünstigt haben.

Eine Reihe von Zügen aus dem Leben des Kronprinzen beweist, daß er sich auch über die „englischen Ideale" und über die liberale Partei zu erheben wußte. Prof. Delbrück, einst Erzieher im kronprinzlichen Hause, schreibt: „Von der deutsch-freisinnigen Partei als solcher trennte den Kronprinzen ein Grundsatz, den ich nicht einmal, sondern öfter, auch in diesen letzten Jahren, aus seinem Munde vernommen habe mit den Worten: „Die Armee darf niemals ein Parlamentsheer werden, sie ist Königlich und soll es bleiben"; ein andermal in der Form: „Die Armee zu einem Parlamentsheer zu machen, das könnte ihnen wohl passen". Derselbe sagt ferner vom Kronprinzen: „Seine Grundempfindung war und blieb die des preußischen Offiziers; Mitglied und später einmal Kriegsherr des preußisch-deutschen Offizierkorps zu sein, war bei ihm ganz wie bei seinem Vater der ausgeprägteste aller Begriffe. Er litt darunter, daß die — wenn der Ausdruck nicht zu stark ist, aber es war etwas davon — monarchische Eifersucht seines Vaters ihn nach den Kriegen von der Armee etwas fern hielt. Dieses spezifische Standesbewußtsein aber sollte ihn, das war sein Grundsatz, und in dem ist er am meisten mißverstanden worden, nicht verhindern, mit jedem Stande und mit jedem ehrenwerten Mann anderer Gesinnung freie und unbefangene Beziehungen zu pflegen. Dies ist das Moment, das ihn neben der Aufnahme des deutschnationalen Gedankens

schon als ganz jungen Mann in Gegensatz zu der altpreußisch-reaktionären Partei brachte. Im Verkehr oder wenigstens in Berührung mit Bunsen, Usedom, beiden Vincke, Saucken-Julienfelde, später Twesten, auch Hoverbeck und um die Zeit seiner Verheiratung, namentlich unter dem Einfluß seines Schwiegervaters, bildete er das aus, was man seinen bürgerlichen Liberalismus zu nennen pflegt, was aber, ich wiederhole es, nicht richtig verstanden wird, wenn man es als eine Parteibezeichnung auffaßt."

Aber der Kronprinz hatte denn doch eine zu markant liberale Haltung gezeigt und besonders noch in den letzten Jahren Verbindungen unterhalten, die den Deutsch-Freisinnigen ein gewisses Recht gaben, auf ihn als den künftigen Förderer ihrer Sache auf dem Throne zu zählen. Sie reklamierten ihn geradezu für ihre Partei. Sie konnte das, indem sie auf die vielen beglaubigten Worte und Schritte hinwies, die allerdings den Kronprinzen einer bestimmten Parteirichtung einzuordnen schienen. Von konservativer Seite dagegen wurde der Versuch gemacht, die Kundgebungen des Kronprinzen abzuschwächen, oder ihre willkürliche Auswahl zu bemängeln oder auch den Nachweis zu führen, daß sie falsch verstanden würden. Das war ein eitles Bemühen. Man hatte es vielmehr nur mit einer auch bei uns gewöhnlichen Erscheinung zu thun. „Wir haben in unserer Geschichte verschiedene liberale Thronerben gehabt; aber die liberalen Kronprinzen haben sich zu konservativen Monarchen entwickelt. Als Friedrich der Große starb, knüpfte der Liberalismus weitgehende Hoffnungen an Friedrich Wilhelm II. Es war bekannt, daß letzterer ein Gegner der lästigen Regie mit dem Tabaks- und Kaffeemonopol war, daß er das Unterrichts- und Erziehungswesen zu reformieren und den Druck des Heer- und Steuerwesens auf den gemeinen Mann zu erleichtern beabsichtigte. Mit Jubel und Schmeichelei begrüßten die damaligen Liberalen „den Vielgeliebten", und bald darauf haben sie ihn geschmäht und getadelt. Friedrich Wilhelm III. galt um des Gegensatzes, in welchen er als Kronprinz zu dem Wöllnerschen Pietismus getreten war, den liberalen Kreisen als einer der Ihrigen, und nach wenigen Monaten seiner Regierung erwies sich dies als ein Irrtum. Friedrich Wilhelm IV. ging gleichfalls der Ruf des Liberalismus voraus. Man wußte, daß er als Kronprinz ein Gegner des Metternichschen

Systems gewesen sei, daß er insbesondere Rede und Presse von den damaligen Schranken befreien wollte. Die Regierung Friedrich Wilhelms IV. ist später als eine reaktionäre verschrien worden. Als Kaiser Wilhelm den Thron bestieg, glaubte man allgemein an den Beginn einer „neuen Ära“. Man erwartete von dem Fürsten, daß er als König die liberalen Neigungen bethätigen werde, die man ihm, als er Thronfolger war, zugeschrieben hatte. Kurzum, die Geschichte beweist, wie wenig Bedeutung man dem wirklichen oder vermeintlichen Kronprinzen-Liberalismus beizulegen hat. Dem jedesmaligen Kronprinzen fehlt das Gefühl der Verantwortlichkeit und die Bekanntschaft mit den Schwierigkeiten des Regierens. Die Leichtigkeit und die Tragweite der Kritik der Gegenwart im Munde des künftigen Herrschers hat etwas Verführerisches. Auf jeden Menschen übt erst das Bewußtsein einer großen Verantwortlichkeit eine läuternde Wirkung aus; er erwägt und prüft jedes seiner Worte und jede seiner Handlungen mit größerem sittlichen Ernst und mit größerer Anspannung seines Urteilsvermögens als derjenige, welcher in dem Gefühl lebt, daß seine Worte und seine Handlungen kein ausschlaggebendes Gewicht haben.

Es ist nur naturgemäß, daß ein Kronprinz, sobald er die Zügel der Regierung in die Hand nimmt, die Konsequenzen seiner Vergangenheit abschüttelt. Die Entwickelung des Prinzen Heinz zum König Heinrich V. ist von typischer Wahrheit. Die Richtigkeit der Worte, mit denen er seine früheren Genossen von sich weist, hat sich oft bewährt:

„Doch, nun erwacht, veracht ich meinen Traum.
Denk nicht, ich sei das Ding noch, das ich war;
Der Himmel weiß, und merken solls die Welt,
Daß ich mein vor'ges Selbst hinweggethan,
Wie nun auch die, so mir Gesellschaft hielten.“

In jedem normal angelegten Fürsten wird mit dem Besitz der Krone das Gefühl einer schweren Verantwortlichkeit für das Wohl und Wehe des Volkes untrennbar verbunden sein, und dieses Gefühl wird in ihm wieder notwendig zu der Erkenntnis führen, daß das höchste Gesetz eines jeden Gemeinwesens die Aufrechterhaltung der Ordnung ist. Was immer der Thronerbe gedacht und erstrebt haben mag — sobald er die Krone auf dem Haupt fühlt,

„Kehrt der Strom des Blutes um und ebbt zurück zur See,
Wo er sich mit der Fluten Haupt soll mischen,
In ernster Majestät forthin zu fließen."

Die Regierung des Kaisers Friedrich ist zu kurz gewesen, als daß sie hätte diese alte Erfahrung bestätigen können. Dadurch ist der liberalen Partei eine unangenehme Enttäuschung erspart geblieben. Ohne Zweifel würden ihre Grundprinzipien über kurz oder lang mit jenen Anschauungen in Konflikt geraten sein, die als echter Hohenzoller auch Kaiser Friedrich über die Grundbedingungen des Staatslebens in sich trug und die schon durch das Zusammenwirken mit dem Fürsten Bismarck einmal zur vollen Geltung gelangen mußten. Die „englischen Ideale" des Kronprinzen müssen schon bei Zeiten zurückgetreten sein bei der realpolitischen, nüchternen Frage, wie er sein künftiges Verhältnis zum Fürsten Bismarck stellen werde. „Kaiser Friedrich — sagt der schon erwähnte Professor Delbrück — hatte bei seiner Thronbesteigung bereits eine zu bedeutende Vergangenheit, als daß nicht sofort diese neue Individualität an der höchsten Stelle hätte zur Geltung kommen müssen. Mit feinstem Takt und reiflicher Prüfung also galt es die Stelle und die Grenze zu finden, wo das geschehen konnte, ohne wiederum die ebenso ausgeprägte Individualität des Fürsten Bismarck zu verletzen. Beide sollten und wollten mit einander auskommen. Manchmal hat der Kronprinz Friedrich Wilhelm einen Seufzer ausgestoßen, wie grenzenlos schwierig einmal seine Stellung als Nachfolger eines so erfolgreichen und geliebten Monarchen sein werde — aber eben in der Überwindung von Schwierigkeiten zeigt sich der Künstler. Ich denke, es wird auf immer zu den Meisterstücken der Politik gezählt werden, wie Kaiser Friedrich dem Fürsten Bismarck anzeigte, daß er ihn als Minister zu behalten gedenke. Er dankte ihm für die mutvollen und treuen Dienste, die er seinem Vater geleistet und teilte ihm darauf die Grundsätze mit, nach denen er selber von jetzt an die Regierung geführt wissen wolle. Er konnte es nicht feiner und bestimmter ausdrücken, daß er seine Dienste weiter in Anspruch nehme, dabei aber selbst der Herr zu bleiben gedenke."

Schon im Jahre 1873 hatte der Kronprinz während einer Krankheit zu seiner Gemahlin gesagt, sie solle ihm, falls er stürbe

und sie eine Zeit lang zur Regentin berufen würde, versprechen, nichts ohne den Fürsten Bismarck zu thun, „dessen Ratschläge unserem Hause zu ungeahnter Größe und Macht verholfen haben." Wenn beim Kronprinzen Friedrich Wilhelm immer der Plan bestanden hat, an seiner Regierung einst einen Mann wie Bismarck Teil nehmen zu lassen, so wirft das auf die Konflikte, die zwischen dem Kronprinzen und dem Reichskanzler wiederholentlich geschwebt haben sollen, ein sonderbares Licht. Diese angeblichen Konflikte dürften darnach niemals einen ernsteren Charakter getragen, und den liberalen Standpunkt des Kronprinzen das System Bismarck nicht zu sehr verletzt haben. Einen Unterschied zwischen einem Bismarck im Äußeren und im Inneren zu machen, ist unthunlich. Bismarcks Plan war es umgekehrt, bei seiner angegriffenen Gesundheit nur auszuharren bis zu Kaiser Wilhelms Tode. Die äußere Lage Deutschlands, als dieses Ereignis eintrat, und der traurige Zustand des Nachfolgers vereitelten diesen Plan.

Kaiser Wilhelm I. starb am 9. März 1888, als der Kronprinz bereits ein Alter von 57 Jahren erreicht hatte. Schon früher hatten ihn ein paarmal Krankheiten fast an den Rand des Grabes gebracht und man wußte, daß die hohe Gestalt, welche von Fülle und Lebenskraft zu strotzen schien, nicht so festgefügt sei, daß nicht ein Keim des Verderbens darin sich einnisten könne. Und so war es in der That.

Im Anfang vorigen Jahres verbreitete sich zuerst in weiteren Kreisen das Gerücht, daß der Kronprinz von einem hartnäckigen Halsleiden befallen sei, welches sich besonders durch Heiserkeit äußere und den Bemühungen der Ärzte nicht weichen wolle. Als am 8. März 1887 das Präsidium des Reichstages von Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin empfangen wurde, äußerte der erstere mit jenem Humor, der, so selten auf den Höhen irdischer Größe, ihm in allen Lebenslagen eigen gewesen, und dessen Äußerungen so sehr seine Popularität gefördert hatten, wie die Post damals berichtete, nach der ersten Begrüßung, er könne den Herren wegen seiner Heiserkeit allerdings nichts vorsingen.

Zuerst hatte der Leibarzt des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, Dr. Wegner, dann Geh. Rat Professor Dr. Gerhardt das Übel

behandelt. Am 14. April ging zuerst der Kronprinz mit seiner Familie nach Ems, wo er bis zum 15. Mai blieb, ohne eine Besserung des Leidens zu erringen. Nach der Rückkehr erfolgten jene Untersuchungen, welche schließlich zu der Beseitigung der deutschen Ärzte und der Übernahme der ärztlichen Behandlung des hohen Patienten durch Sir Morell Mackenzie führte. Am 13. Juni begab sich der Kronprinz mit seiner hohen Familie nach England, wo er am 21. noch dem Jubiläum der fünfzigjährigen Regierung der Kaiserin Viktoria beiwohnte, durch seine Heldengestalt und Haltung ein Gegenstand der allgemeinsten Bewunderung, und sich der speziellen Pflege des Herrn Mackenzie erfreute, ohne daß jedoch eine ernste Besserung eingetreten wäre. Es wurde deshalb ein Luftwechsel empfohlen. Der Kronprinz ging nach Schottland, wo er bis zum Ende Juli blieb. Am 3. August verließ er England und reiste, ohne Berlin zu berühren, über Frankfurt und München nach Toblach, wo er am 7. eintraf. Hier trat zuerst ein Erstickungsanfall ein, der den hohen Patienten schleunig in ein milderes Klima trieb. Am 28. September war er in Venedig, am 7. Oktober in Baveno, am 3. November in der Villa Zirio in San Remo, wo am 6. auch Herr Mackenzie eintraf, sowie am 9. Prinz Wilhelm und die deutschen Ärzte, Professor Dr. Schrötter aus Wien, Dr. Schmidt aus Frankfurt a. M. und Dr. Krause, welche auf Wunsch, beziehentlich auf Befehl des Kaisers Wilhelm dorthin gesandt waren.

Das Resultat dieser Untersuchungen enthielt ein Entrefilet des Staatsanzeigers vom 13. November, welches die karcinomatöse Natur der Krankheit konstatierte.

Der Kronprinz entschied, daß er sich einer nochmals empfohlenen Exstirpation des Kehlkopfs, deren Vornahme allerdings nach der Ansicht der sachkundigsten deutschen Ärzte schon im Mai nicht mehr hätte hinausgeschoben werden dürfen, nicht unterziehen wollte und sein Vater Kaiser Wilhelm genehmigte diesen Entschluß, womit der in verhältnismäßig kurzer Zeit zu berechnende tödliche Ausgang der Krankheit nicht mehr abgewendet, sondern nur noch verzögert werden konnte.

Einen Augenblick hatte es den Anschein, als ob der hohe Patient in die Heimat, nach der er sich gewiß schmerzlich sehnte,

zurückkehren würde. Hier wurden alle Vorbereitungen für seinen Empfang getroffen, aber bald wurden die schon getroffenen Maßregeln rückgängig gemacht und der Kronprinz blieb, angeblich um der Vorteile des milden Klimas nicht verlustig zu gehen, in der Fremde.

Wie vorauszusehen gewesen, mußte nach einigen Monaten der Luftröhrenschnitt vorgenommen werden, was am 9. Februar durch Dr. Bramann geschah, eine Operation, welche selbstverständlich mit der Heilung der Krankheit nichts mehr zu thun hatte, von dieser war überhaupt nicht mehr die Rede.

Vier Wochen später starb Kaiser Wilhelm. Zu den heftigen Gemütsbewegungen, welche durch die Krankheit des Sohnes hervorgerufen worden waren, und welche den Kräftezustand des beinahe 91jährigen Kaisers herabstimmten, kam am 4. März noch eine Erkältung. Schon am 7. März zeigte es sich, daß die Widerstandskraft des Körpers nicht mehr die frühere war. Prinz Wilhelm ging daher, von San Remo zurückgekehrt, zum Kaiser und blieb dort den ganzen Tag; der Reichskanzler verweilte dort von 11 bis 3 Uhr; Moltke und der Kriegsminister fanden sich ein. Das Großherzogliche Paar in Karlsruhe wurde gebeten, schleunigst nach Berlin zu kommen. Die gesamte Familie des Kaisers, soweit sie in Berlin anwesend war, blieb im Palais versammelt. Einmal flackerte die Lebenskraft des Kaisers auf kurze Zeit wieder auf. Er sprach mit der Großherzogin von Baden und ihrem Gemahl und von dem kurz zuvor verstorbenen Prinzen Ludwig, mit dem Reichskanzler über Politik, wiederholt ihm seinen Dank für die großen und treuen Dienste ausdrückend, mit dem Prinzen Wilhelm über die Armee, über mögliche Kriege, er sprach von dem treuen Bundesgenossen Österreich, von dem Kaiser von Rußland, der ihm versprochen habe, Deutschland nicht anzugreifen. Der Großherzogin, welche ihn bat, er möchte sich nicht durch vieles Sprechen ermüden, antwortete er: „Ich habe jetzt nicht mehr Zeit, müde zu sein." In der Nacht vom 8. auf den 9. März trat eine bedeutende Verschlimmerung ein. Die Atemzüge des Kaisers wurden immer kürzer. Oberhofprediger Kögel begann ein Gebet, alle Anwesenden sanken um das Lager des Kaisers auf die Kniee, man hörte noch ein tiefes Aufseufzen, das Leben des Kaisers war erloschen. Es war

Freitag der 9. März 8½ Uhr morgens. Seine letzten Worte waren: „Ach, mein armer Fritz!“

Am Tage zuvor hatten Abgeordnetenhaus und Reichstag unter dem Eindrucke, vor einer nahen Katastrophe zu stehen, ihre Sitzungen abgebrochen und auf den 10. März vertagt. Inzwischen war in Erfüllung gegangen, was schmerzlich befürchtet wurde, und die gesetzgebenden Körperschaften mußten am 9. zusammentreten, um die offizielle Nachricht vom Tode des ersten deutschen Kaisers aus dem Hohenzollernstamme entgegenzunehmen.

Der Saal und die Tribünen des Abgeordnetenhauses waren zahlreich besetzt, als gegen 12¼ Uhr die Mitglieder des Staatsministeriums, mit Ausnahme des Fürsten Bismarck, eintraten. Der Vizepräsident des Ministeriums, Staatsminister v. Puttkamer, nahm das Wort und machte in schmerzbewegten Worten Mitteilung, daß „es Gott gefallen, Se. Majestät den Kaiser und König Wilhelm, unsern allergnädigsten Herrn, heute Morgen 8½ Uhr im 28. Jahre Seiner glorreichen Regierung durch einen sanften Tod aus dieser Zeitlichkeit heimzurufen.“ Der Minister schloß seine Ausführungen mit der Zuversicht, daß je tiefer der allgemeine Schmerz über den Hintritt des unvergeßlichen Königs, um so fester und unzerreißbarer das Band sich erweisen werde, welches Preußens Herrscherhaus und Preußens Volk in guten und bösen Tagen verbindet. Mit dem Rufe: Gott schütze das Königliche Haus, Gott schütze das Vaterland! schloß Präsident v. Köller, die Beratungen des Hauses auf unbestimmte Zeit vertagend, die Sitzung.

Der kurze, nur wenige Minuten währende Akt hatte alle Anwesenden tief ergriffen; still und erschüttert verließen die Mitglieder den Saal. Ein Teil derselben, sowie die Minister begaben sich nach dem Reichstage. Dort waren die Tribünen von 11 Uhr ab mit einem zahlreichen, meist in Trauerkleidern erschienenen Publikum aus allen Ständen dicht besetzt. Die Abgeordneten besprachen gruppenweise in leise geführten, ernsten Gesprächen das große welthistorische Ereignis. Erst um 12 Uhr erschien Präsident v. Wedell-Piesdorff auf seinem Präsidentensitze; lautlos nehmen die Volksvertreter, die aus allen Parteien zahlreich erschienen sind, nun ihre Plätze ein, drückende, bangende Stille lastet über dem ganzen Hause.

Die dumpfe lautlose Stille wird erst nach fast einer Viertelstunde durch den Eintritt der Bevollmächtigten zum Bundesrate unterbrochen. Dicht gedrängt nehmen sie den ganzen Platz zur Linken der Präsidententribüne ein. Da erscheint Staatssekretär Graf Herbert Bismarck, um den Präsidenten abzurufen. Nach etwa zehn Minuten erscheinen beide wieder — hier und da taucht plötzlich die Nachricht auf, der Reichskanzler wäre zu angegriffen, um sprechen zu können. Weitere bange fünf Minuten vergehen — da erscheint langsamen Schrittes Fürst Bismarck. Die Mitglieder und das Publikum auf den Tribünen erheben sich — der Reichskanzler verneigt sich und gleichzeitig mit den Worten des Präsidenten: „Ich erteile dem Herrn Reichskanzler das Wort", beginnt Fürst Bismarck. Stockend, oft nach dem Ausdruck ringend, oft minutenlang die Rührung und den Schmerz bekämpfend, richtet er folgende Worte an die erschüttert lauschenden Mitglieder:

„Mir liegt die traurige Pflicht ob, Ihnen die Mitteilung von dem zu machen, was Sie ja thatsächlich bereits wissen werden, daß Se. Majestät Kaiser Wilhelm heute Vormittag ½ 9 Uhr zu seinen Vätern entschlafen ist. Infolge dieses Ereignisses ist die preußische Krone und damit nach Art. 11 der Reichsverfassung die deutsche Kaiserwürde auf Se. Majestät Friedrich III., König von Preußen, übergegangen. Nach den mir zugegangenen telegraphischen Nachrichten darf ich annehmen, daß Se. Majestät der regierende Kaiser und König morgen von San Remo abreisen und in der gegebenen Zeit hier in Berlin eintreffen wird. — Ich hatte von dem hochseligen Herrn in den letzten Tagen vermöge der Bethätigung seiner Arbeitskraft, die nur mit dem Leben ihn verlassen hat, noch die Unterschrift erhalten, welche vor mir liegt und mich ermächtigt, den Reichstag in der üblichen Zeit nach Abmachung seiner Geschäfte, das heißt also etwa heute oder morgen, zu schließen. Ich hatte die Bitte an Se. Majestät gerichtet, nur den Anfangsbuchstaben des Namens zu unterzeichnen — es ist mir aber darauf erwidert, daß Se. Majestät glaubte, den vollen Namen noch unterschreiben zu können. Infolge dessen lege ich dieses historische Aktenstück der letzten Unterschrift hier vor Ihnen nieder. Unter den obwaltenden Umständen nehme ich an, daß es den Wünschen der Mitglieder des Reichstages ebenso wie denen der verbündeten Regierungen ent-

sprechen wird, daß der Reichstag noch nicht auseinander geht, sondern zusammen bleibt bis nach Eintreffen Sr. Majestät des Kaisers, und ich mache deshalb von dieser Allerhöchsten Ermächtigung weiter keinen Gebrauch, als daß ich dieselbe als historisches Dokument zu den Akten gebe und den Herrn Präsidenten bitte, die Entschlüsse, welche den Stimmungen und Überzeugungen des Reichstages entsprechen, in dieser Richtung herbeizuführen.

Es steht mir nicht zu, von dieser amtlichen Stelle aus den persönlichen Gefühlen Ausdruck zu geben, mit welchen mich das Hinscheiden meines Herrn erfüllt, das Ausscheiden des ersten deutschen Kaisers aus unsrer Mitte. Es ist auch kein Bedürfnis, denn die Gefühle, die mich bewegen, sie leben im Herzen eines jeden Deutschen. Aber eines glaube ich Ihnen nicht vorenthalten zu dürfen, nicht von meinen Empfindungen, sondern von meinen Erlebnissen, die Thatsache, daß inmitten der schweren Schickungen, welche der von uns geschiedene Herr in seinem Hause noch erlebt hat, es zwei Thatsachen waren, welche ihn mit Befriedigung und Trost erfüllten. Die eine war diejenige, daß die Leiden seines einzigen Sohnes und Nachfolgers, unseres jetzt regierenden Herrn, in der ganzen Welt, nicht nur in Deutschland, sondern über alle Weltteile hinaus, kann man sagen, mitempfunden werden. Ich habe noch heute ein Telegramm aus New-York erhalten, mit Teilnahme erfüllt, die beweist, welches Vertrauen sich die Dynastie des deutschen Kaiserhauses bei allen Nationen erworben hat. Es ist dies ein Erbteil, kann ich wohl sagen, das des Kaisers lange Regierung dem deutschen Volke hinterläßt. Das Vertrauen, welches sich die Dynastie erworben hat, wird sich auch auf die Nation übertragen. Die zweite Richtung, in der Se. Majestät einen Trost in manchen schweren Schickungen empfand, war diejenige, daß der Kaiser auf die Entwickelung seiner Hauptlebensaufgabe, der Herstellung und Konsolidierung der Nationalität des Volkes, dem er als deutscher Fürst angehört hat, daß der Kaiser auf diese Entwickelung, welche die Lösung dieser Aufgabe inzwischen genommen hatte, mit einer Befriedigung zurückblickte, die den Abend seines Lebens verschönt und erleuchtet hat. Es trug dazu namentlich in den letzten Wochen die Thatsache bei, daß mit einer seltenen Einstimmigkeit aller Dynastien, aller verbündeten Regierungen, aller Stämme in Deutschland, aller

Abteilungen des Reichstages dasjenige beschlossen wurde, was für die Sicherstellung der Zukunft des deutschen Reiches gegen diejenigen Gefahren, die uns drohen könnten, als Bedürfnis von den verbündeten Regierungen empfunden wurde. Diese Wahrnehmung hat Se. Majestät mit großem Trost erfüllt und noch in den Besprechungen, die ich zuletzt mit meinem dahingeschiedenen Herrn gehabt — es war gestern — da hat er Bezug darauf genommen, wie ihn dieser Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation, wie er durch die Volksvertretung hier verkündet worden, gestärkt und gefreut habe. Ich glaube, es wird für Sie Alle erwünscht sein, dieses Zeugnis, das ich aus eigener Wahrnehmung über die letzten Stimmungen unseres dahingeschiedenen Kaisers beilegen kann, mit in Ihre Heimat zu nehmen; weil jeder einzelne von Ihnen einen Anteil an dem Verdienste hat, was dies begründet. Die heldenmütige Ausdauer, der nationale Hochgedanke und vor allen Dingen die treue, allbekannte Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserem dahingeschiedenen Herrn verkörpert war, möge sie ein unzerstörbares Erbteil unserer Nation sein, das uns unser dahingeschiedener Kaiser hinterlassen hat. Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von Allen, die wir an den Geschäften unseres Vaterlandes mitzuwirken haben, in Krieg und Frieden, in Heldenmut, in Hingebung, in Arbeitsamkeit, in Pflichttreue treu bewahret wird!"

Es schien, als ob der Kanzler noch weiter sprechen wollte, — doch überwältigt vom Schmerze endigte er plötzlich und ließ sich, beide Hände fest vor die Augen drückend, schwer auf den Sessel fallen. Es hatte etwas ungemein Erschütterndes und bis ins Innerste Ergreifendes, den eisernen Kanzler so mit dem Schmerze ringen zu sehen. . . . Mit sichtlicher Kraftanstrengung erhob Fürst Bismarck sich wieder von seinem Sitze, als der Präsident dem Schmerze des Reichstages Ausdruck verlieh und es aussprach, in diesen schweren Tagen stehe das deutsche Volk in unverbrüchlicher Treue und Ergebenheit zu seinem neuen, schwergeprüften Kaiser und seinem Hause. Dann wird die Sitzung geschlossen, nachdem auch der Reichstag seine Beratungen für unbestimmte Zeit vertagt hatte. Fürst Bismarck eilte die Stufen hinab zu dem in der ersten Reihe der Konservativen sitzenden Grafen Moltke, drückte ihm bewegt die

Hand und zeigte das letzte von Kaiser Wilhelm unterzeichnete Aktenstück, das er vorhin in seiner Rede erwähnt hatte.

Der Kronprinz erhielt am 9. März vormittags ein Telegramm mit der Adresse: „An Seine Majestät den deutschen Kaiser Friedrich.“ Wir bemerken beiläufig: Es machte im Publikum Aufsehen, daß der Kaiser den Namen Friedrich III. annahm, während er als Kronprinz „Friedrich Wilhelm“ unterzeichnete und man daher erwartete, es würde dem Kaiser Wilhelm der Kaiser Friedrich Wilhelm V. folgen. Nun ist daran zu erinnern, daß der Kaiser in seiner Jugend, sowohl bei Hofe, wie in allen genealogischen Zusammenstellungen,den Namen „Prinz Friedrich“ führte. Noch bei der Schilderung der Leichenfeier für König Friedrich Wilhelm III. ist in der Staats-Ztg. unter dem Gefolge „Prinz Friedrich“ aufgeführt. Als Friedrich Wilhelm IV. 1840 zur Regierung kam, ordnete er an, daß der einzige Sohn seines Bruders und Thronfolgers, des Prinzen von Preußen, sich mit seinen beiden ersten Namen Friedrich Wilhelm nennen und geführt werden sollte. Die erste Urkunde, welche die Einzeichnung des Prinzen mit diesem Namen trägt, ist wohl ein Album, welches zum Jubiläum der Buchdruckerkunst im Juli 1840 aufgelegt wurde. Mit zierlicher Kinderhand stand darin eingeschrieben: „Friedrich Wilhelm, Prinz von Preußen.“ Jetzt war also Kaiser Friedrich zu der Gewohnheit seiner Kindheit zurückgekehrt.

Friedrich III. telegraphierte aus San Remo dem Reichskanzler: „In dem Augenblick der tiefsten Trauer um den Heimgang des Kaisers und Königs, meines geliebten Herrn und Vaters, spreche ich Ihnen wie dem Staatsministerium meinen Dank für die Hingebung und Treue aus, mit welcher Sie Alle demselben dienten. Ich rechne auf Ihrer Aller Beistand bei der schweren Aufgabe, die mir wird. Ich reise am 10. März morgens nach Berlin. Friedrich.“

Die Minister fuhren bis Leipzig dem Kaiser entgegen. Sie begleiteten denselben bis Berlin, nur Fürst Bismarck setzte die Fahrt bis Westend fort. Am 12. März nachmittags empfing der Kaiser den Reichskanzler und hatte eine lange Beratung mit ihm. Am Abend dieses Tages erschienen im „Reichsanzeiger“ zwei wichtige Aktenstücke: eine Proklamation „An mein Volk“ und ein „Erlaß des Kaisers und Königs an den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums.“

Es folgt hier der Erlaß an den Reichskanzler:

Mein lieber Fürst!

Bei dem Antritt meiner Regierung ist es mir ein Bedürfnis, mich an Sie, den langjährigen vielbewährten ersten Diener meines in Gott ruhenden Herrn Vaters zu wenden. Sie sind der treue und mutvolle Ratgeber gewesen, der den Zielen seiner Politik die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat. Ihnen bin ich und bleibt mein Haus zu warmem Dank verpflichtet. Sie haben daher ein Recht, vor allem zu wissen, welches die Gesichtspunkte sind, die für die Haltung meiner Regierung maßgebend sein sollen. Die Verfassungs- und Rechtsordnungen des Reiches und Preußens müssen vor allem in der Ehrfurcht und in den Sitten der Nation sich befestigen. Es sind daher die Erschütterungen möglichst zu vermeiden, welche häufiger Wechsel der Staatseinrichtungen und Gesetze veranlaßt. Die Forderung der Aufgaben der Reichsregierung muß die festen Grundlagen unberührt lassen, auf denen bisher der preußische Staat sicher geruht hat. Im Reiche sind die verfassungsmäßigen Rechte aller verbündeten Regierungen ebenso gewissenhaft zu achten, wie die des Reichstages; aber von beiden ist eine gleiche Achtung der Rechte des Kaisers zu erheischen. Dabei ist im Auge zu behalten, daß diese gegenseitigen Rechte nur zur Hebung der öffentlichen Wohlfahrt dienen sollen, welche das oberste Gesetz bleibt, und daß neu hervortretenden, unzweifelhaften nationalen Bedürfnissen stets in vollem Maße Genüge geleistet werden muß. Die notwendigste und sicherste Bürgschaft für ungestörte Förderung dieser Aufgaben sehe ich in der ungeschwächten Erhaltung der Wehrkraft des Landes, meines erprobten Heeres und der aufblühenden Marine, der durch Gewinnung überseeischer Besitzungen ernste Pflichten erwachsen sind. Beide müssen jederzeit auf der Höhe der Ausbildung und der Vollendung der Organisation erhalten werden, welche deren Ruhm begründet hat und welche deren fernere Leistungsfähigkeit sichert. Ich bin entschlossen, im Reiche und in Preußen die Regierung in gewissenhafter Beobachtung der Bestimmungen von Reichs- und Landesverfassung zu führen. Dieselben sind von meinen Vorfahren auf dem Throne in weiser Erkenntnis der unabweisbaren Bedürfnisse und zu lösenden schwierigen Aufgaben des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens begründet worden und müssen allseitig geachtet werden, um ihre Kraft und segensreiche Wirksamkeit bethätigen zu können. Ich will, daß der seit Jahrhunderten in meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner meinen Unterthanen, welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche. Ein jeglicher unter ihnen steht meinem Herzen gleich nahe — haben doch alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt! Einig mit den Anschauungen meines Kaiserlichen Herrn Vaters, werde ich warm alle Bestrebungen unterstützen, welche geeignet sind, das wirtschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu heben, widerstreitende Interessen derselben zu versöhnen und unvermeidliche Mißstände nach Kräften zu mildern, ohne jedoch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staats allen Übeln der Gesellschaft ein Ende zu

machen. Mit den sozialen Fragen enge verbunden, erachte ich die der Erziehung der heranwachsenden Jugend zugewandte Pflege. Muß einerseits eine höhere Bildung immer weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, so ist doch zu vermeiden, daß durch Halbbildung ernste Gefahren geschaffen, daß Lebensansprüche geweckt werden, denen die wirtschaftlichen Kräfte der Nation nicht genügen können, oder daß durch einseitige Erstrebung vermehrten Wissens die erziehliche Aufgabe unberücksichtigt bleibe. Nur ein auf der gesunden Grundlage von Gottesfurcht und einfacher Sitte aufwachsendes Geschlecht wird hinreichende Widerstandskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche in einer Zeit rascher wirtschaftlicher Bewegung durch die Beispiele hochgesteigerter Lebensführung einzelner für die Gesamtheit erwachsen. Es ist mein Wille, daß keine Gelegenheit versäumt werde, in dem öffentlichen Dienste dahin einzuwirken, daß der Versuchung zu unverhältnismäßigem Aufwande entgegengetreten werde. Jedem Vorschlage finanzieller Reform ist meine vorurteilsfreie Erwägung im voraus gesichert, wenn nicht die in Preußen altbewährte Sparsamkeit die Auflegung neuer Lasten umgehen und eine Erleichterung bisheriger Anforderungen herbeiführen läßt. Die größeren und kleineren Verbänden im Staate verliehene Selbstverwaltung halte ich für ersprießlich, dagegen stelle ich es zur Prüfung, ob nicht das diesen Verbänden gewährte Recht der Steuerauflagen, welches von ihnen ohne hinreichende Rücksicht auf die gleichzeitig von Reich und Staat ausgehende Belastung geübt wird, den einzelnen unverhältnismäßig beschweren kann. In gleicher Weise wird zu erwägen sein, ob nicht in der Gliederung der Behörden eine vereinfachende Änderung zulässig erscheint, in welcher die Verminderung der Zahl der Angestellten eine Erhöhung ihrer Bezüge ermöglichen würde. Gelingt es, die Grundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens kräftig zu erhalten, so wird es mir zu besonderer Genugthuung gereichen, die Blüte, welche deutsche Kunst und Wissenschaft in so reichem Maße zeigt, zu voller Entfaltung zu bringen. Zur Verwirklichung dieser meiner Absichten rechne ich auf Ihre so oft bewiesene Hingebung und auf die Unterstützung Ihrer bewährten Erfahrung. Möge es mir beschieden sein, dergestalt unter einmütigem Zusammenwirken der Reichsorgane, der hingebenden Thätigkeit der Volksvertretung, wie aller Behörden, und durch vertrauensvolle Mitarbeit sämtlicher Klassen der Bevölkerung Deutschland und Preußen zu neuen Ehren in friedlicher Entwickelung zu führen! Unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großthaten, werde ich zufrieden sein, wenn dereinst von meiner Regierung gesagt werden kann, sie sei meinem Volke wohlthätig, meinem Lande nützlich und dem Reiche ein Segen gewesen.

Berlin, den 12. März 1888.

Ihr wohlgeneigter Friedrich.

In Bezug auf den hier ausgesprochenen Grundsatz religiöser Duldung bemerkte ein liberales Berliner Blatt: man sehe es diesem Satze des Erlasses an, es habe den erhabenen Verfasser gedrängt, ihn auszusprechen. „Drückt dieser Satz das Siegel auf den kirchen-

politischen Frieden mit der katholischen Kirche, so weist er andererseits mit einer Entschiedenheit, welche nirgends verkannt werden wird, die bösartige Agitation der Herrn Stöcker und Genossen in das Dunkel zurück, in das die ihr zu Grunde liegenden Gesinnungen gehören.“ In dieser und ähnlicher Weise wurden beide Erlasse insbesondere von den Deutsch-Freisinnigen im Sinne der Partei ausgelegt. Die Vossische Ztg. feierte sie als einen Triumph ihrer Sache.

„Kaiser Friedrich bringt dem Volke rückhaltloses Vertrauen entgegen, überzeugt, „daß auf dem Grunde der untrennbaren Verbindung von Fürst und Volk seine Krone allezeit ebenso sicher ruht, wie das Gedeihen des Landes.“ Das ist die Sprache eines Fürsten, der die Überlieferungen des alten Polizeistaates abgestreift hat, der nichts von der Notwendigkeit mehr weiß, durch eisernen Zwang und rauhe Gewalt die Massen im Zaume zu halten, sondern der sein Haupt ruhig in jedes Bürgers Schoß legt in der Gewißheit, wohl aufgehoben zu sein. Und Kaiser Friedrich hat Recht. Dasselbe rückhaltlose Vertrauen, welches er dem Volke entgegenbringt, hegt das Volk zu ihm, und nicht nur Vertrauen, sondern unwandelbare Liebe und Treue.

„Diese Gefühle des Volkes, von Alters her in tiefem Herzen wurzelnd, werden aufs neue jetzt gefestigt durch die Ziele, welche Kaiser Friedrich seiner Regierung steckt. Er teilt dem Fürsten Bismarck die Gesichtspunkte mit, welche ferner für die Haltung der Regierung maßgebend sein sollen. Aus jedem dieser Sätze ergiebt sich augenfällig, daß Kaiser Friedrich kein Schattenkönig, sondern ein wirklich regierender Fürst und Herr sein will, der für seine eigenen Gedanken Formen und Werkzeuge verlangt. Es ist erfreulich, daß Kaiser Friedrich es als die echte Aufgabe der Politik bezeichnet, durch Stetigkeit, durch Vermeidung von Erschütterungen, durch Hintanhaltung häufiger Wechsel der Staatseinrichtungen und Gesetze die Rechtsordnung zu befestigen; es ist erfreulich, daß er gewissenhafte Achtung fordert für die Rechte nicht nur der Regierungen, sondern auch des Reichstages, und nicht minder erfreulich ist, daß er nach dem alten Grundsatze „salus publica suprema lex“, die Hebung der öffentlichen Wohlfahrt als das oberste Gesetz verkündet. Es ist in manchen Zeiten gerade die Stetigkeit in der Gesetzgebung mannigfach vermißt worden. Auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und religiösem Gebiete haben sich bisweilen die Gegensätze

abgelöst, um alle Grundsätze im öffentlichen Leben zu erschüttern und Überzeugungstreue und Charakterfestigkeit dem Spott und Hohn, wenn nicht gar der Verdächtigung und Verleumdung preiszugeben. Daß die Worte des Kaisers eine tiefe Bedeutung haben, wird niemand verkennen, der um die Geschichte des letzten Menschenalters weiß. Wenn Kaiser Friedrich die gewissenhafte Erfüllung von Reichs- und Landesbestimmungen fordert, wenn er hervorhebt, wie dieselben in weiser Erkenntnis der unabweisbaren Bedürfnisse begründet seien und daher allseitig beachtet werden müssen, um ihre Kraft und segensreiche Wirkung bethätigen zu können, so erscheinen diese Sätze doppelt beherzigenswert in einem Augenblicke, in welchem soeben erst die Mehrheitsparteien in Staat und Reich, ohne zwingenden äußeren Grund, eine wichtige Bestimmung der Verfassung verändern wollten.

„Was Kaiser Friedrich über sein Verhältnis zu den Religionsgesellschaften sagt, ist aus der Seele des großen Friedrich gesprochen. Es ist eine Verurteilung des Glaubenshaders und der Verfolgungssucht, welche nur zu lange die deutsche Nation zerklüftet haben, es ist der altpreußische Grundsatz der Gewissensfreiheit und Gleichberechtigung, würdig des Ruhmes der Hohenzollern. Kaiser Friedrich kündet den seit Jahrhunderten in seinem Hause heilig gehaltenen Grundsatz religiöser Duldung; er versichert, daß jeder Bürger jedes Bekenntnisses und jeder Religionsgemeinschaft seinem Herzen gleich nahestehe: „Haben doch alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt.“ Es wird Leute im Deutschen Reiche geben, welche Grund haben, bei diesen Worten stumm zu bleiben und die Augen zu senken. Für alle übrigen aber werden diese Worte des Kaisers eine Mahnung sein, den Frieden zu pflegen, nicht nur nach außen, sondern auch im Innern.

„Auch die Ausführungen des Kaisers über die wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung zeugen von hoher staatsmännischer Anschauung. Kaiser Friedrich will für das wirtschaftliche Gedeihen aller Klassen sorgen, widerstreitende Interessen versöhnen und Mißstände nach Kräften lindern, „ohne doch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staates allen Übeln der Gesellschaft ein Ende zu machen.“ Das scheint ein nur zu berechtigter Vorbehalt gegen den Staatssozialismus, gegen

die Zünftelei und gegen so viele Eingriffe in das wirtschaftliche Getriebe, welche in den jüngsten Jahren den Aberglauben nährten, daß aller Segen von oben komme und es nur des Griffes an die Klinke der Gesetzgebung bedürfe, um Not und Elend aus der Welt zu schaffen. Es geschieht zu rechter Zeit, daß Kaiser Friedrich den wirtschaftlichen Naturgesetzen wieder zu ihrem Rechte verhilft. Ebenso zeitgemäß ist der Hinweis, daß die sozialen Gefahren durch höhere Bildung immer weiterer Kreise und Bekämpfung der anspruchsvollen Halbbildung, durch Vermeidung von aufreizenden Beispielen hochgesteigerter Lebensführung einzelner und durch die Beseitigung der Versuchung zu unverhältnismäßigem Aufwande im Dienste gebannt werden müssen. Eine gewisse politische Weltanschauung wird vor diesen Sätzen wie vor einem Buche mit sieben Siegeln stehen. Dennoch würden diese Grundsätze unvergleichlich mehr für die Eindämmung der Sozialdemokratie wirken, als der bisherige Kampf mit Schutzmann und Staatsanwalt. Wird Kaiser Friedrich eine lange Regierungszeit, wie wir sie sehnlich wünschen, beschieden sein, so wird, dessen sind wir gewiß, die Sozialdemokratie nicht nur ihre Schrecken verlieren, sie wird auch der bestehenden Staatsordnung und der Monarchie wiedergewonnen werden; mit Staatssozialismus und Ausnahmegesetzen niemals.

„Auch auf dem Gebiete der vielberufenen Steuerreform treten in dem neuen Regierungsprogramme mannigfach eigene Anschauungen hervor. Für die sogenannte „Entwickelung" von Steuern bekundet der deutsche Kaiser nicht die Vorliebe, wie sie manche Finanzkünstler unserer Zeit besitzen. Er sichert zwar jedem Vorschlage vorurteilsfreie Erwägung zu, stellt jedoch zunächst die Forderung, durch die altbewährte Sparsamkeit die Auflegung neuer Lasten zu umgehen und eine Erleichterung bisheriger Anforderungen herbeizuführen. Wenn Kaiser Friedrich bei diesem Anlaß der Prüfung anheimgiebt, wie das Steuerrecht der Selbstverwaltungskörper neben demjenigen von Staat und Reich zu ordnen sei, so regt er einen großen gesetzgeberischen Gedanken an, der im nächsten Menschenalter Ausführung finden muß. Wenn er aber auch zugleich eine Vereinfachung der Behörden und eine Verminderung der Zahl der Angestellten fordert, um eine Erhöhung ihrer Bezüge zu ermöglichen, so legt er auch in diesem Punkte die Hand auf eine Wunde.

Die Vielregiererei, das Bevormundungssystem ist von jeher der Krebsschaden deutscher Staatsgewohnheit gewesen. Niemals aber ist die Beamtenschaft in Deutschland so außerordentlich gewachsen wie in dem letzten Jahrzehnt.

„In allen diesen Fragen beweist Kaiser Friedrich, wie eindringend er sich mit den Staatsgeschäften schon vor Antritt der Regierung allezeit beschäftigt hat, wie tief seine Kenntnis der vaterländischen Zustände ist, und wie er sich von jeder Jagd nach unerreichbaren Bildern fernhält. Alle seine Gedanken bewegen sich auf dem Boden praktischer Politik und unmittelbarer Gegenwart. Selbst auf dem Felde, welchem Kaiser Friedrich seine besondere Neigung widmet, spricht er mit gehaltener Vorsicht; er will deutsche Kunst und Wissenschaft zu voller Entfaltung bringen, wenn es ihm gelingt, die Grundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens kräftig zu erhalten. Wenn der Kaiser zum Schluß den Glanz ruhmbringender Großthaten von sich weist, so bedarf es freilich solcher Thaten nicht mehr, er hat deren ungezählte vollbracht. Und wenn er zufrieden ist, dem Volke wohlthätig, dem Lande nützlich, dem Reiche ein Segen zu werden, so wird ihm die Geschichte dieses Zeugnis dereinst gewiß nicht vorenthalten, wenn die Vorsehung ihm die Zeit vergönnt, die für seine Regierung aufgestellten Grundsätze durchzuführen und zu bethätigen.

„In jedem Falle aber weiß die deutsche Nation ihrem Kaiser Dank, daß er kraftvoll und entschlossen die Zügel der Regierung ergriffen hat, um dem Volke, dem er sein Leben geweiht, „ein gerechter und in Freud wie Leid treuer König zu sein." Er wird es sein, und möge er es lange sein. Auch von ihm wird gelten, was sein großer Ahnherr dereinst schrieb: „Ein König, den die Gerechtigkeit in seinem Thun leitet, hat die Welt zu seinem Tempel, in welchem die guten Menschen die Priester und Opferer sind."

Dem Versuch, den Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler in solcher Weise im Parteiinteresse auszubeuten, wurde von konservativer Seite mit den Worten entgegengetreten:

„Ist dieser Erlaß nicht aus den Anschauungen der Kartellparteien herausgeschrieben, ist ein Satz darin, der nicht von jeder der drei nationalen Parteien unterschrieben würde, und wollen die Deutschfreisinnigen thatsächlich künftig sich auf den Boden dieser

Grundsätze stellen? Wir würden das mit Freuden begrüßen, denn dann wäre eine Verständigung zwischen ihnen und uns möglich.

Ist für die freisinnige Partei wirklich Fürst Bismarck der „treue und wertvolle Ratgeber,“ von dem Kaiser Friedrich sagte, „Ihnen bin ich und bleibt mein Haus zu warmem Danke verpflichtet?“

Will die freisinnige Partei „die festen Grundlagen unberührt lassen, auf denen bisher der preußische Staat sicher geruht hat,“ will sie mit anderen Worten die starke Monarchie annehmen, die allein diese sichere Grundlage abgab? Ist es im Sinne der freisinnigen Partei, wenn Kaiser Friedrich zwar die Rechte der Bundesregierungen und des Reichstages zu achten verspricht, zugleich aber fordert, „daß von beiden eine gleiche Achtung der Rechte des Kaisers zu erheischen sei?“

Ist ein schneidenderer Gegensatz denkbar als die Haltung der Freisinnigen und die Worte Kaiser Friedrichs: „Die vollständige und sicherste Bürgschaft für ungestörte Förderung dieser Aufgaben sehe ich in der ungeschwächten Erhaltung der Wehrkraft des Landes, Meines erprobten Heeres und der aufblühenden Marine, der durch Gewinnung überseeischer Besitzungen ernste Pflichten erwachsen sind. Beide müssen jederzeit auf der Höhe der Ausbildung und der Vollendung der Organisation erhalten werden, welche deren Ruhm begründet hat und welche deren fernere Leistungsfähigkeit sichert.“

Das sind Hohenzollernwerke, die allein geeignet sind, die freisinnigen Legenden zurückzuweisen.

Mit besonderem Behagen hat die freisinnige Presse auf die Betonung der religiösen Duldung hingewiesen. Wird je der Herrscher des glaubengespaltenen Deutschlands eine andere Sprache führen können?

„Einig mit den Anschauungen Meines Kaiserlichen Herrn Vaters werde ich warm alle Bestrebungen unterstützen, welche geeignet sind, das wirtschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftskreise zu heben, widerstreitende Interessen derselben zu versöhnen und unvermeidliche Mißstände nach Kräften zu mildern, ohne doch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staats allen Übeln der Gesellschaft ein Ende zu machen.“

Das ist das Programm der sozialen Reform, der Kaiserlichen Botschaft von 1881, aber es entspricht nicht dem öden Manchestertum, welches die freisinnige Partei kennzeichnet.

Wenn der Erlaß sich dann der Erziehung, der Sparsamkeit in der Verwaltung u. s. w. zuwendet, so wird niemand irgend etwas entdecken, was den Kaiser in Gegensatz zu der herrschenden Politik des Reichskanzlers setzt. „Zur Verwirklichung dieser Meiner Absichten rechne Ich auf Ihre so oft bewiesene Hingebung und auf die Unterstützung Ihrer bewährten Erfahrung.“ Und der Kaiser, der so dem Fürsten Bismarck schrieb, soll auf dem Boden deutsch-freisinniger Anschauungen gestanden haben?“

Die Kreuzzeitungspartei hatte der Haltung des Kaisers Friedrich in seiner kronprinzlichen Zeit gegenüber stets die äußerste Reserve sich äußerlich auferlegt und entweder die gelegentlichen, nach der liberalen Seite hinneigenden Aussprüche des hohen Herrn ignoriert, oder sie als unbewiesen angesehen und erklärt, oder den Grundsatz befolgt: einem Mitgliede unseres Königlichen Hauses kann man wohl Huldigungen entgegenbringen, niemals aber ein Mißtrauensvotum. Ein monarchisch gesinnter Preuße mißbilligt in solchem Falle schweigend. Dadurch hatte die genannte Partei dem Verhalten ganz und gar entsagt, das sie einst beobachtete, als es sich im Jahre 1857 um die Regentschaft des Prinzen Wilhelm von Preußen handelte. Daß die Partei vom Kronprinzen Wilhelm einst etwas Zusagenderes erwartete, als vom Kaiser Friedrich, war sicher nicht ausgeschlossen, auch wenn allerlei in diesem Sinne kursierende Kundgebungen erfunden oder mißverstanden waren. Die konservative Presse bewahrte eine vollständige Scheu vor Verletzungen irgendwelcher Art. Sie dachte auch nicht daran, den Kaiser an die Liberalen zu überlassen. Die Proklamation des Kaisers Friedrich vom 12. März wurde von der Kreuzzeitung freudigst begrüßt, ganz anders als einst das Programm des Prinz-Regenten von Preußen. „Keine Unterbrechung der historischen Kontinuität, sagte sie, unerschütterliches Festhalten an den Grundlagen, „auf denen bisher der preußische Staat sicher geruht hat“. Der Hohenzollern-König hat nicht nötig gehabt, den alten, in Sturm und Drang wie im Sonnenschein des Glücks treu erprobten Diener seines Königlichen Vaters auf die geschichtlichen Grundlagen im einzelnen hinzuweisen, denen Preußens Geschichte

seine unvergleichliche Eigenart verdankt. Das „Mit Gott", welches in zweifacher Weise des Königs Heer schmückt, zeigt uns mit einer, Gott gebe es, unvergänglichen Bestimmtheit, daß Christentum, Monarchie und Heer die drei starken Wurzeln sind, denen der Baum entsprossen ist, unter dessen Schatten wir in Preußen und Deutschland gut und sicher wohnen können. So lange jene Wurzeln gesund und unberührt bleiben, werden auch die schwersten Stürme, mögen sie kommen woher sie immer wollen, an ihm nicht nur unschädlich vorüberrauschen, sondern den Baum nur noch mehr festigen und stärken."

Jedenfalls war die Ansprache, welche der Prinz-Regent Wilhelm im November 1858 an das neue liberale Staatsministerium hielt, den damaligen Konservativen gegenüber herausfordernder, wenn es darin hieß: „In der evangelischen Kirche, wir können es nicht leugnen, ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge Heuchler hat. Alle Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken, ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen; dies ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden." In Bezug auf die Wendung, welche Kaiser Friedrich in seinem Erlasse gegen den Antisemitismus nahm, hatte das Organ der Strengkonservativen in Berlin nur zu bemerken: „Ein Friedenszug, so möchten wir sagen, weht durch den ganzen Erlaß unverkennbar hindurch und schon deshalb würde es uns widerstehen, die weiteren Einzelheiten desselben hier genauer zu erörtern. Sie sprechen für jeden aufmerksamen Leser eine leicht verständliche Sprache. Um so mehr müssen wir es bedauern, wenn die „National-Zeitung" dabei ist, einen Satz, der einen seit Jahrhunderten in der Lage der Dinge begründeten und darum eben auch als einen Teil der geschichtlichen Basis Preußens anzusehenden Grundsatz, den der „religiösen Duldung" ausspricht, zu ihren politischen und religiösen Zwecken auszubeuten."

Die englischen Ideale spielten auch wieder bei den ersten Regierungskundgebungen des Kaisers Friedrich eine Rolle. Ein Berliner Fortschrittsblatt erinnerte daran, wie energisch auf Geist und

Gemüt des Kaisers sein Verhältnis zu dem erlauchten und edlen Fürsten eingewirkt habe, der in inniger Freundschaft mit dem nun entschlafenen Kaiser Wilhelm gestanden. Der Briefwechsel zwischen dem Prinzen Albert und dem Prinzen von Preußen werde immer ein Denkmal der staatsmännischen Weisheit und lebendiger Vaterlandsliebe zweier Fürsten bleiben. Von dem Augenblicke der näheren Bekanntschaft zwischen dem preußischen Prinzen und dem Vater seiner Verlobten habe eine staatsmännische Schule für Kaiser Friedrich begonnen, welche die von der Natur in seiner Seele gepflanzten Gaben reifen und zu vollen Früchten zeitigen sollte. Dasselbe Blatt citierte sodann das bekannte Schreiben des Prinzen Albert an den Kaiser Friedrich: „In Deinem Briefe an Viktoria vom 3., den sie gestern erhielt, erzählst Du von Deinen neuen Arbeiten in den verschiedenen Ministerien. Wenn Du einige Zeit darin gearbeitet haben wirst, so wird Dir die Wahrheit des Ausspruches Axel Oxenstiernas recht deutlich werden: „Mein Sohn, Du wirst Dich wundern, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird.“ Ich fürchte nur, daß niemand ein Interesse darin finden wird, Dir die Prinzipien, auf die es ankommt, klar zu machen, man wird Dich dagegen nicht unabsichtlich mit der Masse des Details und der sogenannten Arbeit zu erdrücken suchen. Doch wird es immer das Gute haben, daß Du den Geschäftsgang deutlich kennen lernen wirst. Die meisten deutschen Büreaukraten sehen den Wald vor Bäumen nicht; sie halten die Ideen des Baumes schon für etwas Gefährliches und messen seinen Reichtum nach der Dichtheit, mit der die Bäume aneinander stehen, nicht nach der Kräftigkeit ihres Wuchses. Dabei ist die Last deutscher Akten etwas Entsetzliches.“

Dieser Brief zeige, sagte obiges Blatt, in welchem Sinne der Briefverkehr zwischen beiden Fürsten gepflogen wurde. Er zeige, welche Gesinnungen man von dem gegenwärtigen Träger der Krone zu erwarten habe. In dieser Gesinnung habe im Mai 1861 der damalige Kronprinz, als er mit dem Justizminister von Bernuth das Kammergericht besuchte, gesagt, er freue sich der Überzeugung, daß die Gesetze mit Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit gehandhabt würden und somit der alte Wahlspruch seines Hauses zur vollen Geltung komme. Das Gesetz sei die oberste Richtschnur auch für ihn; nur durch die höchste Achtung vor dem Gesetze werde eine sichere Grundlage für

ein gesundes Staatswesen geschaffen. In gleichem Geiste habe Kaiser Friedrich wiederholt bei zahlreichen Feierlichkeiten seine persönliche Gesinnung bethätigt, so bei der Enthüllung des Denkmals für Schleiermacher, so bei dem Festgruße zum hundertsten Geburtstage Alexander von Humboldts, so bei der Enthüllung des Denkmals von Stein auf seiner Stammburg im Lahnthale, bei welchem Anlaß Kaiser Friedrich an den Festausschuß schrieb:

„Mein persönliches Erscheinen bei dieser Feier soll nicht nur die hohe Verehrung und Dankbarkeit bekunden, welche ich dem Andenken eines der edelsten und besten deutschen Männer schulde, sondern es ist mir Bedürfnis, durch dasselbe Zeugnis abzulegen für die leitenden Gedanken des großen Staatsmannes, denen der preußische Staat in den Tagen des Unglücks seine Wiedergeburt und die Erhebung von fremdem Joche verdankt. Möge die sittliche Kraft dieser Gedanken, welche schon einmal zu rettenden Thaten wurden, unser staatliches Gemeinwesen fort und fort durchdringen, auf daß in ihnen das neu erstandene Reich die sicherste Bürgschaft finde: eine große und glückliche Zukunft."

Welche Stellung aber Kaiser Friedrich innerhalb der evangelischen Kirche einnehme, das sei bezeugt durch viele seiner Ausführungen, insbesondere in den Freimaurerlogen und bei der Lutherfeier in Wittenberg. Am 20. Januar 1883 weihte der damalige Kronprinz das neue Gebäude der Loge Royal York „Zur Freundschaft" mit einem Trinkspruch ein, in welchem er sagte:

„Die Zeit, in der wir leben, verlangt Licht und Aufklärung. Wir dürfen an dem Herkömmlichen, selbst wenn es uns teuer und wert geworden ist, nicht darum festhalten, weil wir es als Überlieferung empfangen haben, weil wir uns in dasselbe wie in eine Gewohnheit eingelebt haben. Auch bei uns heißt es: „Nicht Stillstand, sondern Fortschritt".

Und in Wittenberg habe Kaiser Friedrich die Bevölkerung ermahnt, die hohen Güter, welche die Reformation uns errungen, mit demselben Mut und demselben Geist zu behaupten, mit dem sie einst errungen wurden. „Möge diese Feier insbesondere uns in dem Entschlusse festigen, allezeit einzutreten für unser evangelisches Bekenntnis und mit ihm für Gewissensfreiheit und Duldung! Und

mögen wir stets dessen eingedenk bleiben, daß die Kraft und das Wesen des Protestantismus nicht in Buchstaben beruht und nicht in starrer Form, sondern in dem zugleich lebendigen und demütigen Streben nach der Erkenntnis christlicher Wahrheit." Dieser Geist werde die deutsche evangelische Kirche vor Zwietracht bewahren und ihren Frieden fest und dauernd begründen.

In demselben Geiste sei es gewesen, daß Kaiser Friedrich am 20. Januar 1881 dem Vortrage des Berliner Stadtschulrats Cauer gegen die Unduldsamkeit und den Glaubenseifer beiwohnte und den Druck dieses Vortrages zum Andenken Lessings veranlaßte, des Vortrages, in welchem es heißt: „Gegenüber den fratzenhaften Ausartungen deutscher Gesinnung, die sich heute hervorwagen, ist es recht, die Weltbürgerlichkeit des achtzehnten Jahrhunderts ins Feld zu führen, die sehr viel deutscher ist, als die Karrikatur des französischen Chauvinismus, die sich unter uns für Deutschtum ausgiebt, und wer sich zurückgestoßen fühlt von der Brutalität, die heute auf der Gasse — und leider nicht nur auf der Gasse — ihr Wesen treibt, der findet nirgends besseren Trost als im Anschauen und Genusse Lessingscher Humanität." Und wie ein Widerhall dieser Gesinnung klinge die Rede, welche Kaiser Friedrich am 5. Juni 1885 in der Pregelstadt vor der akademischen Jugend gehalten. Hier wo er sie ermahnte, Sorge zu tragen, daß sie „nie arm werde an guten und fruchtbaren Gedanken," hier fügte er hinzu:

„Den schwankenden vaterländischen Sinn zu wecken und neu zu beleben, ist heute allen Deutschen, Alten wie Jungen, das Bewußtsein von der Größe und Bedeutung des neuen deutschen Reiches in seiner vollen Herrlichkeit erstanden. Gefahren fremder Art und fremden Wesens für das geeinigte Vaterland haben wir, wie mir scheint, für unser so Gott will immer mehr erstarkendes Staatswesen nicht zu fürchten. Sicherlich dürfen wir mit berechtigtem Stolze uns dessen rühmen, was unser Volk unter der glorreichen Führung des Kaisers geleistet hat. Aber sorgen wir zugleich, daß uns jede Überhebung ferne bleibe; eine solche ist undeutsch. Für ihre Bethätigung in dem Tone und Sinne, den wir bei anderen Nationen öfter bitter getadelt, fehlt uns sogar der Ausdruck, den wir erst einer fremden Sprache entlehnen."

H. v. Treitschke nannte das anders. „In dem langen Stillleben

— sagte er — verlor der Kronprinz zuweilen die Fühlung mit der gewaltig aufstrebenden Zeit und konnte ihren neuen Gedanken nicht mehr recht folgen. Die antisemitische Bewegung, deren Grund doch allein in der Selbstüberhebung der Judenschaft lag, meinte er mit wenigen Worten zornigen Tadels abzuthun, und die Königsberger Studenten warnte er gar vor den Gefahren des Chauvinismus — einer Empfindung, die nach zwei Jahrhunderten des Weltbürgertums den Deutschen so fremd ist wie ihr wälscher Name."

Wie weit dem Bilde, das man sich auf Grund jener Reminiscenzen an frühere Kundgebungen Kaisers Friedrich von der Zukunft seiner Regierung machte, die Regierungsakte des Monarchen entsprachen, ergiebt sich aus dem Folgenden.

Ein englischer Diplomat.

Arzt und Diplomat sind schon wiederholt in einer Person vereinigt gewesen, aber so verhängnisvoll traurig hat noch keiner in das Geschick einer Nation eingegriffen, als der fast ein Jahr lang vielgenannte Mann, der aus einem fremden Lande herbeigerufen wurde, um ein teures Fürstenleben zu retten und es dem sicheren Untergange weihte. Zu derselben Zeit, im Sommer 1887, wo die gefälschten Aktenstücke eine große Rolle spielten, welche dem Kaiser Alexander III. in Kopenhagen zugesteckt wurden, die beinahe einen Weltkrieg entzündet hätten, wurde das deutsche und das ausländische Publikum mit Berichten über das Befinden Kaiser Friedrichs unterhalten, die nicht minder gefälscht waren.

Man las damals, Dr. Morell Mackenzie sei ein Mann von 50 Jahren und genieße als Arzt einen europäischen Ruf. Er studierte in London, Paris und Wien, gründete schon 1863 im Golden Square ein Haushospital, das erste in England, und erhielt im selben Jahre vom Wundarzt-Kolleg den Preis für ein Werk über Halskrankheiten. Im Laufe der Zeit ward er Professor am Londoner Hospital und hat durch sein Werk über die „Krankheiten des Kehlkopfs und der Nase", welches ins Französische und Deutsche übersetzt ward, seinem bis dahin in England etwas verachteten Spezialfache gebührende Achtung verschafft. Sein neuestes Werk über die menschliche Stimme war ein praktischer Leitfaden für Sänger, die sich ihre Stimme gesund erhalten wollen.

Dr. Morell Mackenzie hat äußere Auszeichnungen auch für die Behandlung des Kronprinzen und Kaisers Friedrich erhalten. Schon im Sommer 1887, als er mit seinem hohen Patienten in England war, wurde er daselbst zum Baronet gemacht, wegen „seiner Verdienste" um denselben. Und unter dem 9. April 1888 erhielt er

ein eigenhändiges Handschreiben des Kaisers, das folgendermaßen lautete: Mein lieber Sir Morell! Sie sind zu Mir gerufen worden auf den einmütigen Wunsch Meiner deutschen behandelnden Ärzte. Da Ich Sie selbst nicht kannte, hatte Ich zu Ihnen Vertrauen infolge jener Empfehlung. Aber bald lernte Ich Sie aus persönlicher Erfahrung schätzen. Sie haben Mir höchst wertvolle Dienste geleistet, in deren Anerkennung sowohl als auch in Erinnerung an meine Thronbesteigung Ich das Vergnügen habe, Ihnen das Komthurkreuz und den Stern Meines Königlichen Ordens von Hohenzollern zu verleihen. Ihr geneigter Friedrich. I. R.

Volk und Kaiser haben sich schwer täuschen lassen. Schon im Januar 1887 war Kronprinz Friedrich Wilhelm an einer Halsentzündung erkrankt, von der schon oben bei einer anderen Gelegenheit gesprochen ist. Noch am 23. März desselben Jahres, am Tage nach seinem 90. Geburtstage, sagte Kaiser Wilhelm in einem Erlaß: „In demütigem Ernste erkenne Ich die Gnade Gottes, welche mich diesen Tag hat erleben lassen, welche Mir in so hohem Alter die Kraft zur Erfüllung Meiner Fürstlichen Pflicht erhalten hat, welche Mir das Glück gewährt, noch den Lebensabend mit Meiner geliebten Gemahlin zu teilen und eine kräftig emporwachsende Nachfolge von Kindern, Enkeln und Urenkeln zu schauen.“ Nach einem Zeitraume von nicht einem Jahre war diesem Kreise die ritterliche Erscheinung des Kronprinzen und Nachfolgers des ersten deutschen Kaisers entrissen. Deutschland stand binnen wenigen Monaten zweimal trauernd an der Gruft eines Kaisers. Furchtbar ist der Gedanke, daß Kaiser Friedrich, soweit menschliches Ermessen reicht, gerettet worden wäre, wenn man den Rat der deutschen Ärzte im Frühjahr 1887 befolgt hätte.

Folgendes ergiebt sich aus dem amtlichen Berichte der deutschen Ärzte unwidersprechlich. Die verdächtige Geschwulst unter dem linken Stimmbande des damaligen Kronprinzen wurde, da ihre Bedeutung nicht sofort mit Sicherheit festzustellen war, anfangs 1887 von Professor Gerhardt unter der Voraussetzung, daß es ein Polyp sein könne, galvanokaustisch behufs ihrer Entfernung behandelt. Der Verdacht, daß es ein Krebs sei, entstand schon vor der Reise nach Ems infolge der Vergeblichkeit dieser Behandlung; nach der Rückkehr des Kronprinzen von Ems erfolgte die Zuziehung von Berg-

mann und Tobold, am 16. Mai erklärte der erstere mit Bestimmtheit die Geschwulst für bösartig und forderte eine Operation zur Entfernung derselben; am 18. waren alle beteiligten deutschen Ärzte einig in dieser Ansicht und sämtlich bereit, die Verantwortlichkeit für die Operation zu übernehmen, welche keineswegs, wie immer behauptet wurde, in der lebensgefährlichen — ganzen oder teilweisen — Exstirpation des Kehlkopfes, sondern lediglich in der Spaltung desselben behufs Entfernung der unter dem linken Stimmbande befindlichen Wucherung bestehen sollte. Es ist das, so sagt der Bericht Gerhardts, eine „fast gefahrlose Operation", die man selbst an Greisen und Kindern vornimmt. Bergmann erklärte, es würde nach dieser Operation eine zwar rauhe und heisere, aber hinreichend verständliche Stimme sich ergeben. Am 21. Mai sollte die Operation stattfinden.

Um alles zu thun, was möglich war, hatte man einige Tage vorher die Konsultierung eines namhaften Laryngologen von auswärts beschlossen; auf den Vorschlag des Leibarztes Wegner war als solcher Mackenzie gewählt worden. Dieser erklärte sofort bei der ersten Untersuchung mit Bestimmtheit, die Krankheit sei kein Krebs; in den nächsten Tagen machte er schwankende Äußerungen; er begann bereits die Berufung auf die ihres negativen Ergebnisses halber nichts beweisende mikroskopische Untersuchung Virchows; und am 24. versicherte er mit Bestimmtheit, er werde den Kranken ohne die vorgeschlagene Operation heilen — dies alles auf Grund von Untersuchungen, welche den deutschen Ärzten sehr leichtfertig erschienen und wobei u. a. das gesunde rechte Stimmband verletzt wurde. Die deutschen Ärzte blieben bei ihrer Ansicht; es ist eine Erfindung, daß sie dieselbe auch nur zeitweilig aufgegeben hätten. Aber der bestimmten Mackenzieschen Verheißung gegenüber und angesichts der Wirkung, welche diese begreiflicherweise auf den Kranken und die Seinigen hervorbrachte, willigten sie in einen Aufschub ihrer Behandlung, welcher so, wie er von ihnen formuliert wurde, nicht verhängnisvoll werden konnte: Mackenzie sollte seine Kur beginnen, aber unter kompetenter deutscher Aufsicht; und diese Kur sollte ihm nur gestattet sein, bis entweder die mikroskopische Untersuchung eines neuen, von ihm exstirpierten Teilchens den Krebs feststellte oder die Geschwulst wieder wachse. Die deutschen Ärzte

waren der Meinung, daß es dann noch Zeit für ihre Operation sein werde.

Hier setzte die Wendung ein, durch welche der Kronprinz dem sicheren Tode entgegengeführt wurde. In nicht aufgeklärter Weise wurde die Reise nach England beschlossen, welche die Überwachung der Mackenzieschen Behandlung mindestens sehr erschweren und beeinträchtigen mußte; Mackenzie allein war in den Reiseplan eingeweiht. Am 1. Juni erlangten die deutschen Ärzte wenigstens, daß Gerhardt behufs der Überwachung mit nach England gehen sollte. Dieser Beschluß aber wurde alsbald in ebenfalls nicht aufgeklärter Weise hinter den Kulissen umgestoßen; es sollte gar kein deutscher Spezialist in der Begleitung des Kronprinzen sein; und als deutscherseits mit Mühe durchgesetzt wurde, daß doch ein solcher, der erste Assistent Gerhardts, Dr. Landgraf, mitgenommen wurde, geschah dies unter der Bedingung, daß derselbe weder von Gerhardt instruiert werden, noch an denselben aus England berichten durfte. Wenn danach über die Absicht, die von den deutschen Ärzten gestellte Bedingung illusorisch zu machen, noch ein Zweifel bestehen könnte, so würde er durch den Bericht Dr. Landgrafs beseitigt werden: dieser konnte nur mit Mühe, in langen Zwischenräumen, in England die Erlaubnis zur Besichtigung des Kehlkopfes erlangen — obgleich die Kronprinzessin ihm gelegentlich sagte, daß unausgesetzt Schluckbeschwerden vorhanden wären. Diese Untersuchungen, so schon die erste am 7. August, ergaben die Vergrößerung der Geschwulst und Unbeweglichkeit des linken Stimmbandes, ebenfalls ein Symptom des Krebses; Landgraf verlangte der Verabredung gemäß die erneute Konsultation der Berliner Ärzte, aber obgleich Dr. Wegner zustimmte, geschah nichts. Am 23. August konstatiert Dr. Landgraf von neuem ein stetiges Fortschreiten zum Schlimmeren, Mackenzie aber leugnet es, und am 3. September wird Dr. Landgraf zurückgesandt. Wir schalten hier ein, daß Mitte Oktober die „National-Zeitung“ die erste eingehende Kritik der Schwindel-Berichte der Mackenzie-Organe brachte, von denen sie dann wegen jedes kritischen Wortes über Mackenzie und seine Behauptungen monatelang in der Hoffnung, daß man sie durch Terrorismus würde zum Schweigen bringen können, als Feind des Kronprinzen, nachher des Kaisers, denunziert wurde. „Wenn dieser Todfeinde gehabt hätte, so hätten

dieselben ihn dem Mackenzie überantworten müssen", bemerkte das genannte Blatt.

Eben dasselbe scheute sich nicht, es auszusprechen: „Mackenzie hat in dieser Angelegenheit als Betrüger gehandelt; dies ist das einzige Urteil, welches auf Grund des vorliegenden Materials zu fällen ist." Es fuhr fort: „Wie weit er das Werkzeug anderer war, bleibt hier ununtersucht. Er wollte zuerst um jeden Preis der Arzt dieses hohen Kranken werden; zu einer Verantwortlichkeit, welche jeder ernste Arzt nur notgedrungen mit schwerem Herzen übernommen hätte, drängte er sich. Gleich am Anfang beginnt der Schwindel, die Diagnose auf eine Untersuchung Virchows zu begründen, von welcher dieser selbst — wenngleich nicht mit dem erforderlichen Nachdruck — sagte, daß sie keinen sicheren Schluß gestattete. Vollkommen klar wird die Unehrlichkeit des Verfahrens durch die Ausschließung der deutschen Ärzte während der entscheidenden Zeit des Aufenthaltes in England; jeder Arzt, welchem es um den Kranken, nicht um die ungeheure Reklame zu thun war, für die Mackenzie diesen Patienten mißbrauchte, hätte mit Freuden jede Gelegenheit ergriffen, die eigene Verantwortlichkeit durch die Zuziehung anderer Autoritäten zu mindern; ihm aber war es nur darum zu thun, den deutschen Kronprinzen, den künftigen Kaiser, in seinen Händen zu behalten. Im weiteren Verlauf der Krankheit, da er erkennt, in welche Gefahr für seinen Ruf er sich begeben hat, schwankt sein Verhalten zwischen verzweifelten Wiederholungen der unwahren Diagnose und plötzlichen Versuchen, die Verantwortlichkeit auf andere abzuwälzen, letzteres z. B. unmittelbar vor der Tracheotomie im Februar; die Berufung Bergmanns lehnt er ab, weil diese Operation noch acht bis zehn Tage Zeit habe, und nach wenigen Stunden schiebt er dem Dr. Bramann alle Verantwortlichkeit für den Ausgang zu, weil dieser noch einige Stunden warten will. Einen anderen Versuch dieser Art macht er, indem er jede Verantwortlichkeit ablehnt, weil Bramann vor der Tracheotomie den Kranken chloroformiert. In dasselbe Kapitel gehören die beständigen Versuche, das unaufhaltsame Fortschreiten des Übels auf unpassende Kanülen der deutschen Ärzte zu schieben, die falsche, in der vorliegenden Schrift eingehend gewürdigte Darstellung des Zwischenfalls in Charlottenburg, welcher zum Rücktritt Bergmanns

führte u. s. w. Jemehr sich die Tragödie dem Ende nähert, umsomehr wird das Verhalten Mackenzies einfach dasjenige eines Angeklagten, der auch gegenüber den erdrückendsten Beweisen seine Schuld leugnet und andere beschuldigt, weil er eben keinen Ausweg sieht, aber nicht gestehen will."

Die ärztliche Schrift enthält auch die Berichte von Schrötter und M. Schmidt über die Konsultation vom November 1887, einen Bericht Bardelebens über die letzten Wochen, endlich das Sektions-Protokoll. Diese Aktenstücke bestätigen, was schon bekannt war. Zur Zeit der Konsultation von San Remo war das Leiden soweit vorgeschritten, daß nur die Exstirpation des Kehlkopfes noch in Frage kommen konnte, die der Kronprinz ablehnte. Dafür, daß es soweit gekommen, „messen wir," so erklärten die im Königlichen Hausministerium damals versammelten deutschen Ärzte zu Protokoll, „die Schuld dem Arzte bei, der das „zu spät" verschuldet hat durch Übersehen und Abstreiten des Anwachsens der Geschwulst" — nämlich während des Aufenthalts in England.

Nach der Veröffentlichung des ärztlichen Berichtes blieb nur noch eine Frage unbeantwortet: Wie war es möglich, daß niemand aus der Umgebung des Kronprinzen, auch der deutsche Arzt Krause nicht rechtzeitig, als derselbe noch in England weilte, Verdacht gegen Mackenzies Ehrlichkeit geschöpft und diesen Verdacht pflichtmäßig an maßgebender Stelle zum Ausdruck gebracht hat? Auch diese Frage wurde beantwortet. Es ist klar, daß die offizielle Beteiligung der Ärzte an der tragischen Angelegenheit sie nach preußischen Grundsätzen völlig außer stand setzte, sich an das Publikum zu wenden. An den Kaiser aber haben sie sich gewandt. Einer der beteiligten Ärzte suchte in der kritischen Zeit, als Mackenzie den Krebs wachsen ließ, eine Audienz bei Kaiser Wilhelm I. nach und stellte demselben die Sachlage unverhüllt vor. Der Kaiser war tief erschüttert, aber er gab die Antwort, die er nur geben konnte: „Mein Sohn ist 56 Jahre alt; die letzte Entscheidung über seine ärztliche Behandlung kann ihm nicht entzogen werden." Gleichwohl machte der Kaiser einen Versuch, den damaligen Kronprinzen während der Reise von England nach Toblach wenigstens für einen Tag nach Berlin zu berufen. Aber die infolge dessen schon beschlossene Fahrt von Frankfurt a. M. nach Berlin wurde im letzten Augen-

blick aufgegeben; statt des Kronprinzen erschien sein Adjutant bei dem Kaiser. Mackenzies Verbrechen war, daß er, im schroffsten Gegensatz zu der Handlungsweise, welche jedem andern Arzte in einem solchen Falle als Pflicht gegolten hätte, von dem Kronprinzen jeden unabhängigen ärztlichen Beirat fern hielt, daß er, um diesen Patienten in Händen zu behalten, ihn vollständig in die Mackenziesche Darstellung der Krankheit hineinbannte.

Mackenzie hat als Arzt des verstorbenen Kaisers eine politische Rolle gespielt. Er selber suchte seine Gegner im politischen Lager. In dieser Beziehung ist ein Brief von ihm an den Berliner Korrespondenten der Times, an Herrn Lowe, aus dem Monat April bemerkenswert. Der Briefwechsel zwischen beiden bezog sich auf einen Bericht, den der Times-Korrespondent seinem Blatte über die zu jener Zeit erfolgte Einsetzung einer neuen Kanüle beim Kaiser seinem Blatte geliefert hatte. Das Schreiben des Herrn Mackenzie beleuchtet zugleich sein Verhalten gegen einen Landsmann, der sich des Verbrechens schuldig gemacht hatte, sich nicht durch die Landsmannschaft bestechen zu lassen, sondern der Wahrheit die Ehre zu geben. Herr Lowe schrieb unterm 17. April an Mackenzie:

„Inliegend finden Sie mein Telegramm an die „Times“ vom Sonntag Abend. Ich brauche kaum zu sagen, daß, ehe ich jenen Bericht in der „Köln. Ztg.“ wiedergab, ich vorgezogen haben würde, Sie in Bezug auf seine Genauigkeit zu Rate zu ziehen, um auf diese Weise in den Stand gesetzt zu werden, unsern Lesern den Bericht, wenn nötig, mit berichtigenden oder vernichtenden kritischen Bemerkungen versehen, vorzulegen. Sie entziehen mir jedoch die Möglichkeit, Ihnen solchen Dienst zu leisten. Da aber Wahrheit und Gerechtigkeit mein einziger Grundsatz des Handelns sein müssen, so ergreife ich diese fernere und letzte Gelegenheit, zu wiederholen, daß, wo persönlicher Ruf und nationale Ehre in Frage kommen, ich stets zu Ihrer und Ihres englischen Kollegen Verfügung stehen werde.“

Noch an demselben Tage antwortete Sir Morell Mackenzie:

„Mein Herr! Von Anfang November bis März glaubten Sie, es entspräche Ihrem Interesse besser, der „Militärpartei“ in Berlin zu gefallen, und Sie setzten mich deshalb in ihren Tele-

grammen an die „Times“ beständig herab. Sie thaten dies, indem Sie unablässig Angriffe auf mich, die von Zeit zu Zeit in dem antienglischen Teile der deutschen Presse erschienen, wiedergaben, aber niemals auf günstige Artikel Bezug nahmen, indem Sie ferner beständig versuchten, mich ins Unrecht zu setzen und die Ergebenheit meines Kollegen, des Dr. Mark Hovell, zu seinem hohen Patienten unbeachtet ließen. Als gegen unsere Erwartung der Kronprinz Kaiser wurde und ich in der Umgebung Sr. Majestät nach Charlottenburg kam, hielten Sie es für Ihre Interessen zuträglicher, sich mit mir auf einen freundschaftlichen Standpunkt zu stellen, und Sie sandten mir deshalb ein Glückwunschschreiben, in welchem Sie sagten: „Ich stelle Ihnen meine Dienste zur Verfügung.“ Ich lehnte es jedoch ab, Sie zu empfangen. Ich bin nicht überrascht, daß Sie seitdem Ihr früheres Verfahren fortgesetzt haben. Am Sonntag telegraphierten Sie aus der „Köln. Ztg.“ und der „Kreuzztg.“ lange Auszüge, die mir und meinem englischen Kollegen in hohem Grade schaden, aber Sie unterlassen es, darauf hinzuweisen, daß diese Angriffe von Blättern ausgehen, die seit Jahren alles, was englisch ist, systematisch angegriffen haben. Sie wissen vollkommen, daß der gewöhnliche Engländer nichts von der Politik der „Köln. Ztg.“ oder der „Kreuzztg.“ weiß; wären also „Wahrheit und Gerechtigkeit die einzigen Grundsätze Ihres Handelns“ gewesen, so würden Sie sicher auf den chauvinistischen Charakter der Blätter aufmerksam gemacht haben, in denen die Angriffe gegen Ihre Landsleute erschienen sind. Wenn Sie so zarte Gefühle haben, als Sie jetzt, „wo persönlicher Ruf und nationale Ehre in Frage kommen“, für sich in Anspruch nehmen, so würden Sie sicher „eine fernere und letzte Gelegenheit genommen haben“, mir Ihre Dienste anzubieten, ehe Sie die schamlosen Angriffe und Lügen der sogenannten patriotischen Presse telegraphierten; anstatt dessen haben Sie dieselben zuerst veröffentlicht und mir dann erst Gelegenheit zu „berichtigenden oder vernichtenden kritischen Bemerkungen“ gegeben. Noch mehr. Viele der Berliner Zeitungen haben die albernen und beleidigenden Mitteilungen der „Köln Ztg.“ berichtigt. Hätten Sie irgend welche Rücksicht für „nationale Ehre“, so würden Sie Auszüge aus diesen Blättern telegraphieren. Statt dessen greifen Sie, in der Hoffnung, von mir in Zukunft Nachrichten zu empfangen,

mich an und dann bieten Sie mir die Gelegenheit, mich und meinen englischen Kollegen zu rechtfertigen. Ich habe Ihren Schmeicheleien das Gehör verweigert und ich lehne es ab, jetzt Ihren Drohungen nachzugeben. Ich habe nur noch hinzuzufügen, daß viele Freunde und sogar mir vollkommen Fremde, sowohl in Berlin wie in England, mir schriftlich ihr Bedauern ausgedrückt haben, daß ein so hochgeschätztes Blatt, wie die „Times", in dieser Stadt so unwürdig vertreten ist. Dieser Meinung pflichte ich ganz bei. Ich bin u. s. w. Morell Mackenzie."

Der „Times"-Korrespondent Lowe antwortete unter dem 18. April auf den Brief Mackenzies u. a. folgendes:

„Als der verantwortliche Berichterstatter einer großen englischen Zeitung heißt mein Wahlspruch: „Furchtlos und treu, treu der Wahrheit, soweit ich sie auf anständigem Wege ermitteln kann und furchtlos gegenüber den Folgen. Während ich meiner Zeitung Thatsachen und Erscheinungen in der Krankheit des Kaisers mitteilte, ließ ich mich nie durch den Wunsch der „Militärpartei" oder irgend einer anderen Partei zu Gefallen, sondern einfach durch mein ernstes Bestreben, ein gewissenhafter Beobachter und unabhängiger Chronist der laufenden Ereignisse zu sein, beeinflussen. Nehmen Sie an, daß es sich mit meiner Pflicht vertragen haben würde, keine Kenntnis von Angriffen zu nehmen, welche gegen Sie in der deutschen Presse gerichtet wurden? Im Gegenteil, solche Angriffe gehören ganz entschieden in die Kategorie der neuen Ereignisse und müssen als solche mitgeteilt werden; aber es würde unnatürlich sein, den Berichterstatter mit den Urhebern solcher Angriffe zu identifizieren, und wenn Sie sagen, daß ich alle Ausdrücke einer Ihnen günstigen Meinung unterdrückt hätte, so entspricht das einfach nicht den Thatsachen."

Als Herr Mackenzie nach dem Tode des Kaisers nach England zurückkehrte, versicherte er einem Vertreter des Haager „Dagblad", von dem er interviewt wurde, er sei von der Krebsnatur der Krankheit seinerseits seit dem Februar vollkommen überzeugt gewesen; da aber aller Wahrscheinlichkeit nach die eventuelle Einsetzung einer Regentschaft beschlossen worden wäre, wenn er als behandelnder Arzt des damaligen Kronprinzen seiner wahren Ansicht Ausdruck

verliehen hätte, so habe er vorgezogen, dieselbe nicht laut werden zu lassen.

Dazu wurde von der Nat.-Ztg. bemerkt:

„Eine Regentschaft selbst für den Fall zu verhindern, daß das Fortschreiten der Krankheit den Kaiser Friedrich unbedingt regierungsunfähig gemacht hätte, das war einer der Zwecke, zu denen das deutsche Volk monatelang in der dreistesten Weise belogen und jeder verfehmt wurde, der die Wahrheit zu sagen wagte. Auf die Autorität des Ausländers hin, welcher diese seine Einmischung in die deutschen politischen Angelegenheiten nunmehr, nachdem er die deutsche Grenze hinter sich hat, in cynischer Weise eingesteht, sind ein Jahr lang die hervorragendsten deutschen Ärzte verunglimpft worden. Speziell der „Nat.-Ztg.“ ist von den Preßorganen dieses Treibens nicht bloß zum schwersten Vorwurf gemacht worden, daß sie die Wahrheit sagte — und zwar zu einer Zeit, als dieselbe dem hohen Kranken bekannt war —, sondern sogar, daß wir uns nicht dazu hergeben wollten, die Unwahrheit mit einem großen Wortschwall zu verbreiten. Sogar das Schweigen, das Bestreben möglichster Zurückhaltung angesichts der uns bekannten Wahrheit, wurde von dem fortschrittlichen Servilismus denunziert.“

Weiterhin bemerkte das genannte Blatt, daß man, „um allen Nichtsnutzigkeiten des Herrn Mackenzie auf die Spur zu kommen“, anscheinend die ganze europäische Presse durchforschen müsse. So habe der englische Arzt noch kurz vor seiner Abreise aus Berlin, aber bereits nach Kaiser Friedrichs Tode, mit dem Berliner Korrespondenten des Mailänder „Secolo“, des gelesensten italienischen Blattes, eine Unterredung gehabt. In derselben äußerte er, daß ohne die Dazwischenkunft des Professors von Bergmann (während des Aufenthaltes in Charlottenburg) Kaiser Friedrich sechs Monate länger gelebt haben würde. Ferner erklärte Mackenzie, er habe allerdings im Verlauf der Behandlung den Krebs erkannt, aber mit Rücksicht auf den Gemütszustand der Kaiserin und ihrer Töchter habe er nicht für angemessen gehalten, die Wahrheit bekannt werden zu lassen, besonders im Hinblick auf sehr delikate, die Zukunft der Prinzessinnen betreffende Gründe. Deshalb hätten „Bergmann und dessen Bande“ ihn angegriffen.

Nun kam der aus Berlin ausgewiesene Korrespondent des

Pariser „Matin“, Herr Ranson, der mit Herrn Mackenzie auf bestem Fuße gestanden hatte, und erzählte u. a.: „Wilhelms (d. h. unseres jetzigen Kaisers) Haß gegen die beiden englischen Ärzte, die er nie grüßte, hat keine Grenzen, seit Mackenzie in San Remo die Abdankung Friedrichs (soll heißen die Zustimmung des späteren Kaisers Friedrich zur eventuellen Einsetzung einer Regentschaft) verhinderte, indem er ihm eidlich versicherte: „Man will Sie täuschen, Sie haben den Krebs nicht, und Sie können wieder gesund werden.“ Diese Mitteilung fand in Berlin den folgenden Kommentar: „Ist Herr Ranson gut berichtet — und in Anbetracht seiner vortrefflichen Beziehungen zu den beiden englischen Spezialisten darf man das wohl voraussetzen — so hat Herr Mackenzie seinen Eid, bezw. sein Ehrenwort wissentlich mißbraucht. Er versicherte dem damaligen Kronprinzen „eidlich“, von Krebs könne nicht die Rede sein und doch war er selbst davon überzeugt, daß gerade dieses Leiden vorliege. Die Verteidiger des Herrn Mackenzie machen allerdings entschuldigend geltend, daß ihr Schützling dem hohen Kranken die Wahrheit nur verheimlicht habe, um ihn bei gutem Mut zu erhalten, daß er also aus Humanitätsrücksichten — die ja für einen Arzt sehr wohl entscheidend sein können — das Vorhandensein des Krebses in Abrede stellte. Herr Mackenzie selbst aber giebt ganz offen ein anderes Motiv an; nach seinen eigenen Erklärungen wollte er vor allem die Regentschafts-Eventualität hintertreiben. Damit stimmt es denn auch überein, daß er sogar den Kaiser Wilhelm, den Prinzen Wilhelm und den Fürsten Bismarck, also Personen, denen er die Darlegung seiner wahren Meinung unbedingt schuldete, und auf deren Diskretion gegenüber dem erlauchten Patienten er sicher rechnen konnte, durch bewußte Unwahrheiten fortdauernd zu täuschen suchte. Hier war von Humanität doch nicht mehr die Rede; hier handelte es sich ausschließlich um die Förderung von persönlichen Interessen und politischen Zwecken. Bei uns in Deutschland Politik zu treiben, und wohl gar Parteipolitik, wäre aber Herr Mackenzie auch dann nicht berechtigt gewesen, wenn er sich bei der Wahl seiner Mittel etwas skrupulöser gezeigt hätte.“

Zu derselben Zeit hatte ein polnisches Blatt, der „Kuryer Warschawski“, eine ganz analoge Information gehabt, wie Dr. Mackenzie sie seinem Interviewer im Haag mitteilte. Es ließ dies darauf

schließen, daß der polnisch radikale Stab, mit dem der als politischer Agent erscheinende angebliche Heilkünstler Mackenzie sich in Berlin behufs seiner eigenen lärmenden Preß-Glorifizierung umgeben hatte, sich teilweise wieder in seine Heimat begeben hatte. Das genannte polnische Blatt schrieb: „Wir glauben, daß Dr. Mackenzie als der berühmteste Laryngoskop in Europa das Leiden Kaiser Friedrichs nicht später als Krebs erkannt hat, wie Dr. Schrötter und die übrigen Ärzte. — Er war aber nicht allein der Arzt, sondern auch der Vertrauensmann des Kaisers und der Kaiserin und es handelte sich darum, das Leiden des Kronprinzen nicht vorzeitig als unheilbar zu erklären und ihm dadurch die Möglichkeit zu rauben, den Thron zu besteigen. — Kaiser Friedrich wünschte in Seinem und Seiner Gemahlin Interesse, sowie „aus höheren moralischen und praktischen Rücksichten", wenigstens kurze Zeit zu regieren. Daß dies geschehen, hat man Sir Morell Mackenzie zu verdanken." Die Nordd. Allg. Ztg. bezeichnete den vorletzten Satz als eine Fälschung. Sie sagte: „Kaiser Friedrich, dem die denkbar höchste Auffassung von den Pflichten und der Stellung des Kaisertums innewohnte, hatte keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Regierung nicht antreten würde, wenn es außer Zweifel stände, daß er von dem Krebs unheilbar befallen sei. Es entsprach dies seiner vornehmen und selbstlosen Denkungsweise, während unter den dazu eventuell berufenen Persönlichkeiten niemand war, der nicht von Hause aus entschlossen war, dem leidenden Kaiser die Kränkung der Anregung der Frage zu ersparen, so lange er nicht selbst die Initiative ergriff. Da dies bekannt war, so wurde es die Aufgabe derjenigen, welche den Kaiser Friedrich, aus für uns nicht kontrollierbaren Motiven, auch bei vorhandener Regierungsunfähigkeit auf den Thron bringen wollten, den hohen Herrn über seinen Zustand zu täuschen. Dem Dr. Mackenzie liegt jetzt, nachdem er die deutsche Grenze hinter sich hat, augenscheinlich nur noch daran, von seinem ärztlichen Renommee zu retten, was zu retten ist. Er setzt deshalb alle Rücksichten, durch die er in Deutschland gefesselt war, hintenan, nur um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß er als Arzt vertrauensunwürdig wäre: he had the choice of being either a fool or a knave, sagt man in England. Nach seiner eigenen Aussage hat Mackenzie es also als seine vornehmste Aufgabe angesehen,

eine politische Rolle zu spielen, mit gänzlicher Beiseiteschiebung der ärztlichen, welcher er sich vielleicht nicht gewachsen fühlte. Im Interesse unserer Zeitgeschichte ist es gut, daß dies festgestellt ist: wir wissen nun, daß ein unbedeutender englischer Arzt von radikal politischer Gesinnung es sich herausgenommen hat, den Geheimen Kabinettsrat spielen und bestimmend in die Geschicke der deutschen Nation eingreifen zu wollen."

Lange vor der Thronbesteigung Kaiser Friedrichs gingen dunkle Gerüchte, welche den von der „Nordd. Allg. Ztg." jetzt festgestellten Punkt betrafen. Es war von förmlichen Verhandlungen die Rede, welche den Verzicht auf den Thron betreffen sollten. Man brachte damit die Anwesenheit des Freiherrn von Roggenbach in San Remo in Verbindung, dank dessen Ratschlägen der damalige Kronprinz Anregungen von Berlin aus, dem Throne zu entsagen, Gehör verweigerte. Jetzt erfuhr man durch die „Nordd. A. Ztg." den richtigen historischen Vorgang; denn daß die Darstellung des offiziösen Blattes in diesem Falle auf authentische Quellen zurückzuführen sei, dürfte nicht dem leisesten Zweifel unterliegen: nicht von Berlin aus ist die Initiative zu diesen Besprechungen erfolgt, sondern von Seiten des Kronprinzen.

Der Bericht der „Nordd. Allg. Ztg." rief einen gewaltigen Lärm unter den Anhängern Mackenzies hervor. In diesem Lager wurde gesagt:

„Mit einer Offenherzigkeit, die verblüffend wirkt, räumt die „Nordd. Allg. Ztg." ein, daß der Gedanke, den Kaiser Friedrich wegen seines Leidens von der Regierung auszuschließen, oder eine Regentschaft einzusetzen, der von der regierungsfreundlichen Presse immer mit Entrüstung abgeleugnet worden ist, thatsächlich doch bestanden hat. Bestanden bis in die letzte Zeit hinein, als der vielgeprüfte Mann schon Kaiser war. Der kurze Sinn dessen, was das Organ des Herrn Reichskanzlers heute verkündigt, ist: Kaiser Friedrich war regierungsunfähig. Er hätte, wenn er gewußt hätte, daß er an einem unheilbaren Krebsleiden erkrankt war, die Regierung nicht angetreten, der englische Arzt aber hat ihn perfider Weise über die Natur seines Leidens getäuscht und so ist dieser unfähige Mediziner, der zu diesem Behuf auch noch radikal genannt wird, so wie seine Hinterleute — das sollen wohl dieselben hohen Leute sein, die

man in der letzten Zeit Kamarilla nannte — allein schuld, daß Kaiser Friedrich überhaupt regiert hat. Ob der Verfasser des Artikels in der „Nordd. A. Z.“ wohl wirklich glauben mag, daß er durch diese Behauptung dem vielgehaßten englischen Arzt im deutschen Volke noch mehr Feinde erwecken wird? Wer die aufrichtige Trauer miterlebt hat, die in Deutschland und in der Welt der Verlust des kaum der Gruft übergebenen edlen Monarchen hervorgerufen hat, der sollte doch sich nicht dem Glauben hingeben, daß mehr als eine kleine Klique und ein Haufe verblendeter Parteifanatiker dem Manne zürnen wird, dem es die Welt verdankt, daß sie, wenn auch nur 100 Tage lang, Friedrich III. als Kaiser gesehen hat. Wie es nicht nur mit den humanen, sondern auch mit den monarchischen Gefühlen vereinbar ist, am kaum geschlossenen Sarge den Herrscher, von dem zum mindesten doch ein großer Teil Deutschlands und Europas eine Ära des Friedens und kultureller Fortschritte erwartete, als eigentlich regierungsunfähig und nur durch die Lüge eines Arztes auf den Thron gekommen, hinzustellen — das mögen die verantworten, die sich in erster Linie rühmen, Verfechter des monarchischen Prinzips zu sein. Die Angriffe, die seit dem vorigen Herbst gegen den Vertrauensarzt des verstorbenen Kaisers von ganz bestimmten politischen Parteien und Kreisen gerichtet worden sind, gingen angeblich von der Überzeugung aus, daß er unfähig sei, die Krankheit zu erkennen und zu behandeln. Die zärtlichste Sorge für den geliebten Patienten schien diese Angriffe zu veranlassen; nebenbei auch der Zorn, daß der englische Arzt die deutschen Kollegen zurückgedrängt und den Patienten von der Heimat zurückgehalten. Jetzt wird offen eingestanden, was die oppositionelle Presse längst wußte und andeutete, daß nämlich der englische Arzt die Krankheit erkannt hatte, zum mindesten über den tötlichen Ausgang nicht in Zweifel war, daß er aber den Patienten der Heimat — und gewissen — bekanntlich nicht allen — deutschen Ärzten fernhielt, und zwar auf den Wunsch des Patienten, dem er allein zu dienen hatte und verantwortlich war; denn dieser Patient und seine Umgebung befürchteten, daß die Gutachten der deutschen Ärzte zur Grundlage von Zumutungen gemacht werden sollten, auf die der Patient nicht eingehen wollte. Jetzt begreift man auch, warum der „Reichsanzeiger“ am 12. November mit einer Offenheit,

die geradezu brutal wirkte, verkündete, das Leiden des Kronprinzen sei karcinomatöser Natur, eine Verkündigung, die, wohlgemerkt, von keinem Arzte unterzeichnet war. Die Verkündigung der „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt für den, der sehen wollte und sich durch offiziöse Dementis in seiner Meinung nicht beirren ließ, thatsächlich nichts Neues. Neu ist nur die Behauptung, daß Kaiser Friedrich auf Grund eines unheilbaren Krebsleidens bereit gewesen wäre, auf die Regierung zu verzichten, und daß er nur, weil man ihn selbst täuschte, den Thron bestiegen habe. Wem will man wohl glauben machen, daß der Mann, der auf der Reise von San Remo die Proklamation an das Volk schrieb, und dessen kurze Regierungszeit die Zahl seiner Freunde und Bewunderer vermehrt hat, nur auf das Gutachten eines Arztes gewartet habe, um sich für regierungsfähig zu halten! Wir dächten, alle seine Handlungen beweisen, daß er sich für regierungsfähig hielt und daß er es war, obgleich er sich über die Dauer seiner Regierung, wie schon eine Anspielung in der ersten Proklamation und spätere Handlungen beweisen, auch in keiner Täuschung befand. Der Kaiser wußte, daß ihm der Tod nahe war, er hat nicht nur Mackenzie gehört. Er besaß die Erkenntnis seines Zustandes, wohl nur gemildert von der Hoffnung, die bekanntlich keinen Leidenden bis zum letzten Moment verläßt. Gewiß, er hat dem englischen Arzt zum Teil seine Thronbesteigung verdankt; aber nicht gegen oder ohne seinen Willen; er hat ihm die Dankbarkeit dafür offen ausgesprochen, und eine Reihe von mündlichen und schriftlichen Äußerungen und Handlungen liegen vor, in denen er Bestrebungen entgegenarbeitete, die darauf abzielten, ihn als regierungsunfähig hinzustellen oder von der Thronfolge auszuschließen. Man denke nur an den bekannten Brief an Dr. Hinzpeter! Man kann unmöglich glauben, daß diese traurige, jetzt doch nutzlose Erörterung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ nur angeregt worden ist, um den englischen Arzt nachträglich anzugreifen. Die Welt hat jetzt kein Interesse mehr daran, über den Charakter des Dr. Mackenzie unterrichtet zu werden. Man kommt auf die Vermutung, daß diese Darstellung nur deshalb in die Öffentlichkeit gebracht wird, um einer anderen Darstellung entgegenzuwirken, die etwa von indiskreter beteiligter Seite erfolgen könnte und befürchtet wird.“

Nunmehr, das war der langen Rede kurzer Sinn, sei alles klar. Mackenzie hat sich die Feindschaft gewisser Leute zugezogen, weil er durch seine Art, die Krankheit des Thronerben zu behandeln, denselben von einem Entschlusse abgehalten habe, den er unter anderen Umständen gefaßt haben würde — von dem, der Einsetzung einer Regentschaft zuzustimmen. Das ist eine Verdrehung des wirklichen Sachverhalts. An sich ist es niemand in Deutschland darum zu thun gewesen, den damaligen Kronprinzen von der Ausübung eines ihm durch seine Geburt zustehenden Rechtes abzuhalten, sondern nur das konnte in Betracht kommen, und ist in Betracht gekommen, daß ein gewisses Maß von Kranksein der entsprechenden Ausübung des Rechtes im Wege sein mußte, von diesem Standpunkte aber erschien die Einsetzung einer Regentschaft allerdings gerechtfertigt, während die von Mackenzie geleiteten Bestrebungen dies verhindern sollten. Und damit soll Mackenzie noch gar den Dank des deutschen und preußischen Volkes verdient haben, er ein „unbedeutender englischer Arzt,“ der sich schon, weil er Ausländer war, jeder Einmischung in unsere innern Angelegenheiten zu enthalten hatte. In den Augen jedes nationaldenkenden Deutschen ist dieses Verfahren gerichtet für alle Zeiten. Nie wieder wird ein Mackenzie den Fuß über unsre Schwelle setzen. Instinktmäßig, möchte man sagen, nimmt eine gewisse Strömung bei uns Partei gegen das Deutsche-Nationale, wie und wo es sich äußern möge. In dieser Hinsicht war Mackenzie schon der Liebling vieler Leute, lange ehe man ahnte, welche Ziele er mit seinem Optimismus in Wahrheit verfolgte. Als diese Gesellschaft dann allmählich merkte, worauf es abgesehen war, wurde der „Liebling“ zum Abgott, denn auf seinen Einfluß allein konnte sie ihre Hoffnung auf eine, wenn auch nur kurze, „liberale Ära“ bauen. In welchem Maße sie die so geschaffene Lage vom 11. März bis 15. Juni 1888 auszunutzen gesucht hat, weiß die Welt. Gerade umgekehrt also verhält es sich, wie man behauptet. Das Interesse der angegriffenen Kreise um Einsetzung einer Regentschaft war ein rein sachliches, ohne allen persönlichen Beigeschmack, während andere ohne jede Empfindung für das Leiden des Kaisers Friedrich nur lediglich ihren Parteizwecken nachgingen. Die Namen derjenigen „Freunde“, welche Preußen und in gewissem Sinne auch Deutschland damals hinter dem Kulissen

zu regieren versucht haben, sind nicht in so undurchdringliches Geheimnis gehüllt, als viele vielleicht meinen. Manches ist ihnen dabei gelungen. Anderes hat verhindert werden können, aber in allem ist die Gefahr größer gewesen, als man glaubt. Und alles hat uns ein Fremder eingebrockt, der sich in das Vertrauen seines erlauchten Kranken einzuschleichen verstand, um ihn zu täuschen! Nachdem dieses Verhältnis aufgedeckt worden ist, wird er auf die pietätvolle Behandlung wohl keinen Anspruch mehr erheben, welche mancher auch heute noch als selbstverständlich ansieht.

Zieht man von allem das Fazit, so kann das Urteil ganz positiv dahin lauten, daß von verschiedenen Stellen und aus verschiedenen Beweggründen mit allen Hilfsmitteln der Verschleierung nicht nur das deutsche Volk, sondern auch unser armer Kaiser selbst über seinen Zustand getäuscht worden ist, und daß die Wirkungen dieser Täuschung in letzter Zeit wohl nur auf politischem Gebiete lagen, ursprünglich und zunächst aber in dem Ergebnis der Preisgebung der Möglichkeit, das uns teuere Leben zu erhalten, vor uns traten. In der hohen Meinung und der durch seinen Lebensgang bestärkten Vorliebe, die Kaiser Friedrich bestimmten Strömungen und persönlichen Vertretern des innerpolitischen Völkerlebens entgegenbrachte, und in der erschütternden Frucht dieser menschlich aus den reinsten und edelsten Quellen entsprungenen Überschätzung liegt das tief ergreifende tragische Moment des Lebens und Todes dieses unglücklichen Fürsten.

Die Königin von England in Charlottenburg.

Der „Daily Telegraph" erwähnte im Januar 1885 aus Anlaß der Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens an den Prinzen Eduard, daß die Tochter der Königin von England in einigen Jahren Kaiserin von Deutschland sein werde, und fügte hinzu, daß Familien-Verbindungen der regierenden Häuser vortreffliche Dienste leisten, kleine Verstimmungen auf ihr richtiges Maß zurückzuführen; mit anderen Worten, der Daily Telegraph verläßt sich in solchen Fällen, wo Deutschland sein Interesse von England geschädigt glauben und darüber empfindlich sein könnte, auf die Verwandtschaft der regierenden Häuser, welche das wieder ins Gleiche bringen würde. Darauf wurde ihm von Berlin her erwidert: „Unserer Meinung nach erweist das englische Blatt dem monarchischen Prinzip keinen Dienst, wenn es die Möglichkeit aufstellt, daß Mitglieder der regierenden Familie aus verwandtschaftlichen Rücksichten geneigt sein könnten, ausländische Interessen denen des eigenen Landes gegenüber wahrzunehmen und zu befürworten. Wir erinnern an die Empfindlichkeit, welche durch jeden Schatten von foreign influence in England zu allen Zeiten erregt worden ist und könnten analoge Beispiele aus anderen Ländern und anderen Zeiten vielfach anführen. Es ist ohne Zweifel richtig, daß zwischen England und Deutschland, wie der Standard sagt, keine Wolke sich erheben könne, die sich nicht durch ein wenig gesunden Menschenverstand und gute Laune zerstreuen lasse. Wir sind davon überzeugt. Sollten aber diese Verbindungen aus irgend welchem Grunde fehlen, so glauben wir, daß den regierenden Familien nicht die Zumutung gemacht werden sollte, auf Kosten ihrer Beziehungen zum eigenen Lande ihren Einfluß zu Gunsten eines fremden auf der Basis verwandtschaftlicher Beziehungen geltend zu machen".

In dieser Weise hat ja auch Fürst Bismarck in einer Reichstagsrede einen Einfluß der verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regentenhäusern auf die Politik beider Länder bestritten.

Er that das, als der Abgeordnete Richter in einem Panegyrikus auf England die „dynastische Verwandtschaft" zwischen diesem und Deutschland hervorgehoben hatte. Dem gegenüber betonte der Reichskanzler wiederholt, „daß das Gewicht der Dynastie Sr. Majestät des Kaisers jederzeit auf Seiten der nationalen Interessen und niemals auf Seiten der fürstlichen Verwandtschaft in die Wagschale geworfen wird." Richter hatte nämlich unter den Motiven, welche die Haltung der deutschen Regierung England gegenüber in der Kolonialpolitik bestimmen müßten, auch die verwandtschaftlichen Beziehungen der englischen und preußischen Königsfamilie aufgeführt, was den entschiedenen Widerspruch des Reichskanzlers hervorrief.

Daß solche Beziehungen gleichwohl nicht ganz aus dem Spiele in der Politik bleiben, beweist die bei einer anderen Gelegenheit gemachte Äußerung des Fürsten Bismarck. „Die Stellung eines englischen Gesandten in Berlin hat ihre besonderen Aufgaben und Schwierigkeiten schon wegen der verwandtschaftlichen Verhältnisse; sie verlangt viel Takt und Aufmerksamkeit".

In absoluten, wie in konstitutionellen oder parlamentarisch regierten Staaten spielen verwandtschaftliche Verhältnisse, wenn sie auch niemals den Ausschlag geben, eine Rolle, suchen sich geltend zu machen, können lästig und vorteilhaft werden. Gerade zu der Zeit, wo der „Daily Telegraph" die obige Äußerung über Familien-Verbindungen der regierenden Häuser that, wurde das Thema in Anknüpfung an die Verlobung des Prinzen Heinrich von Battenberg mit der Prinzessin Beatrice vielfach variiert. Ein deutsches Blatt schrieb: „Die Nachricht von dieser Verlobung verdient vom politischen Standpunkte aus mehr Aufmerksamkeit, als Vorkommnissen der Art gewöhnlich zufällt. Die Battenbergsche Familie ist der Königlich englischen schon durch die Verheiratung des Prinzen Ludwig mit der Enkelin der Königin Viktoria näher getreten. Es geschieht dies in noch höherem Grade durch die jetzt bevorstehende Vermählung des Prinzen Heinrich von Battenberg mit der jüngsten Tochter der Königin von England, und bezeichnend ist die Bedingung, daß das vermählte Paar demnächst seinen Aufenthalt in der un-

mittelbaren Nähe der Königin Viktoria nehmen soll. Bekanntlich ist dies auch mit dem Prinzen Ludwig von Battenberg, der englischer Marineoffizier ist, der Fall, so daß man wohl annehmen darf, daß das Haus Battenberg eine Stellung in der englischen Königsfamilie einnimmt, welche auf die Dauer schwerlich ohne Bedeutung bleiben wird."

Die Verheiratung der Prinzessin Beatrice war das Resultat eines Liebesverhältnisses, welches seit vier Jahren bestand und dem sich die Königin die ganze Zeit hindurch widersetzte. Der Prinz besitzt kein Vermögen; die übliche Summe (5000 Pf. St.), welche Söhne und Töchter der Königin anläßlich ihrer Vermählung erhalten, mußte für den Hofstaat des jungen Paares ausreichen. Die Verhältnisse dieser Partie stachen sehr gegen die des Herzogs von Edinburg ab. Prinz Alfred hatte eben erst eine öffentliche Auktion veranstaltet, um sich überflüssiger Kleider, Möbel und Kostbarkeiten zu entäußern. Es erschien in den Londoner Blättern eine Annonce, daß eine Dame von Rang einen Teil ihrer Aussteuer verkaufen wolle. Es war dieses die Herzogin v. Edinburg, die eine so große Ausstattung aus ihrem östlichen Vaterlande mitgebracht hatte, daß sie solche voraussichtlich in langen Jahren nicht verbrauchen konnte und deren Gatte es für vorteilhafter hielt, diese überflüssigen Gegenstände in bares Geld umzusetzen. Der Prinz ist sparsam und besitzt ein enormes Vermögen, ja er ist vielleicht nach seiner königlichen Mutter die reichste Person in England. Er hat eine große Mitgift mit seiner Gemahlin erhalten, ein bedeutendes Vermögen von dem verstorbenen russischen Kaiser ererbt und bezieht noch außerdem eine Apanage von 25,000 Pfd. Sterl. (500,000 Mk.). Der Prinz von Wales bezieht 40,000 Pfd. St. Apanage, 96,000 Pfd. Staats-Revenueen aus dem Herzogtum Cornwall und 10,000 Pfd. St., die von dem Parlament der Prinzessin von Wales überwiesen sind, zusammen 146,000 Pfd. Sterl. (circa 3,000,000 Mk), es scheint aber, daß er damit nicht auskommt. Er giebt gern und leicht Geld aus. Manches Jahr hat sein Einkommen sich indes bedeutend erhöht, denn er hatte oft ungemeines Glück bei den verschiedenen Rennen.

Die Königin von England teilte (Januar 1885) in einer in Osborne stattgehabten Sitzung des geheimen Rats mit, daß sie der Verlobung der Prinzessin Beatrice mit dem Prinzen Heinrich von

Battenberg zugestimmt habe, unter der Bedingung, daß dieselben in England bei ihr, der Königin, ihren Wohnsitz nehmen. Die Prinzessin ist am 14. April 1857, Prinz Heinrich am 5. Oktober 1858 geboren und war damals Sekondeleutenant im Königlich preußischen Regiment der Gardes du Korps. Prinz Heinrich ist der Bruder des am 29. April 1879 zum Fürsten von Bulgarien als Alexander I. gewählten Prinzen Alexander von Battenberg. Der Vater beider Prinzen ist der Prinz Alexander von Hessen, Vatersbruder des Großherzogs Ludwig IV. von Hessen, welch letzterer bekanntlich mit der Schwester der Prinzessin Beatrice, der am 14. Dezember 1878 gestorbenen Alice Maud Mary, vermählt war. Es war ein viel besprochener Plan, den Großherzog Ludwig mit der Prinzessin Beatrice zu vermählen. Die Ausführung desselben scheiterte an der englischen Gesetzgebung und dem Widerstand der Mehrheit der Lords gegen eine Änderung derselben.

In der bulgarischen Frage begegneten sich zum ersten Mal die Wünsche Gladstones und der Königin und lag ihr der junge Fürst am Herzen, so begeisterte Gladstone sich für die aufstrebende Entwickelung der Balkanstaaten. Die Engländer, die ihrer Verfassung nach sich für die vollkommenste Republik halten, wurden dabei wieder an die große Machtvollkommenheit erinnert, welche dem Königlichen Haupt dieser Republik verblieben ist. Die zwei Hauptparteien suchten sich zwar zur Zeit der „Schlafzimmerfrage“ gegen die persönliche Beeinflussung der Herrscherin durch die nicht am Ruder befindliche Partei zu sichern, indem sie der Königin den jeweiligen Wechsel ihres Hofstaates im liberalen oder konservativen Sinne aufdrängten. Seitdem wechseln die Hofämter bei jedem Regierungswechsel. Schwiegersöhne aber lassen sich nicht wechseln nach den Bedürfnissen der äußeren Politik; und daher besitzt der Fürst von Bulgarien in seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich von Battenberg, einen stehenden Agenten bei der Königin, der sie, dem Heiratsvertrage gemäß, nie verläßt, mit ihr umherreist und unausgesetzt für die Sache des Fürsten das Königliche Ohr der Schwiegermutter bearbeitet. Gegen diese Beeinflussung läßt sich kein verfassungsmäßiges Verbot aufstellen.

Kaiser Friedrich III. war kaum 14 Tage zur Regierung gelangt, als Deutschland durch die plötzliche Nachricht beunruhigt

wurde, die bevorstehende Verlobung der Prinzessin Viktoria, Tochter des Kaisers, mit Prinz Alexander von Battenberg, verbunden mit der Verleihung eines preußischen Armeekorps und des Ordens pour le mérite an denselben, habe den Reichskanzler, der die guten Beziehungen zu Rußland dadurch bedroht sehe, zu einem eventuellen Entlassungsgesuch vermocht. Der tragische Regierungsantritt des Kaisers Friedrich habe, wie ein Blatt sich ausdrückte, plötzlich zu einer um so dramatischeren und peinlicheren Lage geführt, als dieselbe durch das Element verschiedener starker weiblicher Willenskräfte verwickelt werde, mit denen Fürst Bismarck nie vorher so direkt zusammengestoßen sei. Besonders der Königin Viktoria von England wurde das Betreiben jener Verbindung des Kaiserlichen Hofes mit dem Exfürsten von Bulgarien zugeschrieben.

Die „Times" schrieb damals: „Fürst Bismarck mag wohl mit einiger Besorgnis auf die Möglichkeit blicken, daß ein Schwiegersohn des deutschen Kaisers und eine vom Zaren gehaßte Persönlichkeit eine starke Stellung in einem Lande einnimmt, welches Europa bereits an den Rand des Krieges gebracht hat. Kaiser Friedrich ist jedoch mindestens ein gleich aufrichtiger Freund des Friedens wie Fürst Bismarck und vollständig befähigt, die Folgen abzumessen, die sich aus der Heirat seiner Tochter ergeben können". Er wisse, so meinte das Blatt weiter, sehr wohl, daß es ein vergebliches Bemühen sein würde, Rußlands Wohlwollen durch Berücksichtigung russischer Wünsche und Vorurteile zu erkaufen; Rußland werde vielmehr Deutschland gegenüber seine unfreundliche, ja drohende Haltung bewahren. Überdies könne man über die Wirkung, welche die etwaige Berufung eines Verwandten des deutschen Kaiserhauses auf den bulgarischen Thron haben würde, verschiedener Ansicht sein. Die Theorie freilich, an welcher Bismarck vielleicht zu hartnäckig festhalte, daß Deutschland kein Interesse an Bulgarien habe, würde damit vernichtet sein. Aber Thatsache sei es doch, daß das deutsche Reich ein wesentliches Interesse an der Wohlfahrt des Staates habe, für den Bulgarien von hoher Bedeutung sei. Eine offenere Übernahme der Verantwortlichkeiten des Bündnisses mit Österreich würde Rumänien ermutigen, Bulgarien neue Zuversicht einflößen und Rußland die Überzeugung beibringen, daß es durch einen Angriff auf die Balkanstaaten nichts gewinnen könne.

Hiergegen wurde in der deutschen Presse geltend gemacht, daß Kaiser Friedrich in der Sache wesentlich dasselbe denke und wolle, wie sein Kanzler, daß unser Verbündeter in Österreich-Ungarn an Bulgarien kein so wichtiges Interesse nehme, wie das Londoner Blatt vorgebe, und daß letzteres das Bedürfnis des Doppelstaates an der Donau nur vorschiebe, um das englische zu verhüllen, den Wunsch und die Hoffnung, das deutsche Reich werde im Falle einer Verbindung des Prinzen Alexander von Battenberg mit der Tochter des Kaisers Friedrich die Wiederkehr des Prinzen, des Organs der britischen Politik am Balkan, auf den Thron Bulgariens ermöglichen und ihm diese Stellung gegen Rußland sichern, oder wenn das zu viel wäre, die Heirat werde wenigstens die Beziehungen des Berliner Hofes zu dem in Petersburg trüben und erschüttern, womit dem englischen Interesse zwar nicht in gleichem Maße, aber zunächst indirekt und für die Zukunft direkt ebenfalls gedient sein würde. „Kurz, wir sollen wieder einmal an den englischen Wagen gespannt, wieder einmal bewogen werden, den Engländern die Kastanien, die sie zu heiß finden, um sie mit eigener Hand anzufassen, aus dem Feuer zu holen. Wir sagen: wieder einmal; denn der Versuch ist nicht der erste, er ist vielmehr schon oft angestellt worden, er gehört zu dem Systeme der englischen Politik im Auslande, das darin besteht, die natürlichen Gegner derselben womöglich in erster Reihe durch festländische Mächte in Schach zu halten und bekämpfen zu lassen und letztere überhaupt unter dem Vorwande, sie dienten damit sich selbst, zur Förderung der britischen Interessen zu gewinnen. War es bisher Frankreich gewesen, gegen welches die englische Politik bei der Schwäche ihrer militärischen Kräfte Bundesgenossen, die ihre Kriege führen sollten, zu werben bemüht war, so begann sie in den letzten Jahrzehnten ihre Augen auf Rußland zu richten, das ihr am Bosporus und an der Grenze Indiens gefährlicher geworden war, und sich auf dem Kontinente Beistand gegen diesen Nebenbuhler oder Ablenkung der Bestrebungen desselben von seiner Interessensphäre zu suchen, wobei ihre Blicke auch auf die mitteleuropäischen Mächte fielen, obwohl unter diesen Preußen, sowie das übrige Deutschland gar kein oder doch nur ein sehr geringes Interesse an der Entscheidung der betreffenden Fragen hatten. Zunächst sollten wir uns während des Krim-

krieges ganz gegen unser Bedürfnis, welches uns empfahl, soweit irgend möglich, gute Nachbarschaft mit den Russen zu pflegen, im Anschluß an die Westmächte dem Kaiser Nikolaus entgegenstellen. War es schon nicht weise, daß Frankreich sich von England gegen den Kaiser mehr benutzen ließ, als England dabei ihm diente, so wäre ein Eingehen auf dieses Verlangen von seiten Preußens offenbare Thorheit gewesen. Es grenzte an Rußland und hätte somit ein Wagnis übernommen, für das es nichts zu erwarten hatte, als den Haß einer Macht, die sich nach dem Frieden mit Frankreich verständigen konnte, um an uns Vergeltung zu üben. Dennoch wurde das Verlangen englischerseits gestellt und dringend befürwortet — auch von einem deutschen Diplomaten — weil angeblich die Freiheit Europas durch das Wachsen der russischen Macht gefährdet war, die Freiheit Europas, die in englischem Munde allezeit die möglichst kräftige Wahrnehmung seiner Interessen und niemals etwas anderes bedeutet. Später, 1863, wollte England die polnische Revolution als Schwächung Rußlands von uns begünstigt sehen, wobei wir einen Freund für die Zukunft verloren und uns in den Polen einen sicheren Feind geschaffen hätten. Hatte Bismarck bei diesen beiden Gelegenheiten, bei der ersteren privatim, als Vertrauensmann Friedrich Wilhelms IV., bei der späteren als Minister, für die Ablehnung der englischen Zumutungen gesorgt, so fand sich bald eine dritte, bei der es sich nicht mehr bloß um Preußen, sondern um das deutsche Reich handelte, das nun gleichfalls in den Dienst für die britische Politik gestellt werden sollte. Bereits 1870 hatte verlautet, daß hochstehende englische Damen — man nannte als erste und vornehmste die Königin Viktoria — sich gegen die Beschießung von Paris ins Mittel gelegt und Aufschub erwirkt hätten. Das Folgende aber ist mehr als bloßes Gerücht. Kurz vor dem Ausbruche des letzten russisch-türkischen Krieges richtete die Königin von England einen Brief an den deutschen Reichskanzler, in welchem sie ihn zum Einspruch gegen die Absicht Rußlands, die Pforte anzugreifen, aufforderte — wenn wir uns recht erinnern, im Namen der Menschlichkeit. Die Antwort lautete ausweichend. Ein zweites Schreiben Ihrer britischen Majestät, die dringender zu einem derartigen Einschreiten ermahnte, begegnete einer weniger verhüllten Weigerung. Die Königin wendete sich jetzt an den Kaiser Wilhelm,

um ihn für den ausbrechenden Krieg verantwortlich zu machen und bat zugleich eine ihm nahestehende hohe Dame, der die Rolle eines Friedensengels mit dem Olivenkranze zugedacht war, um ihre Vermittelung. Die Bitte wurde gewährt und erfüllt, aber obwohl der Kaiser bekanntermaßen ein durchaus friedliebender Herr war, blieben Brief und mündliches Zureden der Vermittlerin ohne Erfolg, da die Einsicht des Monarchen seinem viel bewährten obersten Rate Recht geben mußte, der ihm vorstellte, daß jenes Ansinnen, dem russischen Nachbar Ruhe zu empfehlen und nötigenfalls zu gebieten, ohne dazu in unsern Verhältnissen und Bedürfnissen Anlaß zu haben, lediglich aus Gefälligkeit gegen England, damit dieses sich nicht zu sehr für seine kommerziellen und politischen Interessen in der Levante zu erhitzen und in Kosten zu stecken brauchte, mindestens eine recht eigentümliche Zumutung sei, und der ihn überzeugte, daß jenes Verlangen der Königin leicht zum geraden Gegenteile dessen, was damit bezweckt wurde, also zum Kriege führen konnte und zwar zu einem Kriege zwischen Rußland und dem deutschen Reiche. Gesetzt, so könnte der Kanzler bei dieser Gelegenheit ungefähr gedacht haben, Euer Majestät ließen sich von London aus bestimmen, wir setzten uns in Positur und riefen nach Osten hin: Basta! Rußland aber kehrte sich nicht an das Machtwort und ließe marschieren — was würde geschehen? Entweder müßten wir zur Erzwingung des Friedens einen gefährlichen Krieg auf uns nehmen, bei dem wir günstigenfalls Geld und Blut für England, nicht für eigenen Nutzen opfern würden, oder das deutsche Basta endigte, ohne Nachdruck mit Thaten in Waffen bleibend, mit einer Demütigung Deutschlands vor den Russen, es wäre eine Schädigung unseres Ansehens im Schleppdienste einer Nation und einer Regierung, die den Deutschen ihre gegenwärtige Bedeutung in Europa nur insofern gönnt, als sie hofft, sie möchte sich zur Förderung von Zwecken der Kaufmannspolitik John Bulls bereit finden lassen".

Indem man in Deutschland so räsonnierte, wurde auf ein im Jahre 1886 in einem Züricher Verlag erschienenes Buch hingewiesen, betitelt: „Mitregenten und fremde Hände in Deutschland." Einen Auszug daraus brachten im April 1888, als in Charlottenburg die Battenberger Verlobungsgeschichte spielte, die „Grenzboten" und zwar mit der höchst auffallenden Bemerkung: die

dankenswerten Aussprüche der Züricher Schrift seien um so zuverlässiger, „als wir bestimmt wissen, daß sie aus der Feder eines Fürsten stammen, der aus naheliegenden Gründen als Eingeweihter ersten Ranges zu gelten hat.“ Das bezeichnete Blatt gab sodann die Quintessenz des hierhergehörigen Teiles seiner Darstellung, wobei es für geraten hielt, hier und da starke Ausdrücke, die der Herzog gebraucht, abzuschwächen.

Der Verfasser schildert die Damenpolitik an den verschiedenen Höfen und bemerkt, nachdem er des Mißgeschickes gedacht hat, das die Kaiserin Eugenie dabei erlitten, es habe gelehrt, daß die Damen einzeln sich auf diesem Felde nicht leicht bewähren und deshalb einer Ergänzung durch andere Hände, schwesterlicher oder töchterlicher Unterstützung, einer Familienvergesellschaftung, eines Hinüber- und Herüberwebens bedürfen. Dann fährt er fort: „In dieser günstigen Lage vielfach verschlungener Bundesgenossenschaften befindet sich heute die Königin Viktoria mehr wie je eine Herrscherin, aber wunderbarer Weise wird nicht viel Aufhebens von ihrem Einflusse gemacht. Sie übt denselben auch nicht in inneren Fragen Englands, desto eifriger und umfangreicher aber in dessen auswärtiger Politik, und der Schauplatz ihrer Wirksamkeit ist vor allem Deutschland. Durch eine eigentümliche Verkettung von persönlichen Umständen ist sie bei allen ihren geistigen Gaben in Bezug auf die Stellung, die sie in den deutschen regierenden Familien einzunehmen hätte, in eine Art von Rechtsirrtum verfallen. Durch ihre intimen Beziehungen zu dem koburgischen und dem hannöverschen Hause entwickelte sich bei ihr die Vorstellung oder das Gefühl, daß sie im Grunde auch im Rate der deutschen Mächte Sitz und Stimme habe, wie ja auch ihr Gemahl, Prinz Albert, die deutschen Angelegenheiten keinen Augenblick ohne sein Akkompagnement gelassen hatte. Es gewährte ihr vermutlich große Befriedigung, als man ihr den Titel einer Kaiserin von Indien beilegte, aber noch größere empfand sie, wenn sie in Hannover, Hessen-Darmstadt, Koburg-Gotha und nun vollends in Berlin beachtet wurde und Gehorsam fand. Sie interessiert sich nicht so sehr für die Nabobs ihrer kaiserlichen Länder, als für die guten Deutschen, denen sie gar zu gerne ein Wohlergehen nach ihrem Ideal verschaffen möchte. Es war indes nicht ihre Meinung, daß die Nation der Denker berufen

wäre, sich vorzugsweise in der großen Politik vernehmlich zu machen und so war sie denn auch von Anfang an bis heute eine Gegnerin Bismarcks und ertrug es schwer, daß die Deutschen so unmoralisch waren, den Franzosen Straßburg und Metz wegzunehmen. Die Königin von England konnte freilich nicht wie ihre Vorfahren Truppen in Deutschland aufmarschieren lassen, aber was ein fremder Herrscher hier durch Töchter, Enkel, Vettern, durch Spezialgesandte und Agenten männlichen und weiblichen Geschlechts leisten kann, ist alles wenigstens versucht worden. Bisher sorgte in der deutschen Reichshauptstadt Bismarck dafür, daß dieses Bestreben in internationalen Angelegenheiten nicht viel erreichte. Aber anders war es in fürstlichen Privatsachen. Hier machte sich der englische Einfluß weit stärker geltend, als einst der russische. Ein Beispiel war die Ehefrage des Großherzogs von Hessen, in welcher dieser Einfluß gegenüber der vollkommen legalen Wiederverheiratung des ehemaligen Schwiegersohnes der Königin Viktoria auf juristischem Gebiete eingriff und durch erzwungene Auflösung des neuen Ehebundes mit einer Rechtsbeugung endigte. Als Kaiser Nikolaus einst die Vermählung einer russischen Hofdame mit einem hessischen Prinzen zu hindern versuchte, wollte ihm in ganz Deutschland keine einzige Stimme die Befugnis dazu einräumen. Jetzt schien man die Sache, welche doch unverkennbar auch politischer Natur war, wie selbstverständlich anzusehen.

Es ist Thatsache, daß alle jetzt hinter uns liegenden Bestrebungen nach einer Zusammenfassung der Deutschen an englischer Eifersucht und Mißgunst die größten Schwierigkeiten gefunden haben. Allmählich begann die Königin an dem ihr anfangs verhaßten Louis Napoleon Gefallen zu finden und die früher als Abenteurerin zurückgestoßene Eugenie verwandelte sich in ihrer Anschauung in die scharmante Schwester von Frankreich. Schon konnte der Kaiser seine erste Karte gegen das legitime Europa in Italien unter lautem Beifall der Engländer ausspielen und die Frage, ob dieser Krieg am Rheine fortgesetzt werden solle, wurde von ihm viel später bejaht, als von der öffentlichen Meinung Englands. Die Vermählung der ältesten Tochter der Königin mit dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen legte dem bösen Willen der großen Mehrheit des englischen Publikums einige Reserve auf, bis der Prinz von

Wales mit einer dänischen Prinzessin verheiratet wurde und damit der Beweis vorlag, daß man sich in seinen Stimmungen gegen das verhaßte Deutschland nicht mehr durch Rücksichten auf den Hof beirren zu lassen brauchte. Preußen mußte seinen Weg im vollsten Gegensatze zu dem Mißtrauen und Übelwollen Englands machen. 1866 hatte sich die Königin so weit „in den Irrgarten antipreußischer Manipulation verloren, daß man ihr nicht mehr die Wahrheit sagen durfte." Ein Beweis dafür sind die Briefe ihrer Tochter Alice, die sie selbst herausgegeben hat. Die kluge Prinzessin stand ganz entschieden auf preußischer Seite und beklagte tief die Stellung, die der Großherzog von Hessen in dem Konflikte gewählt hatte. In den Briefen aber begegnet man dem geraden Gegenteil davon die gute Tochter durfte der Mutter nicht gestehen, was sie empfand und dachte. Die englische Politik war aber damals nicht etwa für Österreich begeistert. Konnte man Österreich schwächen, seine Stellung in Italien und an der Adria erschüttern, ihm Venedig nehmen, so waren das Ziele, „auf's innigste zu wünschen." Nur Preußen sollte dadurch nicht gehoben und gestärkt werden. Es war im Interesse Englands, wenn beide Mächte kleiner wurden, da es so stärker wurde und im Stande blieb, die balance of Europe zu halten und nach seinem Willen zu dirigieren. Während des Krieges waren indes diese und ähnliche Gedanken auf's bloße Wünschen beschränkt. Aber schon 1867 sah der Eingeweihte die Damenpolitik sich wieder an den Webstuhl der Zeit setzen, und während hier insgeheim gearbeitet wurde, verriet das englische Volk bei Ausbruch des Krieges von 1870 offen, mit welchem von den beiden Gegnern es sympathisierte, und dieses Gefühl wurde von Thaten begleitet, welche wie Überschreitung der Grenzen der Neutralität aussahen, ja, zum guten Teile unter den Begriff fielen, welchen die englische Jurisprudenz mit fraudulent neutrality bezeichnet. Man versah die französischen Heere mit Waffen, die französischen Kriegsschiffe mit Kohlen, man ließ durch französische Kreuzer deutsche Kauffahrer in englischen Gewässern aufbringen und zerstören, man erweckte bei den französischen Machthabern Hoffnungen, welche sie in ihrem Widerstande bestärkten. Solche und ähnliche Manöver ließen sich allerdings von den hochstehenden Parteigängerinnen Englands in Deutschland nicht ausführen, der Damenchor in der Tragödie mußte

vielmehr die Siegeslieder der Deutschen mitsingen und konnte nur im stillen über das arme Frankreich und das schöne Paris wehklagen. Napoleon und Eugenie aber wußten, wohin sie gehörten, als sie in die Verbannung gingen und England zum Aufenthalte wählten. Es war das Reich ihrer besten Freundin. Die Salonpolitik aber, die wir kennzeichneten, wurde fortgetrieben, die Vorteile einer Trabantenstellung zu England wurden in immer neuen Formen begreiflich zu machen gesucht und namentlich der Wachdienst an Rußlands Thür als Pflicht der Selbsterhaltung nach Möglichkeit empfohlen. Diese Tendenz der englischen Einflüsse wurde durch die letzten Ereignisse in Bulgarien, Konstantinopel und Zentralasien täglich zu stärkerem Werben und Drängen veranlaßt, sie bildet eine große Gefahr für das Wohl nnd den Frieden Deutschlands, und es ist hohe Zeit, daß die Nation sie kennen lernt und sich ebenso einmütig gegen sie erhebt, oder sagen wir, ausspricht, wie vor dreißig Jahren gegen die russischen Einflüsse an den deutschen Höfen."

Von diesem Standpunkte aus wurde in Deutschland die Verbindung des Battenbergers mit der preußischen Prinzessin als ein neuester Versuch Englands, uns für sein Interesse zu gewinnen und dauernd daran zu fesseln, beurteilt. „Die Verheiratung des Battenbergers mit der Tochter unseres Kaisers ist von dessen Schwiegermutter angeregt worden und wird von dessen Gemahlin lebhaft gewünscht und mit Eifer betrieben. Der Plan war schon bei Lebzeiten Kaiser Wilhelms, schon vor etwa vier Jahren auf der Tagesordnung, und schon damals machte Fürst Bismarck, als er davon erfuhr, mündlich und schriftlich Vorstellungen dagegen. Diese überzeugten den Kaiser und er weigerte sich, seine Einwilligung zu geben, obwohl man ihm sagte, die Prinzessin liebe den Fürsten. Die Königin Viktoria gefällt sich im Stiften von Ehen, wie alle älteren Frauen, der Prinz mag ihr als stattlicher Mann gefallen und sie mag ihn auch aus dem Grunde zum Gemahl für ihre Enkelin ausersehen haben, weil er ein Bruder des Mannes ihrer Lieblingstochter Beatrice ist. Sie hat aber offenbar vorzüglich politische Zwecke mit der Sache im Auge, eine dauernde Entfremdung zwischen uns und Rußland."

Diese Darlegung der Sache zerfiel allerdings sehr bald in

sich selbst. Die Mitteilung, daß die Königin Viktoria von England sich mit Entschiedenheit gegen das Battenbergsche Eheprojekt ausgesprochen habe, wurde zunächst gegenüber der Gunst, welche die Königin bekanntlich der Battenbergischen Familie zuwendet, mit Zweifel aufgenommen. Sie fand aber eine derartige Bestätigung, daß ihre Authentizität als unbedingt feststehend betrachtet werden mußte. Mochte die Königin Viktoria dem Verlobungsplan noch so nahe gestanden haben, ihre Erklärung gegen denselben war insofern bemerkenswert, als damit aufs neue konstatiert wurde, wie stark an den entscheidenden Stellen Europas die Friedenstendenzen vorwiegen. Dieser Zug wird in dem Herrscherbild der Königin Viktoria jedenfalls ein bleibender sein. Über Kaiser Friedrich sagt H. Delbrück in seiner schon bei einer anderen Gelegenheit erwähnten Schrift, indem er an die Art und Weise erinnert, wie der Kaiser dem Fürsten Bismarck anzeigte, daß er ihn als Minister zu behalten gedenke, und wie fein und bestimmt er es ausgedrückt habe, daß er seine Dienste weiter in Anspruch nehme, dabei aber selbst der Herr zu bleiben gedenke: „Die Nachwelt wird es schwer begreifen, daß drei Wochen nach einer solchen Kundgebung die Meinung Glauben finden konnte, Kaiser Friedrich denke daran, sich von dem Reichskanzler zu trennen. In Wirklichkeit hat nie einen Moment eine Kanzlerkrisis bestanden oder hat der Kaiser sich auch nur mit dem Gedanken an eine solche Möglichkeit beschäftigt, wie ich mit der positivsten Gewißheit behaupten darf."

Es ist eben kein Geheimnis, daß die fragliche Verbindung nur ein Lieblingswunsch der Kaiserin war. Kaiser Friedrich war mit dem Kanzler einig, sobald die Angelegenheit zur ersten ernsten Erörterung gelangt war, und insofern konnte man von keiner Krise sprechen. „Aber es giebt — so wurde damals von eingeweihter Stelle wörtlich ausgesprochen — es giebt Persönlichkeiten, welche, ohne Befugnis zum Eingreifen in die Leitung der Staatsangelegenheiten, die Hoffnung zu hegen scheinen, irgendwie eine vollendete Thatsache schaffen zu können, welche der von dem Kaiser gebilligten Auffassung des Kanzlers entgegenstände. In diesem Falle wäre die Krisis, und zugleich ihre Wirkung, der Rücktritt des Kanzlers, da".

Bestätigte sich die Mitteilung, daß an irgend einer Stelle an die Verleihung eines preußischen Armeekorps an den Prinzen von

Battenberg gedacht worden, so würde das höchst bezeichnend für die Elemente sein, welche in die Leitung der deutschen Politik einzugreifen versuchten. Auf einen solchen Gedanken konnten doch wohl nur Kammerherren oder Hofdamen verfallen sein. Der Prinz von Battenberg war in der preußischen Armee Leutenant; hieran ist nichts durch die Thatsache geändert, daß er als Fürst von Bulgarien mit einem preußischen Generals-Titel beehrt worden war; für ein Avancement vom Leutenant zum kommandierenden General eines Armeekorps durfte in Preußen die Tapferkeit und militärische Geschicklichkeit nicht genügen, die der Prinz sehr ehrenvoll in der langen und blutigen Rauferei zwischen zwei halbzivilisierten Völkerschaften erwiesen hat, aus welcher der bulgarisch-serbische Krieg bestand.

Was die Einzelheiten der „Krise" betrifft, so wurde berichtet, daß der Prinz von Battenberg am ersten Ostertage, also am 1. April, nach Berlin kommen sollte, aber den Wink erhalten hatte, dies zu unterlassen. So früh schon also waren die politischen Einwendungen des Fürsten Bismarck, wenigstens vorläufig, durchgedrungen, während die erste Nachricht der „Köln. Ztg.", daß er „im Begriff stehe, sein Entlassungsgesuch einzureichen," erst am 5. April erschien. Zur Erklärung dieser Meldung berichtete die „Köln. Ztg." hinterher, Fürst Bismarck habe „die politischen Gründe, welche gegen die Verleihung des preußischen Armeekorps und des Ordens pour le mérite an den Battenberger und die Vermählung des also ausgezeichneten Prinzen mit der Prinzessin Viktoria sprechen, zugleich mit seinem Eventual-Entlassungsgesuch am 4. April morgens dem Kaiser in einer Denkschrift von 30 Seiten und einem Nachtrag zu derselben unterbreitet." „Die Kanzlerkrisis," sagte die „Köln. Ztg.", „welche einige Tage vorher durch die Kaiserliche Entscheidung zu Gunsten des Fürsten Bismarck erledigt schien, brach also von neuem aus." Dieses „also" war willkürlich; die Denkschrift des Kanzlers, welche am 4. überreicht sein soll, konnte auch den Zweck gehabt haben, nach der nun selbst von der „Köln. Ztg." zugegebenen, früheren Entscheidung des Kaisers zu Gunsten des Fürsten Bismarck, durch genauere Darlegung seiner Auffassung die Wiederkehr der Schwierigkeit zu verhüten. Und das, was die „Köln. Ztg." über die Denkschrift und das „Eventual-Entlassungsgesuch" vom 4. hinterher berichtete,

rechtfertigte nicht die Meldung vom 5., daß der Kanzler „im Begriff stand, sein Entlassungsgesuch einzureichen." Dazu wäre notwendig gewesen, daß die Denkschrift ihren Zweck verfehlt hätte, was selbst die „Köln. Ztg." nicht behauptete.

Für die Hauptsache, für das Faktum, daß dem Reichskanzler wenige Wochen nach dem einstimmigen Vertrauensvotum des Reichstags zu seiner auswärtigen Politik, in dieser Schwierigkeiten geschaffen worden, sind die Einzelheiten belanglos. Diese Schwierigkeiten wurden von dem Fürsten Bismarck überwunden; es ist ebenso sicher, daß er zurückgetreten wäre, wenn sie sich wiederholten, ohne daß er sie überwinden konnte.

Die deutsch-freisinnige Presse bestritt dieses Recht. Sie behauptete, es verstoße wider die Treue gegen den Herrscher, daß dessen erster Diener ein Vorhaben bekämpfe, welches des Königs Gemahlin betreibe. Dieselbe Partei warf sich zur Hüterin des monarchischen Gedankens auf gegenüber dem „Hausmeiertum". Sie sprach von einer Verletzung der monarchischen Empfindungen des Volkes und stellte dieses vor die Wahl zwischen Kaiserherrschaft und Kanzlerherrschaft. Sie machte sich die Ungeschicklichkeit übereifriger Anhänger Bismarcks zu Nutze. Diesen Vorwurf machte den nationalen Parteien selbst ein freikonservatives Organ, welches schrieb: „Wir bedauern die Ausschreitungen, welche die Begeisterung für den Kanzler Angehörigen des Herrscherhauses gegenüber sich hatte zu schulden kommen lassen. Die Kaiserliche Familie ist über jede öffentliche Kritik erhaben und darf niemals in das Parteigetriebe hineingezogen werden. Was dem einen gefällt, mißfällt dem andern, unsere persönlichen Anschauungen mögen durch Handlungen und Meinungen der Angehörigen des Kaiserhauses verletzt werden, wir dürfen darüber die Ehrfurcht vor der Monarchie nicht aus den Augen verlieren."

Der hier den Anhängern Bismarcks gemachte Vorwurf ist schwer zu begründen. Er trifft nur einige außerpreußische Blätter. Eugen Richter beschuldigte im Abgeordnetenhause die Köln. Ztg. ebenfalls „niederträchtiger Insinuationen" gegen die Kaiserin. Das angegriffene Blatt replizierte sofort darauf. Die „Köln. Ztg." hatte während der Krise gesagt:

„Die Bedürfnislosigkeit ist die Stärke der deutschen Politik,

welche nicht durch eine abenteuerlich ausgreifende Staatskunst preisgegeben werden darf, wenn Deutschland nicht eines seiner kostbarsten Güter, seinen Ruf als friedenverbürgende Macht, verlieren soll. Es ist einer der größten und edelsten Züge der Bismarckschen Politik, daß die Welt, welche das geeinte und machtvolle Deutsche Reich anfangs ganz naturgemäß argwöhnisch betrachtete und einen Schulmeister der Welt à la Napoleon in ihm witterte, sich in dieser Beziehung vollständig beruhigt hat. Wir werden diesen mühsam gesammelten Schatz hoffentlich nicht durch das Hineintragen frauenhaft persönlicher Elemente in unsere Politik leichtsinnig verschleudern. Rußland wird also unsere Thür stets für eine ehrliche freundschaftliche Annäherung offen finden, und wir werden uns vor Maßregeln hüten, welche der deutschen Nation nicht den geringsten Nutzen bringen, Rußland aber verletzen müssen."

Der ganze Aufsatz der „Kölnischen Zeitung", dem diese Stelle entlehnt ist, beschäftigte sich weder mit dem Kaiser noch mit der Kaiserin, noch mit der Prinzessin Viktoria, noch mit dem Prinzen Battenberg, von denen kein Name noch eine Andeutung in dem Artikel vorkam, sondern war lediglich die Antwort auf eine die deutsche Politik falsch darstellende Auslassung des russisch-offiziösen Brüsseler „Nord" über die allgemeine politische Lage. Herr Eugen Richter fuhr in seiner Rede also fort:

„Ist es etwa nicht wahr, daß in jenem Hauptblatt der Kartellparteien und insbesondere der Nationalliberalen am Rhein wörtlich gesprochen ist von hochstehenden Frauen, welche über ihre Herzensangelegenheiten die Politik und die dauernden Interessen der Dynastie und des deutschen Vaterlandes vergessen?"

Wie stand es um dieses „wörtliche Citat" des Herrn Eugen Richter aus der „Kölnischen Zeitung?" Es lagen ihm aus längeren Ausführungen der „Kölnischen Zeitung" die nachstehenden zwei Stellen zu Grunde:

I. „**Wir finden es begreiflich, daß hochstehende Frauen über ihren Herzensangelegenheiten die Politik und die großen dauernden Interessen der Dynastie und des Vaterlandes aus den Augen verlieren; zu den Hütern dieser Interessen aber sind naturgemäß nicht sie, sondern der Kaiser und sein Kanzler berufen.**"

II. „**Es ist gewiß nicht nur begreiflich, sondern, rein menschlich gesprochen, edel und echt weiblich, wenn — wie wir damals schon erwähnt**

haben — hochstehende Frauen über solchen Herzensangelegenheiten die Politik und die Interessen der Dynastie zeitweilig aus den Augen verlieren; darum ist es ein besonderer Vorteil unserer preußischen Einrichtungen, daß zu den Hütern dieser Interessen gesetzlich und naturgemäß nicht sie, sondern der Kaiser und sein verantwortlicher Kanzler berufen sind."

Hierauf konnte wohl die „Kölnische Zeitung" fragen, ob es denn eine „niederträchtige Insinuation" sei, zu sagen, daß die Kaiserin entschuldigt ist, wenn sie nach rein menschlichen und mütterlichen Empfindungen für das Glück ihres Kindes sorgen will, da sie nach preußischem und deutschem Staatsrecht mit der Regierung und Politik des Landes ja gar nichts zu schaffen habe!

Das war alles, was Herr Eugen Richter zum Beleg der von der „Kölnischen Zeitung" angeblich verübten Hetzerei gegen die Krone und der „niederträchtigen Insinuation" gegen die Kaiserin vorbrachte. Er ereiferte sich schließlich noch darüber, daß das rheinische Blatt überhaupt die Verlobungsidee ausgeschwatzt hätte, die er zu einem Staatsgeheimnis zu machen suchte, und bestrebte sich, die unbegründete Behauptung immer wieder vorzubringen, als sei die Krisis beigelegt gewesen, bevor wir davon gesprochen.

Die „Freis. Ztg" vom 30. Mai mochte das Bedürfnis empfinden, die gekennzeichneten „wörtlichen Citate" des Herrn Eugen Richter — die ihr wohl hinterher allzudürftig erschienen — zu vervollständigen. In dieser Sammlung fanden sich außer den falsch aus der Richterschen Rede übernommenen noch zwei weitere. Das eine wurde so wiedergegeben:

„Ein spaltenlanges Telegramm (der „Kölnischen Zeitung") aus Berlin schildert, daß die Königin Viktoria von England demnächst „als Freiwerberin für den Schwager ihrer Lieblingstochter" nach Berlin kommen werde. Es werden alsdann die politischen Gründe gegen die Verlobung erörtert. Jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, habe sich längst überzeugen müssen, daß die Verlobung eine Einbuße an moralischem Einfluß für die deutsche Regierung in der auswärtigen Politik zur Folge haben müsse."

Das nicht „spaltenlange" sondern nur 76 Zeilen größter Schrift, also eine halbe Spalte fassende Telegramm enthielt wörtlich folgende Stelle:

„Die deutsche Politik wurzelt in erster Linie in dem Bestreben, alles zu verhindern, was auch nur den geringsten Anlaß bieten

könnte, Argwohn gegen seine Haltung zu erwecken. Deutschland muß der bulgarischen Frage gegenüber, wie der Fürst Bismarck so klar und überzeugend ausgeführt hat, so lange es sich lediglich um Bulgarien handelt, vollständig interesselos dastehen. Diese Interesselosigkeit allein bietet der deutschen Regierung die Handhabe, in gleichem Maße das volle Vertrauen der beiden in der bulgarischen Frage einander am meisten gegenüberstehenden Regierungen zu erhalten. Nur das allseitige Vertrauen allein kann es ermöglichen, daß Deutschland nach beiden Seiten seine guten und thatkräftigen Dienste zur dauernden Wahrung des europäischen Friedens in einer so verwickelten Frage mit Aussicht auf Erfolg anbieten kann. Dieses Vertrauen würde selbstverständlich mit einem Schlage für lange Jahre hinaus zerstört werden, wenn der vom Zaren am meisten gehaßte persönliche Gegner der Schwiegersohn des deutschen Kaisers würde. Die Einbuße an moralischem Einfluß, die der deutschen Regierung daraus erwachsen muß, liegt auf der Hand. Jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, hat sich längst von der Richtigkeit dieser Beweisführung überzeugen müssen."

Das zweite Ergänzungscitat der „Freisinnigen Zeitung" war (unter Anführungszeichen) folgendes:

„Zu dem Programm, welches zwischen Kaiser Friedrich und dem Fürsten Bismarck besteht, gehört aber sicherlich, daß letzterer nur dem Könige, aber keiner Königin — auch nicht der von England — diene."

Dieses „Citat" war ein aus dem erklärenden Zusammenhang gerissener Satz folgender wörtlichen Ausführung der „Kölnischen Zeitung:"

„Fürst Bismarck hat sich schon seit Jahren mit dem Gedanken des Rücktritts von den Geschäften getragen. Seine mehr als vierzigjährige Wirksamkeit im öffentlichen Leben, eine Thätigkeit, wie sie aufregender und arbeitsvoller kaum gedacht werden kann, ist selbstredend nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Daß er jenem Gedanken trotzdem nie Folge gegeben hat, muß auf die persönliche Anhänglichkeit zurückgeführt werden, welche den Kaiser an seinen Hochseligen Herrn band. Wenn der Kanzler sich dazu entschlossen hat, unter Kaiser Friedrich weiterzudienen, so wird dies vermutlich auf Grund bestimmter Programme geschehen sein. Selbst der ehrgei-

zigste Streber würde ein Ministerportefeuille doch nur auf Grund eines Programms annehmen. Zu dem Programm, welches zwischen Kaiser Friedrich und dem Fürsten Bismarck besteht, gehört aber sicherlich, daß letzterer nur dem König, aber keiner Königin — auch nicht der von England — diene. So allein kennt es unsre Verfassung und so ist es alle Jahrhunderte hindurch der Geist unseres gesamten staatlichen Lebens gewesen und wird es — so Gott will — bleiben."

Als drittes „wörtliches Citat" könnte allenfalls noch folgendes angeführt werden, bei dem die „Freisinnige Zeitung" das auf den Zusammenhang hindeutende „aber" nach dem dritten Wort des Originals sorgfältig unterdrückt hat:

„Dem deutschen Volk könnten Verhältnisse nun und nimmer völlig lieb werden, welche es den bewährten Reichskanzler gekostet hätten."

Nun lautete aber die „nichtswürdige Insinuation" im Zusammenhang also:

„Die auszeichnende Aufmerksamkeit, mit welcher sich die Kaiserliche Familie bei der Feier des Geburtstages des Fürsten (Bismarck) im verflossenen Jahre beteiligt hat, bewies, wie hoch der Wert dieses Mannes für Land und Volk auch von dem Kaiser und seinem Hause angesetzt wird. Dem deutschen Volk aber könnten Verhältnisse nun und nimmer völlig lieb werden, welche es den bewährten Reichskanzler gekostet hätten. Hoffen wir, daß sich ein Ausweg aus den Schwierigkeiten finden lassen werde, dem von keiner Stelle Bitterkeit folge und der uns und dem Throne den Reichskanzler erhalte."

Das sollte unloyal, nichtswürdig sein! Man verstand die Sprache Richters, dessen eigentlicher Angriffsgegenstand während der ganzen Krise der Reichskanzler selber war.

Gegenüber dem Eifer, mit welchem die freisinnige Presse in jenen Tagen gegen den Fürsten Bismarck kein Mittel unversucht ließ, ihn zu verdächtigen und namentlich die allerdings nicht ganz neue Mär von dem Hausmeiertum als Waffe gegen den Kanzler zu gebrauchen suchte, mußte die Nachricht von der Ernennung des Grafen Herbert Bismarck zum Staatsminister überraschen. Denn gerade in dieser Ernennung, durch welche zum erstenmal in der Ge-

schichte Preußens der Fall herbeigeführt wurde, daß Vater und Sohn zugleich Mitglieder des preußischen Staatsministeriums sind, lag der denkbar klarste und deutlichste Ausdruck nicht nur des vollsten Vertrauens zu dem Fürsten Bismarck, sondern vor allem auch der Anerkennung seiner in allen Zeiten und Tagen gleich bewährten erhabenen Vasallentreue. Gerade gegenüber den in der demokratischen Presse aller Richtungen nicht nur gegen die Person des Reichskanzlers, sondern vor allem auch gegen dessen Familie getriebenen Verhetzungen, welche selbst bis zu den Anspielungen, wie „Dynastie Bismarck," „Erblichkeit der Kanzlerwürde" u. s. w. sich verstiegen, war die Berufung des ältesten Sohnes des Kanzlers in den obersten Rat der Krone bezeichnend. Der Kaiser hatte, wie verlautet, diese Ernennung dem Reichskanzler persönlich angekündigt, indem er den Empfindungen, welche ihn gegen den Reichskanzler beseelten, einen ungemein herzlichen Ausdruck gab. Andere Auszeichnungen, welche für den Fürsten Bismarck in Frage standen, soll derselbe zurückgewiesen haben. Auf der andern Seite heben die Ärzte sowohl wie alle diejenigen hohen und niederen Personen, welche in der nächsten Umgebung des kranken Kaisers beschäftigt waren, die rührende hingebende Liebe des Reichskanzlers Fürsten Bismarck zu seinem Allerhöchsten Herrn hervor. Alle, welche Gelegenheit gehabt, den Kaiser im Schloß zu Charlottenburg zu beobachten, waren ergriffen von dem tiefen Schmerze, welcher den ersten Diener des Kaisers erschütterte, sobald er sich dem hohen Leidenden nahte. Die volle Hingebung, Treue und Aufopferung, die der Fürst mit jeder Faser seines Herzens dem Kaiser Wilhelm dargebracht, übertrug er auch auf Kaiser Friedrich. Wie der Fürst täglich ganz im stillen die Blüten des Frühlings in einfachen, aber herrlich duftenden Bouketts seinem kranken Herrn sandte, wie er von Gram gebeugt, in stummem Schmerz an das Lager desselben trat, waren die Beweise der rührenden Hingebung des Kanzlers.

Die Denkschrift des Fürsten Bismarck vom 4. April ist noch nicht veröffentlicht worden. Das in der „Nouvelle Revue" von Madame Adam gebrachte Dokument ist gefälscht. Kein Satz stimmt genau im Wortlaut mit dem wirklichen Bericht des Fürsten Bismarck an Kaiser Friedrich überein; die Einleitung des Briefes, der auf eine mündliche Rücksprache der Kaiserin mit dem Fürsten Bis-

marck und auf einen Brief der Königin von England vom 26. März Bezug nimmt, widerspricht sogar den Thatsachen. Richtig ist dagegen in der falschen Urkunde der ungefähre Gedankengang; vorläufig ist noch nicht zu ermitteln, ob der Fälscher das Schriftstück nur auf Grund der damaligen ausführlichen Mitteilungen der Presse, in erster Linie der „Kölnischen Zeitung," nach freiem Erraten zusammengestellt, oder ob er vielleicht auch noch vom echten Bericht, sei es durch die Erzählung einer unterrichteten Persönlichkeit, sei es gar durch eigenen Einblick, Kenntnis erhalten hat. Jedenfalls kann aber selbst ein solcher Einblick nur flüchtig gewesen sein, höchstens in einmaligem flüchtigen Lesen bestanden haben, da die Ausführungen des echten Berichtes selbst dem Sinne nach nicht einmal in großer Vollständigkeit, sondern mit wesentlichen Auslassungen und Lücken wiedergegeben sind.

Was inhaltlich als zutreffend angesehen werden kann, mag hier wiedergegeben werden. Fürst Bismarck rät ab, einem Projekt Folge zu geben, das, wenn es die Wünsche der Königlichen Familie von England erfüllt, nicht unter demselben Gesichtspunkt von der Kaiserlich deutschen Regierung betrachtet werden kann, die durch die gegenwärtigen Kombinationen ihrer auswärtigen Politik in einer Lage festgelegt ist, deren Basis seit langem besteht, und deren begründetes und notwendiges Gleichgewicht nicht von der Frage einer in jeder Hinsicht ehrenwerten Neigung abhängen kann, die doch nur in zweiter Linie in Betracht kommen kann. Es handelt sich nicht um die Ehe der Prinzessin mit dem Prinzen Alexander v. Battenberg, einem deutschen Unterthanen, sondern mit dem Fürsten von Bulgarien, einem depossedierten Souverän, der sich noch als Prätendent geberdet. Fürst Bismarck bittet den Kaiser, in dieser Frage allein den Gesichtspunkt allgemeiner deutscher Politik zu beachten, der sich daran knüpft. Dieses Eheprojekt war bereits in Frage gewesen, Kaiser Wilhelm hatte in dieser Beziehung seinen Willen eingesetzt, der respektiert wurde, wie schwer es auch dem steten Wohlwollen seines Herzens fiel, dem ausgesprochenen Wunsche seines geliebten Sohnes sich zu widersetzen. Der Souverän, der das Deutsche Reich gegründet und so große politische Thaten ausgeführt hat, setzte immer die Staatsräson über seine persönlichen Empfindungen und hat diese nur in voller Sachkenntnis geopfert.

Der verstorbene Kaiser hat die schwerwiegenden Gründe gekannt und beurteilt, aus denen die Verbindung der Prinzessin mit dem Prinzen Alexander nicht zugelassen werden konnte. Diese Gründe bilden einen untrennbaren Teil des politischen Systems der Kaiserlichen Diplomatie in ihren direkten Beziehungen zu Rußland und dessen erhabenem Souverän.

Kaiser Wilhelm hat sterbend die einzigen Sorgen seiner großen Seele zu erkennen gegeben, als er den Rat erteilte, immer in dem Geiste der Schonung gegenüber dem Zaren zu verfahren und gegenüber Rußland eine Politik des Friedens und herzlichen Einverständnisses zu führen. „Ew. Majestät weiß, daß ich mich immer von demselben Gedanken durchdringen ließ und daß alle meine Bemühungen immer darauf gerichtet waren, in einer definitiven Weise diese Beziehungen guter Nachbarschaft und Verbindung realisiert zu sehen, wie sie zwischen Deutschland und Rußland bestehen müssen. Diese Beziehungen in nichts zu verdunkeln, hatte unser verstorbener Kaiser beschlossen, sich dem Heiratsprojekt seiner Enkelin mit dem Prinzen Alexander von Battenberg zu widersetzen; es sind dieselben Gründe hoher politischer Konvenienz, die sich auch noch heute bei Ausführung desselben Projekts widersetzen."

Das Dokument nimmt auf die Vorgänge vom Sommer zuvor Bezug, wo der Zar von Kopenhagen nach Berlin kam. Es sagt: „Mit Geringschätzung antwortete derselbe auf die Einladung, die unser erhabener Kaiser ihm zur Zeit der großen Manöver von Stettin hatte zukommen lassen." Hier begeht das Dokument eine historische Fälschung. Man hat zwar den Zaren in Stettin erwartet, ihn aber nicht eingeladen.

Der Kanzler führt dann in dem angeblichen Bericht Kaiser Friedrich gegenüber durch Beifügung des Aktenmaterials den Beweis, daß seine Politik in allem, was Rußland betraf, stets eine durchaus loyale und wohlwollende gewesen sei, und fährt dann fort:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, welcher Schluß aus diesen Zwischenfällen gezogen werden muß: auf der einen Seite der Kaiser von Rußland, der in schwerer Weise die Beleidigung empfand, welche er von unserer Politik seiner Würde zugefügt glaubte, auf der anderen Seite unser verstorbener Kaiser, der alles

ins Werk setzte, um seinen Kaiserlichen Neffen aufzuklären und den zwischen Rußland und Deutschland bestehenden Beziehungen den Charakter gegenseitigen Vertrauens zurückzugeben, den diese Beziehungen bewahren und aufrecht halten müssen, als eine der stärksten Bedingungen der Stabilität des Friedens in Europa. Ew. Majestät werden, nachdem Sie von allen Einzelheiten dieser so verwickelten Frage Kenntnis genommen haben, die genauen Gründe noch leichter erkennen, mit denen die deutsche Politik jeden Gedanken einer Heirat zwischen einer Hohenzollerin und dem ehemaligen Fürsten von Bulgarien zurückweisen mußte und noch zurückweisen muß, nachdem die Entfernung desselben aus Bulgarien durch den Zaren gewollt war. Die Frage der guten politischen Beziehungen mit Rußland hängt davon ab, und in dem gegenwärtigen Zustand von Europa ist die Aufrechterhaltung dieser guten Beziehungen notwendig. Ew. Majestät kennt in der That die Absichten der deutschen Politik, was Bulgarien anbetrifft; sie weiß, daß wir uns von der politischen Linie nicht entfernen können und dürfen, welche bis hierher befolgt worden ist und die keinen anderen Charakter gehabt haben konnte, als eine vollständige Uninteressiertheit bezüglich alles dessen, was in dem Fürstentum sich ereignet. Das Geschick unserer Diplomatie ist damit verknüpft.

Es würde in einem zu großen Maße den Entscheidungen dieser Politik der Uninteressiertheit entgegentreten, wenn man dem Prinzen, der ein Prätendent auf die Krone von Bulgarien ist, mit der Hand einer Prinzessin aus dem Kaiserlichen Hause von Deutschland die politischen Hoffnungen geben wollte, welche diese Ehe mit sich führen müßte. Der Zar würde das Recht haben, zu glauben, daß unsere wirklichen Absichten nicht mit unseren Handlungen übereinstimmen und daß, wenn wir einem von dem Thron gestürzten und unter dem Druck der russischen Politik aus seinem Staat verbannten Fürsten die Weihe einer solchen Verbindung geben, wir beabsichtigten, die Popularität des Prinzen zu erneuern und seine Rückkehr nach Bulgarien zu erleichtern. Schon ist König Karl von Rumänien, lediglich seines Namens und seiner Abstammung halber, Gegenstand harter Angriffe. Wie würde Rußland, welches alle diese Angriffe leitet und unterhält, die Nachricht der Heirat des Fürsten von Bulgarien mit einer Prinzessin derselben Familie der Hohenzollern auf-

nehmen? Diese Lage würde eine wirkliche Gefahr für den Frieden begründen und unsere Diplomatie kompromittieren, indem sie ihr Verbindlichkeiten auflädet, die zu übernehmen nicht im Interesse von Deutschland liegt. Was er auch sage und was er auch wolle, Prinz Alexander ist und bleibt nun einmal ein Prätendent. Er kann nicht aufhören, es zu sein. An dem Tage, wo er durch die Ereignisse, die man ja leicht voraussehen kann, dorthin berufen, nach Sofia sich begiebt, darf er es nicht thun mit dem Anschein der offiziellen Unterstützung der Kaiserlichen Politik. Sonst würde an diesem Tage Deutschland alle Konsequenzen einer Lage zu übernehmen haben, die ich mich immer bemüht habe, für Deutschland nicht zu schaffen. Die deutsche Politik hat offiziell weder von nah noch von fern etwas in den bulgarischen Angelegenheiten zu suchen. Ew. Majestät kennt die wesentlichen Gründe, die auf ein einziges Ziel einmünden: die Konsolidierung der Friedensliga, welche die Zentralmächte von Europa umschließt, und Ew. Majestät weiß, daß dies von diesen Mächten gemeinsam unternommene Werk zur vollständigen Realisation nur gelangen kann, wenn Rußland in dem Zustand offizieller Sympathie erhalten wird, die immer zwischen unserem verstorbenen Kaiser und dem Zaren von Rußland herrschte. Die offenliegende Neutralität unserer Politik gegenüber allen Unternehmungen der russischen Politik — selbst eine Art von Ermutigung von unserer Seite in den Grenzen, die wir uns gezogen haben — das ist der modus vivendi unserer Politik in Bezug auf Rußland. Dieser Gesichtspunkt ist so zutreffend, daß das Werk der Feinde der deutschen Macht darin besteht, Situationen herbeizuführen, die diesen Zustand der offenen Sympathie, der noch dauert, zerstören können, trotz aller bis auf diesen Tag geübten Anstrengungen. Es ist nicht die russische Allianz, was von dieser Seite gesucht wird, sondern vielmehr das Mittel, einen ernsthaften und unheilbaren Konflikt zwischen den beiden Höfen von Berlin und St. Petersburg, sowie zwischen den beiden Kaisern zu schaffen, und diese Taktik ist geschickt.

... Die Intrigen, die sich an den Heiratsplan des Prinzen Alexander knüpfen, erfolgen nicht bloß in Deutschland; sie haben ihren Mittelpunkt im Auslande, und zwar nicht allein in London, sondern überall, wo man gegen die Macht der deutschen Einheit konspiriert. Es sind dieselben Komplotte, welche die Angelegenheit

der bulgarischen Aktenstücke angezettelt haben, dieselben Komplotte, die nunmehr diese Versuche unternehmen, deren förmlicher Zweck ist, Ursachen der Reibung zwischen dem Zaren und dem Kaiser herbeizuführen, und diese Ursachen werden in der Zukunft den Kombinationen der Kaiserlichen Politik Hindernisse bereiten.

Die oben bezeichneten Kombinationen, Ew. Majestät weiß es, sind das überlegte und lange erwogene Werk der vorigen Regierung; sie haben für sich die Sanktion unseres verstorbenen Kaisers, der sie zu billigen gewußt, weil sie in allen Punkten dem von der Kaiserlichen Politik angestrebten friedlichen Zwecke entsprachen. Dieser Zweck, welcher auch durchaus den Ansichten Ew. Majestät entspricht, wird nur auf demselben Wege erreicht werden können, indem den Dispositionen der deutschen Diplomatie die erworbenen Stellungen gewahrt bleiben. Ich halte dafür, daß im vorliegenden Falle die Verwirklichung des Heiratsplanes zwischen der Prinzessin, Ihrer Tochter, und dem Prinzen Alexander von Battenberg, zum Nutzen der Gegner unserer Politik uns eine der letzten Positionen verlieren lassen würde, die in einem gegebenen Zeitpunkte den stärksten Interessen des Kaiserreiches dienen sollen."

So lautet das nachgemachte Aktenstück. Die Kanzlerkrise war vorüber, als die Königin Viktoria nach Berlin kam. Dreißig Jahre lang hatte sie die Schwelle ihrer Tochter nicht betreten. Es lag nur zu nahe, daß dieser Besuch Anlaß gab, den vollen Kontrast sich auszumalen, in welchen die Umstände, unter denen er erfolgte, zu der Anwesenheit im Monat August 1858 standen. Ein reines, unvermischtes Glück lag damals über Babelsberg ausgegossen, dort verlebte das junge kronprinzliche Paar den ersten Sommer, dort wohnte auch die Königin Viktoria. Der Prinz-Regent und seine Gemahlin thaten das Äußerste, um ihre Gäste, die Königin Viktoria und ihren Gatten, den Prinzgemahl, zu feiern; eine glänzende Heerschau führte ihnen die Macht des so eng befreundeten Staates vor, alle ruhmreichen Stätten auf dem klassischen Boden der Hohenzollern wurden aufgesucht, eine Wasserfahrt auf der Havel bei voller Beleuchtung der Ufer und der Boote, beim magischen bengalischen Licht, unter Leuchtkugeln und Schwärmern führte zur Pfaueninsel, wo einst Friedrich Wilhelm III. und Luise gelebt. Am Tage darauf wurde der Geburtstag des Prinzen Albert auf Babelsberg festlich begangen. Am 28.

August erfolgte der Abschied. Die Bevölkerung der Hauptstadt stand in der Feier der mächtigen Herrscherin, die zum ersten Male bei ihr zu Gaste war, hinter dem Königshause nicht zurück. Sie verlebte Freudentage, sie bereitete den Eltern des geliebten Kronprinzenpaares einen enthusiastischen Empfang. Es war, als wenn sie die herzlichen und freundlichen Empfindungen, die sie sechs Monate zuvor der Prinzessin Viktoria und ihrem jungen Gemahl bei ihrem Einzug in Berlin entgegengebracht hatte, und mit denen sie fortfuhr, auf das verehrte Paar hinaufzuschauen, auf die nächsten Verwandten, auf die hohen Eltern, die jetzt gekommen waren, ihre Kinder am heimischen Heerde walten zu sehen, übertrug. Die Eltern konnten sich von dem Glücke ihrer Kinder, wie von der Liebe und der Verehrung, die diese beim ganzen Volke genossen, überzeugen. Auch zeigten sie eine vortreffliche Laune, die sofort Stoff zu allerlei im Volke kursierende Anekdoten gab. Die Königin war von Papa Wrangel entzückt, der sich in der That äußerst liebenswürdig machte. Auf der Pfaueninsel sagte er zur Königin: „Ew. Majestät sehen aus, als wenn Sie zu Tanze gingen." Der Königin wurden allerlei Scherze in den Mund gelegt, die sie auf das Kompliment des alten Generals erwidert haben sollte. Es waren frohe Tage! Sie waren besonders von den Zukunftshoffnungen getragen, die das Volk, die die hohen Eltern der Prinzessin für Preußen hegten, von den nationalen Hoffnungen, deren Erfüllung man von der nächsten Zeit, von dem Regierungsantritt des Prinz-Regenten und seinem einstigen Nachfolger erwartete. Prinz Albert und seine Gemahlin erkannten in dem Prinzen Wilhelm und dem Kronprinzen zwei starke Pfeiler der Größe Deutschlands.

Interessant ist es, aus dem Tagebuche der Königin und aus den Briefen des Prinz-Gemahls an den Baron von Stockmar die Eindrücke zu ersehen, die der Aufenthalt in Potsdam und Berlin auf sie machte. Der Prinz-Gemahl äußert sich nur über die politischen Eindrücke. Er schreibt über den Prinz-Regenten (der damals noch nicht in eigener Verantwortlichkeit, sondern im Namen des erkrankten Königs regierte): „Ich habe bei dieser Gelegenheit einen klaren Einblick in seine (des Prinz-Regenten) Natur gewonnen und gefunden, daß er weit mehr Beachtung, Wertschätzung und Vertrauen verdient, als ihm die Mehrzahl der ihn umgebenden Personen

erwiesen hat. Als er mir seine Ansichten über die Politik Preußens in Bezug auf einen Nachbarstaat (Österreich?) entwickelte, fand ich sie so vernünftig, so einfach, so aufrichtig und ehrenhaft, daß ich ihm die Hand küßte."

Über den damaligen Kronprinzen schreibt er: „Er ist fest in seinen konstitutionellen Grundsätzen, er verabscheut das Ministerium und die Kühle, mit der der Kronprinz und die Minister (Manteuffel und Genossen) sich begegneten, war unverkennbar." Die Königin Viktoria berichtet vor allem über das Glück ihrer Tochter, über den trefflichen Fritz, und über die guten Berliner. Nicht, wie die Berliner ihr begegnet sind, sondern wie sie ihren beiden Kindern, der Kronprinzessin und dem Kronprinzen bei allen Gelegenheiten begegneten, ist das Thema, über das sie schreibt, und das sie so überaus glücklich macht. „Es ist, als wenn der laute und herzliche Jubel, mit dem die Potsdamer und die Berliner Bevölkerung das junge Ehepaar beim Einzuge im Februar empfing, noch immer nachhallte. . . ." Über die Minister sprach auch die Königin ihren Unwillen aus. Den Minister-Präsidenten Manteuffel fand sie „garstig." Es gab damals eine russische Partei, die von Anfang an der Verbindung des preußischen Kronprinzen mit der englischen Prinzessin widerstrebt hatte und die der letzteren das Leben nicht wenig sauer machte. Dreißig Jahre später war es fast umgekehrt. Beim Volke hatte sich gegen England und alles Englische ein großer Umschwung in der Stimmung vollzogen.

Die Scheu, welche die Königin von England seit ihrem ersten Besuche gegen Berlin an den Tag gelegt, während sie in den dreißig Jahren ihrer Vermeidung des Betretens märkischen Sandes wiederholt Besuche bei ihren Verwandten in Koburg und Darmstadt machte, soll auf der Verstimmung beruht haben, die ihr das Verhalten des Kaisers gegenüber dem kronprinzlichen Hofstaate in ökonomischer Beziehung bereitete. Die Dotation wurde nicht für ausreichend angesehen und ihr sollen in der That mehr und mehr materielle Schwierigkeiten, ja Verlegenheiten entsprungen sein, Verwickelungen, die später der Vermittelung des Justizministers bedurften, Verbindungen, welche für das Urteil über den Antisemitismus nicht ganz gleichgültig waren. Auch soll man den häufigen, fast jährlich wiederkehrenden Aufenthalt im Auslande wirtschaftlichen Motiven

zuschreiben. Zuletzt gewannen diese auch noch während der Krankheit des Kronprinzen eine Bedeutung. Erst als Kaiser Wilhelm I. seine Augen geschlossen und Kaiser Friedrich den Thron bestiegen, wiederholte die Königin Viktoria ihren Besuch. Finanzielle Angelegenheiten spielten auch bei dieser Gelegenheit wieder eine Rolle.

In ernster Zeit traf die Königin mit großem Gefolge am 24. April vormittags auf Bahnhof Charlottenburg ein. Auf ihrer Reise nach Berlin war sie von dem König von Italien und dem Kaiser von Österreich begrüßt worden. Die Bedeutung dieser Reise nach Berlin sprach für sich selbst. Sie war lange geplant und jetzt zur Ausführung gebracht, um der Kaiserin in dieser schweren Zeit den Trost des Zusammenseins mit der Mutter zu gewähren, um Kaiser Friedrich in seiner schweren Heimsuchung die tiefste Teilnahme zu bezeugen. Deshalb wurde auch von jeder offiziellen Ausgestaltung der Begegnung und des Empfanges abgesehen. Der Aufenthalt in Charlottenburg und Berlin sollte einzig den Charakter eines Familienbesuches tragen. Aber wenn dieser Gesichtspunkt für das Entwerfen des Programms auch maßgebend gewesen, so konnte er doch nicht verhindern, daß die Bevölkerung in dem Gaste unseres Kaiserhauses auch die Königin des großen Staates erblickte. Überall gestaltete sich die Begrüßung zu einer Bekundung freundlichster Gesinnung und guter Meinung. Nur die Rücksicht auf die dem Kaiser unumgängliche nötige Ruhe verhinderte, daß in der Umgebung des Schlosses die ehrfurchtsvolle Begrüßung auch lauten Ausdruck fand. Ein offiziöses Blatt bemerkte: „Von einem Teil der norddeutschen Presse wird die Nachricht verbreitet, es seien besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, um einem Ausbruch der Volksleidenschaften beim Besuche der Königin von England in Berlin vorzubeugen. Wir sind in der Lage, dieser Nachricht widersprechen zu können. Dieselbe scheint uns übrigens aus einer völligen Unbekanntschaft mit der Lage der Verhältnisse zu entspringen. Die Königin von England hat sich in der Frage, welche Deutschland in den letzten Wochen beschäftigte, stets zu Gunsten des Friedens ausgesprochen, und ihren Einfluß nach dieser Richtung hin geltend gemacht. Ihre Majestät ist niemals für das Heiratsprojekt mit dem Battenbergischen Prinzen eingetreten. Aber selbst wenn die Königin Viktoria eine andere Stellung eingenommen hätte, so wären

doch die Befürchtungen, welche in der eingangs erwähnten Nachricht zum Ausdruck kommen, unbegründet. Die Berliner Bevölkerung ist zu gut geartet und zu gesittet, als daß sie der Mutter der deutschen Kaiserin anders denn mit Ehrfurcht begegnen würde."

Am 25. April hatte Fürst Bismarck eine lange Unterredung mit der Königin von England. Bei der an demselben Tage stattfindenden Hoftafel wurde die besonders huldvolle Art bemerkt, in der die Königin Viktoria mit dem Reichskanzler sich unterhielt. Man schloß daraus, daß die langdauernde Unterredung von demselben Tage zu ungewöhnlich befriedigendem Ergebnisse geführt habe. Als beim Ausbruch der Kanzlerkrise die Zeitungen von einer gleich langen Audienz des Kanzlers bei der Kaiserin Friedrich meldeten, bei welcher Gelegenheit letztere erklärt haben sollte, „sie opfere das Glück ihres Kindes auf dem Altare des Vaterlandes," wurde von anderer Seite behauptet, es wäre in Wahrheit von der Affaire Battenberg nicht mit einem Worte, desto mehr aber von Geld- und anderen Besitzangelegenheiten die Rede gewesen. So sollen auch Angelegenheiten dieser Art die Unterredung der Königin von England mit dem Fürsten Bismarck vorzugsweise ausgefüllt haben.

Zu der Familientafel vom 25. April waren auch Graf Moltke, Minister von Puttkamer, Graf Herbert Bismarck, der Minister des Königlichen Hauses Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, die Chefs des Zivil- und des Militärkabinetts, Oberpräsident Dr. Achenbach, der kommandierende General des Gardekorps von Pape, der Oberzeremonienmeister Graf zu Eulenburg u. s. w. mit einer Einladung beehrt worden. Sonderbar, von Herrn von Manteuffel sagte im August 1858 die Königin von England „He was a cross, desagreable, unpleasant man". Wenige Monate darauf erfolgte sein Sturz. Von Herrn von Puttkamer wird die Königin nicht viel anders gedacht haben. Er zählte nach der hohen Ehre, die er am 25. April genoß, seine Amtsdauer nur noch nach Wochen. In den englisch redenden Kreisen Charlottenburgs sprach man schon früh von der Notwendigkeit „of blowing up this unpleasant man".

Nach dem Scheiden der Königin von England vom Berliner Kaiserlichen Hofe veröffentlichte die „Nordd. Allg. Ztg." an der Spitze ihres Blattes folgende, die persönlichen und politischen Eindrücke dieses hohen Besuches zusammenfassenden Sätze:

„Ihre Majestät die Königin von England hat Berlin gestern wieder verlassen, nachdem ihr von allen Schichten der Bevölkerung der ehrfurchtsvolle und sympathische Empfang bereitet worden ist, der Ihr nach langer segensreicher Regierung eines befreundeten Landes und als nächster Anverwandten unseres geliebten Herrscherhauses im vollsten Maße gebührt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die spontanen Kundgebungen allgemeiner Verehrung, die Sie auf allen Wegen hier begleitet haben, Ihr nicht entgangen sind, und daß Ihre Majestät ein gutes Andenken von Berlin nach England zurücknimmt, während hier Ihr Besuch zu ernster Zeit nicht nur bei denjenigen, die das Glück gehabt haben, sich Ihr persönlich nähern zu dürfen und die im Banne Ihrer huldreichen Liebenswürdigkeit stehen, sondern bei allen gut Deutschgesinnten als eine Kundgebung wohlthuender persönlicher Teilnahme in treuer, dankbarer Erinnerung bleiben wird. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß jener Besuch und die damit verbundenen persönlichen Ansprachen, Eindrücke und Erinnerungen auch auf die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und England nur die günstigsten Rückwirkungen haben können."

Die „Neue Pr. Ztg." wußte ihrerseits das Folgende zu berichten: „Die Königin von Großbritannien hat, wie uns aus guter Quelle mitgeteilt wird, am 25. unmittelbar, nachdem sie von ihrer Umfahrt durch Berlin nach Charlottenburg zurückgekehrt war, an den englischen Premierminister Marquis of Salisbury ein ausführliches Telegramm abgesandt, in welchem sie — man darf nicht vergessen, daß sie am Mittag etwa dreiviertel Stunde mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck zusammen war, eine Zeit, die jedenfalls benutzt worden ist, um auch große politische Fragen zu berühren — unter dem frischen Eindrucke des ihr und ihrer erlauchten Tochter, der Kaiserin Viktoria, in Berlin gewordenen herzlichen Empfanges dem Premierminister davon Mitteilung machte und dabei ihre freudige Empfindung über diese, sie so sympathisch berührende Haltung des Berliner Publikums ausdrückte."

„Diese mußte sie", so bemerkte die „N. Pr. Ztg." zu dieser Mitteilung „mit um so größerer Genugthuung erfüllen nach den direkten Warnungen und Mahnungen, die an sie ergangen waren, bei der jetzt in Berlin gegen England herrschenden Stimmung nicht

die Reise dorthin zu unternehmen, Stimmen, welche sie jedoch in ihrem Vorsatze, den Kaiser Friedrich an seinem Krankenbett zu besuchen, nicht haben wankend machen können". „Man wird nicht leugnen", sagte die Vossische, „daß in diesen Auslassungen, insbesondere in der inspirierten Kundgebung der „Nordd. Allg. Ztg." ein Maß anerkennender Genugthuung zu Tage tritt, wie es außer den engsten Verbündeten Deutschlands einem fremden Souverän von hier aus lange nicht bezeigt worden ist. Wie grell sticht diese Sprache von den Betrachtungen ab, die anläßlich des Novemberbesuchs des Zaren in der offiziösen Presse erschienen! Und das alles, nachdem kurz vor dem Besuch der englischen Königin in der Presse der Regierungsparteien kein Mittel unversucht geblieben war, die deutsche Leidenschaft gegen alles „Englische", vor allem also gegen die Königin von England selber als in gefährlicher Erregung begriffen zu bezeichnen".

Von den Erwartungen, welche alle diese Blätter verschiedenster Richtung an den Besuch der Königin Viktoria knüpften, ist keine in Erfüllung gegangen. Die englische Politik steht noch auf der alten Stelle, wenn auch Lord Salisbury im Monat August in seiner Rede bei dem Lordmayorsbankett die Sehnsucht nach einer großen Friedensliga auszusprechen schien.

Die Vossische hatte bei derselben Gelegenheit bemerkt:

„Die ungewöhnlich warme Huldigung, welche das anerkannte Organ der Reichskanzlei der Königin von England dargebracht hat, findet bereits Widerhall in der gesamten Presse; die gouvernementalen Blätter schlagen einen Ton an, als hätten sie nie gegen „fremde Hände in Deutschland" geeifert oder beleidigenden Spott gegen die „drei Viktorien" getrieben. Während man noch vor wenigen Tagen in hervorragenden Blättern der nationalliberalen Partei lesen konnte, daß das „perfide Albion" selbst bei Waterloo nicht ehrlich auf Preußens Seite gestanden habe, 1864, 1866 und 1870 aber förmlich unser Feind gewesen sei, wird jetzt die Regierung der Königin Viktoria als eine überaus segensreiche gepriesen, welche stets für Deutschland und deutsche Interessen eingetreten sei."

Die Behauptung, daß die „gouvernementalen Blätter" — also nicht etwa ein oder das andere, wenig bedeutende Preßorgan dieser Richtung, sondern die Gesamtheit, zum mindesten die Mehrheit

dieser Zeitungen — vor dem Besuche der Königin von Großbritannien gegen die „drei Viktorien“ beleidigenden Spott getrieben hätten, war eine tendenziöse Erfindung. Nur ein einziges namhaftes Blatt gestattete während der Kanzlerkrisis sich die Bemerkung: Fürst Bismarck sei zwar eine sehr einflußreiche Persönlichkeit, ob er aber im Kampfe gegen drei Viktorien den Sieg davontragen werde, erscheine doch zweifelhaft. Dieses Blatt war — der Pariser „Figaro“, dessen Berliner Korrespondent sich weit eher zum Sprachrohr der Deutschfreisinnigen als zum Interpreten gouvernementaler oder nationaler Gedanken machte. Sollte das eine oder das andere Blatt diesen naheliegenden Scherz in seine Spalten aufgenommen haben, so würde es sich eines crimen laesae majestatis damit kaum schuldig gemacht haben. Wenn man bedenkt, in wie rücksichtsloser Weise hervorragende linksliberale Preßorgane jederzeit über einzelne Mitglieder der unserem Herrscherhause ebenfalls nahe verwandten russischen Kaiserfamilie sich ausgesprochen haben, dann erscheint der Eifer, mit welchem sie einer jeden Ihrer großbritannischen Majestät mißfälligen Auslassung nachspüren und wehe rufen über das illoyale Gebaren unserer Gouvernementalen und Nationalen, ebensowenig ernst gemeint, wie die sittliche Entrüstung über diejenigen nationalen Historiker und Blätter, die Englands Politik gegenüber dem preußischen Alliierten in der Zeit von 1814 und 1815 als ein „perfides“ bezeichnen. Die Beantwortung der Frage, ob Lord Castlereaghs Verhalten auf dem Wiener Kongreß vom preußisch-deutschen Standpunkte eine andere Bezeichnung verdient, kann man dem Geschichtskundigen überlassen, gleichviel zu welcher politischen Partei er sich bekenne. England hat eben stets — damals wie heute — nur englische Politik getrieben; wo es Allianzen schloß, hat es nur vom englischen Interesse sich leiten lassen, und sobald dieses Interesse es erheischte, hat es die Allianzen gewechselt, wie man es mit einem Rocke thut, je nach der Jahreszeit. In den Augen eines jeden Engländers, er mag Konservativer, Liberaler oder Radikaler sein, versteht sich das ganz von selbst, und auch unsere Linksliberalen haben nichts dagegen einzuwenden; treten aber bei uns zu Lande Gouvernementale und Nationale dafür ein, daß Deutschland nur deutsche Politik zu treiben habe, daß es sich wohl hüten müsse, ohne eigenen Nutzen einer anderen Macht,

wäre es auch das stammverwandte England, die Kastanien aus dem Feuer zu holen, so dürfen sie sicher sein, als Bismarckanbeter und Russenknechte von den Deutschfreisinnigen in Acht und Aberacht gethan zu werden.

Den an den Besuch der Königin Viktoria in Charlottenburg geknüpften Hoffnungen widersprach schnurstracks der folgende Vorgang:

Im Monat Juli machte der Empfang, welcher dem Generalmajor von Winterfeldt, der dem Kronprinzen Friedrich lange Jahre als Adjutant zur Seite gestanden hatte, und von Kaiser Friedrich zum diensthuenden Generaladjutanten ernannt wurde, bei der Meldung von der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. am Hofe der Königin Viktoria von England in London zu Teil wurde, in Deutschland einen peinlichen Eindruck. Als der Generalmajor von Winterfeldt und der ihn begleitende Hauptmann an zuständiger Stelle über den Zeitpunkt der Audienz bei der Königin sich Gewißheit verschaffen wollten, wurde ihnen dieser mit dem Bemerken mitgeteilt, daß Ihre Majestät die Herrn in Zivil zu empfangen wünsche. Etwas frappiert über diesen Befehl begaben sich die Herrn, da sie natürlich mit Zivilkleidern nicht versehen waren, in eine Kleiderhandlung und equipierten sich schleunigst. Bei der darauf stattfindenden Audienz nahm die Königin das Schreiben in Empfang, sagte zum General etwa die Worte: „Bei Ihnen hat sich in letzter Zeit viel verändert", und zu dem Hauptmann, der früher in der Umgebung des Kaisers Friedrich gewesen: „Ich habe Sie lange nicht gesehen, — ich danke Ihnen meine Herren," — und die Audienz war zu Ende.

Nach einer anderen Version hätte die Königin von England, nachdem sie das Notifikationsschreiben gelesen, an den General von Winterfeldt nur die Frage gerichtet, wann er wieder abzureisen gedenke, worauf der General erwidert habe: Falls die Königin keine andern Befehle für ihn habe, alsbald — was dann auch geschehen sei. Herr v. Winterfeldt soll noch eine spezielle Mission betreffend die Erledigung gewisser, zwischen den Höfen von Berlin und London entstandener Schwierigkeiten zu erfüllen gehabt haben. Es handelte sich um hinterlassene Papiere des Kaisers Friedrich, die in London zurückgehalten wurden.

„Kaiser Friedrich, so berichtete bald nach dessen Tode ein angeblich gut unterrichteter Korrespondent des Londoner Wochenblattes „World“, hinterließ dreißig große Foliobände Tagebücher, welche er seit seiner Vermählung führte. Dieselben enthalten nicht bloß thatsächliche Aufzeichnungen, sondern des Kaisers Anschauungen über alle wichtigen Angelegenheiten der letzten dreißig Jahre. Königin Viktoria nahm diese Tagebücher nach England mit. Nach des Kaisers Friedrich Tode ließ Kaiser Wilhelm sofort die Kaiserin Friedrich auffordern, diese Tagebücher behufs Einverleibung in das Staatsarchiv auszufolgen, allein die Kaiserin verweigerte dies, indem sie erklärte, Kaiser Friedrich wünschte die Publizierung nach vorheriger Revision durch die Kaiserin. Diese Tagebücher sollen nicht in ihrer ursprünglichen Form publiziert werden, sondern, analog dem Werke Theodor Martins über den Prinz-Gemahl, als Basis einer Biographie des Kaisers Friedrich dienen.“

In der ersten Woche des Monats Juli fand in Berlin ein Kronrat statt, nach welchem unmittelbar das gesamte Staatsministerium in längerer Audienz von der Kaiserin-Witwe Viktoria empfangen wurde. Über diese Audienz wurde dem Pariser „Gaulois“, dessen Korrespondent sich einst guter Beziehungen zu höchststehenden Personen in San Remo und Charlottenburg rühmte — aus Berlin telegraphiert: „Der Besuch aller Minister — Bismarck Vater und Sohn ausgenommen — bei der Kaiserin-Witwe habe ausschließlich der geforderten Zurückgabe der verschiedenen Aufzeichnungen des Kaisers Friedrich gegolten. Die Kaiserin habe sich darauf beschränkt, zu erklären, daß alle in London deponierten Papiere sich auf den Kaiser Friedrich persönlich beziehen, sie stellte deren Wichtigkeit nicht in Abrede, dieselben seien aber mit Wissen und Willen des Kaisers ins Ausland gesandt worden.“

Nach der Angabe dieses Korrespondenten sollten die Papiere nicht veröffentlicht werden, es sei denn, daß das Andenken an den Verstorbenen dies erheischte oder wenn die Verfolgungen, denen die Kaiserin ausgesetzt gewesen sei, sich erneuerten.

Dieselben sind, obwohl die Mission des Generals von Winterfeldt in London scheiterte, später doch von der Königin Viktoria an die preußische Regierung ausgeliefert worden. Andre Lesarten

über entwendete oder zurückgehaltene Papiere des gestorbenen Kaisers sind Produkte der Phantasie.

Wie sich der „Matin“ und die in Mailand erscheinende „Lombardia“ von ihren angeblichen Berliner, in Wahrheit aber offenbar in Paris zu suchenden Korrespondenten schreiben ließen, soll Fürst Bismarck noch zu Lebzeiten Kaiser Wilhelms I. ein für den jetzt regierenden Kaiser bestimmtes Exposee über die allgemeine Lage und seine geheimsten politischen Ansichten und Pläne aufgesetzt und an Kaiser Wilhelm übergeben haben. Fürst Bismarck sei dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß Kaiser Wilhelm seinen Sohn überleben und das Schriftstück später direkt in die Hände seines Enkels gelangen werde. Als jedoch der greise Monarch vor seinem Sohn in das Grab gestiegen, sei das wichtige Schriftstück in den Besitz Kaiser Friedrichs und nach dessen Tode, durch die Hände der Kaiserin-Witwe Viktoria, in den Besitz der englischen Regierung gelangt. Alle Bemühungen Bismarks, es zurückzuerhalten, seien zu seinem größten Schrecken sowohl in Berlin als in London erfolglos geblieben, da England sich der furchtbaren Waffe, die ihm der Zufall gegen den Fürsten Bismarck in die Hand gespielt und die es zu den vernichtendsten Enthüllungen über dessen russische und österreichische Politik in den Stand setze, nicht unbenutzt wieder entäußern wolle. In dieser höchsten Not sei die Reise des deutschen Kaisers nach St. Petersburg beschlossen und in Anbetracht dessen, was auf dem Spiele stand, auch auf das schnellste ins Werk gesetzt worden. Die Freude, welche man in Paris darüber empfand, daß der Kanzler sich einmal in seiner eigenen Falle gefangen habe, läßt sich denken. Die „Justice“ hatte ihren Lesern noch folgendes mitzuteilen:

„Man erzählt in den offiziellen Berliner Kreisen, die Kaiserin-Witwe (Viktoria) habe erklärt, sie würde, falls der Kanzler auf der Veröffentlichung der dem Dr. Bergmann übertragenen Geschichte der Krankheit Kaiser Friedrichs bestehe, ihrerseits mit der Veröffentlichung von verschiedenen Dokumenten antworten, die einen „enormen Skandal“ hervorrufen würden“.

Die Nordd. Allg. Ztg. zeigte sich über diese Fabeln sehr entrüstet, indem sie bemerkte: „Mögen dieselben immerhin ihre beruhigenden Wirkungen auf französische Nerven ausüben! Bei uns

können sie nur einen komischen Eindruck hervorbringen, weil dergleichen novellistische Erfindungen über europäische Politik diesseits der Vogesen überhaupt nicht auf das Glück rechnen können, geglaubt zu werden, und aus diesem Grunde in der deutschen Presse auch keine Aufnahme finden. Daß es in Frankreich möglich ist, dergleichen Geschichten zu drucken, ohne sich lächerlich zu machen, beweist eben, wie weit Frankreich in der politischen Bildung hinter Deutschland zurückgeblieben ist."

Ein Minister „blown up“.

Am 15. Dezember 1881 verteidigte sich Herr v. Puttkamer im Reichstage gegen heftige Angriffe der Opposition wegen angeblicher Wahl-Beeinflussungen mit den Worten: „Die Regierung Sr. Maj. des Königs von Preußen ist keine Parteiregierung, sie kann sich mit keiner Partei identifizieren, sie kann sich auf keine Partei ausschließlich stützen und kann auch nicht ausschließlich die Politik einer bestimmten Partei treiben. Sie stützt sich auf ihre Pflicht, für das allgemeine Wohl zu sorgen, von diesem Gesichtspunkte die Vorlagen für die Landesvertretung zu machen und zu erwarten, wie diese Vorlagen werden von der Vertretung aufgenommen werden. Die Regierung ist daher bei den Wahlen in einer sehr — wie soll ich sagen — sehr hilflosen Lage, denn sie hat keine direkten Organe, durch welche sie auf die öffentliche Meinung einwirken, dieselbe aufklären kann, und die Presse ist ja bekanntlich zu sieben Achtel in den Händen der Oppositionsparteien. Also muß die Regierung erwarten, daß diejenigen Beamten, in deren Händen wesentlich die politische Vertretung der Staatsgewalt liegt, wenn und insoweit sie überhaupt ihre Rechte als Wähler und Staatsbürger ausüben, die Regierung unterstützen. Sie erwartet das ganz zuversichtlich von den Beamten, und davon ist sehr wohl zu unterscheiden die unerlaubte Wahlbeeinflussung, die die Regierung ebensowenig wünscht, wie Sie, d. h. eine Wahlbeeinflussung, die sich darin dokumentiert, daß das unmittelbare Gewicht des Amts mit in den Wahlkampf hineingeführt wird; davon wird natürlich keine Rede sein. Aber, meine Herren, das wiederhole ich jedoch mit großer Bestimmtheit und damit will ich schließen: die Regierung wünscht, daß innerhalb der Schranken des Gesetzes ihre Beamten sie bei der Wahl nachdrücklich unterstützen, und ich kann hinzufügen, daß diejenigen Be-

amten, welche das in treuer Hingebung bei den letzten Wahlen gethan haben, des Dankes und der Anerkennung der Regierung sicher sind und, meine Herren, was mehr wert ist, daß sie auch des Dankes ihres Kaiserlichen Herrn sicher sind.“

Im Grunde sprach Herr von Puttkamer hiermit nur Trivialitäten oder selbstverständlich Grundsätze aus, nach denen jede Partei verfährt, wenn sie am Ruder ist. Die liberale Opposition von heute hat sich, als sie das Heft in Händen zu haben glaubte, zu jenen Auffassungen, ja noch zu viel weiter gehenden, unumwunden bekannt.

Bekanntlich wurde die Fortschrittspartei (1861) wegen der angeblichen Schwäche und Lauheit des liberalen Ministeriums Hohenzollern-Auerswald Schwerin gebildet, und ein Zeichen dieser Schwäche fand man unter anderem darin, daß dasselbe zu viele Gegner unter den Beamten dulde. In das Programm der Fortschrittspartei, welchem man nachrühmt, daß es noch heute unverändert in Geltung stehe, wurde nun folgender Satz aufgenommen: „Für unsere inneren Einrichtungen verlangen wir eine feste, liberale Regierung, welche ihre Stärke in der Achtung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger sieht, es versteht, ihren Grundsätzen in allen Schichten der Beamtenwelt unnachsichtlich Geltung zu verschaffen und uns auf diesem Wege die Achtung der übrigen deutschen Stämme erringt und erhält.“

Es ist also nach der Fortschrittspartei das unzweifelhafte Recht der Regierung, ihre Grundsätze in der Beamtenwelt, und zwar in allen Schichten der Beamtenwelt unnachsichtlich zur Geltung zu bringen, und für dieses Recht und für die grundsätzliche Auffassung ist es offenbar gleichgiltig, ob eine „feste liberale,“ oder eine konservative Regierung am Ruder ist. Es ist daher nicht zu begreifen, mit welchem Schein von Begründung die Partei das Recht der Regierung in der Beamtenfrage bestreiten zu können vorgiebt.

Eben so kraß verleugnen die Liberalen im kommunalen Leben die Forderungen, die sie so gern gegen eine konservative Regierung aufstellen. So machte es gerade in den Tagen, wo Herr v. Puttkamer so sprach, kein geringerer als der Magistrat von Berlin und das hohe Kollegium der Stadtverordneten in analogen Fällen. Eine Anzahl Lehrer, gegen deren pädagogische und wissenschaftliche

Qualitäten nicht nur nichts einzuwenden war, sondern die sogar den Anspruch erheben durften, in beiden Hinsichten etwas zu leisten, die aber das Unglück hatten, ihre Unabhängigkeit der im Rathaus herrschenden Windströmung gegenüber an den Tag zu legen, wurden in einer im Vergleich zu dem bestehenden Usus geradezu unerhörten Weise in ihrem Ansehen und Einkommen schwer geschädigt. Es handelte sich keinesfalls bloß um den Fall der beiden Herren Förster, sondern es waren eine ganze Reihe ähnlicher Beispiele zu verzeichnen. Und was sagte die liberale Presse dazu? — Mit dieser Form der Verfolgung freier Meinungsäußerungen war sie zufrieden, denn die Betroffenen waren Konservative, Antifortschrittler, — und die durfte ein liberaler Magistrat und eine desgleichen Stadtverordnetenversammlung verfolgen, denn „Achtung jedes Bekenntnisses, gleiches Recht, gleiche Sonne im Wettkampfe, gleiche Anerkennung tüchtigen Strebens“ — hieß es ja in dem Schriftstück der Liberalen vom November 1881.

In anderen Ländern, auch in parlamentarisch regierten, wird der Beamte weit unfreier gestellt, als in Preußen. Ebenfalls zu der Zeit, wo Herr von Puttkamer sein Glaubensbekenntnis vom 15. Dez. 1881 ablegte, richtete unter Gambetta der Unterstaatssekretär Lelièvre einen Erlaß an die Finanzdirektoren, worin es hieß: „Die Beamten begreifen, daß, welcher Art immer ihre eignen Ansichten sein mögen, nichts in ihrem Thun oder Reden eine Feindseligkeit gegen die Regierung im geringsten verraten darf. Zur Achtung gegen die Regierung, der sie dienen, angehalten, müssen sie ferner das Beispiel dieser Achtung auch der Bevölkerung geben, unter welcher sie wohnen. Gegen dieses Gesetz zu fehlen, gegen diese Regierung, in deren Namen sie amtieren, Opposition hervorzurufen oder zu ermutigen, wäre in der That mehr als ein Insubordinations-Vergehen. Ein solches Benehmen wäre ein schweres Vergehen gegen die allergewöhnlichste Rechtschaffenheit und würde deshalb sofortige und strenge Ahndung rechtfertigen.“

Nirgends in Deutschland war zu vernehmen, daß unsere liberale Presse ein derartiges Vorgehen Gambettas und seiner Leute etwa auch für unerhört erklärt hätte. Wohl aber hörte man, daß gewisse Gambettasche Pläne in Betreff des Verhältnisses der Beamten zur republikanischen Regierung — daß sogar die Idee einer

sogenannten Purifikation des Richterstandes sowohl in liberalen, als auch in fortschrittlichen und radikalen Blättern Deutschlands geradezu mit Zustimmung begrüßt wurden. Wer wird da nicht an die Sentenz des „Junkers Alexander“ erinnert?

In England werden die Beamten von ihren obersten Chefs ebenfalls gewarnt, sich der Wahlagitation als ihrer Stellung unangemessen zu enthalten. Das geschieht doch nicht bloß im Sinne der Wahlfreiheit, damit das Volk sich nicht durch die Autorität der Beamten beeinflussen läßt, sondern beruht auf dem Prinzip, daß der Beamte eine andere Stellung einnimmt, als ein unabhängiger Staatsbürger und daher in seiner Wahlthätigkeit gewisse Schranken anzuerkennen hat. Nun höre man, welche Erregung der Gemüter die harmlosen Äußerungen des Herrn von Puttkamer in der Sitzung des Reichstages vom 15. Dezember 1881 hervorriefen: „Der Reichstag hat — so schrieb ein Blatt — eine in des Wortes vollem Sinne unerhörte Verhandlung erlebt. Wir haben hocherregte Szenen in diesem Hause gesehen, so an dem Tage, da der Elsässer Teutsch seinen herausfordernden Protest von der Tribüne verlas, und an dem anderen, da der Reichskanzler dem Zentrum den Mordgesellen Kullmann an die Rockschöße heftete. Aber sie waren nicht entfernt zu vergleichen mit dem Vorgange, der heute noch in allen Gemütern nachzittert. Niemals seit dem Jahre 1867 ist die Regierung so heftig angegriffen und so schwach verteidigt worden, wie an diesem 15. September. Bis zu einem gewissen Grade wäre das schlechterdings nicht zu vermeiden gewesen; denn die Sünden der gouvernementalen Presse, die schroff parteiische Handlungsweise zahlreicher Beamten im letzten Wahlkampfe, mußte zu einer parlamentarischen Auseinandersetzung führen, die unmöglich zum Vorteil der Regierung ausschlagen konnte. Aber eine einigermaßen geschickte Vertretung des Regierungsstandpunktes hätte durch Mißbilligung der notorisch erfolgten Mißgriffe und Ausschreitungen der Anklage die Spitze abbrechen, die hochgehenden Wogen der Erregung beschwichtigen können. Statt dessen hielt der preußische Minister des Innern, von Puttkamer, für gut, Öl ins Feuer zu gießen. Zum ersten Male in Preußen und im Reiche wurde aus seinem Munde in voller Nacktheit verkündet, daß die Regierung im Wahlkampfe von ihren Beamten eine Thätigkeit für

die von ihr protegierte Partei erwartet. Und mehr als das: zum ersten Male in Preußen und im Reich wurde für solche Parteithätigkeit der Beamten ausdrücklich der Dank des Kaiserlichen Herrn in Aussicht gestellt. Der Eindruck, den diese Hereinzerrung der erhabenen Person des Kaisers in den Kampf der Parteien, diese Proklamierung der Parteiherrschaft, diese Verleugnung der besten Traditionen des deutschen, insbesondere des preußischen Beamtentums im Reichstage machte, spottet jeder Beschreibung. Er allein ist es denn auch gewesen, der den Führer der Nationalliberalen veranlaßt hat, das Wort zu ergreifen. Die nationalliberale Fraktion hatte sich an dem allgemeinen Wahlprüfungsantrage der Fortschrittspartei und der liberalen Vereinigung nicht beteiligt; ihr schien derselbe im gegenwärtigen Augenblicke, so lange das der Wahlprüfungskommission vorliegende Material noch nicht durchgängig gesichtet war, zum mindesten verfrüht; sie war deshalb auch auf ein Eingreifen in die Debatte durchaus nicht vorbereitet. Aber die Wahlpolitik, welche vom Regierungstische in aller Form verkündet wurde, machte das Schweigen unmöglich. Herr von Bennigsen hat die tiefe Kluft zwischen dem Standpunkte des Ministers von Puttkamer und den Grundbedingungen eines konstitutionellen Staatslebens zum vollen Bewußtsein gebracht; maßvoll wie immer übte er an dem hetzerischen und verleumderischen Verfahren der Regierungspresse, an der Ankündigung einer Nachahmung des französischen Präfektenapparats, an dem Flüchten der verantwortlichen Regierung hinter den Schild des Kaiserlichen Namens eine wahrhaft vernichtende Kritik. Der Dank des freisinnigen Deutschlands wird ihm dafür nicht fehlen. Die Szenen tiefster Erbitterung, wie sie sich um die Mitternachtsstunde im Reichstagshause abspielten, können dem Freunde des Vaterlands wahrlich nicht gefallen. Aber das muß jeder unbefangene Zuschauer zugeben: nicht den Reichstag, wenigstens nicht in erster Linie den Reichstag, trifft die Schuld daran.“

Nun kam der Erlaß vom 4. Januar 1882. Er bestätigte ausdrücklich die unerhörte Theorie des Ministers von Puttkamer und verhieß den treuen Beamten Königlichen Dank. Er fegte die Theorie des Herrn v. Bennigsen fort, der am 15. Dezember in der Abendsitzung den König herrschen, aber nicht regieren lassen wollte, und gegen „die Flucht der Minister hinter den Schild des Kaiser-

lichen Namens“ seine Entrüstung hatte laut werden lassen. Und am 24. Januar trat der Kanzler in der parlamentarischen Arena auf und forderte diejenigen heraus, die ihn der Feigheit beschuldigten, indem sie ihm den Vorwurf der Deckung durch den Monarchen machten. „Also Sie, Herr Lasker, machen mir den Vorwurf der Feigheit?“ — „Beileibe nicht, Gott bewahre!“ Und so wollte niemand es gewesen sein. Niemand wollte dem Kanzler vorgeworfen haben, er suche Deckung für sich hinter der Person des Königs. Was der Erlaß nach der Interpretation des Reichskanzlers den Beamten untersagen und auferlegen will, mußten die Herren von Bennigsen und E. Richter als berechtigt anerkennen. Man hatte gegen Windmühlen gekämpft. Fort war die nervöse Erbitterung vom Abend des 15. Dezember, fort der Eindruck jener Sitzung, „der jeder Beschreibung spottete,“ fort der Anspruch auf den „Dank des freisinnigen Deutschlands.“

Man hat einen Unterschied in der Auslegung des Erlasses über die Dienstpflicht der Beamten zwischen Bismarck und Puttkamer finden wollen, es war das eine Nüance, welche nicht den Kern der Sache traf. In allem hat Herr von Puttkamer, den man in jeder parlamentarischen Debatte immer von neuem vom Reichskanzler trennen wollte, diesen regelmäßig auf seiner Seite gefunden, so in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht u. s. w. Und was die auf dem Verwaltungsgebiet unternommenen gesetzgeberischen Schritte betrifft, so kann man von Glück sagen, daß die Reformen nicht ebenso zu einem Konflikt führten, wie die beiden Eulenburg hinter einander ihn erlebt haben, die dem „reaktionären“ Reichskanzler zu liberal waren. Herr v. Puttkamer kann sich für seine Reformen wenigstens in der Hauptsache auf Lasker und Gneist berufen. Man wird sich daher schon entschließen müssen, nicht von einer „Ära Puttkamer“ zu sprechen, sondern von einer „Ära Bismarck“.

Herrn von Puttkammer hat der ganze Haß und Zorn des Fortschritts getroffen, weil dieser für seinen Rückgang bei den Wahlen notwendig einen Sündenbock brauchte. Herr von Puttkamer sollte die Wahlen gemacht haben, wie einst Herr von Westphalen. Freie Wahlen gelten für gleichbedeutend mit liberalen. Man bildet sich ein, daß das deutsche Volk eigentlich durch und durch freisinnig ist und die gegenwärtige Zusammensetzung des

Reichstags gleichsam auf einem Versehen beruht. „Freie Wahlen“ — und der ganze Kartellspuk wird verschwinden und freisinnige Vertreter, wahre Volksmänner, „unentwegte“ Charaktere, die „voll und ganz“ die Rechte und Freiheiten des Volkes verteidigen, werden neben einer Reihe Zentrumsleuten und Sozialdemokraten die Mehrzahl der Sitze im Parlamente einnehmen.

Prüfen wir dagegen nüchtern die Thatsachen. Das deutsche Reich besitzt ein Wahlrecht, wie es freier in keinem Lande, auch dem demokratischsten nicht, vorhanden ist. Die Wahlen sind allgemein, jeder Reichsangehörige über 25 Jahren kann wählen; sie sind direkt, die Urwähler selbst bestimmen die Abgeordneten; sie sind geheim, niemand braucht zu erfahren, für welchen Namen der Einzelne seinen Wahlzettel, der gesetzlich kein äußeres Kennzeichen haben darf, in die Urne gethan hat. Allein die Freisinnigen sagen, daß das freie Wahlrecht hinfällig werde unter dem Druck der Behörden. Die Antwort darauf findet sich in den Akten der Wahlprüfungskommissionen des Reichstages. Sie weisen aus, daß im ganzen sehr wenige Wahlen für ungiltig erklärt werden und daß unter diesen diejenigen, bei denen die Ungiltigkeitserklärung auf Formverstößen und Mißbräuchen dieser und jener Partei beruht, weitaus die Mehrzahl bilden. Mit Recht ist gesagt worden, daß die in den letzten zehn Jahren vorgekommenen Fälle, in denen ungesetzlicher Wahldruck die Ungiltigkeit herbeiführte, sich an den Fingern einer Hand abzählen lassen werden. Dabei bestand noch die längste Zeit über eine fortschrittlich-klerikal-sozialdemokratische Mehrheit im Reichstage, welche sich gewiß die redlichste Mühe gegeben hat, alle Wahlbeeinflussungen, mit Ausnahme der im Beichtstuhl und auf der Kanzel geübten, aufzudecken.

Sehr häufig kommt dagegen eine andere Unfreiheit der Wahlen vor. Sie wird erzeugt durch ungemessene Versprechungen, durch Verhetzung der Wähler mittelst falscher Vorspiegelungen und Behauptungen, kurz durch Wahllügen, deren sich das in seinen Mitteln nicht wählerische Agitatorentum bedient.

Unter dem Rufe nach freien Wahlen versteht man keinen anderen Schlachtruf, als den nach obrigkeitlicher Verhinderung von nationalen und insbesondere konservativen und nach Unterstützung von freisinnigen Kandidaturen. Der Haß gegen Herrn von Puttkamer

erklärte sich aus der Einbildung, seinen Wahlbeeinflussungen allein sei der Rückgang der Partei zuzuschreiben. Dieser Haß hat die gesamte Stellung zu den gesetzgeberischen Schritten und zu allen administrativen Maßregeln des Ministers vorgezeichnet. Er hat das System „Puttkamer“ erfunden, das Preußen überall in bösen Ruf gebracht hat. Dieses System durfte nach dem Tode Wilhelms I. nicht übergehen auf die neue Ära.

„Die Freiheit der Völker ist zum Märchen geworden .... Dem zu steuern, war Kaiser Friedrich gewillt. Nimmt ihn das Verhängnis seinem Volke hinweg, so wird dasselbe um eine leuchtende Hoffnung ärmer sein, durch die es aufrecht erhalten wird in dem Glauben an Frieden und Freiheit, in dem Widerstande gegen Reaktion, die es im Innern entgelten ließ, was es nach außen mit seinem Blute sich errungen!“ So sprach sich ein auswärtiges Blatt, die „Neue freie Presse“ aus. Die Zeit vor der Regierung Friedrichs III. erschien hier als eine Zeit des Druckes, der Knechtung, der äußersten Reaktion, aus welcher das deutsche Volk nach Erlösung schmachtete. Die Fortschrittspresse, die bereits entdeckt hatte, daß Kaiser Wilhelm im Grunde genommen gar keine hervorragenden Eigenschaften gehabt, und daß nur Männer wie Bismarck und Moltke ihm den Glanz verliehen, wollte aus der Zeit des toten Kaisers wenigstens den bösesten Fleck ausgewischt sehen, das System Puttkamer. Nach Kaiser Wilhelm war dieses System so zu sagen ein Anachronismus, der nicht geduldet werden konnte.

Es galt, je kürzer die Regierungsdauer Friedrichs III. angesichts des nahen Todes erschien, sie desto heller leuchten zu lassen in der Geschichte. Es galt, wenn der Kaiser doch nicht zu retten war, seinen Geist zum Bundesgenossen im künftigen Kampfe für Freiheit und Wahrheit zu gewinnen, wie „nach der Hunnenschlacht die Geister der Erschlagenen weiterkämpften.“

Der kranke Kaiser war kaum in Charlottenburg angelangt, als eine fortschrittliche Kamarilla, die sich Mackenzies als Vermittlers bediente, das Ohr des Monarchen belagerte. In englischer Sprache wurde die Sache der Deutsch-Freisinnigen gegen den deutschen Reichskanzler und den von ihm gestützten Minister verhandelt. Die natürliche Macht des Arztes auf den Patienten wurde politisch d. h. für den englischen Radikalismus, der mit den Zielen des deutschen Freisinns

zusammentraf, verwertet oder zu verwerten gesucht. Dieselbe Presse, die schon während des Aufenthalts des Kaisers in Remo und früher der Sache des englischen Arztes gedient hatte, trat jetzt in so nahe Beziehung zum Hofe, daß die intimsten Vorgänge desselben ihr Zug um Zug zugingen, wodurch das Ministerium in einer Weise verletzt wurde, daß es schon deswegen in die Versuchung gelangen konnte, wenn die Minister nur hätten ihre persönlichen Empfindungen zu Rate ziehen wollen, die Weiterführung der Geschäfte andern zu überlassen. Denjenigen Konservativen, welche die Regierung tadelten, daß sie der Kamarilla zu Trotz aushielten, wurde bedeutet: „Daß die Gesamtwirkung der im Falle ihres Rücktritts eintretenden Situation im Innern und mehr noch nach außen von ihnen unterschätzt werde“.

Kaiser Friedrich fand zwei parlamentarisch durchberatene und beschlossene Gesetzentwürfe vor, die seiner Genehmigung unterlagen. Der Entwurf des Reichstages betreffend die Verlängerung der Legislaturperioden forderte insofern eine andere Behandlung als derjenige des Landtages betreffend denselben Gegenstand, als im Reiche kein Kaiserliches Veto gegen ein durch die Verständigung von Bundesrat und Parlament zu Stande gebrachtes Gesetz existiert. Hier blieb also dem Kaiser Friedrich nur die Publikation übrig. Anders stand es mit dem preußischen Gesetze, es konnte von ihm genehmigt oder verworfen werden. Hier setzte die deutsch-freisinnige Kamarilla ihren Hebel an, um eine erste Probe ihrer Macht zu geben.

Über das Veto des preußischen Königs sind damals irrtümliche Vorstellungen laut geworden. Wir sprechen ganz im allgemeinen und sehen von dem besonderen Fall ab, wo ein Thronwechsel stattgefunden hat und die Erkrankung des neuen Monarchen den gewohnten Geschäftsgang hemmt. In einem Staate wie Preußen, wo nicht wie anderswo das parlamentarische Regiment herrscht, die Minister also nicht ein bloßes geschäftsführendes Komitee der parlamentarischen Mehrheit, nicht eine Parteiregierung bilden, wo vielmehr die Krone ihre Minister unabhängig vom Parlament beruft, diese daher als die Vertreter und Organe der Krone anzusehen und nicht von ihr zu trennen sind, in einem solchen Staate ist zwar der Monarch formell berechtigt, ein zwischen dem Ministerium

und dem Landtage vereinbartes Gesetz hinterher zu verwerfen, aber ein solches Recht kann thatsächlich nicht zur Ausübung gelangen, da die Minister in den verschiedenen Stadien der parlamentarischen Beratung des Gesetzes, insbesondere gegenüber den Abänderungen der Landesvertretung, immer im Zusammenhange mit der Krone bleiben, deren Auffassungen und Absichten anhören und vertreten, also den Königlichen Willen bereits in den Verhandlungen mit den Kammern zum Ausdruck und zur Geltung bringen, so daß die materielle Sanktionierung des Gesetzes seitens der Krone schon vollständig vorhanden ist, ehe die formelle durch die Publikation erfolgt. Das ist die Regel, das die bei uns seit 1848 geltende Auffassung. Woher kömmt es denn, daß, solange Preußen ein konstitutioneller Staat, noch niemals ein zwischen dem Parlament und dem Ministerium zu stande gebrachtes Gesetz hinterher von der Krone verworfen worden ist? Ist das zufällig? Ein Veto ist bei uns thatsächlich ausgeschlossen, wenn auch nicht rechtlich. Das Wort Veto selber kommt in der Verfassungsurkunde nicht vor. Es findet sich nur in den Verfassungsurkunden solcher Staaten, wo das Ministerium, aus der Mehrheit des Parlaments hervorgegangen, eine Partei-Regierung bildet, und das Veto des Monarchen oder des Präsidenten der Republik den Zweck hat, der parlamentarischen Übermacht eine gewisse Schranke zu setzen. Dem Präsidenten der nordamerikanischen Union ist das Veto durch Art. 1 Sekt. VII. § 2 eingeräumt. Schickt er innerhalb zehn Tagen eine vom Kongreß angenommene Bill nicht zurück, so erlangt sie ohne Unterschrift Gesetzeskraft.

Dieser Gegenstand ist einmal im Abgeordnetenhause vor Jahren sehr gründlich erörtert worden. Dem Minister Falk gegenüber hatte Dr. Windthorst die Hoffnung ausgesprochen, daß das verhandelte Gesetz nicht die Genehmigung des Königs finden werde. Darauf erwiderte ein Abgeordneter von der liberalen Seite, daß das oberste Recht der Krone, den Beschlüssen des Landtags die Sanktion zu versagen, auch solchen, die mit dem einen oder andern Minister vereinbart seien, die Vorstellung nicht aufkommen lassen dürfe, daß Krone und Räte der Krone zu trennen seien, daß letztere im eigenen Namen mit dem Landtage unterhandelten, um erst hinterher ihre mit demselben vereinbarten Beschlüsse der Genehmigung an höchster

Stelle zu unterbreiten. Thatsächlich und der Regel nach läge die Sache so, daß die Verhandlungen seitens der Minister im Namen und Auftrage, in fortlaufendem Einverständnis mit der Krone und auf Grund der genauen Kenntnis der Intentionen des Königs geführt würden. Der Redner begründete das so: „Was heißt denn, daß der König unverantwortlich ist und die Minister verantwortlich sind? Das heißt doch nichts anderes, als daß diese beiden Einrichtungen des Staates, die Krone und das Ministerium, unmittelbar zu einander gehören und daß es als ganz und gar unmöglich gedacht wird, daß jemals der Fall vorkommen könne, daß in einer Frage der Gesetzgebung eine ungelöste Differenz zwischen Krone und Ministerium bevorstehen könne. Die Krone hat das Recht, ihr Ministerium zu wechseln, und wenn der Kultusminister im Landtage eine Äußerung thäte, welche entschieden der Auffassung Sr. Majestät zuwider wäre, so wäre es ganz innerhalb der Grenzen der konstitutionellen Gewalt, daß Se. Maj. der König dem Kultusminister erklärte: Ich kann Sie nicht länger als Minister behalten, und daß er entweder einen neuen Kultusminister oder ein neues Ministerium ernennte. Das bezweifelt niemand. Aber solange die Minister als Minister Sr. Majestät funktionieren und mit den gesetzgebenden Faktoren des Landtages verhandeln, und zwar verhandeln auf Grund ausdrücklicher Ermächtigungen Sr. Majestät, so lange müssen sie auch gelten als der Ausdruck der Meinung des Königs.“

Die Konservativen stimmten dieser Auffassung bei, die streng genommen für einen Liberalen eine Art Ketzerei war.

Kaiser Friedrich konnte nun zwar den parlamentarischen Mehrheitsbeschluß mißachten, aber nicht in Widerspruch mit einem Ministerium treten, das jenen Beschluß zu dem seinigen gemacht hatte, und mit dem er zu regieren entschlossen war, dessen Bestrebungen er also in der Hauptsache billigte. Er ließ den Gesetzentwurf, der bis zum 2. Mai die parlamentarischen Stadien durchlaufen hatte, liegen. Die Kamarilla bearbeitete mit aller Macht den Monarchen, um die Unterzeichnung zu hintertreiben. Als derselbe sich nach der andern Seite neigte, erfand sie das Märchen von dem unter beständiger Pression des Kanzlers unfreien Kaiser und bestand nun auf einer die Wahlfreiheit bezüglichen Kundgebung, die zugleich mit

der Verkündigung des Gesetzes erfolgen sollte. Der Kaiser unterzeichnete am 27. Mai und richtete an demselben Tage ein Schreiben an Herrn von Puttkamer, das nicht, wie ausgestreut wurde, eine Aufforderung an denselben erhielt, sich zu rechtfertigen, sondern neben der Sanktion des Gesetzes nichts als die daran geknüpfte Voraussetzung enthielt, daß die Freiheit der Wähler sorgfältig gewahrt und seitens der Regierungsorgane alles vermieden werden solle, was als eine Beeinflussung der Wähler angesehen werden könne. Im Hinblick auf die fortschrittlichen Anspielungen, daß der Kaiser das Gesetz wider seinen Willen und nur unter dem Druck der Unentbehrlichkeit des Fürsten Bismarck vollzogen, stellte dieser dem Kaiser am 29. Mai vor, daß Se. Majestät durchaus frei sei, das Gesetz vollziehen zu lassen oder nicht, daß der Kanzler keine Kabinettsfrage daraus mache. Infolge dessen wurde die Veröffentlichung des Gesetzes sistiert, und es trat eine neue Erwägung der Angelegenheit ein. Ohne Zweifel wurden während derselben dem Kaiser von den dazu berufenen Seiten die Gründe nochmals dargelegt, welche für die Publikation sprachen, aber das von der Kamarilla beständig zur Erklärung jeder wichtigen Regierungshandlung des Kaisers behauptete eventuelle Entlassungsgesuch des Kanzlers wurde zur Verstärkung jener Gründe nicht in die Wagschale geworfen.

Am Tage vor dem Schreiben des Kaisers an Herrn von Puttkamer, also am 26. Mai, hatte der Abgeordnete Richter im Abgeordnetenhause jene donnernde Philippika gegen das „System Puttkamer“ und gegen das Verhalten der Kartellpresse in der Battenberger Verlobungsaffaire gehalten, welche dazu bestimmt war, eine letzte Einwirkung auf den Kaiser in Bezug auf die Sanktion des noch nicht unterzeichneten Gesetzes oder doch auf eine gleichzeitige Kundgebung für die Wahlfreiheit auszuüben. Die Rede war im Einverständnisse mit Dr. Mackenzie gehalten, der seinerseits es übernommen hatte, der Wirkung beim Kaiser mündlich nachzuhelfen. Er drückte sogar eigenmächtig in einem Schreiben an das Wolffsche Telegraphen-Büreau sein Mißfallen aus, daß dasselbe die wuchtige Rede Richters den Blättern in der Provinz und im Auslande in zu kurzem Auszuge übermittelt habe. Die Rede war eine wohlgelungene Überrumpelung der konservativen Partei gerade am letzten Tage der Session. Zur Deckung der angegriffenen Parteien erschien nur ein

Mitglied der rechten Seite, der Abgeordnete Cremer, auf dem Plan. Er warf Herrn Richter vor, daß er durch seine Rede seine Stellung als Mitglied des Hauses mißbraucht habe. „In der That, sagte ein Berliner Blatt, ist niemals in der preußischen Kammer der Achtung vor Wahrheit und der Rücksicht auf die Würde des Hauses ein schwererer Schlag ins Gesicht versetzt worden, wie am Sonnabend von den Herrn Rickert und Richter. Noch niemals sind leitende Minister Deutschlands und Preußens, vor denen auch der grimmigste Feind Deutschlands wenn auch nur ungern den Hut zieht, schmählicher beleidigt und außerhalb des Hauses stehende Politiker, die sich um die Entwickelung Deutschlands bleibende Verdienste erworben haben, bubenhafter angegriffen worden wie von Herrn Richter an dem Schlußtage der abgelaufenen Session. Und die nationalen Parteien? Herr Richter hat sie als Beschützer von Gesindel tituliert und ihnen Motive untergeschoben, die selbst von der Verbrechersprache nicht überboten werden können. Herr Richter zieh den Fürsten Bismarck des Landesverrats und die nationalen Parteien der Majestätsbeleidigung und des feigen Angriffs auf den Kaiser und die Kaiserin. Er stellte den Kaiser und die Kaiserin von Deutschland als ungeschützt und schutzesbedürftig hin, er, der Zeit seines Lebens alles, was er konnte, gethan hat, um zu verhindern, daß der Kaiser und König in Deutschland und Preußen besser geschützt sei als irgend ein Monarch der Welt. Es kann keinen größeren Gegensatz geben, als er in der Mahnung des kranken Kaisers Friedrich an seinen Sohn und Erben: Lerne zu leiden ohne zu klagen, und dem grenzenlosen Mißbrauch der Redefreiheit liegt, dessen sich die Abg. Richter und Rickert am Sonnabend schuldig machten, indem sie eine Unzucht mit dem gesprochenen Worte trieben, wie sie niemals erhört worden ist.

Und warum dieses ganze verbrecherische Treiben? Weil zwei, wie von keiner Seite bestritten worden ist, nicht mit ganz — rechten Dingen zu stande gekommene konservative Wahlen zwar einen Anlaß zur Beschwerde aber nun und nimmer zu einer Orgie boten, wie sie nicht einmal in eine sozialdemokratische Wahlversammlung, geschweige denn in das Haus der preußischen Abgeordneten gehört."

Kaiser Friedrich soll Richters Rede ein „treffendes Wort zur rechten Zeit“ genannt haben, was von anderer Seite bestritten wird.

Nach der gewöhnlichen Version rührte eine jene Worte enthaltende Randbemerkung zu der Rede Richters in einer Zeitungsnummer, die dem Kaiser zugesteckt wurde, nicht von dessen Hand her, sondern von der eines deutsch-freisinnigen Abgeordneten, dessen Gemahlin als Engländerin mit der Kaiserin Friedrich in Verbindung steht. Die Frau des Abgeordneten fand Mittel und Wege, das Blatt in die Hände des Kaisers zu bringen, und erhielt es zurück, wie sie es abgegeben hatte, d. h. allerdings mit der Bemerkung, welche schon vorher darauf stand. Dem gegenüber beharrte die „Freisinnige Zeitung" bei ihrer Behauptung, daß Kaiser Friedrich die betreffende Äußerung gegen eine Person seiner Umgebung gemacht habe. Herr Mackenzie selber will sie von des Kaisers Hand gelesen haben. Am Tage darauf erhielt Herr von Puttkamer das schon erwähnte Schreiben.

Die Unterzeichnung des Gesetzes vom 27. Mai, sowie die durch das Eintreten des Fürsten Bismarck vom 29. Mai bewirkte Sistierung der Veröffentlichung blieben nicht bloß dem größeren Publikum, sondern auch den dem Reichskanzler nahestehenden Kreisen so verborgen, daß noch am 4. Juni der „Köln.-Zeitung" von sonst eingeweihter Stelle in Berlin geschrieben wurde:

„Wie die jetzige Krise ihre Lösung finden werde, vermag auch heute noch niemand mit einiger Sicherheit anzugeben, namentlich herrscht über die Stellung des Reichskanzlers zur schwebenden Frage völliges Dunkel. Man wird sich erinnern, daß der Reichskanzler am 19. März in der Bundesratssitzung, welche der Reichstagssitzung unmittelbar voraufging, sowie auch gesprächsweise im vertrauten Kreise sich dem Sinne nach dahin aussprach, daß nach seiner Meinung unter der Herrschaft des Kaisers und Königs Friedrich an den bewährten Grundzügen unserer äußeren wie inneren Politik festgehalten werden solle, daß in einzelnen, damit nicht organisch verwachsenen Fragen — wohin also namentlich einzelne Personenfragen gehörten — der Krone volle Freiheit der Wahl und Entschließung selbstverständlich zustehe und anheimgegeben werden müsse. Ob die jetzige Schwierigkeit, welche sich an die Veröffentlichung eines preußischen Verfassungsgesetzes und vor derselben zu erfüllende Vorbedingungen knüpft, als eine rein persönliche Frage und soweit politisch, als eine solche von untergeordneter Bedeutung

angesehen werden kann, läßt sich schwer beurteilen. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie entschieden Fürst Bismarck es als den Vorzug gerade unseres Staatslebens betrachtet hat, daß der König auch in Fragen der Politik und der Wahlen eine Meinung und einen Wunsch haben und äußern dürfe, wie entschieden namentlich Fürst Bismarck den bekannten, nach mancher Hinsicht anfechtbaren Wahlerlaß von 1882 verteidigt hat, so wird man zu der Sorge neigen, daß es sich um eine volle und entscheidende Klärung unserer Lage handelt. Entscheidet der König in einem Sinne, der den wiederholten Ausführungen des Fürsten Bismarck entgegen ist, so wird Fürst Bismarck schwerlich preußischer Minister bleiben können. Der Mangel an Übereinstimmung in der Grundanschauung über die Fragen unserer inneren Politik wäre in diesem Falle zu groß, als daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Krone Preußen mit ihrem verantwortungsvollsten Ratgeber möglich bliebe. Der entscheidende Wille ist eben der des Königs, und im grundsätzlichen Widerspruch mit diesem als Ministerpräsident sich durchlavieren zu sollen, ist ein Mann von der Art und der Vergangenheit des Fürsten Bismarck eben nicht der Mann. Natürlich gelten alle diese Ausführungen lediglich in eventu, für den Fall nämlich, daß die Krise einen Ausgang nach den Wünschen des Herrn Eugen Richter nähme — ein Fall, der noch keineswegs als der wahrscheinlichere anzusehen ist.“ —

An demselben Tage bemerkte die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Der Gesetzentwurf, betreffend die Verlängerung der Legislaturperioden ist am 2. Mai von den Häusern des Landtags beschlossen worden, ist also zur Publikation seit etwa einem Monat reif. Seitdem ist derselbe nicht publiziert worden. Dies ist der zweifellose Thatbestand. Über alles übrige fehlen den darüber zirkulierenden Voraussetzungen sichere Unterlagen. Wir wissen nicht, ob Se. Majestät der König die Publikation nur aufgeschoben zu sehen wünscht, bis Allerhöchstderselbe sich näher davon überzeugt hat, ob die Beschwerden der Opposition über Wahlmißbräuche gegründet sind, oder nicht, oder ob eine Verlängerung der Wahlperioden aus sachlichen, im Gesetz selbst liegenden Gründen den Allerhöchsten Intentionen und Überzeugungen zuwiderläuft. Eines aber geht aus der Möglichkeit dieser Situation an sich unwiderleglich hervor, nämlich, daß die

parlamentarische Fiktion, nach welcher von den Absichten und der Person des Monarchen überhaupt nicht die Rede sein darf, mit unseren verfassungsmäßigen Institutionen nicht im Einklang steht. Wenn nach Art. 62 der Verfassung die Übereinstimmung des Königs mit den beiden Kammern für jedes Ergebnis der gesetzgebenden Gewalt notwendig ist, so kann es nicht unzulässig sein, daß ein Minister, welcher mit einer der Kammern über legislative Maßregeln verhandelt, die Frage erwäge, oder zur Erwägung stelle, ob die Allerhöchste Einwilligung, wie Art. 62 sie verlangt, zu einem bestimmten, von den Häusern des Landtags gestellten Antrage, in Form eines Gesetzentwurfes oder eines Amendements zu einer Vorlage, auf die Zustimmung des Königs werde rechnen können. Daß diese Erwägung dem betreffenden Minister nahe liege, wird jedermann zugeben; daß er ihr nicht soll Ausdruck geben dürfen, ist eine der unpraktischen Fiktionen, die wir aus anderen Staaten überkommen haben, und die dazu dient, die Macht und den Einfluß des Monarchen selbst nach Möglichkeit hinter Vorhängen und Wolken zu halten.“

Die konservative Partei weist allerdings, ihrem Wesen nach, die „parlamentarische Fiktion“ weit von sich ab, nach welcher — um mit der „Nordd. Allg. Ztg.“ zu reden — „von den Absichten und der Person des Monarchen überhaupt nicht die Rede sein darf.“ Diese Fiktion steht allerdings mit unsern verfassungsmäßigen Institutionen nicht in Einklang.

Eben dieser Fiktion hat sich einmal die Majorität des Herrenhauses schuldig gemacht. Wir müssen hier an einen Vorgang aus dem Jahre 1872 erinnern, weil die damals erörterten staatsrechtlichen Theorien einen ausschlaggebenden Beitrag zur richtigen Erkenntnis der Sachlage im Mai 1888 liefern, so wenig analog im übrigen der Fall von 1872 und der letztgenannte sind. Als das Herrenhaus die Kreisordnung verhandelte, sagte der Hauptopponent: „Wir sind entschlossen, nach unserm besten Wissen und Gewissen bei Vorlagen, die die Grundverfassung unseres Landes betreffen, die Grundsäulen des Landes nicht antasten zu lassen... Wir stehen so, daß uns die Grundverfassung des Landes ebenso wert ist, als ein Ministerium... deshalb kann ich Sie nur bitten, stimmen Sie möglichst einmütig zur Wahrung der Selbständigkeit des Hauses und mit dem Bewußtsein, daß Sie die Folgen ohne Ihre Schuld dem

Ministerium allein überlassen, gegen den Entwurf“. Die Mehrheit des Herrenhauses folgte dieser Aufforderung. Sie konnte nach der ausdrücklichen Erklärung des Ministers nicht im Unklaren darüber sein, daß es sich bei ihrem Widerstande nicht um einen Kampf gegen das Ministerium, sondern gegen die bestimmten Absichten der Krone handelte. Es mußte befremden, aus dem Munde der Führer der streng monarchischen und konservativen Partei in Preußen Äußerungen zu hören, welche die Räte der Krone selbst zu trennen versuchten. Die Altkonservativen, die Fraktion Stahl, hatten bisher im Sinne und Geiste dieses Staatsrechtslehrers den Unterschied des monarchischen von dem parlamentarischem Prinzip, und zugleich den Unterschied des deutschen von dem englischen Verfassungsstaate gerade darin gefunden, daß es bei uns verpönt sei, die Regierungsakte so zu bezeichnen, als wenn sie bloß von den Ministern statt vom Könige ausgingen. Es war daher augenscheinlich eine Abirrung von dem eigenen Prinzip, wenn die Anhänger der streng monarchischen Partei nur von einem Kampfe gegen das Ministerium sprachen — und es entsprach gewiß nicht dem Sinne Stahls, wenn gegenüber der Versicherung des Ministers, daß die Regierung unter voller Zustimmung des Kaisers und Königs mit allen verfassungsmäßigen Mitteln das Gesetz zu Stande bringen wolle, seitens eines der Führer der Mehrheit die Anforderung an das Haus erging, nunmehr „zur Wahrung seiner Selbständigkeit einmütig gegen das Gesetz zu stimmen und die Folgen dem Ministerium allein zu überlassen.“

In diesem Sinne erklärten sich damals auch die „Provinzialkorrespondenz,“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen die Mehrheit des Herrenhauses. Seitdem ist der Erlaß des Königs vom 4. Januar 1882 gekommen, der gegenüber den Verdunkelungen und Verschiebungen der rechtlichen Stellung des Königtums in Preußen, welche von den nach Parlamentsherrschaft strebenden Parteien in mannigfacher Taktik versucht wurden, eine feste Wahrung des in unserer Verfassung zur vollen Geltung gebrachten und ihr durchgängig zu Grunde gelegten monarchischen Systems im preußischen Konstitutionalismus enthält. „Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben. Die Regierungsakte

des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers und sind, wie dies auch vor der Verfassung geschah, von den Ministern des Königs zu vertreten, aber sie bleiben Regierungsakte des Königs, aus dessen Entschließungen sie hervorgehen und der seine Willensmeinung durch sie verfassungsmäßig ausdrückt. Es ist deshalb nicht zulässig und führt zur Verdunkelung der verfassungsmäßigen Königsrechte, wenn deren Ausübung so dargestellt wird, als ob sie von dem dafür verantwortlichen jedesmaligen Minister und nicht vom Könige selbst ausginge“. Aus dieser Wahrung der Rechte des Monarchen und aus dieser Definition der Stellung der Minister ergiebt sich, daß ein Veto, also ein Gegensatz zwischen dem Monarchen und seinen Räten nach dem Durchlauf aller parlamentarischen Stadien eines Gesetzes unter normalen Zuständen nicht gut eintreten kann.

In der Lage der Dinge, wie sie unter Friedrich III. statt hatte, feierte die „Nordd. Allg. Ztg.“ es als einen Triumph, daß durch Ablehnung des dem Kaiser vorliegenden Gesetzes die Prärogative der Krone auf dem Gebiet der gesetzgebenden Gewalt wieder einmal deutlich in die Erscheinung träte. Die Gründe des Königlichen Votums seien unbekannt. Indessen vom verfassungsrechtlichen Standpunkt komme es darauf nicht an. Der König brauche sein Votum nicht zu motivieren, er ist berechtigt, sich auf sein „sic volo“ zu beschränken. Die Situation, wie sie sich auch klären möge, habe jedenfalls das erfreuliche Ergebnis, daß die Partei, welche sich früher als die schärfste Bekämpferin der verfassungsmäßigen Königsrechte erwiesen, sich von ihrem Irrtum überzeugt und eingesehen habe, daß Preußen eines seine Regierung lebendig und persönlich leitenden Monarchen bedürfe, der auch unabhängig von der Deckung durch verantwortliche Minister das Recht habe, persönlich nicht nur auf die Verwaltung, sondern auch auf die Gesetzgebung des Landes einzuwirken.

Dieser Trost wurde nun allerdings von anderer Seite nicht für stichhaltig gefunden. Die Folgerung der „Nordd. A. Z.“ sei zwar von unbestreitbarer Logik, aber leider gehöre gerade die Logik zu den Dingen, welche der Freisinn als Vorurteil betrachtet. „Herr Richter wird alles, was er heute geschrieben und gesprochen hat, sobald die Zeit des Bedürfnisses vorüber ist, als Makulatur einstampfen, wer sich an diese Überzeugung nicht gewöhnen kann und auch heute noch

mit einer anderen logisch begründeten Erwartung rechnet, der erinnert uns an die Naivität des Dorfkindes, welches sich nicht vorstellen kann, daß der Komödiant, der ihm gestern seine drolligen Lazzi vorgemacht hat, derselbe Mann ist, der sich heute eine Zwiebel in das Schnupftuch wickelt und ein Leichenkarmen singt. Der Freisinn hat jahrelang in den ersten Reihen der Kulturkämpfer gestanden und trägt jetzt mit Grazie und Demut die Schleppe des Herrn Windthorst; er hat sich unzählige Male als „Todfeind“ der Sozialdemokratie vorgeführt und läßt diesem Todfeind, wenn die stille Arbeit des Herrn Singer hinter den Kulissen nicht ausreicht, jetzt auch öffentlich in Wahlnöten von seinen Vertretern freundschaftlich die Hand drücken; er hat früher eine Lanze für die „guten Revolutionäre“ gebrochen und sich gegen die Könige von Preußen und ihr Haus so ungezogen wie nur möglich betragen und denunziert heute jeden, der das Hosenmuster des Herrn Mackenzie nicht nach seinem Geschmack findet, dem Staatsanwalt. Es sollte uns leid thun, wenn nach allen diesen Erfahrungen noch irgend jemand in der Beurteilung des Freisinns zu einem anderen logischen Schluß kommt, als daß er in dieser Partei und ihren Führern eine Kompagnie von Strebern vor sich hat, deren einzigen stabilen Programmpunkt das Drängen nach der Staatskrippe bildet und der für die Erreichung dieses Platzes jeder Kostentarif recht ist. Gerade diese Beweise seiner wunderbaren Wandlungsfähigkeit und der Stolz, mit welchem er heute, trotz der markanten Züge seiner Parteivergangenheit, die bunte Jacke des Hanswurstes des Royalismus trägt, haben in die Beurteilung der Aspirationen des Freisinns ein Moment getragen, welches sich früher wenigstens nicht mit derselben Bestimmtheit geltend machte und zu den Zeiten eines Hoverbeck oder Ziegler überhaupt nicht vorhanden war. Man konnte sich bisher mit einer gewissen Heiterkeit fragen, welche Thaten wir wohl von einem Ministerium Richter, nach der Hauptrichtung der rednerischen und journalistischen Arbeit dieses Herrn, zu erwarten haben würden. Ohne Zweifel ein Denkmal für Josephine Chartreuse, ein Verbot an die Offiziersburschen, ihren Herren die Schlittschuhe nachzutragen, und eine Verfügung zu Gunsten der Skatabende der Dorfschullehrer; daneben selbstverständlich eine fleißige Einheimsung der Arbeit seiner Vorgänger. Heute aber hat das Thema dieser Mutmaßungen alle

Heiterkeit verloren; die Frage des Eindrucks eines Ministeriums aus denselben Kreisen, die das gegenwärtige Treiben der „Freis. Ztg. inspirieren, ist die Frage, wieviel der Intelligenz und einigen anderen Grundeigenschaften der öffentlichen Meinung, ohne sie zur Verzweiflung zu treiben, zugemutet werden kann. Wir können uns Ratgeber der Krone von verschiedenem Temperament und auch aus verschiedenen Parteien denken; nur wenn wir uns eine Figur aus dem Kasperletheater an dieser Stelle vorstellen sollen, erlahmt unsere Phantasie. Trotz unserer vollkommen klaren Erkenntnis, wie viel die Versagung der Königlichen Genehmigung zu dem Gesetz über die Verlängerung der Legislaturperiode zur Stärkung der Opposition beitragen müßte und daß der Schaden für die Parteien, welche sich bisher als die regierungsfreundlichen bezeichnen durften, durch keinerlei Gewinn von der Art des von der „Nordd. Allg. Ztg.“ in Rechnung gesetzten aufgewogen werden würde, bleiben wir aber bei der Ansicht, daß das kritische Moment nicht bei dieser Frage, sondern auf dem Gebiete liegt, dem wir auf Grund dieser Anschauungsweise von Anfang an unsere Hauptbeachtung zugewandt haben, nämlich bei der etwaigen von dem Freisinn geforderten Emanierung einer Königlichen Kundgebung, durch welche die Verfügung des Kaisers Wilhelm vom 4. Januar 1882 beseitigt und betreffs der Pflichten der Beamten bei Wahlen entgegengesetzte Grundsätze proklamiert werden. Einen Schlag, der lediglich die Parteien trifft, müssen und können wir geduldig hinnehmen; eine freiwillige Verzichtleistung der Krone auf Rechte, die ihr unzweifelhaft zustehen und die sie nach unserem Staatsleben nicht preisgeben kann, würde in unseren Augen eine ganz andere Bedeutung haben und uns schwer niederbeugen. Wir würden es denn auch nicht für wahrscheinlich halten können — selbstverständlich, wofern wirklich die von Sr. Majestät angeblich beabsichtigte Kundgebung die vom Freisinn behauptete Tragweite hat, worüber Zuverlässiges ja nicht bekannt ist — daß Fürst Bismarck und Herr v. Puttkamer die Vertretung eines derartigen Regierungsaktes durch Kontrasignierung mit dem Charakter ihrer bisherigen Bethätigung im Staatsleben vereinbar finden werden.“

Alle diese Betrachtungen hatten mit einem Schlage ein Ende, als am 7. Juni der Reichs- und Staatsanzeiger das vom Kaiser unterzeichnete Gesetz brachte. Die gefürchtete Kundgebung für die

Wahlfreiheit im Widerspruch zu der Verfügung des Kaisers Wilhelm vom 4. Januar 1882 blieb aus. Inzwischen hatte Herr v. Puttkamer dem Kaiser auf dessen Schreiben vom 27. Mai geantwortet. Das Blatt des Fürsten Bismarck berichtete darüber, indem es verschiedene Angaben des Organs Richters bestritt: „Der von Herrn v. Puttkamer erstattete Bericht enthält den Nachweis, daß in der Mehrheit der Fälle die angebrachten Beschwerden unbegründet waren, und in den Fällen, in welchen eine unstatthafte Wahlbeeinflussung nachgewiesen wurde, die betreffenden Beamten zur Verantwortung gezogen und mit Strafen, welche sich bis zur Dienstentlassung steigerten, belegt worden sind. Es handelt sich in dem Bericht um Thatsachen, welche juris publici sind, und die der Redakteur der „Freisinnigen Zeitung“ also eben so gut wissen muß, wie jedermann, der sich mit parlamentarischen Dingen beschäftigt. Während der Amtsverwaltung des Herrn von Puttkamer haben zweimal Wahlen zum preußischen Landtag und dreimal Wahlen zum Reichstag stattgefunden. Von den vollzogenen 866 Wahlen für den Landtag sind nur drei für ungültig erklärt worden, und zwar nicht wegen Beeinträchtigung der Wahlfreiheit, sondern wegen reglementswidriger Bildung der Urwahlbezirke. Daß dabei höhere Verwaltungsbeamte eine Schuld treffe, ist nur in einem Falle behauptet und auch in diesem Falle nicht erwiesen worden. Außer den gedachten drei sind noch zwölf andere Wahlen angefochten worden. Die in den betreffenden Wahlprotesten behaupteten Wahlbeeinflussungen haben sich aber als unbegründet oder unerheblich erwiesen. Unter den 705 Reichstagwahlen, welche seit 1881 bis heute in Preußen stattgefunden haben, ist nur eine einzige wegen Wahlbeeinflussungen annulliert worden. Letztere bestanden in der Hauptsache darin, daß untergeordnete Beamte in Uniform Stimmzettel und Wahlflugblätter verteilt hatten. Der Bericht deckte den Elbinger Fall nicht, welcher in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses verhandelt worden ist. Dieser befindet sich bekanntlich noch im Zustande der Litispendenz. Es liegt erst die Entscheidung des Abgeordnetenhauses vor, daß die Wahl ungültig sei, und ist nun durch amtliche Untersuchung festzustellen, ob und welche Regierungsorgane eine Schuld trifft“.

Dieser Bericht soll den Kaiser nicht befriedigt, vielmehr ihn so

erregt haben, daß seine Umgebung schlimme Folgen fürchtete. Es erfolgte ein zweites Schreiben an Herrn von Puttkamer, welches diesen zwang, seine Entlassung zu nehmen. Wenn von Fälschung dieses Schreibens gesprochen wird, so ist das nicht so zu verstehen, als ob die Handschrift Kaiser Friedrichs nachgemacht worden wäre. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Rücktritt des Herrn v. Puttkamer der politischen Gesamtauffassung Kaisers Friedrich entsprach. Aber die Form, in welcher dem Minister die Kaiserliche Unzufriedenheit kundgegeben wurde, soll sehr ungewöhnlich gewesen sein. Zur Erklärung derselben wurde von der „Nat. Ztg.“ behauptet, der Entwurf des Schreibens habe von einem freisinnigen Abgeordneten hergerührt, dies aber sei dem Kaiser verheimlicht worden; man habe ihm denselben, nachdem er von einer das Vertrauen Friedrichs genießenden Persönlichkeit abgeschrieben worden, als Werk der letzteren vorgelegt und darauf habe der Kaiser den Brief unterzeichnet.

Darauf deutete auch das Verhalten der „Freisinnigen Zeitung“ hin. Zu jener Version, daß der totkranke Kaiser das ohne sein Wissen von einem deutsch-freisinnigen Abgeordneten entworfene Schreiben ohne weiteres unterzeichnet habe, weil es von der Hand einer sein Vertrauen genießenden Persönlichkeit kopiert und in dieser Form ihm zur Signierung vorgelegt worden sei, bemerkte das Richtersche Organ, das im Ableugnen doch sonst recht frisch und munter ist, mit etwas affektierter Gleichgültigkeit: „Das also ist das Mäuslein, welches der Berg der Reptilienartikel nach wochenlangem Kreisen endlich geboren hat. Es könnte also möglicher Weise der Fall sein, daß in einem Kaiserlichen Schreiben, welches im Sinne der Auffassung der freisinnigen Partei zum Schutze der Wahlfreiheit erging, auch eine Wendung enthalten war, die ein nicht der freisinnigen Partei angehörender Vertrauter des Kaisers der Feder eines freisinnigen Abgeordneten entnommen hatte. — Mag dies sich nun so oder anders verhalten, vor Kaiser Friedrich brauchte niemand den Zusammenhang seiner Ideen mit der freisinnigen Partei irgendwie zu verbergen, denn Kaiser Friedrich hielt die freisinnigen Abgeordneten für ebenso patriotisch wie irgend welche andere Personen in seiner Umgebung.“

Weit anders urteilte die „Kreuzzeitung“ über diese Angelegenheit. Sollte — so meinte sie — die Andeutung der „Nat. Ztg.“ zutreffend sein, so würde allerdings nicht eine Fälschung im Sinne

des Gesetzes vorliegen, wohl aber eine politische Nichtswürdigkeit ersten Ranges, die dem Nächstbeteiligten seinen Platz unter den Nachtgestalten der Geschichte sichern würde.“

Es ist unwahr, daß Herr von Puttkamer sich an sein Portefeuille geklammert habe. Gerade das Gegenteil traf zu. Schon bei dem Thronwechsel wollte er aus dem Amte scheiden und erklärte sich nur auf Verlangen seiner Kollegen bereit, bis zur Besserung der Gesundheit des Kaisers auszuharren. Zur Geschichte der 99 Tage mögen noch die folgenden Bemerkungen dienen:

„Friedrich III. war von der Bedeutung des preußischen Königtums ganz ebenso durchdrungen wie sein Vater; ein „parlamentarischer“ Herrscher wäre er ebensowenig geworden. Aber er war allerdings persönlich aus aufrichtiger Überzeugung konstitutionell gesinnt; wenn nun, wie es unbestreitbar ist, während seiner kurzen Regierungszeit eine Anzahl schwerer Verstöße gegen den Konstitutionalismus vorgekommen sind, so muß man schon hieraus schließen, daß die schreckliche Krankheit die Einmischung unberufener Hände ermöglichte. Gleich der erste Erlaß des kranken Kaisers über die Landestrauer war staatsrechtlich unwirksam, denn er entbehrte, obgleich er rechtsgültige landes- und ortspolizeiliche Verordnungen aufheben sollte, der ministeriellen Gegenzeichnung. Es wurde dann der Versuch gemacht, die Genehmigung des Gesetzes über die Verlängerung der preußischen Legislaturperiode zu verweigern, ohne ein Ministerium, welches dafür die Verantwortlichkeit zu übernehmen bereit war — denn den Augenblick für die Beseitigung des Fürsten Bismarck hielten die, welche diesen Koup vorbereiteten, zur Zeit noch nicht für gekommen. Herr von Puttkamer wurde ohne Wissen des Ministerpräsidenten entlassen. Über jede dieser drei Maßregeln würden die Deutschfreisinnigen als inkonstitutionell einen Höllenlärm erhoben haben, wenn ihre Interessen dadurch verletzt worden wären. Sie schwiegen zu der ersteren und hatten bei den beiden anderen die Hände im Spiele, weil sie ihnen nützlich waren. Kaiser Friedrich hatte keinen größeren Anteil daran, als den äußerlichen, den man seitens eines Todkranken höchstens vermuten kann. Die fortschrittlichen Mitglieder und Helfer der Kamarilla sind in der Lage, darauf hinzuweisen, daß in den 99 Tagen den Staatsinteressen kein schwerer Schaden zugefügt worden, daß für einen Teil der öffentlichen

Meinung sich sogar die Erinnerung an eine mit Beifall aufgenommene Maßregel, die Entlassung des Herrn von Puttkamer, daran knüpft. Damit suchen sie dem moralischen Gewicht, von welchem sie sich, wenn die Wahrheit bekannt wird, bedroht fühlen, zu entgehen. Ihre Absichten sind eben nicht zur Vollendung gelangt; es ist dem edeln Kaiser erspart geblieben, daß sein Name dazu mißbraucht wurde, den Staatsmann zu stürzen, welcher das Deutsche Reich geschaffen hat. Denn dies, der Sturz des Fürsten Bismarck, war das Ziel, auf welches hingearbeitet wurde. Dreimal wurden Anläufe dazu genommen. Der erste, gleich nach dem Thronwechsel, war der ungefährlichste, denn der Kaiser war damals noch verhältnismäßig kräftig und dokumentierte deutlich seine Hochschätzung des Kanzlers, sodaß die fortschrittlichen Hoffnungen eine Zeit lang sehr sanken. Der zweite, schon gefährlichere Versuch, wurde während der Battenberg-Affaire unternommen; der dritte, indem man Puttkamer dergestalt stürzte, daß der Reichskanzler sich dadurch verletzt fühlen sollte. Es ist unzweifelhaft, daß man ihn „weggeärgert“ hätte, wenn durch das Schicksal dieses politische Intrigenspiel nicht beendet worden wäre.“

Wenn die vorstehenden Ausführungen in ihrer Offenheit für manchen etwas Überraschendes enthalten sollten, so können wir hinzufügen, daß das Überraschendste dabei noch verschwiegen ist.

Kaiser Wilhelm II.

Während des Jahres 1887 trat die Person des Prinzen Wilhelm von Preußen infolge der Krankheit des Kronprinzen und seiner langen Abwesenheit von Berlin mehr und mehr in den Vordergrund. Man erinnerte sich einer Äußerung des Kronprinzen: „Wer der Sohn eines so großen Vaters und zugleich der Vater eines so tüchtigen Sohnes ist, der ist, wenn es sein muß, für sein Volk überflüssig.“ Dieses bemerkenswerte Zeugnis eines in Bescheidenheit zurücktretenden Vaters machte viele erst auf den Prinzen aufmerksam. „Der Prinz ist reich begabt, hat viel Interesse für Politik, ist Soldat durch und durch, ein Deutscher von Kopf bis zu Fuß und ein energischer, schneidiger Charakter,“ war das allgemeine Urteil. Vor jeder bedeutenden Reise, überhaupt vor jedem bedeutenden Akt finden wir in jenem Jahre den Prinzen beim Reichskanzler zu längerer Besprechung; so am 15. Juni, als der Prinz nach London zur Feier des Regierungs-Jubiläums der Königin Viktoria reiste; am 12. Juli, nach der Rückkehr von da, nachdem der Prinz einige Tage bei dem Kaiser in Ems geweilt hatte; am 23. September in Friedrichsruh, wo er mit seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, der bald darauf zum Korvettenkapitän und Major ernannt wurde, den Reichskanzler zur Feier seines 28jährigen Ministerjubiläums beglückwünschte; am 15. November, an welchem Tage Fürst Bismarck von Friedrichsruh nach Berlin zurückkehrte, erwartete der Prinz, der den Tag vorher von San Remo zurückgereist war, den Fürsten in dessen Wohnung, und am 22. November, bevor letzterer nach Friedrichsruh zurückfuhr, hatte der Prinz eine lange Unterredung mit ihm. Dem Jagdsport sehr ergeben, reiste der Prinz am 24. September nach Ungarn, um an den Jagden auf den Gütern des Prinzen Philipp von Koburg teilzunehmen, kam am 1. Oktober in

Wien an und nahm auf die Einladung des Kaisers Franz Joseph an den Hochwildjagden in Steiermark teil. Von da reiste er nach Baveno zur Feier des Geburtstages seines Vaters, darauf nach Baden-Baden zum Kaiser und kehrte mit diesem nach Berlin zurück. Er war seitdem der beständige Begleiter oder Stellvertreter des Kaisers, als welcher er die nämlichen Funktionen übernahm, die bisher der Kronprinz zur Unterstützung des greisen Kaisers bei hohen Besuchen und anderen Festlichkeiten versehen hatte.

Dieser thatkräftige Prinz, in den nationalen Ideen der letzten Jahrzehnte aufgewachsen, war der chauvinistischen Presse Frankreichs ein Dorn im Auge. Sie bezeichnete ihn, zum Unterschied von seinem friedfertigen Vater, dem Kronprinzen, als die leibhaftige Verkörperung preußischer Kriegslust. Es war dieser Presse eine ausgemachte Thatsache, daß dieser Prinz, welcher die Bismarcksche Politik bewundere, weil sie ihm für seine Zwecke passe, und welcher Frankreich noch weit mehr hasse, als der Reichskanzler, eine Eroberungspolitik im großen Stil eröffne, sobald er auf den Thron komme. „Er brennt bekanntlich vor Verlangen, bald an der Spitze seiner Armee in die Hauptstadt Rußlands einzuziehen, nachdem er die Hauptstadt Frankreichs noch einmal gebrandschatzt hat. Unter Wilhelm II. wird der Kanzler allmächtig bleiben, die selbstherrliche Politik im Innern wird mehr und mehr den Sieg davontragen, während man nach außen die Knechtung Europas durch Allianzen und im Notfall durch den Krieg verfolgen wird.“ Andere Stimmen riefen beim Gedanken an einen Kaiser Wilhelm II: Finis Germaniae! Sie verkündigten, daß Süddeutschland und Sachsen, kurz alle „Vasallen und eroberten Länder“ sich von dem neuen Kaiser lossagen würden, und daß deshalb Deutschland in allernächster Zeit in einer vollständigen Krisis sich befinden werde, geschwächt und zerrissen unter einem jungen abenteuerlichen Kaiser, der fähig sei, das Werk des Reichskanzlers zu gefährden. Der 15. Juni war der Tag, wo dieser teils gefürchtete, teils verspottete junge Fürst den Thron bestieg.

Die französische Presse widmete bewegte und anerkennende Nachrufe dem verstorbenen „Friedensfürsten,“ drückte aber mehr oder weniger scharf dem Nachfolger ihr Übelwollen aus. Die République Française sagte: „Nicht ohne Beunruhigung steht Europa vor der Thronbesteigung Wilhelms II. Der neue Herrscher hat gewiß die

feste Absicht, die Bahnen seines Vaters und Großvaters zu wandeln; allein er zählt erst 30 Jahre. Zwar ist Fürst Bismarck da, dessen Ratschläge er befolgen wird; aber nichts bürgt dafür, daß Bismarcks Politik unter Wilhelm II. genau dieselbe sein wird, wie unter Wilhelm I. Seien wir also auf unsrer Hut, furchtlos und besonnen."

Der „Mot d' Ordre" (Ranc) schrieb: „Man muß auf alles gefaßt sein, selbst auf den Frieden: für uns Franzosen aber schlägt eine sehr ernste Stunde. So festen Willen wir auch zeigen, alles zu vermeiden, was als eine Herausforderung zum Kriege angesehen werden könnte, ist es doch geboten, uns in Stand zu setzen, allen Angriffen zu begegnen. Halten wir uns bereit! Alle andern Erwägungen treten heute vor der gebieterischen Pflicht der nationalen Verteidigung zurück. Schmach über alle, die dies nicht einsehen wollen und sich nur von der Rücksicht auf ihre persönlichen Interessen leiten lassen."

Die „Justice" drückte sich ruhiger aus und bemerkte, es sei doch nicht so leicht, Krieg gegen den Willen Europas zu führen. „Wir dürfen die Bestrebungen der deutschen Regierung nicht aus den Augen lassen, aber wir müssen auch Vertrauen zu uns selber haben. Frankreich will den Frieden. Der Wille des deutschen Kaisers fällt für Erhaltung des Friedens gewiß schwer ins Gewicht; er giebt aber nicht allein den Ausschlag."

Die anderen republikanischen Blätter äußerten sich in ähnlicher Weise; gewisse radikale und boulangistische Blätter führten eine heftigere Sprache. Nachstehend einige dieser Stimmen:

Das „Journal des Debats:" „Hat der neue Kaiser aus der Erfahrung, die zu sammeln er sorgfältig in Stand gesetzt wurde, Nutzen gezogen? Niemand vermöchte dies zu sagen. Er hat das Publikum, ja sogar seine Umgebung nur selten in seine politischen Ideen eingeweiht und das Einzige, was keinen Zweifel zuläßt, ist seine feste Anhänglichkeit an Herrn v. Bismarck. Dieser Ausdruck zu geben, hat er keine Gelegenheit versäumt ... Die Geschmeidigkeit und die Leichtigkeit, welche Wilhelm II. inmitten der Verwickelungen des Hoflebens an den Tag legte und gegen diejenigen bethätigte, deren sittliche Autorität er anerkannte, gestatten die Hoffnungen, er werde auch ferner die Ratschläge des Reichskanzlers befolgen,

von dem sein Großvater sich niemals trennen zu wollen erklärt hatte, und der Friede Europas werde, wenigstens so lange Fürst Bismarck lebt, durch Deutschland nicht mehr bedroht sein, als während der letzten zehn Jahre."

Der „Figaro": „Welches auch die Ideen, die Pläne, die Hoffnung eines 29jährigen Kaisers sein mögen, er vermag nicht an einem Tage, in einem Monat die Politik zu ändern, die seine Vorgänger und der allmächtige Minister, dessen ganzes Trachten nach seiner eigenen Behauptung nach dem Frieden steht, befolgt haben, und für die Monarchen, wie für die anderen Menschen giebt es bei einem Erbe Verpflichtungen, die sich nicht umgehen lassen. Der junge Kaiser wird lauter sprechen als sein Vater, aber er wird nicht so bald handeln. Der Friede Europas ist heute ebensowenig gefährdet, als gestern; wenigstens hoffen wir es und sind ruhig und ohne Prahlerei dessen gewärtig, was die Zukunft uns bringen wird. Auch ist daran zu erinnern, daß die Wehrkraft Frankreichs mit jedem Tage zunimmt, daß man dies auch im Auslande weiß und daß es der beste Grund ist, uns nicht anzugreifen. Ferner müssen wir uns sagen, Frankreich bereite ein Friedenswerk vor, die Weltausstellung von 1889, dieses Werk müsse gelingen zum Wohle und zur Größe des Vaterlandes. Ein großes Volk, das seiner Stärke sicher und entschieden friedlich gesinnt ist, wird Europa mehr imponieren, als die furchtbarsten Heere und die drohendsten Erklärungen".

„Der „Siècle": „Der Tod Friedrichs III. ist ein Unglück für Deutschland und für Europa; für Deutschland, weil der verstorbene Monarch den festen Wunsch zu hegen schien, dieser großen Nation einige der notwendigen Freiheiten wieder zu geben, ohne welche das öffentliche Leben und der normale Fortbestand unmöglich sind; für Europa, weil Friedrich III. die allgemeinen Bedürfnisse der Zivilisation kannte und fühlte, daß seine Dynastie ihr Werk nur durch die Wohlthaten des Friedens befestigen kann. Mit ihm verschwindet einer der Schilde, welche den Frieden beschützten; aber noch giebt es deren genug, damit Regierungen und Völker ohne Besorgnis den Ereignissen von morgen und sogar von übermorgen entgegensehen können. Wie wenig beruhigend auch für die Zukunft die Sinnesart des neuen deutschen Kaisers sein mag, so liegen die

Geschicke Deutschlands nicht in der Hand eines einzigen Mannes, und hätte er auch acht Millionen Soldaten hinter sich. Der neue Souverän muß Rücksicht nehmen auf den wahren Gründer der deutschen Einheit, und Herr von Bismarck ist weder ein Abenteurer noch ein Schwächling, der das Werk seines ganzen Lebens auf eine einzige Karte setzt. Der neue Souverän muß Rücksicht nehmen auf Deutschland, dessen Könige und Fürsten nicht mehr den Sieger von Sadowa und Sedan vor sich haben; er muß Rücksicht nehmen auf seine Verbündeten, auf die Gesamtheit der Regierungen und Völker, welche Europa heißen und die lange vor der Verantwortung für einen furchtbaren Konflikt zurückbeben werden, in dem nicht nur Millionen von Menschenleben, sondern ganze Staaten untergehen könnten. Die wahre Gefahr für den Frieden wird erst dann auftreten, wenn Herr von Bismarck den beiden Herrschern ins Grab folgen wird, die er von dem preußischen Königsthron auf den deutschen Kaiserthron versetzte".

Das „Petit Journal": „Für Deutschland und Europa beginnt eine neue Ära. Kaiser Wilhelm II. ist nicht mehr der Jüngling, von dem man immer spricht, sondern ein junger, brausender, kriegliebender Mann. Am 27. Januar 1859 geboren, steht er jetzt in seinem 30. Lebensjahre. Ein kriegerischer Kronprinz kann ein friedlicher Kaiser werden und Wilhelm II. wird die furchtbare Verantwortung seiner Machtstellung fühlen, namentlich wenn der drohende Lärm des deutschen Sozialismus bis zu seinem Throne hinaufdringen wird."

Der „Soleil" (Edouard Herva): „Man baut jetzt schon Voraussetzungen auf den Charakter und die Geistesrichtung Wilhelms II. Man beeilt sich vielleicht etwas zu sehr; der persönliche Einfluß des neuen Souveräns wird ohne Zweifel fühlbar werden, aber erst später. Gegenwärtig und noch lange kann er nur der folgsame Vollstrecker des Willens des deutschen Richelieu sein. Seit gestern herrscht Wilhelm II., aber mehr als je ist es Bismarck I., welcher regiert."

Ebenfalls im „Soleil" erhob Jean de Nivelle bittere Klagen darüber, daß für die Verproviantierung von Paris ungenügend, kaum für 14 Tage gesorgt ist, und drang er in den Kriegsminister, für den Fall eines plötzlichen Krieges seinen Pflichten besser nach-

zukommen, um zu verhüten, daß eine neue Belagerung die Hauptstadt nicht unvorbereitet träfe.

Die russischen Stimmen harmonierten mit den französischen, vom Artikel des „Journal de St. Petersbourg", der den jungen Kaiser an die Worte Kaiser Wilhelms errinnerte, er möge Rücksicht auf den Kaiser von Rußland nehmen, bis auf „Grashdanin", „Novosti", russische „Petersburger Zeitung", „Moskowsk", „Wjedomosti" und „Novoje Wremja." Gemeinsam war allen die hohe Anerkennung für die Regierung Kaiser Friedrichs und mehr oder minder verstecktes Mißtrauen gegen das neue Regiment. Die „Novoje Wremja" deutete an, daß Süddeutschland der neuen Regierung gegenüber eine andere Haltung einnehmen dürfte und brachte das russisch-deutsche Verhältnis in Abhängigkeit von der Frage, ob das deutsch-österreichische Bündnis fortdauern werde oder ob nicht. Kaiser Friedrich sei nicht weit davon gewesen, mit der Zeit Österreich zu entsagen und sich Rußland zu nähern. Was werde nun der neue Herrscher thun? Gerüstet ständen die drei Mächte einander gegenüber. „Wer wird nun das Signal zu dem schrecklichsten aller Kämpfe geben?" In fast kategorischer Form wurde darauf hingewiesen, daß die Welt auf beruhigende Erklärungen von Berlin aus warte. . .

Nun, diese beruhigenden Erklärungen erfolgten sehr bald, aber wahrlich nicht als Antwort auf die unpassende Sommation russischer Zeitungen.

In unerträglicher Überhebung schrieben vollends die „Mosk. Wjed." Sie wiesen darauf hin, daß das Ende Kaiser Friedrichs beschleunigt worden sei durch den Kampf mit Leuten, welche als Wächter an den Thron gestellt, ihn erbitterten durch ehrgeizige Störrigkeit, und Unruhen ins Volk trugen, indem sie es gegen seinen Kaiser aufstachelten.

„Der neue Monarch — hieß es weiter — ist noch jung. Er hat vielleicht noch nicht genug Erfahrung und Selbständigkeit erwerben können. Wird er die Kraft haben, mit den Elementen in Kampf zu treten, welche durch ihr hartnäckiges Gegenwirken den Tod seines erhabenen Vaters beschleunigten? Wird er seinen Geist stählen gegen die verführerischen Sophismen, durch welche die Leiter der deutschen Politik schon jetzt ihre Thätigkeit zu rechtfertigen suchen?"

In diesem unerhörten Tone ging es dann fort, und wie das „Journal“, erinnerte das Moskauer Blatt zum Schluß an die Mahnung Kaiser Wilhelms: Pflicht eines Herrschers sei, „den Frieden um jeden Preis aufrecht zu erhalten“. Thue Kaiser Wilhelm II. das, so könne er auf volle Sympathie von Seiten Rußlands und auf dessen uneigennützige Unterstützung rechnen....

Man ging nicht irre, wenn man annahm, daß die russische Regierung mit dem beleidigenden und höchst unpassenden Tone dieser Preßstimmen nichts zu schaffen hatte. Aber sie waren der Ausdruck einer Stimmung, von der man nur wünschen konnte, daß sie sobald wie möglich zum Schweigen gebracht würde.

Wir wenden uns nun zu dem Verlauf der Dinge, die der Thronbesteigung des Kaisers Wilhelm in Potsdam unmittelbar folgten. Fürst Bismarck war am 15. nachmittags in Potsdam eingetroffen und nach Schloß Friedrichskron gefahren. Kein Jubelruf ertönte wie sonst dem Kanzler entgegen; seine Züge waren schmerzlich bewegt und ernst erwiderte er die stummen Grüße des Publikums. Etwa 2 Stunden lang blieb der Kanzler bei Kaiser Wilhelm und vollzog mit seinem neuen Herrscher die ersten Regierungsakte. Sir Morell Mackenzie wurde in dieser Zeit ebenfalls zu dem Kaiser befohlen und hatte in Gegenwart des Fürsten Bismarck eine längere Unterredung mit demselben. Als der Reichskanzler etwa um 4 Uhr Schloß Friedrichskron verließ, begleitete ihn der Kaiser bis auf die steinerne Schloßrampe und reichte ihm zum Abschied beide Hände. Der Fürst verbeugte sich tief, richtete sich dann aber, als der Kaiser seine Hände losließ, hoch auf und salutierte, die rechte Hand an den Stahlhelm legend, in militärischer Haltung. Dann eilte er elastischen Schrittes die Stufen hinunter zum Wagen und fuhr zurück.

Sir Morell Mackenzie erstattete am 16. vormittags auf ausdrücklichen Befehl Kaiser Wilhelms einen Bericht über die Krankheit Kaiser Friedrichs. In diesem Bericht erklärte Mackenzie Folgendes:

„Nach meiner Meinung war die Krankheit, an der der Kaiser starb, Krebs. Der Krankheitsprozeß begann wahrscheinlich in den tieferen Geweben und die knorpelige Struktur des Kehlkopfes wurde schon zu einer früheren Zeit affiziert. Ein kleines Gewächs, welches zu sehen war, als ich den verstorbenen Kaiser zum ersten Male

untersuchte, wurde von mir in mehreren intralaringialen Operationen entfernt und alle die auf diese Weise entfernten Teile Professor Virchow behufs Untersuchung unterbreitet. In diesen Teilen konnte er keine Spur von Krebs finden. Dagegen führte eine Untersuchung des Auswurfes, welche Professor Waldeyer anfangs März machte, diesen Pathologen zur Ansicht, daß Krebs jetzt vorliege. Ob die Krankheit ursprünglich krebsartig war, oder den bösartigen Charakter einige Monate später nach ihrem ersten Erscheinen angenommen, ist unmöglich festzustellen. Die Thatsache, daß Perichondritis und Karias der Knorpel eine sehr thätige und wichtige Rolle in der Entwickelung der Krankheit spielten, hat ohne Zweifel sehr viel beigetragen, es unmöglich zu machen, sich eine bestimmte Ansicht über die Natur der Krankheit bis zu einem ganz kürzlichen Zeitpunkte zu bilden".

Der Bericht Mackenzies war in englischer Sprache geschrieben und umfaßte im ganzen 1½ Quartseiten englischen Briefformats. Der englische Arzt und Diplomat reiste wenige Tage darauf ab.

Noch am 15. wurden ein Armee- und ein Marinebefehl erlassen, erst am Tage des Begräbnisses Friedrich III. erfolgte der Erlaß an das Volk.

Nicht ohne Grund wandte Kaiser Wilhelm II. sich zuerst an das Heer und die Marine; sein Kaiserlicher Vater war durch das heimtückische Leiden, welchem er erlegen ist, verhindert worden, sich mit Heer und Seewehr in unmittelbare Verbindung zu setzen, er konnte keine Heerschau mehr abhalten und sich den Soldaten zeigen, wie er in gesunden Tagen als Kronprinz so oft gethan. Kaiser Wilhelm hielt treu an den Beziehungen fest, die zwischen Preußens Herrscher und der Armee seit Jahrhunderten sich heraus gebildet haben. „Wir gehören zusammen" — rief der jugendliche Imperator den tapferen Truppen zu — „Ich und die Armee, so sind wir für einander geboren, und so wollen wir unauflöslich fest zusammenhalten, möge nach Gottes Willen Friede oder Sturm sein." Das war die Sprache, welche sicher ist, in jedem Preußenherzen einen mächtigen Widerhall zu finden. Der besonders herzliche Ton in dem Befehl an die Marine entsprach der großen Hinneigung des Kaisers zu derselben und fand im Auslande namentlich Beachtung. War es doch das erste Mal, daß die deutsche Marine so markig

und kraftvoll von dem Throne aus angeredet wurde. Aus den beiden Befehlen an Heer und Flotte wollten die nervösen Politiker des Auslandes etwas wie Gewitterblitzen herauslesen — aber sehr mit Unrecht. Kaiser Wilhelm wird nie anders das Schwert ziehen, als für die Sicherheit des Vaterlandes und zur Wahrung der Ehre des deutschen Namens. Er ist kein kriegslustiger Herr, wie ihn übelwollende Beobachter geschildert haben, er weiß, daß auf dem Frieden die Wohlfahrt der Völker beruht, und hat es in edler Entrüstung einmal als „verbrecherischen Leichtsinn“ bezeichnet, ohne den allerzwingendsten Grund den Kriegsbrand zu entflammen.

— In dem Aufruf „An Mein Volk!“ erklärte der Kaiser und König mit besonderer Feierlichkeit nach dem Beispiel seiner Väter, Gott gelobt zu haben, „dem Volke ein gerechter und milder Fürst zu sein, Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Frieden zu schirmen, die Wohlfahrt des Landes zu fördern, den Armen und Bedrängten ein Helfer, dem Rechte ein treuer Wächter zu sein.“ In diesem Gelöbnis des jungen Herrschers liegt für das Volk die sicherste Bürgschaft, daß die Bahnen nicht verlassen werden, auf denen Preußen von Geschlecht zu Geschlecht unter Führung seiner Fürsten sich emporgerungen hat zu seiner heutigen Größe, alle Hindernisse siegreich überwindend.

Vom 16. datiert die Verordnung wegen Einberufung des Reichstages zum 25., diejenige wegen Einberufung des preußischen Landtages zum 27. vom 20. Juni. Der letztere wurde behufs Entgegennahme des Eides des Königs auf die Verfassung versammelt. Was den Reichstag betrifft, so war seine Einberufung nicht formell geboten; indem sie erfolgte, geschah es, um im deutschen Reiche den Thronwechsel in derselben Art feierlich zu konstatieren, wie es nach dem Ableben Kaiser Wilhelms geschah: durch eine Botschaft an den Reichstag.

Am 21. war eine Bundesratssitzung, in der der Reichskanzler die folgende Erklärung abgab:

„Nachdem Se. Majestät der Kaiser und König von Preußen Friedrich am 15. d. M. aus diesem Leben abgerufen worden, hat Se. Majestät der Kaiser Wilhelm als Allerhöchst dessen Nachfolger in der Regierung des Königreichs Preußen die Kaiserwürde mit allen damit verfassungsmäßig verbundenen Rechten und Pflichten

übernommen. In tiefem Schmerze über den doppelten Verlust, den das Königliche Haus und die Nation innerhalb weniger Monate erlitten haben, hat Seine Majestät der Kaiser mir den Auftrag zu erteilen geruht, dem Bundesrat hiervon Kenntnis zu geben. Seine Majestät der Kaiser, durchdrungen von der Größe der auf Allerhöchst dessen Schultern gelegten Verantwortung, übernimmt dieselbe in dem Pflichtgefühl des von Gott berufenen Nachfolgers Seines hochseligen Großvaters und Vaters und in dem Vertrauen auf den Beistand, den er in der Erfüllung der Kaiserlichen Pflichten bei Allerhöchst seinen hohen Bundesgenossen zu finden sicher ist. Seine Majestät rechnet bei der Erfüllung der ihm durch die Reichsverfassung gestellten Aufgaben mit Zuversicht auf die stets bewährte bundesfreundliche Gesinnung und bereitwillige Mitwirkung der verbündeten Fürsten und freien Städte. Als die oberste dieser Aufgaben betrachtet der Kaiser die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung und Schutz des Reichsgebiets, wie eines jeden innerhab desselben geltenden Rechts. Dieser verfassungsmäßige Schutz deckt die vertragsmäßigen Rechte der einzelnen Bundesstaaten nach der gleichen Wirkung wie die der Gesamtheit und Se. Majestät der Kaiser erblickt in der gewissenhaften Handhabung desselben eine Vertragspflicht Preußens und eine der Ehrenpflichten, die dem Kaiser obliegen. Das bundesfeste Vertrauen der deutschen Fürsten und freien Städte zu einander und ihre im Bundesrat bethätigte Einigkeit haben das Reich befestigt und stark und die gemeinsamen Bestrebungen aller Bundesglieder für die Wohlfahrt Deutschlands fruchtbar gemacht. Se. Majestät der Kaiser werden dieses Vertrauen und diese Einigkeit unter den verbündeten Regierungen mit der gleichen Sorgfalt zu pflegen bemüht sein, wie dies Seinen in Gott ruhenden Vorgängern gelungen ist. In der inneren, wie in der auswärtigen Politik will Seine Majestät Sich an die Wege halten, auf denen Seine verewigten Vorgänger in der Kaiserwürde neben der Liebe Ihrer Reichsgenossen das Vertrauen der auswärtigen Mächte dahin gewonnen haben, daß dieselben in der Stärke des Deutschen Reiches eine Bürgschaft des europäischen Friedens erblicken. Se. Majestät hat, um diese seine Absichten zu verkünden, und um allen darüber verbreiteten Zweifeln persönlich entgegenzutreten, den Reichstag auf den 25. d. M. berufen und mich beauftragt, der zuversicht-

lichen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß Se. Majestät für die weitere Durchführung der Absichten, von denen Seine verewigten Väter seit der Herstellung des Reiches geleitet wurden, auf die bundesfreundliche Unterstützung des Bundesrats werde rechnen dürfen."

Am 15. erfolgte sodann die mit dem ganzen Pompe, der ähnlich bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages im März 1871 durch Kaiser Wilhelm I entfaltet war, in Szene gesetzte Eröffnung des ersten deutschen Reichstages, den Kaiser Wilhelm II. vollzog, um den Thronwechsel feierlich zu konstatieren und eine Botschaft an den Reichstag zu richten. Zwei Punkte treten in der Thronrede mit nachdrücklichem Gewichte heror: die Verkündigung des Beharrens bei der Politik, durch welche unter Wilhelm I. das Reich begründet und befestigt wurde, und die Versicherung der Absicht, den Frieden zu wahren, auf deren Erfüllung bestimmtere Hoffnungen ausgesprochen wurden, als das seit Jahren in den deutschen und preußischen Thronreden geschehen war. Die deutsche Presse fast aller politischen Schattierungen war darüber einig, daß mit dem Tode Kaiser Wilhelms I. und Kaiser Friedrichs die Probe begonnen habe, welche nach weit verbreiteter Ansicht das Reich nach dem Ausscheiden der großen Persönlichkeiten, welche bei der Gründung des Reiches die Führer waren, zu bestehen haben würde. „Die Gewähr dafür, daß sie bestanden wird, liegt in der von Allen empfundenen Thatsache, daß die wichtigste Vorbedingung der nationalen Einheit geblieben ist und bleibt: der Wille dieses Volkes von 46 Millionen, durch seinen Nationalstaat Herr seiner Geschicke zu sein." Das Erscheinen der deutschen Bundesfürsten bei der Eröffnungsfeier durfte als Bestätigung dessen betrachtet werden. Sie waren vollzählig aus freien Stücken nach Berlin geeilt; die wenigen, welche durch zwingende Gründe verhindert waren, persönlich zu erscheinen, hatten sich vertreten lassen. Die hohe Bedeutung dieses Vorganges liegt auf der Hand. Die Verfassung des Deutschen Reiches kennt keine Bekräftigung durch einen Eid; weder der Kaiser noch die Fürsten, noch die Abgeordneten legen ein Gelübde auf die Verfassung ab. Indem die deutschen Fürsten aus freien Stücken nach Berlin kamen, um schweigend den Thron zu umstehen, während der neue Kaiser zum erstenmale zu den Vertretern des Volkes sprach, gaben sie in der ihnen zugänglichen Form symbolisch zu erkennen, daß sie auch in Zukunft

sich gebunden erachten, treu zum Reiche und seiner Verfassung zu halten. Kaiser Wilhelm I. war der Begründer des Reiches; Kaiser Friedrich war als Kronprinz sein thätiger Gehilfe gewesen, auf dem Schlachtfeld wie im Rate erprobt; so lange einer dieser beiden Männer lebte, hatte der Fortbestand des Reiches keine Not. Dagegen war, im Auslande wenigstens, vielfach die Ansicht vertreten, daß das Reich eine schwere Krise zu bestehen haben werde, wenn der gegenwärtige Kaiser, der noch ein Knabe war, als das Reich entstand, und der an der Begründung desselben keinen Anteil nehmen konnte, zur Regierung gelangen würde. Indem die deutschen Fürsten nach Berlin kamen, um dem ersten feierlichen Regierungsakte des jungen Kaisers beizuwohnen, haben sie mit stummer Beredtsamkeit die Erklärung abgegeben, daß sie nicht allein dem Wortlaut der Reichsverfassung auch in Zukunft folgen, sondern auch mit dem Herzen bei der Sache sein wollen.

Ihrer Haltung entsprach die der Stämme. Vor dem Throne des jungen Herrschers verstummte der Parteihader, im Reichstage wie im Landtage, welcher noch am Schlusse der letzten Landtagssession so giftige Blüten getrieben hatte. Die Eintracht, zu welcher der Kaiser und Landesherr die Volksvertretung in Reich und Land aufgerufen, wurde durch keinen Mißklang in der Beratung der Adressen gestört. Die Persönlichkeit und das Auftreten des jungen Kaisers, der Patriotismus der deutschen Fürsten, die Staatskunst des leitenden Staatsmannes, und vor allem der feste und unbesiegbare Entschluß des deutschen Volkes, an seiner nationalen Einheit festzuhalten: das sind die Elemente, welche zusammenwirkten, um die schwere Probe, der das deutsche Reich ausgesetzt war, mit einer Sicherheit und Selbstverständlichkeit des Erfolges zu überwinden, auf die selbst die optimistischsten Gemüter nicht zu rechnen wagten.

Selten ist ein junger Monarch in so gehässigen Zügen dem Auslande vorgeführt worden, wie dies dem Kaiser Wilhelm II. begegnete. Er wurde dem Mißtrauen und der Abneigung Europas überliefert. Wie schnell hat er dieses Bild verwischt und die Achtung der Gegner errungen! Er ist im Auslande vor einem ungemein scharf urteilenden Publikum erschienen und hat die Kritik glänzend bestanden. Er hat Vertrauen entgegengebracht und Vertrauen davon-

getragen. Man ist fast einig darüber, in der ganzen Persönlichkeit des Kaisers eine Sicherung des Friedens zu sehen.

Kaiser Wilhelm II. hat seine „Antrittsvisiten" mit denen in Rußland und Skandinavien begonnen. In Rußland war in den offiziellen Kreisen der Empfang ein herzlicher, der gastfreundschaftlichen Stimmung in der Bevölkerung gaben die Blätter verschiedenen Ausdruck. Der „Graschdanin" schrieb:

„Wir irrten uns nicht, als wir, den Gast unseres Kaisers und Herrn, Wilhelm II., bewillkommnend, ihm den freudigsten und aufrichtigsten Empfang seitens der Residenzbevölkerung voraussagten."

Ja, die Thatsache allein schon, daß der Deutsche Kaiser, unter freudig erteilter Einwilligung des russischen Kaisers, an der Spitze einer mächtigen Flotte in Rußland seinen Einzug halten konnte — sie beweise an und für sich, wie weit Rußland entfernt sei von jeglicher feindlichen Stimmung Deutschland gegenüber einerseits, und andererseits, wie wenig es sich mit Kriegsplänen beschäftigt, wenn es ruhig eine ganze deutsche Flotte vor Kronstadt auffahren läßt.

Rußland — schloß der Artikel — läßt sich nicht durch Geschenke erkaufen, noch durch Drohungen einschüchtern, noch durch Köder betrügen. „Die Freundschaft Rußlands läßt sich bloß durch ehrliche Freundschaft gewinnen und wenn diese Entrevue einen so hellen Eindruck hinterläßt, so eben darum, weil aus den Zügen und aus der Stimmung des jungen deutschen Herrschers wir Russen die Zeichen aufrichtiger und ehrlicher Freundschaft herausgelesen haben. . . . Gott gebe, daß dem so sei!"

Die Nowosti brachte einen Leitartikel darüber, daß Kaiser Wilhelm II. eine ganze Reihe von Reisen geplant habe, und meinte, daß dieselben drei Zwecken zu dienen haben, der Festigung von Freundschaftsbeziehungen zu anderen Staaten, der Thronbesteigung des Kaisers größere Feierlichkeit zu verleihen, endlich die Welt von den absoluten Friedenstendenzen der neuen Regierung zu überzeugen. Namentlich der letztere Zweck träte sehr augenfällig zu Tage. Und eben darum mußte das Beginnen des jungen Kaisers um so beruhigender wirken, als ja der neuen Regierung mit einer gewissen Besorgnis und Aufregung entgegengesehen wurde. Zudem stimme ja dieses Beginnen vollkommen überein mit den Zwecken der äußeren Politik des deutschen Reichskanzlers, der allzeit

behauptete, daß der Endzweck seiner Thätigkeit „in der Verhinderung aller kriegerischen Konflikte bestehe und daß ihm nichts so sehr am Herzen liege, als eben die Erhaltung eines gut garantierten europäischen Friedens“.

In der „Nowoje Wremja“ war zu lesen:

„Kaiser Wilhelm ist als teurer und erwünschter Gast bei uns eingezogen. Unser vaterländischer Gruß kann ihm entgegenschallen seitens des ganzen Rußland, dem es so schwer fiel, sich in den letzten Jahren mit dem Gedanken vertraut zu machen, es könnten feindliche Beziehungen möglich werden zwischen beiden Nachbar-Großstaaten, die so viele Jahre in Friede und Freundschaft miteinander gelebt hatten. Der Nachfolger Wilhelms I. und Friedrichs III. kann davon überzeugt sein, daß der freundschaftliche Empfang, den ihm der Kaiserliche Führer des russischen Volkes bereitet hat, der Ausdruck der Stimmung aller Unterthanen des russischen Zaren ist... Gott gebe, daß man das überall begriffe, wie wichtig es für die allgemeine Ruhe ist, daß zwischen Deutschland und Rußland hinfort mehr keine betrübenden Mißverständnisse vorkämen.“

Aus den offiziösen Berliner Kommentaren, welche die Reise des Deutschen Kaisers zum Zaren noch vor ihrem Antritt erfuhr, ging das eine Faktum deutlich hervor, daß Kaiser Wilhelm dieselbe aus eigenem Antriebe unternahm, und daß diejenigen russischen Kreise irrten, welche dem Besuch gerade deshalb eine so hohe politische Bedeutung zuschrieben, weil angeblich der Reichskanzler die Reise veranlaßt habe und dieser dadurch die Umwandlung seiner Feindschaft wider Rußland in das Gegenteil dokumentiere. Abgesehen davon, daß es an sich ein leeres Phantasiespiel war, von einer alten Feindschaft Bismarcks wider Rußland zu sprechen und aus der ihm bezüglich des Besuchs Kaiser Wilhelms in Petersburg zugeschriebenen Initiative politisches Kapital zu schlagen, stellte sich auch als sicher heraus, daß Fürst Bismarck gegenüber dem Entschlusse Kaiser Wilhelms, dem Zar einen Besuch abzustatten, am wenigsten daran dachte, mit der Reise besondere Pläne zu verbinden, etwa bei dieser Gelegenheit die Lösung streitiger Fragen, bei denen Deutschland nicht einmal direkt beteiligt ist, zustande zu bringen oder gar tief eingehende Umwandlungen in der deutschen Politik einzuleiten. Folgende Worte eines hohen Staatsbeamten, die einem englischen Blatte aus Berlin telegraphiert wurden und deren Ursprung ohne Zweifel im Auswärtigen Amte

zu suchen war, trafen den Kern der Sache: „Die beiden Kaiser werden Versicherungen der Freundschaft austauschen und sich bestreben, die alte Herzlichkeit zwischen den Romanows und Hohenzollern herzustellen. Der Deutsche Kaiser wird im stande sein, dem Zaren unzweifelhafte Beweise seiner friedlichen und freundlichen Gesinnungen gegen Rußland zu geben und ihn versichern, Deutschland denke nicht im mindesten daran, Rußlands Interessen irgendwie zu schädigen. Weiter als dies wird der Kaiser nicht gehen, er wird weder ein Bündnis noch einen Vertrag andrer Natur schließen.“ In offiziösen Mitteilungen aus Berlin herrschte das sichtliche Bestreben vor, die Bedeutung des Besuches in Petersburg gegenüber überspannten Erwartungen auf den wahren Wert zurückzuführen. „Aus eigenem Antriebe, getreu dem Rate, welchen der erste Kaiser seinem Enkel und nunmehrigen Erben noch auf dem Sterbebette erteilt hat, sucht Kaiser Wilhelm II. die persönliche Freundschaft mit dem Selbstherrscher aller Reußen zu pflegen. Es ist eine Aufmerksamkeit, welche nur dem Gefühle des Herzens, nicht dem Zwang der politischen Verhältnisse entsprungen ist.“

Die Reise des deutschen Kaisers wurde offiziös als „Antrittsvisite“ bezeichnet und damit ihr wahrer Wert bestimmt. Sie war ein „Ausfluß der Kourtoisie.“ Kaiser Wilhelm machte den Besuch in Petersburg, ohne der russischen Politik gegenüber irgend welche Wünsche oder Forderungen damit unterstützen zu wollen. Man erinnerte an das Wort Bismarcks: „Wir laufen niemand nach.“ Es war auch bemerkenswert, daß die offiziösen deutschen Blätter sich nicht nur freudiger Begrüßungsartikel enthielten, sondern sogar den Bedingungen gegenüber, unter denen russische Blätter Deutschland ihr Wohlwollen versprechen, Ausdrücke wie „großmäulige Fanfaronaden“ und „unverschämte Großsprechereien“ gebrauchten.

Der ursprüngliche, rein persönliche Charakter der Kaiserbegegnung schloß insofern eine politische Bedeutung nicht aus, als bei der Machtstellung, welche die deutschen und russischen Herrscher ihren Völkern gegenüber einnehmen, nicht zu verkennen ist, daß die Natur persönlicher Beziehungen der Herrscher zu einander von großem Einfluß auf die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland sind. Jener rein persönliche Charakter schloß auch nicht aus, daß politische Erörterungen in Petersburg stattfanden, wie schon aus dem Empfange des russischen Ministers des Äußern, Herrn v.

Giers, bei dem Kaiser Wilhelm, sowie des Staatssekretärs Grafen Bismarck bei dem Kaiser Alexander von Rußland, ferner aus der der Ankunft des Kaisers Wilhelm schon vorausgegangenen Konferenz zwischen Herrn v. Giers und dem russischen Gesandten in Berlin, Graf Schuwalow, über welche ersterer einen Bericht dem Zaren erstattete, hervorging. Der „Nord" sagte: „Kaiser Wilhelm II. werde von seiner Begegnung mit dem Kaiser von Rußland jedenfalls die Überzeugung mitbringen, daß der Zar von aufrichtiger Friedensliebe beseelt ist und dieser Friedensliebe in Zukunft treu zu bleiben gedenke. Am wenigsten wünsche Rußland die Lösung der schwebenden Fragen zu überstürzen oder durch Maßregeln herbeizuführen, welche den europäischen Frieden stören könnten."

So kamen Rußland und Deutschland sich einander entgegen. Neue Lösungen brachte die Begegnung nicht.

An die Reise nach Rußland knüpfte sich ein gewisses Aufleben der nordschleswigschen Frage. War diese schon berührt worden, als Kaiser Wilhelm Skandinavien besuchte, so waren es hinterher russische Blätter, welche in das Feuer bliesen. Seit dem Tode Kaiser Wilhelms I. hatte die Fabel von der freiwilligen Ausführung des Art. V des Prager Friedens sich in den Köpfen der nordschleswigschen Bevölkerung festgesetzt und der Glaube an die Abtretung deutschen Landes hatte bei Gelegenheit des Kaiserbesuches in Kopenhagen geradezu Berge versetzende Kraft gewonnen. Die unglaublichsten Gerüchte wurden in Umlauf gebracht; bald sollte der russische Thronfolger eine preußische Prinzessin heiraten, die als Morgengabe Nordschleswig bringen werde, bald sollte Dänemark in Berlin ein Trutzbündnis gegen die Preisgabe von Nordschleswig angeboten haben. Alle diese Einbildungen wurden durch das Kaiserwort, das in Frankfurt bei Gelegenheit der Enthüllung des Denkmals des Prinzen Friedrich Karl gesprochen wurde: „Es kann keine Rede davon sein, Errungenes wieder aufzugeben", wie weggeblasen. Ein einflußreiches dänisches Blatt hatte den Mut, offen zu erklären: „Die Hoffnung, die dänisch redenden Nordschleswiger durch eine großmütige Initiative des mächtigen Deutschland mit Dänemark vereint zu sehen, ist mit der Kaiserrede in die Welt des Traums hinabgesunken." In Bezug auf diese Rede wurde offiziös (nämlich in der Köln. Ztg.) geäußert: „In vielen ausländischen Zeitungen

wird die Rede Seiner Majestät des Kaisers in Frankfurt a. O. dahin ausgelegt, als ob sie eine Warnung an die Adresse russischer oder französischer Angriffs-Velleitäten enthalte. Unsere Beziehungen zu Rußland würden aber ein derartiges Avertissement nicht rechtfertigen, und daß Deutschland, ohne auf der Wahlstatt niedergeworfen zu sein, das alte Reichsland am Rhein nicht zurückgeben wird, ist zu selbstverständlich, als daß es einer so starken Betonung bedurft hätte. Wenn überhaupt eine spezielle Ideenverbindung gesucht werden soll, so möchten wir vielmehr vermuten, daß es sich um die Absicht gehandelt hat, Zumutungen von Abtretungen zurückzuweisen, welche im Interesse welfischer oder dänischer Aspirationen den Kanal naher Blutsverwandtschaft zu benutzen geneigt sein mögen. Diese unsere Vermutung hat keinen uns bekannten Untergrund im amtlichen Verkehr; sie beruht auf Vermutungen, zu denen wir in den Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn und in dynastischen Sympathien die Berechtigung schöpfen."

Dieser Erklärungsversuch wurde von der deutsch-freisinnigen Partei wieder als eine „niederträchtige Verdächtigung" bezeichnet, da er „es so darstelle, als ob Mitglieder der Dynastie Hohenzollern infolge von verwandtschaftlichen Verhältnissen mit antinationalen Bestrebungen Sympathien haben könnten, und eine solche Verdächtigung gegen die Hohenzollernfamilie geeignet wäre, die Anhänglichkeit des Volkes an die Dynastie und die Monarchie zu vermindern." Aber die „Verdächtigung" wendete sich in keiner Weise gegen „Mitglieder der Dynastie der Hohenzollern", nicht einmal, soweit es sich um die Stellen handelte, denen jene Aspirationen entgegengebracht sein mögen und über deren aktive Sympathien mit den betreffenden Bestrebungen das rheinische Blatt kein Wort sagte.

Dem Stockholmer „Dagblad" wurde in derselben Sache von seinem Petersburger Korrespondenten geschrieben: „Ich bin heute in der Lage, Ihnen eine Mitteilung senden zu können, die möglicher Weise einiges Aufsehen auch außerhalb der Grenzen Schwedens erregen dürfte, weil sie den Schlüssel zu der bedeutungsvollen Rede liefert, die der deutsche Kaiser kürzlich in Frankfurt a. O. hielt und deren Ursache man bisher nicht hat ausfindig machen können. Die Lösung ist in diesen Tagen von einer besonders hochgestellten Dame, die dem russischen Hofe angehört, geliefert worden. Anfang dieser

Woche trafen in T., wo diese Dame ihre Sommerresidenz hat, verschiedene deutsche Zeitungen ein, in welchen die gewissermaßen inspirierte Andeutung gemacht wurde, daß des Kaisers Rede durch Bestrebungen veranlaßt worden sei, welche von Personen ausgingen, die sich ihrer verwandtschaftlichen Verbindungen zu Gunsten welfischer oder dänischer Aspirationen bedienen wollten. Als diese Äußerung vor der Dame verlesen wurde, von welcher hier die Rede ist, rief sie mit großer Lebhaftigkeit aus: „So ist doch etwas von jener kleinen, höchst eigentümlichen Episode während des hiesigen Besuches des deutschen Kaisers bekannt geworden! Ich will Ihnen (dem vollständig zuverlässigen Gewährsmann Ihres Korrespondenten) jetzt mitteilen, wie es sich damit verhält ..... Die schleswigsche Frage ist mit keinem einzigen Worte während der sechs Festtage in Peterhof erwähnt worden, weder in Unterredungen zwischen den beiden Kaisern, noch zwischen den Staatsmännern derselben; aber gerade als die hohen Herrschaften sich von den Kaiserlichen Gästen am Bord der „Hohenzollern“ zu verabschieden im Begriffe waren, machte eine hochstehende Persönlichkeit mit ausgesuchter weiblicher Feinheit und Eleganz eine Andeutung bezüglich jener Frage. Der Kaiser von Deutschland war im höchsten Grade erstaunt, „ganz paff“, und blieb die Antwort schuldig. Durch die Rede in Frankfurt hat er seine Schuld liquidiert.“ Mein Gewährsmann ist eine — ich wiederhole es nochmals — vollständig zuverlässige Persönlichkeit, die das unbegrenzte Vertrauen der in Frage stehenden Dame genießt, und er sagt mir, daß die Episode fast wortgetreu mitgeteilt worden ist, wie sie hier von mir wiedergegeben wird, nur mit dem Unterschiede, daß ich absichtlich die Person zu nennen unterlasse, welche mit der Andeutung dem Kaiser von Deutschland gegenüber hervortrat.“

Diesem Petersburger Berichte des „Stockholmer Dagblad“ fügte der Stockholmer Berichterstatter eines deutschen Blattes folgendes hinzu: „Das genannte Blatt steht nicht nur mehreren hervorragenden älteren Mitgliedern unseres gegenwärtigen Kabinetts, sondern auch dem Könige nahe, und allgemeiner Annahme zufolge gehört der Petersburger Referent desselben der schwedisch-norwegischen Gesandtschaft in Petersburg an. Die Vertrauenswürdigkeit dieses Berichterstatters steht also außer allem Zweifel. Der Umstand, daß die „besonders“ hochstehende Dame in T. sich eines deutschen

Ausdrucks („ganz paff") bedient hat, läßt ohne Schwierigkeit erkennen, wer dieselbe ist; ebensowenig kann ein Zweifel darüber sein, wer die hohe Dame war, welche Kaiser Wilhelm bezüglich Nordschleswigs „auf den Zahn zu fühlen" gedachte. Außer der russischen Kaiserin selbst wird kaum eine Dame derartiges wagen." Jedenfalls war sie aber nicht die Adresse der Frankfurter Rede.

Die Könige von Dänemark und Schweden haben die ihnen von Kaiser Wilhelm gemachten „Antrittsvisiten" bereits in Berlin erwidert. Nach den nordischen Höfen werden Rom und Wien, also die engeren Bundesgenossen, an die Reihe kommen. Über London herrscht tiefes Stillschweigen, dasselbe, welches die Thronrede vom 25. Juni beobachtete, während diese doch alle anderen mehr oder weniger befreundeten Mächte erwähnte. Den folgenden Kommentar geben wir hier nach einer halboffiziösen Quelle wieder:

„Ein Nichtbesuch Englands erklärt sich auf die natürlichste Weise von selbst durch die auf den geschichtlichen Vorgängen der letzten Jahrzehnte beruhende und durch einen Blick auf die augenblickliche allgemeine politische Lage bestätigte Erwägung, daß England für sich allein und ohne Bündnis mit einer anderen Großmacht aufgehört hat, wie sonst, ein maßgebender Faktor in der europäischen Politik zu sein. Ein Bündnis Englands mit Rußland als seinem natürlichen, und seit mehr denn fünfzig Jahren mit unausgesetztem Mißtrauen beobachteten Gegner in Asien ist ausgeschlossen, ebenso aber auch für jetzt wenigstens ein Bündnis mit Frankreich, dessen nordafrikanische Interessen England so einschneidend verletzen. Hat man doch, als vor wenigen Wochen infolge des Lärms über Englands militärische Schwäche der panikartigen Furcht vor einem fremden Angriff in allen englischen Blättern Ausdruck gegeben wurde, gerade auf Frankreich als den allein zu fürchtenden Gegner hingewiesen. Wächst doch selbst in Frankreich die Anzahl derjenigen, welche, von einem Revanchekrieg gegen Deutschland abmahnend, auf England als diejenige Macht hinzeigen, die zu allen Zeiten der verderblichste Gegner Frankreichs gewesen sei. In dem deutsch-österreichisch-italienischen Friedensbunde aber ist für England mit seiner bloß von Selbstsucht geleiteten Politik kein Platz. Weder der eine noch der andere der verbündeten drei Staaten hat Lust, sich als Englands Hammer für den Ambos an unserer Ost-

oder Westgrenze gebrauchen zu lassen. Deutschland, dessen junge Kolonialpolitik bei jedem Schritte auf Englands Eifer- und Scheelsucht tritt, hat am wenigsten Veranlassung, für England sich besonders zu erwärmen oder gar für dasselbe die Kastanien aus dem Feuer zu holen."

In der kurzen Regierungszeit des Kaisers Friedrich war unsre Spannung vorzugsweise von inneren Angelegenheiten, von dem Ausgang der Krankheit des Monarchen in Anspruch genommen. Zu jener Zeit brachte die „Nordd. Allg. Ztg." einen Artikel zur Beurteilung der politischen Gesamtlage, aus welchem mit aller Deutlichkeit hervorging, daß seit dem 6. Februar die auswärtige Konstellation keine wesentliche Änderung erfahren hatte, daß vielmehr die Ansichten, welche der Reichskanzler Fürst Bismarck in seiner zu so großer und verdienter Berühmtheit gelangten Parlamentsrede jenes Tages aussprach, noch ihre volle Gültigkeit besaßen. „Eine Rekapitulation," so wurde von anderer Seite dazu bemerkt, des damaligen Gedankenganges unsres leitenden Staatsmannes würde den Beweis liefern, daß das inzwischen verflossene Vierteljahr in den charakteristischen Grundzügen des Bildes der europäischen Politik durchaus keine Veränderung hat zuwege bringen können. Thatsache ist es, daß innerhalb dieses Vierteljahres die Entwickelung der Dinge stationär geblieben ist. Der schon damals vorhanden gewesene Konfliktsstoff hat vielleicht keine Vermehrung, jedenfalls aber auch keine Herabminderung erfahren. Die bisherige erfolgreiche Verteidigung des Völkerfriedens ist ein Verdienst der deutschen Politik, bei dessen gebührender Schätzung die ungemein erschwerenden Umstände, unter denen es errungen wurde, resp. behauptet wird, nicht außer Ansatz bleiben sollten. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß nur mittels Anspannung der letzten Kräfte den Friedensmächten die Erfüllung ihrer Mission überhaupt noch möglich wird. Ist dem so, dann kann der Ausblick in die Zukunft gerade keine übermäßigen Hoffnungen erwecken. Denn jedes, auch das größte Kräftereservoir kommt, falls es nicht eben unerschöpflich ist, über kurz oder lang am Ende seiner Leistungsfähigkeit an, wenn nicht vorher die Gründe, aus denen es in Anspruch genommen wird, in Wegfall gelangen. Die Gründe, welche die Friedensmächte das Schwert in der Scheide lockern heißen, hat Fürst Bismarck am

6. Februar deutlich genug gekennzeichnet. Sie nennen sich: Panslawismus und Chauvinismus, und beide haben seitdem an Stichhaltigkeit nicht nur nichts eingebüßt, sondern noch gewonnen. Mit der wachsenden Intensivität der deutschfeindlichen Bestrebungen im Westen und Osten wächst aber folgerichtig auch die Spannung der politischen Atmosphäre überhaupt. Der „Stillstand," welcher das politische Leben Europas charakterisiert, ist daher mehr ein oberflächlicher, der nicht hindert, daß in der Tiefe die zersetzenden Kräfte ihr bedrohliches Werk ununterbrochen fortführen."

Seitdem so geschrieben wurde, sind sich der Regierungsantritt Wilhelms II., seine Ansprachen, seine Reisen nach Rußland und Skandinavien, die Gegenbesuche, die er bis in die letzten Tage hinein erhalten hat, schnell gefolgt. Uns dünkt, das Bild ist nicht mehr ganz so trübe, wie das, welches die Berliner Presse vor drei Monaten entwarf. Gewiß sind die feindlichen Kräfte, die gegen Deutschland arbeiten noch ungebrochen, und das Bild, das der Reichskanzler am 6. Februar d. J. entwarf, trifft noch in der Hauptsache zu. Aber ist es schon ein Gewinn, daß die Freundschaft der skandinavischen Monarchen mit unserem Kaiserhause niemals so in die unzweifelhafteste Erscheinung getreten ist, wie heute, wo der jüngste Sohn des Deutschen Kaisers den Namen des Königs von Schweden bei der Taufe erhalten hat, so herrscht jetzt am Petersburger Hofe, wofür gute Zeugnisse vorliegen, gegenwärtig eine Stimmung für Deutschland, die für mehr als die nächste Zeit die Möglichkeit eines Krieges ausschließt. Der „Kreuzzeitung" wird aus Petersburg geschrieben, es herrsche dort die allgemeine Empfindung, daß die Reise des Kaisers Wilhelm II. die Kriegsgefahr momentan verschoben habe. „Die liebenswürdige Initiative, mit welcher der Kaiser die Reise in Angriff nahm, die herzliche Art der Begegnung und der Eindruck, den er hinterlassen hat, daß er mit fester Hand sein Land und Reich verteidigen und es dem Feinde schwer machen wird, etwas für sich zu gewinnen, das sind Dinge, die nicht nur bei dem Kaiser Alexander einen offenbar tiefen Eindruck hinterlassen, sondern auch die Umgebung einige Zeit mindestens stutzig gemacht haben, so daß es augenblicklich bei Hofe nicht zum bon ton gehört, gegen Deutschland irgendwie zu schüren. Wie lange das dauern wird, kann man ziemlich genau bestimmen, nämlich so lange, bis nicht andere mäch-

tige Einflüsse die Gemüter gefangen nehmen, oder bis nicht gar die elementare Volksstimmung sich Luft macht und das große Staatsschiff mit solcher Gewalt gegen die westlichen Grenzen treibt, daß auch die Hemmkraft des einzelnen nicht mehr die nötige Macht besitzt, das Fahrzeug zum Halten zu bringen." Nun gut, eine Verschiebung der Kriegsgefahr für die nächste Zeit ist immerhin eine Errungenschaft. Warten wir ab, bis an die Stelle der jetzt in Petersburg vorherrschenden friedlichen Momente wieder die alten feindseligen treten. Fürst Bismarck sagte in seiner berühmten Note aus dem Monat Juli 1870: „Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu rieten, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Übel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zugute kam". Diese Worte (Fürst Bismarck hat sie oft variiert, sie fassen ein politisches System in sich), lassen sich ganz allgemein so fassen: „Ich bin nicht der Meinung derjenigen, die einen Aufschub des Krieges deswegen nicht für erwünscht halten, weil er über kurz oder lang doch ausbrechen muß. So sicher durchschaut niemand die Absichten der göttlichen Vorsehung bezüglich der Zukunft, daß er bestimmt die Unvermeidlichkeit eines Krieges behaupten kann. Man darf nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in dem feindlichen Lande Änderungen eintreten, welche die großen Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Krieges hinwegführen, eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub eines Krieges zugute kommt."

Es ist daher durch die Verstärkung der persönlichen Beziehungen des Kaisers Wilhelm zum russischen Herrscherhause immerhin ein großes Resultat erreicht worden, wenn auch die Presse bald wieder in das alte Fahrwasser geraten ist.

Fürst Bismarck dient dem dritten Kaiser so treu und standhaft wie dem ersten und dem zweiten. Er hat sich nach dessen Thron-

besteigung in einem Gespräche mit einigen Mitgliedern des Herrenhauses über die politische Lage wie über den Kaiser Wilhelm II. ausführlich geäußert. Er sprach sich zunächst mit solcher Anerkennung über die Begabung und Tiefe der Auffassung des Kaisers in Betreff der ihm gewordenen Aufgabe und über den Eifer, die Bereitwilligkeit und Hingebung, sowie die Festigkeit des Willens, mit welcher der junge Kaiser sich der übernommenen Leitung der Regierungsgeschäfte widme, aus und wußte nicht genug die Ruhe und das Verständnis hervorzuheben, welche Kaiser Wilhelm in allen Punkten der mannigfachen Vorkommnisse in der innern wie äußeren Politik, wie auch in den vielfachsten Angelegenheiten der Verwaltung zu erkennen gebe, und die einem erfahrenen Verwaltungsbeamten alle Ehre machen würden.

Der Fürst hob sodann ganz besonders hervor, daß Kaiser Wilhelm bei jeder Gelegenheit und zu wiederholten Malen seine Friedensliebe nach allen Seiten hin zu erkennen gegeben habe, daß der Kaiser ihm auf das entschiedenste und eingehendste versichert habe, wie er die Aufrechthaltung des Friedens, soweit es sich irgend mit der Ehre, Würde und den Interessen des Reiches und seiner Angehörigen vereinbaren lasse, als das wichtigste und schwerwiegendste Vermächtnis seines Großvaters und Vaters übernommen habe und zur Durchführung zu bringen bestrebt sein werde. Dies erachte er als seine erhabenste Mission nach außen hin, wie er die Fortsetzung der sozialpolitischen Gesetzgebung, die Ausgleichung der religiösen Differenzen und die Hebung der Produktivität des Landes durch Förderung der Landwirtschaft, des Gewerbes, der Industrie und des Handels in gleichem Maße und nach gleicher und gerechter Verteilung der Kräfte als ein gleich wertvolles und erhabenes Vermächtnis seiner beiden großen Vorfahren erachte und dasselbe allezeit vor Augen habe und zur Ausführung bringen wolle.

Ihm in diesem Bestreben wie bisher seinem Großvater und seinem Vater in gleicher Weise treu zur Seite zu stehen und ihn unterstützen zu wollen, darum habe ihn Kaiser Wilhelm recht aufrichtig und innig gebeten, und er (der Kanzler) habe ihm (dem Kaiser) auch die feste Versicherung gegeben, daß er, so lange ihm dies Leben und Gesundheit gestatten, nicht von seiner Seite weichen werde. Und dies Versprechen werde er (der Kanzler) auch bis zu seinem letzten Atemzuge halten.

Diese Zusicherung gab der Kanzler voller Begeisterung und mit Thränen im Auge und sie wurde auch von den Mitgliedern in derselben Weise aufgenommen und allseitig mit warmem Händedruck bekräftigt.

Der Kanzler habe sodann hinzugefügt, daß er die feste Überzeugung habe, daß unter den jetzt bestehenden Verhältnissen der Weltfriede nicht gestört werde, wenn nicht in anderen Staaten die Veranlassung hierzu gegeben würde. Auf Befragen äußerte der Kanzler den Herren, daß er eine derartige Befürchtung für Rußland nicht hege und die feste Überzeugung habe, daß die Differenzen, die früher zwischen Berlin und St. Petersburg schwebten, jetzt vollkommen beigelegt seien. Allerdings wünsche er wohl, daß er die gleiche Zuversicht in Betreff des westlichen Nachbars auch hegen könne; dies sei ja möglich, so lange es den jetzigen Machthabern in Frankreich gelinge, den verschiedenen, dort bestehenden Parteien gegenüber die Hand oben zu behalten. Allein bei dem reichen Zündstoff, welchen Frankreich biete, und bei der leichten Erregbarkeit seiner Bevölkerung sei es schwer, eine Garantie zu übernehmen, daß dieser Zustand auf die Dauer erhalten werde. Der Tropfen, welcher ein volles Gefäß überlaufen mache, schwebe in jenem Lande ständig in der Luft und könne zu einem Zeitpunkt und von einer Stelle aus herabfallen, wo man dies am allerwenigsten erwarte, und was dann geschehen werde, lasse sich schwerlich jetzt voraussagen. Vorläufig aber glaube er, daß auch hier sobald nicht andere Zustände eintreten werden. Von den Ereignissen und Anstrengungen der letzten Monate auf das äußerste angegriffen, zog sich Fürst Bismarck nach seinem Landsitz Friedrichsruh zurück. Die Politik feierte auch dort nicht. Hervorragende Besuche waren die von Crispi und Graf Kalnoky.

In den jüngsten Tagen schwirrten Gerüchte durch die Zeitungen von Änderungen in der Organisation der Reichsämter, insbesondere von Loslösung einzelner derselben von der Person des Reichskanzlers. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ dementierte sie. Da brachte die „Indépendance Belge“ den folgenden Artikel unter der Überschrift „Wilhelm II. und Fürst Bismarck“:

„In den dem Fürsten Bismarck sehr viel näher stehenden politischen Gruppen, als es die Gruppe des Herrn Eugen Richter ist, soll man diese Nachricht (von den Änderungen der Reichsämter) lanciert haben zu dem

alleinigen Zweck, in diskreter Weise dem Fürsten von Bismarck nahezulegen, daß es Zeit wäre, sich einen eventuellen Nachfolger zu bezeichnen, wie es der Feldmarschall von Moltke gethan hat, um ohne Erschütterungen und nutzloses Tasten den Übergang der sehr ausgedehnten Machtvollkommenheit des Kanzlers in andere Hände, die notwendiger Weise weniger erfahren sind, vorzubereiten. Der Kanzler, es ist wahr, ist von der Last der Jahre nicht so bedrückt, wie der Feldmarschall von Moltke, er ist heute 73 Jahre alt; aber es wird bemerkt, daß lange Zeit, bevor der ehemalige Chef des Generalstabes dieses Alter erreicht hatte, er die Wahl eines späteren Nachfolgers in der Person des Grafen von Waldersee getroffen hat, der in der That ihm nachgefolgt ist. Im übrigen war Graf Moltke im Generalstabe weit davon entfernt, in einer solchen Lage zu sein, wie diejenige des Kanzlers ist, welcher in seinen Händen alle Machtbefugnisse vereinigt und in gewisser Weise allmächtig ist, dergestalt, daß keine nur irgendwie wichtige Frage von allgemeinem Interesse sich ohne seine Mitwirkung regeln läßt. Einer der gerechtesten Vorwürfe, welche man dem Reichskanzler selbst in befreundeten Kreisen macht, ist, daß in dem Reiche alles so eingerichtet ist, wie wenn er allein da wäre, um eine Frage entscheiden zu können und wie wenn er für immer sich seiner geistigen Fähigkeiten und seiner Arbeitskraft erfreuen sollte. Die Thatsache, daß die Nachricht einer Reorganisation der Reichsämter anfangs durch notorisch liberale Zeitungen gelaufen und nicht sofort durch die offiziöse Presse widerlegt worden ist, zeigt deutlich an, daß diese ganze Geschichte sich in einem Kreise entwickelt hat, welchen man über die Neigungen des jungen Kaisers gut unterrichtet erachten mußte. Es würde in der That eigentümlich sein, daß, nachdem der Kaiser in der Armee dem jungen Element einen so weiten Spielraum eingeräumt und nachdem er so deutlich seinen Willen einer allgemeinen Verjüngung zu erkennen gegeben hat, er in der Regierung des Reiches es beim Alten lassen sollte. Hieraus erklärt sich auch das Gerücht, welches mehr als einmal entstanden ist, daß zwischen dem Kanzler und seinem Souverän eine Meinungsverschiedenheit besteht. Die Frage der Reorganisation der Reichsämter scheint in der That nur ein ballon d'essai, eine nicht feindliche, sondern freundliche Andeutung, gerichtet an die Adresse des Fürsten Reichskanzlers, gewesen zu sein; darum ist sie durch Zeitungen in die Welt geschleudert worden, die im allgemeinen wenig für Phantasien oder Nachrichten nach Art der fortschrittlichen Presse zugänglich sind. In den dem Kanzler befreundeten Kreisen befürchtet man in der That, daß, wenn er nicht selbst, wie der Feldmarschall von Moltke, die patriotische Initiative ergreift, seinen Rücktritt vorzubereiten, es sich leicht ereignen könnte, daß er zum Rücktritt gezwungen würde, mehr vielleicht als dies beim Grafen Moltke der Fall war. Wilhelm II. bewundert sicher als Kaiser den Kanzler ebenso, wie er ihn bewundert hat als Prinz von Preußen und Kronprinz. Aber Wilhelm II. als Kaiser ist nicht wie Wilhelm I. durch ein unwiderrufliches „Niemals“ verpflichtet. Wilhelm II. ist 28 Jahre alt und Fürst Bismarck ist für einen so jungen Fürsten ein Ratgeber von unbequemem Alter. Er hat überdies den Nachteil, lange Zeit die Geschäfte unter einem sehr alten Monarchen geleitet zu haben. Ein Minister, besonders ein Minister von dem Charakter und dem hohen Werte des Herrn von Bismarck kann nicht ein Minister sein, den ein Monarch wünscht, noch dazu ein so junger Monarch,

wie es der gegenwärtige Kaiser ist. Die klarsehenden Freunde des Fürsten Bismarck geben sich in dieser Beziehung keiner Täuschung hin. Noch neulich drückte einem solchen Freunde gegenüber ein Konservativer, welcher den Rücktritt des Herrn von Puttkamer bedauerte, die Überzeugung aus, daß die so kurze Regierung von Friedrich III. zu lange gedauert hätte; der Freund des Kanzlers antwortete, „wir sollten uns vielmehr beglückwünschen, daß Friedrich III. einige Tage hat regieren können; während dieser 100 Tage hat sich Fürst Bismarck notwendiger Weise an den Gedanken gewöhnen müssen, daß er nicht mehr der Ratgeber eines 90jährigen Greises sei, und er hat sich vorbereiten können, die Geschäfte mit einem jungen und lebensvollen Souverän zu führen". In diesen wenigen Worten liegt eine sehr klare Übersicht der Lage. Die Regierung des kranken Friedrich III. hat einen zu radikalen Regierungswechsel verhindert und hat sehr nützlich als Zwischenglied zwischen der Regierung Wilhelms I. und derjenigen seines Enkels gedient. Es sind dies dieselben klar sehenden Freunde des Kanzlers, welche die jetzt dementierte Nachricht in die Welt gesetzt haben, um Herrn von Bismarck begreiflich zu machen, daß es für ihn Zeit ist, seine Isolierung aufzugeben und junge Kräfte an seine Arbeiten zu fesseln, um sich in seiner Geschäftsleitung unter einem Kaiser von jugendlichem Enthusiasmus zu erhalten. Das Dementi der „Nordd. Allg. Ztg." wird demnächstige Änderungen in dem angedeuteten Sinne aller Wahrscheinlichkeit nach nicht verhindern. Herr von Bismarck ist ein zu eifriger Patriot und ein zu umsichtiger Staatsmann, um nicht selbst zu merken, daß die Zeiten sich geändert haben und daß er selbst nicht mehr der ist, der er war. Früher oder später wird sich Herr von Bismarck darein finden müssen, daß er nicht mehr selbst regiert, und er wird sich begnügen müssen, auf die Geschäfte eine analoge Oberaufsicht zu üben wie diejenige war, welche der Feldmarschall Graf Moltke in den Militärangelegenheiten geübt hat. Was dagegen den Zeitpunkt anlangt, ob sich diese Veränderungen in einem Monat oder in einem Jahre vollziehen werden, so würde jede Prophezeiung in dieser Hinsicht eine zu kühne sein. Die Note der „Nordd. Allg. Ztg." hat uns allein belehrt, daß die Veränderungen nicht unmittelbar bevorstehen."

Die „Nordd. Allg. Ztg." druckte diesen Artikel ohne Kommentar ab, nur mit der Bemerkung, daß der Verfasser mit den Berliner Verhältnissen wohlvertraut sei, und daß es nicht konservative, sondern liberale Kreise sind, aus denen die Mitteilungen jenes Artikels stammen. Die höfliche Miene, die die „Nordd. Allg. Ztg." zu den Äußerungen des belgischen Blattes machte, sowie ihre Enthaltung von weiteren Bemerkungen dazu, ließ darauf schließen, daß sie durch die bloße Wiedergabe des Artikels wirken wollte, d. h. nur den Zweck verfolgte, die Existenz von Leuten zu bezeugen, die den Kaiser gern dahin lenken möchten, daß das in der Armee angewandte Prinzip der Verjüngung auch auf die Regierung des Reiches übertragen würde. Die „Nordd. Allg. Ztg." denunziert sie, sozusagen, dem größeren Publikum.



Inhalt: